# vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

herausgegeben von Helmut Altrichter Horst Möller Hans-Peter Schwarz Andreas Wirsching

Aus dem Inhalt

Kiran Klaus Patel

Der deutsche Bauernverband 1945 bis 1990

Oxana Nagornaja
Kriegsgefangene aus dem Zarenreich im Kalkül deutscher
Kolonisationskonzepte (1914 bis 1922)

Thomas Welskopp

Ein "Cheers" auf das schlechte Gewissen

Gesellschaftliche Trinkkultur und Geschmacksverfall in der amerikanischen

Prohibitionszeit 1920 bis 1933

Magda Martini

Die DDR der italienischen Linken
Erfindung und Entzauberung einer kulturellen Projektion

Jeffrey Herf
Hitlers Dschihad
NS-Rundfunkpropaganda für Nordafrika und den Nahen Osten

Institut für Zeitgeschichte Oldenbourg

	Sture oder moderne Interessenvertretung? Kiran Klaus Patel		
	<b>Der deutsche Bauernverband 1945 bis 1990</b> Vom Gestus des Unbedingten zur Rettung durch Europa	161	Aufsätze
	Kriegsgefangenenlager oder Kaderschmieden?		
	Oxana Nagornaja <b>Des Kaisers Fünfte Kolonne?</b> Kriegsgefangene aus dem Zarenreich im Kalkül deutscher Kolonisationskonzepte (1914 bis 1922)	181	
88	Genuss mit Reue?		
	Thomas Welskopp <b>Ein "Cheers" auf das schlechte Gewissen</b> Gesellschaftliche Trinkkultur und Geschmacksverfall in der amerikanischen Prohibitionszeit 1920 bis 1933	207	
100	Markierte Biermann eine Zäsur?		
	Magda Martini  Die DDR der italienischen Linken	231	
	Zündete der Judenhass?		
	Jeffrey Herf <b>Hitlers Dschihad</b> Nationalsozialistische Rundfunkpropaganda für Nordafrika und den Nahen Osten	259	Dokumentation
	Schreib-Praxis. Das Institut für Zeitgeschichte und der Oldenbourg Verlag veranstalten zum vierten Mal ein anwendungsorientiertes Schreibseminar (6.–10. September 2010)	287	Notiz
		289	Rezensionen online
		293	Abstracts
		297	Autoren

Der Deutsche Bauernverband gilt als erzkonservativ, stur interessenorientiert und europaskeptisch – als altmodische Lobby mit Stallgeruch. Die Wirklichkeit sieht anders aus, wie der in Florenz lehrende Historiker Kiran Klaus Patel in einem zupackenden Essay zu zeigen vermag. Der DBV entpuppte sich – trotz mancher derber Anleihen beim rechten Lager – rasch als Stütze der Bonner Demokratie, und er verstand es früher und besser als andere Interessenverbände, die Chancen zu nutzen, die Brüssel und der gemeinsame Agrarmarkt boten.

Kiran Klaus Patel

## Der Deutsche Bauernverband 1945 bis 1990

Vom Gestus des Unbedingten zur Rettung durch Europa

Der Deutsche Bauernverband (DBV) war eine der wichtigsten Interessenvertretungen in der "alten" Bundesrepublik. Auch in jüngster Zeit haben ihn die Konkurrenz mit dem Bundesverband Deutscher Milchviehhalter sowie globalisierungsbedingte Agrarpreisschwankungen immer wieder in die Schlagzeilen gebracht. Unter Historikern gibt es allerdings bislang keinen Konsens über seine Rolle. Viele Gesamtdarstellungen zur westdeutschen Geschichte nach 1945 übergehen ihn einfach oder streifen ihn lediglich in einem summarischen Abgesang auf die ländliche Welt¹. Ein Teil der Literatur argumentiert demgegenüber, der Verband habe zwar geholfen, die Demokratie zu stabilisieren, agrarpolitische Interessen habe er aber nur begrenzt durchsetzen können. Christoph Kleßmann etwa warnt davor, die "tatsächlichen und dauerhaften Erfolge der Agrarlobby" zu überschätzen². Dagegen konnte der Verband laut Gesine Gerhard agrarpolitisch großen Einfluss nehmen. Die Demokratie habe er jedoch nicht bejaht, zumindest in den 1950er Jahren habe er sich zur "Untermauerung seiner Ziele [...] traditioneller und rechtsradikaler Bauerntumsideologien" bedient³.

Der vorliegende Beitrag bewertet – unter Einbeziehung bislang ungenutzter Archivquellen – die Geschichte des Verbandes neu und ordnet sie zugleich in die längere Geschichte agrarischer Interessenvertretung sowie in den europäischen Kontext ein. Dabei wird die These vertreten, dass der DBV eine paradoxe Rolle

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VfZ 2/2010 © Oldenbourg 2010 DOI 10.1524/vfzg.2010.0009 Jahrgang 58 (2010), Heft 2 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2010\_2.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für
Zeitgeschichte
München-Berlin
vierteijahrshefte für
Zeitgeschichte

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Vgl. z.B. Eckart Conze, Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009; Edgar Wolfrum, Die Bundesrepublik Deutschland (Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 23), Stuttgart 2005; Peter Graf Kielmansegg, Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland, Berlin 2000.

 $<sup>^2</sup>$  Christoph Kleßmann, Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Bonn $^2$ 1997, S. 134.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Gesine Gerhard, Zwischen Systemkonformität und -opposition. Der Deutsche Bauernverband und die politische Eingliederung der Bauernschaft in die Bundesrepublik in den fünfziger Jahren, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 13 (2002), S. 129–138, hier S. 130.

spielte, und zwar in dreierlei Hinsicht: Erstens erwies er sich interessenspolitisch bis in die frühen 1960er Jahre hinein als erstaunlich erfolgreich, und auch danach konnte er viele Kerninteressen durchsetzen. Dem Gros seiner Klientel schadete dieser Erfolg indes oft mehr, als dass er nutzte. Zweitens: Obwohl und weil Teile des Bauernverbandes gerade in den Anfangsjahrzehnten der Bundesrepublik mit rechtslastigem Gedankengut liebäugelten, hatte der DBV wesentlichen Anteil an der Stabilisierung der politischen Ordnung der Bundesrepublik. Und drittens schließlich: Obwohl der Verband der europäischen Integration zunächst mit zäher Skepsis begegnete, half ihm später ausgerechnet die EWG dabei, seinen Einfluss zu sichern.

#### Gestus des Unbedingten und Demokratiebejahung, 1945-1964

Seine späteren Erfolge waren dem DBV keineswegs in die Wiege gelegt worden. Die erste, im September 1945 gegründete Agrarvertretung auf überregionaler Ebene wurde vom Alliierten Kontrollrat sofort wieder aufgehoben. Als in der Folgezeit auf regionaler Ebene Agrarverbände organisiert wurden, ging es teilweise sehr behelfsmäßig zu. In Niedersachsen zum Beispiel musste man sich zunächst mit "einem einzigen geliehenen Raum" behelfen; als "Besprechungssaal" diente eine "Bank unter der Blutbuche". Erst 1948 ging aus diesen schwierigen Ansätzen der Deutsche Bauernverband e.V. hervor – die erste Einheitsorganisation auf freiwilliger Basis in der Geschichte agrarischer Interessenvertretung in Deutschland. Anders als bis 1933 gab es nun kein Nebeneinander verschiedener Verbände mit divergierenden politischen, konfessionellen, regionalen und sozioökonomischen Positionen mehr. Auch in europäisch-vergleichender Perspektive ist das durchaus bemerkenswert, da es etwa in Italien, Belgien und Frankreich nach 1945 bei einer Pluralität von Organisationen blieb<sup>4</sup>.

Die Sonderstellung des DBV hatte im Wesentlichen vier Gründe: Erstens zogen viele Agrarfunktionäre Lehren aus ihren Erfahrungen mit dem Reichsnährstand (RNS), in dem das NS-Regime alle landwirtschaftlichen Organisationen zwangsweise vereinigt hatte. Diese Geschlossenheit wollten sie nach 1945 um beinahe jeden Preis erhalten. Selbst einflussreiche Regimegegner wie der erste Weimarer Reichslandwirtschaftsminister, der rheinländische Katholik Andreas Hermes, vertraten diese Position. Viele hätten es sogar am liebsten gesehen, wenn – wie im "Dritten Reich" – neben der politischen Interessenvertretung auch die Land-



<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Diese Formulierungen im Rückblick in: Niedersächsisches Landesarchiv, Hannover (künftig: NLA), VVP 38/323, Sonnemann an Rehwinkel, 5.9.1960; vgl. auch DBV (Hrsg.), Der Deutsche Bauernverband: Seine Mitglieder und andere landwirtschaftliche Organisationen, Bonn 1987; Edmund Rehwinkel, Gegen den Strom. Erinnerungen eines niedersächsischen, deutschen und europäischen Bauernführers, Dorheim o.J. [ca. 1973], S. 34–38; zur europäischen Perspektive vgl. z.B. Barbara Burkhardt-Reich/Wolfgang Schumann, Agrarverbände in der EG. Das agrarpolitische Entscheidungsgefüge in Brüssel und den EG-Mitgliedsstaaten unter besonderer Berücksichtigung des Euro-Verbandes COPA und seiner nationalen Mitgliedsverbände, Kehl 1983. Allerdings gab es auch weitere Länder mit einheitlicher Interessenvertretung, etwa Dänemark und Großbritannien.

wirtschaftskammern und die Agrargenossenschaften unter einem Dach geblieben wären. Solche Pläne unterbanden jedoch die alliierten Kontrollbehörden, die aber zugleich an wesentlichen Elementen des agrarpolitischen Apparats aus der Weimarer und der NS-Zeit festhielten, entschlackt um alle rassenideologischen Komponenten, weil sie hofften, so der Hungerkrise der frühen Nachkriegsjahre Herr zu werden. Wenn der DBV deshalb nicht von oben aufgebaut wurde, sondern durch Zusammenschluss mehrerer Regional- und Fachverbände entstand, wurde der Weg zur Alleinvertretung auch durch die Kontinuität auf staatlicher Seite als zentralem Kontext aller interessenspolitischen Aktivitäten befördert<sup>5</sup>.

Zweitens begünstigten veränderte sozioökonomische Strukturen die Entstehung einer einzigen Interessenvertretung. Durch den Verlust der Ostgebiete und durch die deutsche Teilung wurde die Landwirtschaft sozial homogener. Mit "Ostelbien" fiel vor allem die Mehrheit des Großgrundbesitzes weg, der bislang besonders effektiv Partikularforderungen hatte durchsetzen können. Die Landwirtschaft auf dem Gebiet der Bundesrepublik lässt sich bezüglich Betriebsgröße, -struktur oder Produktionsschwerpunkten zwar nicht auf einen einfachen Nenner bringen. Fest steht aber, dass das bäuerliche Moment markant gestärkt wurde: Weite Teile Westdeutschlands wiesen eine klein- bis mittelbäuerliche Prägung auf; etwa ein Drittel aller Betriebe besaß nur zwei Hektar Land oder weniger. Bäuerlicher wurde die deutsche Landwirtschaft aber auch, weil diese kleinen und mittleren Betriebe im Vergleich zur Zwischenkriegszeit immer weniger familienfremde Arbeitskräfte beschäftigten. Durch weitere Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen im primären Sektor und, wichtiger noch, die zunehmende Aufnahmefähigkeit der Industrie, in der es zahlreiche attraktive Stellen gab, setzte sich die relative Homogenisierung der Landwirtschaft über die unmittelbare Nachkriegszeit hinaus fort6.

Wichtig für den Erfolg des DBV waren drittens einige herausragende Persönlichkeiten, nicht zuletzt der bereits erwähnte Hermes. Der "Herr Reichsminister"

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VfZ 2/2010 Jahrgang 58 (2010), Heft 2 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2010\_2.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Vgl. zu Hermes Günter Buchstab (Hrsg.), Politische Mitte und nationale Einheit: Andreas Hermes 1878-1964, Sankt Augustin 1994; Heide Barmeyer, Andreas Hermes und die Organisationen der deutschen Landwirtschaft. Christliche Bauernvereine, Reichslandbund, Grüne Front, Reichsnährstand 1928-1933, Stuttgart 1971; ferner NLA, VVP 38/173, Redemanuskript Rehwinkel, undat. [17.2.1947]; zu den Kontinuitäten inklusive weiterer Differenzierungen John E. Farquharson, The Western Allies and the Politics of Food: Agrarian Management in Postwar Germany, Leamington Spa 1985. Vgl. auch den überdurchschnittlich hohen Anteil ehemaliger "Parteigenossen" im Bundeslandwirtschaftsministerium: 41,9% aller Beamten (1952). Bundesarchiv (künftig: BA) Koblenz, B 106/7696, Bundesinnenministerium, Aufstellung Anteile in der Bundesverwaltung, 1.4. 1952-30. 9. 1952.

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Vgl. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 1975, S.48; Grüner Bericht: Berichte der Bundesregierung über die Lage der Landwirtschaft und Maßnahmen, Bundesdrucksache, Bericht 1975, Bonn 1975, S. 13; zum Kontext auch Ulrich Kluge, Vierzig Jahre Agrarpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, 2 Bde., Hamburg 1989, hier Bd. 1, S. 41-43; Andreas Eichmüller, "I hab' nie viel verdient, weil i immer g'schaut hab', daß das Anwesen mitgeht." Arbeiterbauern in Bayern nach 1945, in: Thomas Schlemmer/Hans Woller (Hrsg.), Bayern im Bund, Bd. 2: Gesellschaft im Wandel 1949 bis 1973, München 2002, S. 179-268.

– so die in den Nachkriegsjahren übliche Anrede – konnte sein in Jahrzehnten aufgebautes Renommee politisch nutzen und wurde 1948 zum ersten Präsidenten des DBV gewählt. Die Tatsache, dass er während der NS-Zeit dem Widerstand angehört hatte, machte ihn auch den Siegermächten vermittelbar. Insgesamt wurde Hermes für die Agrarpolitik zu dem, was Adenauer für die Politik als Ganzes war – zu einer Integrationsfigur, die agrarsoziale ebenso wie konfessionelle Gegensätze ausgleichen und zentrifugale Kräfte bändigen konnte<sup>7</sup>.

Viertens schließlich bot der DBV seiner Basis eine überzeugende Ideologie und engagierte sich direkt in der Lebenswelt der Landwirte. Er setzte konsequent auf staatliche Intervention – eine emotional aufgeladene Forderung, die seit der agrarprotektionistischen Wende der 1870er Jahre tief im landwirtschaftspolitischen Gefühlshaushalt verankert war. Zugleich wurde der "bäuerliche Familienbetrieb" ins Zentrum der Argumentation gerückt – als einem Hort christlichkonservativer Werte, die mit moderatem Antimodernismus und schon weniger gezügeltem Antikommunismus unterlegt waren. Bei dieser ideologischen Grundausstattung gab es Brücken zur Reichsnährstand-Ideologie der 1930er Jahre. Dem DBV gelang es jedoch, sein Verständnis von Bauerntum an die politischen Rahmenbedingungen der Bundesrepublik anzupassen und zugleich so vage zu halten, dass diese Ausprägung agrarromantischen Denkens zum zeitgemäßen Integrationsbegriff werden konnte. Wie der Verweis auf die längere Vorgeschichte zeigt und sich am Beispiel anderer Länder verdeutlichen ließe, war dies keine spezifisch deutsche Entwicklung. Bemerkenswert ist jedoch, dass der DBV die Konfliktlinien und Verwerfungen der NS-Zeit zu überwölben vermochte<sup>8</sup>. Darüber hinaus bot der Verband seinen Mitgliedern Dienstleistungen unterschiedlichster Art – von der Rechtsberatung über Fragen der Buchführung bis hin zu Dorffesten. Für die Bauern war der DBV mehr als eine Interessenvertretung. Er schuf ein Sinnangebot, das perfekt auf ihre Lebenswelt abgestimmt war<sup>9</sup>.

Wie erfolgreich der Kurs der Einheit war, verdeutlichen die Mitgliederzahlen des DBV: Der berühmt-berüchtigte Bund der Landwirte hatte 1913 rund 330.000 Mitglieder gezählt – zu einer Zeit, als die agrarische Bevölkerung rund 17 Millionen Personen umfasste. In den späten 1950er Jahren gab es zwar nur noch fünf Millionen Landwirte, aber zumindest unter den Vollzeitbeschäftigten hatte der Deutsche Bauernverband ca. 90 Prozent organisiert. Der DBV mobilisierte so rund 5,5 Prozent der Wählerstimmen – zumindest, wenn man seinen eigenen Angaben folgt<sup>10</sup>. Allerdings verfügte der Verband selbst über keine auch nur annähernd genauen Mitgliederzahlen, geschweige denn über Zahlen vom Kreis de-



<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> Vgl. Buchstab, Mitte.

<sup>&</sup>lt;sup>8</sup> Vgl. Lorraine Bluche/Kiran Klaus Patel, Der Europäer als Bauer. Das Motiv des bäuerlichen Familienbetriebs in Westeuropa nach 1945, in: Dies./Veronika Lipphardt (Hrsg.), Der Europäer – ein Konstrukt. Wissensbestände, Diskurse, Praktiken, Göttingen 2009, S. 135–157.

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Vgl. Rainer Sontowski, Der Bauernverband in der Krise. Ein Beitrag zur politikwissenschaftlichen Neubestimmung gruppenkollektiven Verhaltens, Frankfurt a. M. 1990, S. 88–91.

Diese Sichtweise wird z.B. vertreten in: "Wir sind tatsächlich eine Macht", in: Spiegel vom 23. 12. 1964; Erich Andrlik, The Farmers and the State. Agricultural Interests in West German Politics, in: West European Politics 4 (1981), S. 104–119; Hans-Peter Ullmann, Interessenver-

rer, der seinen politischen Orientierungen folgte. Wichtig für seinen Einfluss auf die Agrarpolitik aber war, dass Politik, Öffentlichkeit und Wissenschaft an seine mächtige Stellung glaubten<sup>11</sup>.

Neben Alleinvertretungsanspruch und Mitgliederstärke erklären zwei weitere Punkte die Durchsetzungskraft des Verbandes: zum einen die Tatsache, dass der DBV lediglich den wichtigsten Verdichtungspunkt eines breiteren, größtenteils informellen agrarpolitischen Netzwerkes darstellte, das über die Landwirtschaft, die einschlägigen Forschungsinstitute und Medienorgane hinausging und in die Unionsparteien, in Landesparlamente, den Bundestag sowie in die einschlägigen Ministerien hineinreichte. Hermes war nicht nur der erste Präsident des DBV, sondern auch der Gründungsvorsitzende der CDU in der Sowjetischen Besatzungszone. Von den 509 Abgeordneten des 1953 gewählten Bundestags hatten 62 einen landwirtschaftlichen Hintergrund - und 45 davon saßen in der Unionsfraktion. Von diesen wiederum waren mehrere zugleich Präsidenten von Landesverbänden des DBV. Gemessen an ihrem ökonomischen Gewicht war die Landwirtschaft überrepräsentiert. Offiziell war der Verband parteipolitisch neutral. Tatsächlich band er sich jedoch eng an die Union, in der er sich sogar gegen Adenauer durchsetzen konnte: Der erste Bundeslandwirtschaftsminister Wilhelm Niklas etwa war der Wunschkandidat des DBV; der Kanzler hätte den Posten lieber an Hans Schlange-Schöningen gegeben, der im Gegensatz zum proagrarischen Niklas für einen konsumentenorientierten Kurs stand. Zu Niklas' Staatssekretär wurde mit Theodor Sonnemann der Hauptgeschäftsführer eines Landesverbandes des DBV ernannt. Dafür hatte sich Hermes bei Niklas eingesetzt. Da Niklas als Minister häufig krankheitsbedingt ausfiel, führte Sonnemann de facto das Ministerium. Diese Beispiele verdeutlichen, dass das erwähnte Netzwerk die Schlüsselpositionen der Agrarpolitik besetzte<sup>12</sup>. Völlig zu Recht bezeichnete ein Beamter der US-Militärverwaltung in Deutschland das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) 1950 als "little more than a sideshow for the Bauernverband"13.

Hinzu kam zum anderen der autoritär-charismatische Führungsstil des DBV, den besonders Edmund Rehwinkel perfektionierte. Vom "Niedersächsischen Landvolk" kommend, übernahm er 1959 die alleinige Leitung des Verbandes, den seit Hermes' Weggang 1955 ein Triumvirat geführt hatte<sup>14</sup>. Mitte der 1960er

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Institut für Zeitgeschichte München-Berlin vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bände in Deutschland, Frankfurt a. M. 1988, S. 249; Ann-Christina L. Knudsen, Farmers on Welfare. The Making of Europe's Common Agricultural Policy, Ithaca 2009, S. 66.

<sup>&</sup>lt;sup>11</sup> NLA, VVP 38/42, DBV, Vermerk, 1.10.1965.

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> Archiv für Christlich-Demokratische Politik, St. Augustin (künftig: ACDP), 01–90/30/1, v.a. Manteuffel, DBV, an Hermes, 5. 10. 1949; vgl. ferner Karl Dietrich Bracher/Rudolf Morsey/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Auftakt zur Ära Adenauer. Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung 1949, Düsseldorf 1985, v.a. S.16, S.31, S.79f. u. S.454; BA Koblenz, B116/36378, Hermes an Niklas, 7.11.1949; Theodor Sonnemann, Jahrgang 1900. Auf und ab im Strom der Zeit, Würzburg 1980, S. 358 f.

<sup>&</sup>lt;sup>13</sup> Zit. nach Alan S. Milward, The European Rescue of the Nation-State, London <sup>2</sup>2000, S. 239.

<sup>&</sup>lt;sup>14</sup> ACDP, 01–128/14/1, Anlage zur Niederschrift über die 96. Sitzung des Gesamtpräsidiums, 14. 10. 1958; vgl. auch Rolf G. Heinze, Verbandspolitik zwischen Partikularinteressen und Gemeinwohl: Der Deutsche Bauernverband, Gütersloh 1992, S. 54-61.

Jahre dürfte Rehwinkel der bekannteste Verbandsvertreter der Republik gewesen sein – laut Meinungsumfragen wussten mehr Deutsche mit seinem Namen etwas anzufangen als mit dem des mächtigen Vorsitzenden der IG Metall<sup>15</sup>. Seine schroffe und polemische Art, sein wuchtiges Äußeres und seine folkloristisch angehauchte Kleidung machten Rehwinkel zur perfekten Verkörperung eines agrarischen Interessenvertreters in postfeudalen Zeiten. Sein Auftreten war dabei sorgfältig orchestriert; der DBV schnitt alle Aktivitäten auf ihn zu und setzte ihn als unbeugsamen Kämpfer für die Interessen der Bauern in Szene. Rehwinkel forderte und verlangte; Rehwinkel kam, sprach und siegte. Ein wichtiges Mittel der Einflussnahme stellten die offenen Briefe des Präsidenten an führende Politiker dar. Noch bedeutsamer waren jedoch die "Immediatvorträge" beim Bundeskanzler. Neben den Vertretern der Kirchen, der Arbeitgeber, Gewerkschaften und Vertriebenen wurden nur die Bauernvertreter von Adenauer und mit Einschränkungen auch von seinen Nachfolgern zu regelmäßigen, halboffiziellen Treffen eingeladen. Die Verbandsspitze verfügte so über einen direkten "Zugang zum Machthaber" (Carl Schmitt). Rehwinkels führende Rolle und seine stilbildende Wirkung in dem gesellschaftlichen Umfeld, das er repräsentierte, verdeutlicht nichts besser als sein Nachlass, in dem sich zahlreiche verehrungsvolle und devote Zuschriften von Landwirten aus der ganzen Republik finden. Der Versuch der Charismatisierung erwies sich hier als sehr erfolgreich, und er trug wesentlich zur Binnenintegration und zur Mobilisierung der Basis bei<sup>16</sup>.

Das agrarpolitische Netzwerk bediente sich auch anderer Strategien der Einflussnahme, die dem Arsenal des Lobbyismus entstammen. So wurden etwa hoch dotierte Posten an politische Entscheidungsträger vergeben; Staatssekretär Sonnemann zum Beispiel wechselte direkt vom Landwirtschaftsministerium in das Präsidentenamt des Raiffeisenverbandes<sup>17</sup>. Auch mit Parteispenden griff der Bauernverband in die Politik ein. In einem Schreiben Rehwinkels an den Staatssekretär im Bundeskanzleramt Hans Globke etwa band der DBV die finanzielle Wahlkampfhilfe für die CDU-geführte Bundesregierung unverblümt an politische Forderungen:

"Aber, lieber Herr Globke, glauben Sie mir bitte, die Wahlschlacht – für die übrigens die Landwirtschaft rund DM. 300.000,- aufbringen wird – kann nur gewonnen werden, wenn jetzt mit aller Beschleunigung deutlich erkennbar wird, daß Bonn uns in der Landwirtschaft wirksam helfen wird."<sup>18</sup>

Auch direkter Einfluss auf die Aufstellung von Kandidaten für politische Ämter im Gegenzug für finanzielle Unterstützung durch den Verband lässt sich nachweisen. Zum Beispiel war Rehwinkel, obwohl offiziell parteilos, 1965 daran beteiligt, die niedersächsische Landesliste der Union für die Bundestagswahl aufzustellen –



<sup>&</sup>lt;sup>15</sup> Vgl. Elisabeth Noelle/Erich Peter Neumann (Hrsg.), Jahrbuch der öffentlichen Meinung, 1965–1967, Allensbach 1967, S. 252.

<sup>&</sup>lt;sup>16</sup> NLA, VVP 38, z. B. Akte 46; vgl. etwa die Apotheose bei Antonius John, Bauernköpfe 1946–1976, Bonn 1986, S. 129–133.

 $<sup>^{\</sup>rm 17}$  BA Koblenz, B136/8640, Barth, Bundeskanzleramt, an Adenauer, 1.12.1961.

<sup>&</sup>lt;sup>18</sup> Ebenda, B 136/708, Rehwinkel an Globke, 7.3. 1955; ähnlich NLA, VVP 38/316, Rehwinkel an Lübke, 7.5. 1955.

und manche der von ihm Unterstützten vergaßen nach der Wahl nicht, sich artig bei ihm zu bedanken<sup>19</sup>.

Das Bundeslandwirtschaftsgesetz von 1955 belegt besonders deutlich, wie groß die Schlagkraft des agrarpolitischen Netzwerks um den DBV war. Alle Maßnahmen hatten bis dahin im Wesentlichen darauf gezielt, das Set interventionistischer und protektionistischer Instrumente im Bereich von Agrarerzeugung und -handel für die Bundesrepublik neu zu fundieren, das sich seit der Weltwirtschaftskrise herausgebildet und über das "Dritte Reich" bis zur Besatzungszeit bestanden hatte. Dieser Kurs war politisch recht unstrittig. 1955 ging es aber um mehr - um die Einkommensparität zwischen den Beschäftigten des ökonomisch tendenziell zurückbleibenden Agrarsektors und denjenigen in der boomenden Industrie. Denn trotz allen Protektionismus machten sich die Strukturprobleme der Landwirtschaft bemerkbar. Manchen Berechnungen zufolge hatten die Landwirte das niedrigste Einkommen unter allen Beschäftigtengruppen. Angesichts der schwierigen Lage wartete der DBV schließlich sogar mit einem eigenen Gesetzesentwurf auf. Wie sehr sich die Regierung in der Defensive sah, wird daran deutlich, dass Adenauer in einer Kabinettssitzung "dringend" dazu riet, "den Forderungen der grünen Front' entgegenzukommen, ehe man vom Bundestag zu weitaus größeren Zugeständnissen gezwungen würde". Allerdings wird die Macht des Bauernverbandes in der Forschung oft auch überbewertet - etwa wenn mit Blick auf das Landwirtschaftsgesetz gesagt wird, es habe sich im Wesentlichen an der Vorlage des Verbandes orientiert. Im zentralen Punkt der Einkommensparität konnte sich der DBV nämlich nicht durchsetzen<sup>20</sup>. Das ist im internationalen Vergleich durchaus bemerkenswert - denn die deutsche Variante des Protektionismus bewegte sich im europäischen Mittelfeld, während gleichzeitig etwa Norwegen, Schweden, die Schweiz oder die Niederlande ihren Landwirten zumindest auf dem Papier weitergehende Zusagen machten<sup>21</sup>.

Insofern sollte man den Einfluss des agrarpolitischen Netzwerks mit dem DBV an der Spitze nicht überschätzen. Im internationalen Vergleich war nicht auffällig, wie stark die staatliche Agrarpolitik von den Vertretern des Sektors selbst geprägt wurde, sondern lediglich, wie homogen in Deutschland die vom Verband vorgetragenen Interessen waren und dass es kaum Gegenpositionen dazu gab. Vor diesem Hintergrund stand ab 1955 ein ausgefeiltes protektionistisches System zur Verfügung, das Preis- und Abnahmegarantien für wichtige Produkte mit einem

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VfZ 2/2010 Jahrgang 58 (2010), Heft 2 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2010\_2.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



<sup>&</sup>lt;sup>19</sup> NLA, VVP 38/411, Siemer an Rehwinkel, 18.5. 1965, und Conring an Rehwinkel, 26.9. 1961; Beispiele aus späteren Jahren in: NLA, VVP 38/388.

<sup>&</sup>lt;sup>20</sup> Friedrich P. Kahlenberg (Hrsg.), Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 8 (1955), München 1997, S.359; NLA, VVP 38/742, v.a. Rehwinkel an Bauknecht, 13.6.1955; vgl. auch Curt Puvogel, Der Weg zum Landwirtschaftsgesetz, Bonn 1957; Dieter Gessner, Marktregulierende Agrarpolitik in Deutschland 1924/25 bis 1967: Entwicklung, Ziele, Alternativen und Handlungsspielräume, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 93 (2006), S. 163 f.

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup> Vgl. Michael Tracy, Agriculture in Western Europe. Challenge and Response, 1880-1980, London 21989, S. 229-253; Milward, Rescue, S. 253-255; zu Deutschland Kluge, Jahre, Bd. 1, S. 85-230.

hohen Schutz vor ausländischer Konkurrenz verband. Eine zentrale Rolle bei der staatlichen "Stützung" spielten die "Grünen Pläne", welche die Bundesregierung auf der Grundlage des Landwirtschaftsgesetzes jährlich zur Verbesserung der Lage des Sektors vorzulegen hatte. Das machte sich im Agrarhaushalt bemerkbar: Hatte dieser 1951 noch 1,1 Mrd. DM betragen, erhöhte er sich bis 1958 auf stolze 2,4 Mrd. DM, wobei mehr als die Hälfte in den "Grünen Plan" floss²².

Diese beachtliche Summe reichte jedoch nicht aus, um die strukturellen Defizite der Landwirtschaft zu beheben, die sich nicht zuletzt in einer massiven Abwanderung von Arbeitskräften äußerten. Sie verdeutlicht aber, dass das agrarpolitische Netzwerk auf einen starken, protektionistischen Staat setzte, diesen in landwirtschaftspolitischen Fragen durchdrang und sich zugleich von ihm abhängig machte. Agrarpolitik wurde in dieser Zeit zu einer Sozialpolitik für die Erzeuger: Es ging nicht so sehr um die Landwirtschaft, sondern um deren Produzenten, denen durch staatliche Finanzspritzen der Anschluss an die ökonomische Gesamtentwicklung ermöglicht werden sollte – parallel übrigens zum generellen Ausbau der sozialen Sicherungssysteme<sup>23</sup>. Diese Politik vernachlässigte Konsumenten und Steuerzahler, Erzeuger in Drittländern sowie ökologische Argumente. Mehr noch, sie ging sogar an den ökonomischen Bedürfnissen der meisten Landwirte vorbei: Die Hilfen kamen nämlich in erster Linie den großen Produzenten zugute, die vom DBV gebetsmühlenhaft wiederholte Formel von der Krise der Landwirtschaft führte in die Irre. Denn innerhalb des Sektors gab es enorme Disparitäten und Ungleichzeitigkeiten; die Einkommensunterschiede innerhalb der Landwirtschaft waren größer als zwischen Industrie und Landwirtschaft. Die Lage der deutschen Landwirtschaft - das gab es eigentlich nicht. Der DBV setzte in der Öffentlichkeit die verfälschende Deutung durch, alle Bauern stünden vor denselben Problemen. Unter diesem Deckmantel konnte er für Positionen eintreten, von denen vor allem Großerzeuger profitierten, die zugleich in der Verbandsspitze deutlich überrepräsentiert waren<sup>24</sup>.

Das symbiotische Verhältnis zwischen Verband und Regierung wurde allerdings bereits früh durch Pläne einer europäischen Integration herausgefordert. Bereits den ersten Anlauf zur Herstellung eines gemeinsamen Agrarmarktes, das *Pool Vert-*Projekt der frühen 1950er Jahre, lehnte der DBV deswegen ab. Seine Haltung konnte er nicht zuletzt deshalb besonders wirkungsmächtig vorbringen, da Adenauer ein entscheidender Fehler unterlief: Er überließ die Führung der deut-



<sup>&</sup>lt;sup>22</sup> BA Koblenz, B 126/51759, Bundesfinanzministerium, Aufstellung, undat. [1967].

<sup>&</sup>lt;sup>23</sup> Vgl. Michael Ruck/Marcel Boldorf (Hrsg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 4: 1957–1966: Bundesrepublik Deutschland: Sozialpolitik im Zeichen des erreichten Wohlstandes, Baden-Baden 2007; Hans Günter Hockerts, West und Ost – Vergleich der Sozialpolitik in den beiden deutschen Staaten, in: Zeitschrift für Sozialreform 55 (2009), S. 41–56.

<sup>&</sup>lt;sup>24</sup> Vgl. Kiran Klaus Patel, Europäisierung wider Willen. Die Bundesrepublik Deutschland in der Agrarintegration der EWG, 1955–1973, München 2009, S. 137–139; Elmar Rieger, Das Bauernopfer. Das Elend der europäischen Agrarpolitik, Frankfurt a. M. 1995; als Reaktion des DBV auf entsprechende Vorwürfe vgl. z. B. R. Schnieders, Vernachlässigt der DBV die Kleinbetriebe?, in: Deutsche Bauern-Korrespondenz, 30. 11. 1963.

schen Delegation bei den internationalen Verhandlungen Hermes, den er seit Jahrzehnten kannte. Aufgrund seiner internationalen Erfahrungen und seiner Reputation schien dies eine gute Wahl zu sein. Allerdings fanden es die Partner doch recht befremdlich, dass sich die Bundesrepublik ausgerechnet durch den DBV-Vorsitzenden vertreten ließ. Außerdem hielt Hermes sich nicht an das Mandat, das ihn auf einen prointegrationistischen Kurs verpflichtete. Vielmehr suchte er den Kontakt zu seinen belgischen und französischen Verbandskollegen, die den Pool Vert ebenfalls ablehnten. So ergab sich eine transnationale Kooperation von Agrarverbänden – jedoch gegen das Ziel eines Agrareuropas<sup>25</sup>.

Der DBV verschärfte seinen Kurs noch, als die EWG-Staaten in den späten 1950er Jahren auf der Grundlage der Römischen Verträge über die Schaffung einer gemeinsamen Landwirtschaftspolitik verhandelten. Er lehnte die Brüsseler Vorschläge weitestgehend ab; besonders die Idee eines gemeinsamen Getreidepreises wurde für ihn zu einem roten Tuch, wäre dies doch für Deutschland auf eine Absenkung des bisherigen Niveaus hinausgelaufen. Vier lange Jahre widersetzte sich die Bundesregierung diesem Konzept und räumte so dem DBV eine fast uneingeschränkte Vetoposition ein. Die enorme Durchsetzungskraft des DBV auf deutscher Ebene zog also gravierende Wirkungen in der EWG nach sich<sup>26</sup>.

Dabei vertrat der Verband erneut primär die Interessen eines kleinen Segments der deutschen Landwirte, das aber in der DBV-Spitze stark vertreten war - die großen Getreideerzeuger. Kleine Betriebe und die Veredlungswirtschaft hätten viel mehr von einer Strukturpolitik als von einer Hochpreispolitik profitiert. Solche Ideen waren in den Brüsseler Vorschlägen auch angelegt. Sie gingen jedoch in den internationalen Verhandlungen nicht zuletzt durch die Polemik des DBV unter, der sich ganz auf die Getreidepreis-Frage eingeschossen hatte<sup>27</sup>.

Der Verband vertrat seine Positionen in dieser Phase mit einem Gestus des Unbedingten. Unablässig betonte er die existentielle Krise der Landwirtschaft, immer wieder drohte er der Union mit "Liebesentzug". Demonstrationen und andere öffentliche Aktionen jagten einander, um die Bundesregierung auf den eigenen Kurs einzuschwören. Über der Debatte schwebte das Damoklesschwert eines neuen 1933. Der Agrarradikalismus der zwanziger und frühen dreißiger Jahre war eine wesentliche Wurzel für den Aufstieg der Nationalsozialisten gewesen. Die Landwirte schürten geschickt diese Ängste, in dem sie auf Symbole von damals zurückgriffen, etwa auf schwarze Fahnen, häufig mit einem silbernen Pflug und einem roten Schwert bestickt. Damit bezogen sich die Demonstranten auf

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VfZ 2/2010 Jahrgang 58 (2010), Heft 2 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2010\_2.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



<sup>&</sup>lt;sup>25</sup> Vgl. Guido Thiemeyer, Vom "Pool Vert" zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft: Europäische Integration, Kalter Krieg und die Anfänge der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik 1950-1957, München 1999, S. 31-126.

 $<sup>^{26}</sup>$  Vgl. N. Piers Ludlow, The Making of the CAP. Towards an Analysis of the EU's First Major Policy, in: Contemporary European History 14 (2005), S. 347-371; zum Getreidepreis vgl. Paul Ackermann, Der deutsche Bauernverband im politischen Kräftespiel der Bundesrepublik. Die Einflussnahme des DBV auf die Entscheidung über den europäischen Getreidepreis, Tübingen 1970, v. a. S. 15-95; diese Kritik des DBV an der EWG wird ausgeblendet von Gerhard, Systemkonformität, S. 135 f.

<sup>&</sup>lt;sup>27</sup> Vgl. insgesamt dazu Patel, Europäisierung, v.a. S. 113–288.

eine in den 1920er Jahren erfundene Tradition, die an den Bauernkrieg des 16. Jahrhunderts erinnern sollte. Insgesamt handelte es sich um ein nuancenreiches Spiel mit der Drohung, die Geschichte könne sich wiederholen, wobei die Bauern die Drohung allerdings wohl dosiert einsetzten. Völkisch-nationalistisches Vokabular blieb erstaunlich randständig; man muss schon tief in Nachlässe und ähnliche Überlieferungen steigen, um fündig zu werden. So nutzten etwa manche niedersächsische Agraraktivisten noch jene "altdeutschen" Monatsnamen, die im Reichsnährstand so beliebt gewesen waren.

Dass völkisches Denken ein Randphänomen blieb, muss eigentlich erstaunen. Denn gerade im niedersächsischen Landesverband gab es viele Reichsnährstandsveteranen. Der Leiter des Pressereferats des Niedersächsischen Landvolkes, Günther Pacyna, hatte es beispielsweise im "Dritten Reich" zum Abteilungsleiter im Pressebereich des RNS gebracht. Dennoch: Was man in den Dithmarschen oder der Krummhörn vielleicht noch im kleinen Kreis sagen konnte, wanderte in den ersten 20 Nachkriegsjahren im öffentlichen Diskurs in den Bereich des Unaussprechbaren ab<sup>28</sup>.

Warum? Sicherlich dämpfte die konzessionsbereite Haltung der Bundesregierung den Protest der Landwirte. Zwei weitere Faktoren kamen aber hinzu. Zum einen blieb das Protest- und Radikalisierungspotential regional begrenzt und konzentrierte sich auf Norddeutschland mit seinen überdurchschnittlich großen Höfen<sup>29</sup>. Offensichtlich neigten diejenigen, die viel zu verlieren hatten, eher zur Unnachgiebigkeit als die Besitzer marginaler und submarginaler Betriebe, die über jede staatliche Hilfe froh waren. Angesichts solcher Divergenzen hätte jede wirklich radikale Aktion interne Gräben in der Landwirtschaft aufgerissen. Insofern wirkte die Monopolstellung, die der DBV im Gegensatz zu seinen Vorläuferorganisationen bis 1933 hatte, mäßigend.

Zum anderen zeitigte die wechselseitige Durchdringung von DBV und Union Wirkung. Denn während der Verband das Regierungshandeln beeinflussen konnte, nahm der politische Spielraum des DBV im Verbund mit der Union ab – was half, ihn in demokratisch-konservativem Fahrwasser zu halten. Wie die Präsidiumssitzungen des Verbandes verdeutlichen, trugen besonders Verbandsvertreter mit hohen Ämtern in der Union immer wieder zur Mäßigung bei. 1963 etwa, als ein radikaler Flügel den Verband kurzzeitig herausforderte, standen Männer wie Bernhard Bauknecht, Detlef Struve und Otto von Feury besonders in der Kritik. Alle drei saßen für die Union im Bundestag und führten zugleich jeweils einen Landesbauernverband an. Gemeinsam mit Rehwinkel gelang es ihnen, extreme



NLA, VVP 38/49, Schulze-Lohne an Rehwinkel, 22.11. ("Nebelmond") 1964; ebenda, VVP 38/346, Benecke an Kaczenski, 20.11.1960; vgl. "Organisation und Wirken des Landvolkverbandes", in: Landvolk vom 16.2.1954. Selbst eine Stichproben-Analyse des "Bauernblatt für Schleswig-Holstein" ergab keine größeren Hinweise auf völkisches Gedankengut. Zu Pacyna und Kontext: NLA, VVP 38/177; Ludger Elsbroek, Vom Junglandbund zur Landjugend. Ländliche Jugendverbandsarbeit zwischen Berufsstand und Jugendkultur, Frankfurt a. M. 1996, S.163–189 u. S.269.

<sup>&</sup>lt;sup>29</sup> Vgl. Patel, Europäisierung, S. 137–141.

Positionen zu marginalisieren<sup>30</sup>. Der Aufbau des Verbandes verstärkte diesen Effekt: Sein hierarchisches Delegiertenprinzip führte dazu, dass Konflikte zumeist auf die Lokalebene begrenzt blieben und überhaupt nur selten auf die Ebene des Gesamtverbandes gelangten<sup>31</sup>.

Insgesamt setzte der Deutsche Bauernverband in der Ära Rehwinkel auf ein polemisches, schroffes und teilweise derbes Auftreten. Zwar nahm der Verband stilistische Anleihen bei jenem modernen Agrarpopulismus, den man in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert findet und der in der Zwischenkriegszeit den Weg in die Katastrophe geebnet hatte. Damit mobilisierte und integrierte der DBV weite Teile seiner Basis. Zugleich darf man die Grenzen der Radikalisierung und der Kontinuitäten nicht übersehen. In den ersten zwei Nachkriegsjahrzehnten kam es kaum zu gewalttätigen Ausschreitungen. Antisemitismus spielte keine große Rolle. Rechts- oder linksradikale Kräfte versuchten vergeblich, aufgebrachte Bauern zu mobilisieren. Und nicht einmal Gewalt gegen öffentliche Einrichtungen, in den Weimarer Jahren an der Tagesordnung, wurde wiederbelebt. Im Vordergrund standen vielmehr polternde Drohungen mit vagen Formeln<sup>32</sup>.

Die Strategie des DBV war exakt so dosiert, dass die eigene Stellung gestärkt wurde. Wenngleich die Presse gelegentlich verbandsinternen Streit groß zu reden versuchte<sup>33</sup>, blieb die Haltung des Verbandes im Innern und nach Außen erstaunlich konstant. Er bediente sich einer aggressiv-nationalen Rhetorik, die sich jedoch nicht zu offen extremistischen, undemokratischen Positionen steigerte. Offensichtlich hatten sich die Grenzen des Sagbaren - zumindest wenn es durchsetzbar sein sollte – gegenüber der Zwischenkriegszeit deutlich verschoben, und der DBV war für den Agrarbereich jene Kraft, die diese neuen Sprach- und Handlungskonventionen zementierte. Auch dass die protestierenden Bauern den Rubikon der Gewalt nicht überschritten, ist nicht zuletzt auf den DBV zurückzuführen, weil sein enormer organisatorischer und lebensweltlicher Einfluss das Protestpotential der Landwirte kanalisierte und einhegte. Gerade mit Blick auf den Extremismus der Zwischenkriegszeit erweist sich der Deutsche Bauernverband in der Nachkriegszeit als ein bislang unterschätzter und zu wenig gewürdigter Faktor, der zur gesellschaftlichen Stabilisierung und Bejahung der Demokratie allerdings unter autoritär-konservativen Vorzeichen – wesentlich beitrug<sup>34</sup>.

Diese These erhärtet sich im europäischen Vergleich. Natürlich kam es während der trente glorieuses in keinem Land zu einer ähnlichen Radikalisierung wie



<sup>30</sup> BA Koblenz, B 428/88, Niederschriften Präsidiumssitzungen des DBV v. 7.5.1963 und v. 18. 10. 1963; zur Haltung Rehwinkels NLA, VVP 38/49.

<sup>&</sup>lt;sup>31</sup> Vgl. Sontowski, Bauernverband, S. 86-88.

<sup>&</sup>lt;sup>32</sup> Gelegentlich sandte Rehwinkel entsprechende "Lesehilfen" seiner Aussagen an die Regierung, in denen er seinen derben Stil mit "verbandspolitischen Gründen" rechtfertigte, in: BA Koblenz, B 136/8633, Bundeskanzleramt, Praß an Erhard, 16.7.1964.

<sup>33</sup> Vgl. z.B. "Herrn von Feurys Geschäfte", in: Spiegel vom 13.11.1957.

<sup>&</sup>lt;sup>34</sup> Vgl. dagegen z.B. Gesine Gerhard, Das Ende der deutschen Bauernfrage – Ländliche Gesellschaft im Umbruch, in: Daniela Münkel (Hrsg.), Der lange Abschied vom Agrarland. Agrarpolitik, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn, Göttingen 2000, S. 124-142.

30 oder 40 Jahre zuvor. Gewalt gegen Sachen und mit Einschränkungen auch gegen Personen findet man jedoch zum Beispiel in Italien, Frankreich und Belgien weiterhin als Mittel des politischen Protests. Im Vergleich dazu waren die deutschen Landwirte ungemein ziviler.

#### Die europäische Rettung des DBV: 1965-1990

1965 stand der Bauernverband vor einem Scherbenhaufen: In der für ihn zentralen Frage des Getreidepreises hatte die Bundesregierung auf europäischer Ebene nach zähem Widerstand Ende 1964 dem übergroßen Druck der EWG-Partner nachgeben müssen, die unter dem Vorzeichen supranationaler Integration auf einer Preisangleichung bestanden. Für den DBV kam dies der größten Niederlage in seiner bisherigen Geschichte gleich. Als Kompensation dafür bewilligte die Bundesregierung zwar über mehrere Jahre Ausgleichszahlungen in Höhe von 1,1 Mrd. DM, doch bereits nach zwei Jahren brach das Kabinett Erhard angesichts einer kleineren ökonomischen Krise sein Wort. Die Regierung löste bindende Zusagen auf und fuhr den Agrarhaushalt deutlich zurück. 1967 wurde er um 550 Millionen DM im Vergleich zum Vorjahr gekürzt; geplant war, dass der Anteil des Landwirtschaftsetats am Gesamthaushalt von 1965 bis 1971 von 7.6 auf 4.8 Prozent fallen sollte. Für die nationale Agrarpolitik würden 1971 somit nur noch 1,2 Mrd. DM zu Verfügung stehen, während es 1965 noch stolze 2,7 Mrd. DM gewesen waren. Ex post wurde damit noch deutlicher, welche Sonderstellung die Landwirtschaft in der Ära Adenauer genossen hatte – ein Eindruck, der sich unter der Großen und später der Sozialliberalen Koalition noch verstärken sollte<sup>35</sup>. Das agrarpolitische Netzwerk selbst stand allerdings kaum weniger geschlossen da als in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Dass es den Kurs der Regierung nicht mehr so stark prägen konnte, lag am Rückgang des primären Sektors und seiner parlamentarischen Vertretung, an ökonomischen Problemen und veränderten Präferenzen der Regierung (nota bene bereits bevor die konsumentenfreundliche SPD an der Regierung beteiligt wurde) sowie schließlich an einem neuen Klima in der Gesellschaft, in dem Modernisierungs- und Machbarkeitshoffnungen die konservativ angehauchte Agrarromantik sukzessive verdrängte.

"Rettung" – genauer gesagt, eine zumindest partielle Kompensation für diese Einbußen – kam für den DBV und seine Klientel von überraschender Seite: Während das agrarpolitische Netzwerk bisher die meisten konkreten Vorschläge der EWG abgelehnt hatte, musste man nun feststellen, dass "Brüssel" mit seiner entstehenden Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) viele Vorteile mit sich brachte, was angesichts der erodierenden Unterstützung in Bonn umso stärker ins Auge fiel. Die EWG-Milchmarktordnung von 1966 bietet dafür ein gutes Beispiel. In diesem Fall verfügte die Mehrheit der anderen Mitgliedsstaaten über einen höheren Preis



<sup>&</sup>lt;sup>35</sup> Vgl. Der Zwölfte Grüne Bericht, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 22. 2. 1967; BA Koblenz, B 136/3562, BML, IVA1 an Chef Kanzleramt, 11. 12. 1967; ferner Patel, Europäisierung, S. 361–365.

als Deutschland, und im Ergebnis einigte man sich tatsächlich auf ein Niveau, das einen Pfennig über dem deutschen Milchpreis lag<sup>36</sup>.

Generell gilt, dass Brüssel immer bedeutsamer wurde. Viele Instrumente, mit denen die Bundesregierung bislang der Landwirtschaft geholfen hatte, kamen nun im EWG-Markt zum Einsatz. Maßnahmen zum Außenschutz und Interventionen zur Steuerung der Preise und des Absatzes der wichtigsten Agrarprodukte wurden bis 1968, als der gemeinsame Agrarmarkt vollendet war, auf EWG-Ebene ergriffen. Durch Beschlüsse wie den zum gemeinsamen Milchpreis explodierte zudem der europäische Agrarhaushalt; in den 1970er Jahren belief er sich phasenweise auf über 80 Prozent des Gesamtbudgets der EWG. Zwischen 1969 und 1973 verdoppelten sich die Kosten und summierten sich dann auf mehr als vier Milliarden Rechnungseinheiten (RE); 1962 hingegen waren es noch 38 Millionen RE gewesen<sup>37</sup>. Natürlich gingen diese Riesensummen nicht ausschließlich oder primär an deutsche Landwirte, sie halfen aber die Ausfälle auf nationaler Ebene zu kompensieren. Das Geld aus Brüssel wurde nach markt- und nicht nach strukturpolitischen Kriterien vergeben, weshalb wiederum die Großerzeuger am meisten profitierten. Da aber alle Erzeuger ein Interesse an hohen Preisen hatten, ließ sich diese Unwucht relativ gut kaschieren. Und, wichtiger noch: Die Ergebnisse von Brüssel waren institutionell gesicherter als die Versprechungen von Bonn. Denn in der EWG entschieden im Wesentlichen die Agrarminister der Mitgliedsstaaten, und spätestens seit den späten 1960er Jahren bildete sich unter diesen ein Konsens heraus, dass sie ihrer Klientel keine weiteren Belastungen zumuten konnten. Diese zunehmend transnational vernetzte "Grüne Front" in Brüssel erstritt zwar gegen den Widerstand anderer Ressorts keine grundlegenden Verbesserungen, sie sorgte aber dafür, dass der stets weiter wachsende Agrarhaushalt der Gemeinschaft nicht beschnitten wurde. Auch Reformpläne der Europäischen Kommission, vor allem den berühmt-berüchtigten Mansholt-Plan von 1968, wusste man hier zu torpedieren<sup>38</sup>.

Während das agrarpolitische Netzwerk auf EWG-Ebene wesentlich dazu beitrug, eine strukturelle Neuausrichtung der GAP zu verhindern, machte der DBV auf nationaler Ebene in dieser Frage in den frühen 1970er Jahren erste Zugeständnisse. War der Strukturwandel bisher zur Tabuzone erklärt worden, forderte man nun nicht mehr eine unbedingte Bestandsgarantie für alle Betriebe. Der DBV

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

<sup>36</sup> Vgl. zu den Verhandlungen, auf deutscher wie auch auf EWG-Ebene, BA Koblenz, B 136/8319; ferner Historisches Archiv der Europäischen Union, Florenz, BAC 13/1969-5, Rehwinkel an Mansholt, 31.8.1965.

 $<sup>^{\</sup>rm 37}$  Vgl. Hans Eberhard Buchholz, Agrarmarkt: EWG-Marktordnungen, in: Willi Albers u.a. (Hrsg.), Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, Stuttgart 1976, Bd. 1, S.87-106. Aufgrund von Paritätsänderungen ist die Angabe in RE präziser als die in DM. Im Bretton-Woods-System entsprach die RE genau dem US-Dollar: 1 Unze Gold = \$ 1 = 1 RE.

<sup>&</sup>lt;sup>38</sup> Insgesamt zur Geschichte der GAP vgl. jetzt Kiran Klaus Patel (Hrsg.), Fertile Ground for Europe? The History of European Union and the Common Agricultural Policy since 1945, Baden-Baden 2009; ferner klassisch Fritz W. Scharpf, Die Politikverflechtungs-Falle. Europäische Integration und deutscher Föderalismus im Vergleich, in: Politische Vierteljahresschrift 26 (1985), S. 323-356.

konzedierte jetzt, dass Agrarpolitik auch zum Ziel haben sollte, den Schrumpfungsprozess der Landwirtschaft sozialpolitisch abzufedern und wirtschaftlich zu kompensieren. Der Verband folgte somit einer Doppelstrategie: preiszentrierte Forderungen in Brüssel und eine vorsichtige Annäherung an die Strukturpolitik in Bonn. Da landwirtschaftspolitisch jedoch die Musik immer mehr in Brüssel spielte, privilegierte dieser Kurs letztlich weiterhin die Großerzeuger<sup>39</sup>.

Die Kurskorrektur des DBV war angesichts der enormen Transformationen des Sektors unvermeidlich. Zwischen 1957/58 und 1973 sank die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten von 4,8 Millionen auf 2,7 Millionen; seit 1949 hatte ein Drittel der Betriebe aufgeben müssen. Viele Höfe arbeiteten hart am Rande des Existenzminimums<sup>40</sup>. An der Basis riefen viele Bauern zu radikalem Widerstand auf deutscher wie auf europäischer Ebene auf. Im DBV überwogen jedoch die gemäßigten Positionen. Wilfried Hasselmann etwa, Chef des Bundes der Deutschen Landjugend und zugleich niedersächsischer Landwirtschaftsminister, betonte auf einer DBV-Präsidiumssitzung im August 1966, dass "allein konstruktive Vorschläge" in Bezug auf die in Bonn geplanten Kürzungen weiterhelfen würden<sup>41</sup>. Am Beispiel Hasselmanns zeigt sich im Übrigen, wie sehr der DBV auf CDU-Positionen festgelegt war. Das Präsidiumsmitglied war ein Neffe des DBV-Präsidenten, und damit "rehwinkel [sic!] etwas eingebunden" sei, hatte die Union Hasselmann seit Anfang der 1960er Jahre gezielt eine Karriere auf Landesebene ermöglicht. Diese Investition zahlte sich nun aus, und ganz allgemein traten auch in dieser Phase vor allem die CDU-Mandatsträger im Bauernverband für eine gemäßigte Linie ein<sup>42</sup>. Sicherlich, Rehwinkel selbst spielte gelegentlich mit dem Feuer, etwa wenn er sich 1967 mit NPD-Politikern traf. Was der Präsident sich davon versprach, lässt sich nicht eindeutig klären. Wahrscheinlich ist jedoch, dass es ihm eher um einen gezielten Nadelstich gegen die Union als um eine wirkliche Neuausrichtung des Verbandes ging. Außerdem lehnten, wie die Akten zeigen, mehrere wichtige Landesverbandspräsidenten jede Annäherung an die NPD ab; keiner sprach sich dafür aus. Der Spuk war denn auch schnell vorüber<sup>43</sup>.



<sup>&</sup>lt;sup>39</sup> Vgl. Sontowski, Bauernverband, S.67–73; Heinze, Verbandspolitik, S.89–98; zur ebenfalls eher passiven agrarsozialpolitischen Rolle des DBV vgl. Peter Mehl, Reformansätze und Reformwiderstände in der Agrarsozialpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1997, v.a. S.265–270.

<sup>&</sup>lt;sup>40</sup> Vgl. BML, Jahrbuch 1975, S. 48; Grüner Bericht 1975, S. 13 (wie Anm. 6).

<sup>&</sup>lt;sup>41</sup> BA Koblenz, B 428/192, Niederschrift Präsidiumssitzung des DBV v. 30.8.1966; vgl. aus späterer Zeit etwa ebenda, B 428/127, Niederschrift Präsidentenbesprechung des DBV v. 16.1.1968.

<sup>&</sup>lt;sup>42</sup> ACDP, 01–248/14, Münster an Fricke, 26. 2. 1963; ebenda, 01–369/01/3, Fratzscher an Ehlers/Fricke, 5. 5. 1954; vgl. allgemein Frank Bösch, Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969, Stuttgart 2001, S. 291 f.; Einblicke in die Nähe zwischen CSU und DBV gibt der Nachlass des zeitweisen Bundesagrarministers Höcherl, in: Archiv für Christlich-Soziale Politik, München, Nachlass Hermann Höcherl/19, 39.

<sup>&</sup>lt;sup>43</sup> BA Koblenz, B 428/192, Niederschrift Präsidiumssitzung des DBV v. 4.4.1967, und B 428/188, Niederschrift Präsidiumssitzung des DBV v. 29.11.1967; vgl. auch Patel, Europäisierung, S. 365–369; zu Heereman, der bereits in den 1950er Jahren der CDU beigetreten war, vgl. Kluge, Jahre, Bd. 2, S. 221 f.

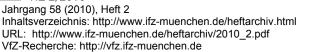
Zugleich schliff sich der Gestus des Unbedingten in den 1970er Jahren ab. Statt schwarzer Fahnen griff der DBV nun zu zeitgemäßen PR-Instrumenten mit Happening-Charakter, und Rehwinkels Nachfolger, Constantin Freiherr von Heereman (Präsident 1969–1997), lernte eigens Französisch, um in Brüssel mitparlieren zu können<sup>44</sup>. Wenngleich sich agrarromantische Ideen bis heute finden, passten die Agrarier ihre Legitimationsstrategien den neuen Zeiten an. Anstatt auf der kulturellen Bedeutung bäuerlicher Familienbetriebe zu insistieren, betonte man die Produktivitätszuwächse agrarischer Unternehmer. Phasenweise in den frühen 1970er Jahren und verstärkt ab den späten 1980er Jahren - strich der Verband den Beitrag des primären Sektors zur Landschaftspflege heraus, was in der aufkommenden Umweltdebatte gut ankam, aber auch den Massentourismus fördern sollte<sup>45</sup>.

Der DBV hielt sich insgesamt an die Spielregeln der parlamentarischen Demokratie. Selbst im stürmischen Klima der späten 1960er und der 1970er Jahre setzte er auf "Disziplin", "Ordnung", Respektabilität und eine staatstragende Rolle, nicht auf rechtswidrigen Protest oder Gewalt. Damit unterschied er sich nicht nur von seinen Vorläufern und den Partnerorganisationen in Frankreich, Italien oder Belgien, sondern auch von der APO und den neuen sozialen Bewegungen. Mehr als viele 68er war der Bauernverband damit im Westen angekommen. Gedankt wurde es ihm jedoch kaum.

Auch auf EWG-Ebene erwies sich der DBV als erstaunlich erfolgreich - wenn man als Kriterium dafür die Wahrung seiner Interessen ansetzt. Bereits in der Entstehungsdekade des gemeinsamen Agrarmarktes bis 1968 hatte er sich deutlich schneller auf das Brüsseler Machtzentrum eingelassen als die Bundesregierung. Rasch durchschaute er das sich herausbildende Mehrebenen-System, in dem bis 1967 in Agrarfragen das Einstimmigkeitsprinzip bei wichtigen Entscheidungen herrschte. Es reichte in dieser Phase oft aus, wenn der DBV die Haltung der Bundesregierung prägte, um unliebsame Entscheidungen zu verhindern. Der Verband war allerdings auch direkt in Brüssel präsent: Die Europäische Kommission hatte 1958 auf einen Zusammenschluss der Landwirtschaftsorganisationen der sechs Mitgliedsstaaten gedrängt, um sie durch Transnationalisierung zu bändigen. Dem DBV gelang es aufgrund seiner Größe, Schlagkraft und der Cleverness seiner Führung bereits in den 1960er Jahren mehrmals, das so entstandene COPA (Comité des organisations professionnelles agricoles) zum Sprachrohr eigener Interessen zu machen<sup>46</sup>. Im Lauf der Zeit traten solche Strategien gegenüber einer ernsthaften transnationalen Kooperation der Lobbygruppen im Rahmen von COPA und anderen Einrichtungen zurück. Der DBV passte sich so an die verän-

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VfZ 2/2010





<sup>&</sup>lt;sup>44</sup> Vgl. Patel, Europäisierung, S. 477–479.

<sup>&</sup>lt;sup>45</sup> Vgl. z.B. Hellmuth Bücken, Nur Umwelt-Schocker, in: Deutsche Bauern-Korrespondenz vom 20.12.1971; "Leitsätze zur Agrarpolitik", in: Deutsche Bauern-Korrespondenz vom 15.10.1972; BA Koblenz, B 116/45259, DBV, Vermerk Heereman, 11.6.1975; Heinze, Verbandspolitik, S. 106-118.

<sup>&</sup>lt;sup>46</sup> Vgl. zum COPA Burkhardt-Reich/Schumann, Agrarverbände, S. 327–362; zum DBV in diesem Kontext ACDP, 01-128, Entwurf d. Protokolls über 3. Kontaktsitzung zw. Mansholt und COPA, 7.7.1961; ferner Knudsen, Farmers, S. 192f.

derten Rahmenbedingungen an – nun, da er akzeptiert hatte, dass die Zukunft der Landwirtschaft in der Rettung durch Europa lag.

Abgesehen von einer zunehmenden Transnationalisierung, welche sich nicht zuletzt durch veränderte Entscheidungsmechanismen in der EWG seit den späten 1960er Jahren erklärt, reformierte der DBV auch im Innern seine Handlungsformen und -logiken entsprechend der neuen Zeiten. Durch die GAP wurde Agrarpolitik immer komplexer; neben den Agrarproduzenten gehörte in zunehmendem Maße die Lebensmittelindustrie zu den Gewinnern des Systems. Heereman kooperierte deshalb enger als seine Vorgänger mit anderen Teilen der Wirtschaft<sup>47</sup>. Weil es zugleich immer schwieriger wurde, erfolgreiche Interessenpolitik gegenüber der eigenen Basis nachzuweisen, spielte Symbolpolitik eine zunehmend größere Rolle. 1971 organisierte der Bauernverband eine Großdemonstration in Bonn mit rund 40.000 Teilnehmern – die größte Einzeldemonstration, die die Bundeshauptstadt bis dahin erlebt hatte. Wogegen protestiert wurde, blieb eher unklar, da die Bundesregierung die Haltung des DBV ohnehin unterstützte<sup>48</sup>. Was zählte, war die große Geste. Ganz allgemein wurde Bonn fortan oft geschont, Brüssel hingegen gescholten. Durch dieses Kanalisieren und Moderieren der Basis gelang es dem Bauernverband weiterhin, radikalisierende Tendenzen aufzufangen und zu verhindern, dass neben ihm eine zweite wirkungsmächtige Vertretung der Agrarinteressen in Deutschland entstand<sup>49</sup>. Unverzichtbar wurde der DBV zudem, da er eine Mittlerrolle zwischen nationaler und europäischer Verwaltung und den Erzeugern wahrnahm: Ein hoch interventionistisches und komplexes System wie die GAP brauchte eine derartige Instanz, die den Bauern Hilfe bot, wenn sie mit komplizierten Formularen und langwierigen Prozeduren konfrontiert wurden, und zugleich den Behörden garantierte, dass die Landwirte sich vor Ort an die Regeln hielten<sup>50</sup>.

Parallel dazu setzte sich auf ökonomischer Ebene die Transformation der Landwirtschaft mit rasantem Tempo fort. Immer weniger Landwirte konnten immer mehr Menschen versorgen: 1900 hatte in Deutschland ein Landwirt rund vier Personen ernährt, 1950 waren es zehn, heute sind es rund 150 Menschen. Nicht nur dies muss dem einseitigen Bild von der Krise des Sektors entgegengehalten werden, sondern auch, dass viele Betriebe, vor allem große durchrationalisierte Höfe, durchaus rentabel wirtschafteten<sup>51</sup>. Der DBV vertrat weiterhin



<sup>&</sup>lt;sup>47</sup> Vgl. Sontowski, Bauernverband, S. 115–128.

<sup>&</sup>lt;sup>48</sup> Vgl. z. B. Erich Geiersberger, ARD-Fernsehkommentar, gesendet am 28.2.1971, Schriftfassung in: BA Koblenz, B 136/8635; "Die Bauern demonstrieren am falschen Ort", in: Frankfurter Rundschau vom 27.2.1971; die Haltung des DBV in: Geschäftsstelle Deutscher Bauernverband, Berlin, unsignierter Bestand, Akte "Mitgliederversammlung".

<sup>&</sup>lt;sup>49</sup> Vgl. zu den wichtigsten Abspaltungsversuchen in dieser Zeit Onno Poppinga, Bauern und Politik, Frankfurt a. M. 1975; Sontowski, Bauernverband, S. 163–173.

<sup>&</sup>lt;sup>50</sup> Vgl. Dieter Wolf, Deutscher Bauernverband. Einfluss und Rechtsbefolgung, in: Annette Zimmer/Bernhard Weßels (Hrsg.), Verbände und Demokratie in Deutschland, Opladen 2001, S. 183–208.

<sup>&</sup>lt;sup>51</sup> Vgl. die vom BML herausgegebenen Broschüre, Landwirtschaft leistet mehr, Berlin 2008, S. 6.

primär die Interessen dieses Segments der Landwirtschaft. Angesichts der exorbitanten Überschüsse und Kosten mehrte sich jedoch die Kritik an der GAP, und obwohl der DBV massiv Druck ausübte, konnte sich die Bundesregierung 1984 einem ersten Schritt zu ihrer Reform nicht verschließen. Fortan gab es die sogenannte Milchquote, so dass die Erzeuger nicht mehr jede beliebige Menge zu garantierten Preisen absetzen konnten. Die Reform wirkte sich besonders zu Ungunsten der Großerzeuger aus. Der Bauernverband protestierte so heftig, dass die Regierung Kohl im Jahr darauf den nächsten Reformschritt torpedierte, und zwar mit einem in der Gemeinschaft ebenso seltenen wie drakonischen Mittel: Durch ein Veto verhinderte sie eine Absenkung des Getreidepreises. Auf europäischer Ebene schadete sich die Bundesregierung damit sehr, weil sie seit Jahrzehnten die Kostenexplosion beklagt hatte, nun aber bremste, wenn etwas dagegen getan werden sollte<sup>52</sup>. Eine ähnlich ambivalente Haltung nahm die Bundesregierung auch in der Folgezeit ein. Kanzler Kohl begründete dies mit der Notwendigkeit, "größeren Schaden von unseren Bauern abzuwenden"53. Der DBV begrüßte dies - und konnte zugleich gegenüber seiner eigenen Basis einen wichtigen Erfolg vermelden.

Sicherlich, der DBV hatte bereits vor 1985 nicht nur hohe Preise gefordert, sondern war als Konzession an die kleineren Erzeuger auch für direkte Beihilfen eingetreten. Am Primat der Preispolitik festzuhalten hatte jedoch den Charme, dass man ein Angebot machen konnte, das allen Landwirten einleuchtete, auch wenn es faktisch eine kleine Gruppe privilegierte. In den 1980er Jahren berichteten der Spiegel und andere linksliberale Presseorgane gerne über interne Konflikte im DBV und über Spannungen im Verhältnis zur Union, etwa anlässlich der spektakulären Ausladung von Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle vom Bauerntag 1987<sup>54</sup>. Gesellschaftlich an den Rand gedrängt und ohne erkennbare politische Alternative, wuchs in der Landwirtschaft tatsächlich die Unzufriedenheit. Der Verband orientierte sich aber kaum um, und dass die Ausladung eines Ministers zu den radikalsten Maßnahmen gehörte, verdeutlicht nur ein weiteres Mal, wie moderat der Kurs des DBV letztlich war. Ex post stechen so die Kontinuitäten ins Auge. Zugleich waren manche Erfolge des Verbands nunmehr nur noch symbolischer Natur. Das gilt auch für den scheinbar größten Triumph: das Veto, das die Bundesregierung 1985 auf Drängen des Verbands einlegte. Was auf den ersten Blick - und übrigens bis in die Begründungen - an das enge Bündnis zwischen



<sup>&</sup>lt;sup>52</sup> Vgl. Eckart Gaddum, Die deutsche Europapolitik in den 80er Jahren: Interessen, Konflikte und Entscheidungen der Regierung Kohl, Paderborn 1994, S. 93-187; Andreas Wirsching, Abschied vom Provisorium, 1982-1990. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 2006, S. 524-531.

 $<sup>^{53}</sup>$  Helmut Kohl, Erinnerungen, 1982–1990, München 2005, S. 588, ähnlich auch S. 441–444.

<sup>&</sup>lt;sup>54</sup> Vgl. z.B. "Geschenk an die Verbraucher" (Interview mit Heereman), in: Die Zeit vom 6.4.1984; "Kein Bauer mit 'ner Kuh wählt heute noch CDU", in: Spiegel vom 5.5.1986; "Bonner Buhlen um Bauern", in: Die Zeit vom 14.3.1986; zu Kiechle vgl. Sontowski, Bauernverband, S. 135; zur Stimmung Hans Pongratz, Bauern - am Rande der Gesellschaft? Eine theoretische und empirische Analyse zum gesellschaftlichen Bewußtsein von Bauern, in: Soziale Welt 38 (1987), S. 522-544.

DBV und Regierung in der Ära Adenauer erinnerte, hatte wenig Bestand, da Brüssel kurz danach seine Position auf dem kalten Verwaltungsweg durchsetzte<sup>55</sup>.

## Agrarpolitik seit 1945: Interessenvertretung und politisches System

In kaum einem Gesellschaftsbereich war der soziale Wandel im 20. Jahrhundert so grundstürzend wie in der ländlich-agrarischen Welt. In der Bundesrepublik gestaltete sich der "Abschied vom Agrarland" trotzdem gewaltfrei und konsensual und damit ganz anders als nach 1918<sup>56</sup>. Dieser Erfolg war auch ein Erfolg des Deutschen Bauernverbandes – und zwar im doppelten Sinne<sup>57</sup>: Seine schlagkräftige Interessenpolitik begünstigte große und mittelgroße Bauern, nicht mehr Großgrundbesitzer wie in der Weimarer Republik. Allokationseffizient wurden die Mittel zwar nicht vergeben, aber das Prinzip Gießkanne reduzierte das Protestpotential eines besonders radikalisierungsanfälligen Teils der Gesellschaft. Wichtiger noch als Geld war, dass der Staat die materielle und gefühlte Notlage der Bauern nun auch symbolisch anerkannte. Die Lobbyarbeit des DBV entschärfte auch auf diese Weise das Potenzial für wirklich radikalen Protest. Der DBV förderte so bewusst die Demokratieakzeptanz seiner Basis; ökonomisch hätte dagegen ein Gutteil seiner Klientel von einem stärker strukturpolitischen Kurs mehr profitiert.

Durch die europäische Einigung wurde Agrarpolitik komplexer, die Verhandlungen waren schwieriger zu steuern, die Ergebnisse schwerer vorherzusehen, der Handlungsspielraum des DBV verringerte sich. Das Europa-Projekt, das der Verband zunächst nach Kräften bekämpft hatte, sicherte ihm aber mittelfristig viele Ressourcen. Der Umbau der Agrarpolitik, den die EWG vorantrieb, entsprach zwar gewiss nicht den Wünschen der Spitzenvertreter des DBV. Dass sich die GAP seit 1984 und mehr noch seit den 1990er Jahren von ihrer Fixierung auf eine Preispolitik entfernte, nutzte allerdings vielen Verbandsmitgliedern ökonomisch mehr als der alte Kurs, den der Verband unterstützt hatte. Da der Verband den Spagat meisterte, in der EWG, auch unter komplexeren Bedingungen, Politik mitzugestalten, gleichzeitig aber Brüssel zu kritisieren, konnte er sich das Vertrauen weiter Teile der Basis sichern. Sicherlich, die Unzufriedenheit wuchs, und es war nur noch eine Frage der Zeit, bis die Monopolstellung des Verbandes erstmals ernsthaft herausgefordert werden würde.

Allerdings: Der Verband organisiert laut eigenen Angaben auch heute noch 90 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland<sup>58</sup>. Noch immer fließen über 40 Prozent des Haushalts der EU in den Agrarsektor, obwohl dieser, anders als Anfang der 1950er Jahre, nicht mehr rund 20 Prozent, sondern nur noch



<sup>&</sup>lt;sup>55</sup> Vgl. Wirsching, Abschied, S. 526–528.

<sup>&</sup>lt;sup>56</sup> Vgl. Münkel (Hrsg.), Abschied.

<sup>&</sup>lt;sup>57</sup> Freilich gab es auch andere Faktoren, vor allem die hervorragende Wirtschaftsentwicklung der Nachkriegsjahrzehnte und den veränderten internationalen Kontext; vgl. dazu Gerhard, Ende, in: Münkel (Hrsg.), Abschied, bzw. Conze, Suche.

<sup>&</sup>lt;sup>58</sup> Vgl. www.bauernverband.de/index.php?redid=152874 (zuletzt eingesehen am 10.12.2009).

2 Prozent der Bevölkerung ausmacht<sup>59</sup>. Die Wiedervereinigung 1990 veränderte die Gestalt der deutschen Landwirtschaft grundlegend; trotzdem gelang es dem Verband binnen kurzem, auch zum Sprachrohr der ostdeutschen Betriebe zu werden. Mehrere Reformen - McSharry 1992, die "Agenda 2000" von 1999 sowie weitere Maßnahmen in den Jahren darauf – haben Ausrichtung und Kosten der GAP deutlich zu reduzieren versucht<sup>60</sup>. Die agrarischen Interessenvertreter sind deshalb aber nicht weniger einflussreich geworden. Ob der zunehmend transnational vernetzte DBV gemessen an der Zahl der Personen, die er vertritt, je an Einfluss verloren hat, ist somit eine offene Frage<sup>61</sup>. Dank seiner effizienten "pressure group" hat die Landwirtschaft am Ende des 20. Jahrhunderts noch immer eine Sonderstellung inne, nun allerdings auf zwei Ebenen - in der Bundesrepublik, die viele Kompetenzen an Brüssel abtreten musste und damit europäischer geworden ist, und in der EU selbst, in der Agrarpolitik auf der Agenda nach wie vor eine zentrale Rolle spielt.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VfZ 2/2010 Jahrgang 58 (2010), Heft 2 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2010 2.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



<sup>&</sup>lt;sup>59</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch 1952 für die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 1952, S. 84 u. S. 452 f.; Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch 2008 für die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2008, v.a. S. 330-365.

<sup>&</sup>lt;sup>60</sup> Vgl. Ann-Christina L. Knudsen, European Integration in the Image and the Shadow of Agriculture, in: Desmond Dinan (Hrsg.), Origins and Evolution of the European Union, Oxford 2006, S. 211-216.

<sup>61</sup> Vgl. auch Wolf, Bauernverband, in: Zimmer/Weßels (Hrsg.), Verbände.

#### BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG

#### JAHRBUCH FÜR

#### HISTORISCHE

#### **KOMMUNISMUSFORSCHUNG**

#### Aus dem Inhalt

Gerhard Wettig: Stalin und die kommunistischen Parteien in Westeuropa 1944–1951

Barbara Stelzl-Marx: Ideologie, Kontrolle, Repression. Als sowjetischer Besatzungssoldat im Westen

Vaios Kalogrias: Die KP Griechenlands und der Bürgerkrieg 1946–1949

Charlotta Brylla: Die schwedische kommunistische Partei und der Eurokommunismus

Gerrit Voerman: Vom Maoismus zur Sozialdemokratie. Über die Anpassungsfähigkeit der Sozialistischen Partei in den Niederlanden

Victor Zaslavsky: Die Finanzierung der Kommunistischen Partei Italiens durch die Sowjetunion

Michael Mayer: »Machterschleichung auf Filzpantoffeln«. Die Bundesrepublik, die DDR und die mögliche Regierungsbeteiligung der kommunistischen Parteien in Frankreich und Italien in den Siebzigerjahren

Heike Amos/Manfred Wilke: Die Deutschlandpolitik der SED und ihre »bürgerlichen Bündnispartner« in der Bundesrepublik 1949–1989

Marcel Bois/Florian Wilde: Ein kleiner Boom. Entwicklungen und Tendenzen der KPD-Forschung seit 1989/90

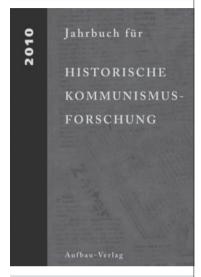
Alexander Vatlin: Die unvollendete Vergangenheit. Über den Umgang mit der kommunistischen Geschichte im heutigen Russland

Peter Huber: Überlebenschancen in den Chefetagen der Komintern

Helmut Müller-Enbergs: Markus Wolf versus United States of America. Die Amerika-Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit

Im JHK 2010 erscheinen 23 Beiträge sowie The International Newsletter of Communist Studies mit Informationen über Forschungs- und Dokumentationsprojekte, thematisch einschlägige Internetressourcen und Rezensionen.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



# Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung

Herausgegeben von Ulrich Mählert, Bernhard H. Bayerlein, Horst Dähn, Bernd Faulenbach, Ehrhart Neubert, Peter Steinbach, Stefan Troebst, Manfred Wilke im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Enthält/including: The International Newsletter of Communist Studies XVI (2010), No. 23.

Aufbau-Verlag Berlin, 448 Seiten, 38,00 €

ISSN 0944-629X ISBN 978-3-351-02690-5





Dass das Deutsche Reich während des Ersten Weltkriegs Russland zu unterminieren und auszuschalten suchte, indem es das Unabhängigkeitsstreben der Polen, Balten, Ukrainer und anderer Ethnien im Russischen Reich förderte, ist seit langem bekannt. Weniger bekannt ist dagegen, dass die deutsche Armee auch die Kriegsgefangenen aus der Zarenarmee in diesem Sinne beeinflussen und instrumentalisieren wollte. Auf der Grundlage unbekannter deutscher Quellen vermittelt die Autorin erstmals eine Vorstellung von der Dimension dieses Unternehmens, von seinen Erfolgen und Misserfolgen und schließlich auch von seinen Konsequenzen, die so ganz anders waren, als es sich die deutsche Seite erhofft hatte.

Oxana Nagornaja

# Des Kaisers Fünfte Kolonne?

Kriegsgefangene aus dem Zarenreich im Kalkül deutscher Kolonisationskonzepte (1914 bis 1922)

Die 1,5 Millionen Angehörigen der russischen Armee, die im Ersten Weltkrieg in deutsche Kriegsgefangenschaft gerieten, waren ein Abbild der ethnischen und konfessionellen Vielfalt des Zarenreiches. In die deutschen Lager kamen neben den Russen mehr als 150 000 Ukrainer<sup>1</sup>, 50 000 "Tataren" (Muslime)<sup>2</sup>, 30 000 Juden<sup>3</sup>, 25 000 Polen<sup>4</sup>, 16 000 Deutschrussen<sup>5</sup>, 10 000 Balten (Litauer, Letten, Esten)<sup>6</sup> und 3 000 Georgier<sup>7</sup>. Für die deutsche militärische Führung einer der wichtigsten

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VfZ 2/2010 © Oldenbourg 2010 DOI 10.1524/vfzg.2010.0010 Jahrgang 58 (2010), Heft 2 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2010\_2.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Eine ungenaue Statistik bedingt die unterschiedlichen Angaben zur Zahl der kriegsgefangenen Ukrainer (zwischen 30 000 allein in Deutschland und 30 000 in den Kriegsgefangenenlagern der Mittelmächte). Vgl. Claus Remer, Die Ukraine im Blickfeld deutscher Interessen. Ende des 19. Jahrhunderts bis 1917/18, Frankfurt a. M. 1997, S. 261. – Für kritische Anregungen und sprachliche Betreuung des Aufsatzes bedanke ich mich herzlich bei Prof. Dr. Dietrich Beyrau, Dr. Jürgen Zarusky und Dr. Kerstin von Lingen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Als "Tataren" wurden in Deutschland nicht nur ethnische Tataren, sondern auch Baschkiren und fast alle kaukasischen Völker bezeichnet. Die Zahl kriegsgefangener Muslime belief sich auf 30 000–50 000. Vgl. Wolfdieter Bihl, Die Kaukasus-Politik der Mittelmächte, Teil II: Die Zeit der versuchten kaukasischen Staatlichkeit 1917–1918, Wien 1992, S. 29.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Diese Angaben beruhen auf Schätzungen jüdischer Organisationen in Deutschland während des Krieges. Vgl. Trude Maurer, "Sehr wichtig sind Bücher von der jüdischen Geschichte". Zu den Lebensverhältnissen und Lektüreinteressen jüdischer Kriegsgefangener aus dem Russischen Reich (1917/18), in: Tel Aviver Jahrbuch für die deutsche Geschichte XX (1991), S. 264.

 $<sup>^4</sup>$  Hauptstaatsarchiv Stuttgart (künftig: HStA Stuttgart), M1/7, Bü24, Kommandantur Ulm, 28.1,1917.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Sächsisches Hauptstaatsarchiv (künftig: SächsHStA), 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 164, Preussisches Kriegsministerium (PKMIN), 26.8.1917.

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Ebenda, 11352, Stv. Generalkommando, Nr. 562, Kommandantur Lechfeld, Bestimmungen für die Arbeitgeber über die Aufklärung der baltischen Kriegsgefangenen.

 $<sup>^7</sup>$ 1918 befanden sich in den deutschen Kriegsgefangenenlagern ungefähr 70 georgische Offiziere und 3000 Soldaten. Vgl. Wolfdieter Bihl, Die Kaukasus-Politik der Mittelmächte, Teil I:

Ansätze, um das russische Reich zu unterminieren und gleichzeitig die deutschen militärischen und ökonomischen Interessen "im Osten" zu sichern.

Die privilegierte Behandlung und propagandistische Beeinflussung nationaler Minderheiten in den Kriegsgefangenenlagern war nicht nur Teil der deutschen Kriegführung. Auch Russland suchte etwa durch Agitation in den slawischen Gebieten und in seinen Kriegsgefangenenlagern die Donaumonarchie zu zersplittern und so auch seine panslawistischen Pläne zu realisieren. Die Mittelmächte wollten ihrerseits mit Hilfe der Stimulierung der nichtrussischen Nationalbewegungen und Gründung von Randstaaten ihren östlichen Nachbarn schwächen. Dabei ist es bemerkenswert, wie stark die deutsche Politik von kolonialen Einstellungen geprägt und wie eng die Kriegsgefangenenpolitik mit den deutschen Kolonisierungsprojekten in Osteuropa verbunden war.

Maßgeblich für die deutsche Strategie gegenüber Russland war das sogenannte "Orangen-Konzept", dem zufolge das Zarenreich wie eine Orange in einzelne Stücke geteilt und so auf die Grenzen der vorpetrinischen Zeit zurückgeworfen werden sollte. Russland sollte von der deutschen Grenze so weit wie möglich abgedrängt und seine Herrschaft über die nichtrussischen Vasallenvölker gebrochen werden. Deutsche Industrielle plädierten für eine deutsche Kontrolle über das Baltikum, die Ukraine und den Kaukasus, um den deutschen Rohstoffbedarf für die Zukunft zu sichern. Nachdem das Deutsche Reich seit 1914 fast alle überseeischen Kolonien verloren hatte, suchte man Ersatz in Osteuropa. Begründet wurde dies mit der Vorstellung der kulturellen Minderwertigkeit der osteuropäischen Völker und einer deutschen Zivilisationsmission im Osten. Nicht wenige deutsche Soldaten, die an der Ostfront kämpften, verstanden die Besetzung der russischen Westprovinzen als eine Aufklärungs- und Europäisierungsmaßnahme<sup>8</sup>.

Die Kriegsgefangenenforschung zum Ersten Weltkrieg konzentrierte sich meist auf die russische Nationalitätenpolitik gegenüber den österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen slawischer Herkunft<sup>9</sup>. Umgekehrt aber wurde die separatistische deutsche Propaganda bezüglich der nichtrussischen Kriegsgefangenen aus dem Zarenreich in den Studien zwar oft angesprochen, als einheitliches Phä-



Ihre Basis in der Orient-Politik und ihre Aktionen 1914–1917, Wien 1975, S.85, und Teil II, S.31.

<sup>&</sup>lt;sup>8</sup> Vgl. Aribert Reimann, Der große Krieg der Sprachen. Untersuchungen zur historischen Semantik in Deutschland und England zur Zeit des Ersten Weltkrieges, Essen 2000, S. 210–213; Manuel Köppen, Im Kriegszustand mit dem Fremden. Barbarentum und Kulturkampf, in: Alexander Honold/Oliver Simons (Hrsg.), Kolonialismus als Kultur. Literatur, Medien, Wissenschaft in der deutschen Gründerzeit des Fremden, Tübingen 2002, S. 273; Vejas Gabriel Liulevicius, Kriegsland im Osten. Eroberung, Kolonisierung und Militärherrschaft im Ersten Weltkrieg, Hamburg 2002, S. 201.

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Vgl. hierzu Richard Georg Plaschka, Avantgarde des Widerstands. Modelfälle militärischer Auflehnung im 19. und 20. Jahrhundert, 2 Bde., Wien 2000; Reinhard Nachtigal, Russland und seine österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen (1914–1918), Reimshalden 2003; Hannes Leidinger/Verena Moritz, Gefangenschaft, Revolution, Heimkehr: die Bedeutung der Kriegsgefangenenproblematik für die Geschichte des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa 1917–1920, Wien 2003; Georg Wurzer, Die Kriegsgefangenen der Mittelmächte in Russland im Ersten Weltkrieg, Göttingen 2005.

nomen aber bis heute nicht wirklich analysiert<sup>10</sup>. Aufgrund der neuesten Studien von Vejas Gabriel Liulevicius (2002) und Monique Scheer, aber auch im Kontext des Konzepts der (post)colonial studies<sup>11</sup> erscheint die deutsche Politik im Osten allmählich in einer neuen analytischen Perspektive. Das betrifft auch das Kriegsgefangenenwesen. Daran schließt sich die These dieses Aufsatzes an: Die privilegierte Behandlung der nichtrussischen Kriegsgefangenen aus dem Zarenreich war Teil des deutschen Kolonialprojektes in Osteuropa. Auf der Basis der dienstlichen Korrespondenz der deutschen Militärbehörden, von Lagerberichten und Ego-Dokumenten wird hier nach Erwartungen der deutschen Seite, nach den Motiven und Faktoren, welche die Agitation in den Lagern bestimmten, sowie nach den Reaktionen seitens der Kriegsgefangenen selbst gefragt.

#### Vorstellungen, Konzepte und Propaganda

Als 1914 die ersten Kriegsgefangenen ins Reichsgebiet transportiert wurden, pilgerte die deutsche Bevölkerung in Massen zu den Lagern. Für die Zivilisten war die Besichtigung einer multiethnischen Ansammlung von Kriegsgefangenen ein spannendes Abenteuer. Die Neugier der Bevölkerung speiste sich wohl auch aus der Erfahrung der kolonialen Ausstellungen (sogenannter "Völkerschauen"), die im Wilhelminischen Kaiserreich sehr verbreitet und beliebt waren<sup>12</sup>, schienen sie doch als ein Beleg für den Aufstieg Deutschlands zur Weltmacht. Die Kriegs-

 $^{12}$  Zum Wiederaufleben der Völkerschautradition und zu den anthropologischen Untersuchungen in den Kriegsgefangenenlagern der Mittelmächte vgl. Monique Scheer, "Völkerschau" im Gefangenenlager. Anthropologische Feind-Bilder zwischen popularisierter Wissenschaft

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VfZ 2/2010 Jahrgang 58 (2010), Heft 2 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2010\_2.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



 $<sup>^{\</sup>rm 10}$  Vgl. Reinhard Nachtigal, Kriegsgefangenschaft an der Ostfront 1914 bis 1918. Literaturbericht zu einem neuen Forschungsfeld, Frankfurt a. M. 2005, S. 32-42 u. S. 128; Karl Auerbach, Die russischen Kriegsgefangenen in Deutschland (von August 1914 bis zum Beginn der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution), Diss., Potsdam 1973; Gerhard Höpp, Muslime in der Mark. Als Kriegsgefangene und Internierte in Wünsdorf und Zossen, 1914-1924, Berlin 1997; Margot Kahleyss, Muslime in Brandenburg, Kriegsgefangene im Ersten Weltkrieg, Berlin 1998; Katja Mitze, Das Kriegsgefangenenlager Ingolstadt während des Ersten Weltkriegs, Berlin 2000; Uta Hinz, Gefangen im Großen Krieg. Kriegsgefangenschaft in Deutschland 1914-1921, Essen 2006.

<sup>&</sup>lt;sup>11</sup> Die (post)colonial studies entschärften die negative Bewertung des Begriffes "Kolonialismus" und definierten ihn als gesamteuropäisches kulturelles Phänomen der Neuzeit. Obwohl diese Studien den direkten Zusammenhang zwischen Kolonialerfahrungen und Weltkriegen des 20. Jahrhunderts nicht feststellen, betonen sie jedoch seinen indirekten diskursiven Charakter. Vgl. Wolfgang Reinhardt, Kleine Geschichte des Kolonialismus, Stuttgart 1996; Jürgen Osterhammel, Kolonialismus. Geschichte - Formen - Folgen, München 1997; Pascal Grosse, Kolonialismus, Eugenik und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland, 1850-1918, Frankfurt a. M. 2000; Honold/Simons (Hrsg.), Kolonialismus als Kultur; Birthe Kundrus, (Hrsg.), Phantasiereiche. Zur Kulturgeschichte des deutschen Kolonialismus, Frankfurt a. M. 2003; Jürgen Zimmerer, Die Geburt des "Ostlandes" aus dem Geiste des Kolonialismus. Die nationalsozialistische Eroberungs- und Beherrschungspolitik in (post)kolonialer Perspektive, in: Sozial.Geschichte 19 (2004), H.1, S. 10-43; Michael Hochgeschwender, Kolonialkriege als Experimentierstätten des Vernichtungskrieges?, in: Dietrich Beyrau/Michael Hochgeschwender/Dieter Langewiesche (Hrsg.), Formen des Krieges: Von der Antike bis zur Gegenwart, Tübingen 2007, S. 269-290.

gefangenenlager wurden auch von Linguisten, Anthropologen und Ethnologen besucht<sup>13</sup>, die früher an Kolonialexpeditionen teilgenommen hatten. Die Publikationen, die in Folge erschienen, wurden für die deutsche Kriegspropaganda benutzt; Tenor: Deutschland kämpft (und siegt) gegen die ganze Welt. Doch verbreiteten sie auch traditionelle Kolonialbilder über unkultivierte Afrikaner. Asiaten und Osteuropäer, die "keinen Sinn für deutsche Reinheit" hätten<sup>14</sup>. Der Kolonialdiskurs prägte auch die Politik des Preußischen Kriegsministeriums (PKMIN), das für die Kriegsgefangenenangelegenheiten zuständig war. Die russischen Kriegsgefangenen wurden zunächst den afrikanischen und asiatischen Kolonialvölkern gleichgestellt. Auf den englischen Vorwurf, dass die Zusammenlegung von englischen und russischen Offizieren dem Völkerrecht nicht entspreche, antwortete die deutsche Seite, wenn England im europäischen Krieg die Kolonialvölker einsetze, müsse es sich nicht wundern, dass seine Offiziere sehr eng mit diesen in Kontakt gebracht würden<sup>15</sup>. Eine gemeinsame Unterbringung der westlichen Kriegsgefangenen mit Russen oder Kolonialvölkern sahen die deutschen Militärs als Vergeltungsmaßnahme oder auch Druckmittel auf die Westmächte<sup>16</sup>. Aber auch die englischen und französischen Reaktionen sind ein Hinweis darauf, dass solche Stereotypen nicht nur in Deutschland verbreitet waren. Wie sehr die Kriegsgefangenenpolitik durch den Kolonialdiskurs beeinflusst wurde, zeigt sich auch an der institutionellen Zusammenarbeit des PKMIN mit dem Berliner Orientseminar sowie an der Finanzierung der Propaganda in den "Ukrainer-Lagern" seitens kolonialer Gesellschaften.

Häufig bedienten sich die mit der Kriegsgefangenenfrage befassten Behörden der gängigen Rassenrhetorik. Eines der anschaulichsten Beispiele dafür ist der "Bericht über die Kriegsgefangenen in den sächsischen Kriegsgefangenenlagern in Form einer Darstellung nach Staatsform, Volkstum und Rasse" aus dem Jahr 1918, der von der These ausging, dass "die Rasse bei der Volksgestaltung die al-

und Kriegspropaganda 1914–1918, in: Reinhard Johler (Hrsg.), Zwischen Krieg und Frieden. Die Konstruktion des Feindes, Tübingen (im Druck).

<sup>&</sup>lt;sup>13</sup> SächsHStA, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 155, PKMIN, 27.6. 1917; Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (künftig: BayHStA), Stv. Generalkommando des III. bayerischen A. K., Nr. 174, PKMIN, 11. 11. 1916, und PKMIN, 3. 6. 1918. Einige Untersuchungen wurden – reich illustriert – veröffentlicht; vgl. Alexander Backhaus, Die Kriegsgefangenen in Deutschland gegen 250 Wirklichkeitsaufnahmen aus deutschen Gefangenenlagern, Siegen 1915; Felix von Luschan, Kriegsgefangene. Ein Beitrag zur Völkerkunde im Weltkriege. Einführung in die Grundzüge der Anthropologie, Berlin 1917. Die Ergebnisse der Kommission für Sprachforschung wurden schon nach dem Krieg als Teil der Kriegsschulddiskussion publiziert. Vgl. Wilhelm Doegen, Kriegsgefangene Völker. Der Kriegsgefangenen Haltung und Schicksal in Deutschland, Berlin 1919.

<sup>14</sup> Ebenda, S. 4.

<sup>&</sup>lt;sup>15</sup> BayHStA, M Kr., Nr. 1639, PKMIN, 29.5. 1915. Es ist bemerkenswert, dass die Zusammenlegung verschiedener Nationalitäten in deutschen Kriegsgefangenenlagern, insbesondere die Zusammenlegung von Europäern und Muslimen, auch vom Gesandten der USA kritisiert wurde. Vgl. Richard. B. Speed III, Prisoners, Diplomats and the Great War: A Study in the Diplomacy and Captivity, New York 1990, S.65.

<sup>&</sup>lt;sup>16</sup> SächsHStA, 11248, Sächsisches Kriegsministerium, Nr. 6905, Generalquartiermeister, 22. 10. 1914.

lerhöchste Rolle spielt". Die feste Überzeugung von der besonderen Mission der Germanen für das Geschick der osteuropäischen Völker führte den Autor (einen Inspektionsarzt) zu der Schlussfolgerung, dass die Finnen und Letten "heutzutage eben nur eine Rolle als Völker spielen können, weil sie durch die Kulturarbeit ihrer germanischen Herren dazu befähigt worden sind". Die russischen Kriegsgefangenen wurden von ihm und seinen Kollegen als "nicht unsympathische Sklaven" betrachtet. Die osteuropäischen Juden bezeichnete er als eine kosmopolitische Rasse, die nur gewinnsüchtige Absichten habe und um jeden Preis nach privilegierter Behandlung strebe<sup>17</sup>. Schon die Tatsache, dass diese Skizze als Bericht der Inspektion von zwei sächsischen Armeekorps zusammengefasst wurde, spricht für den Stellenwert solcher Einstellungen.

Die rassistischen Einstellungen schlugen sich auch in der deutschen Einbürgerungspolitik hinsichtlich russischer Kriegsgefangener nieder. Die ersten Absichten, mit Hilfe der Einbürgerung fleißiger Kriegsgefangener die Verluste des deutschen Reiches zu kompensieren, stießen auf den Widerstand des PKMIN, das wiederum die Reinheit der deutschen Nation sichern wollte. Es bestimmte als notwendige Bedingung für den dauerhaften Verbleib in Deutschland "rein arische Abstammung", physische und geistige Gesundheit und moralische Zuverlässigkeit<sup>18</sup>. Gesuche von "farbigen Kriegsgefangenen" sollte man ablehnen, bei den übrigen wurde detailliert nach Schädelform, Augen- und Haarfarbe gefragt<sup>19</sup>. Als aussichtsreiche Kandidaten hatten die deutschen Behörden nur die gefangenen Deutschrussen aus den Wolgagebieten benannt, die von Juden und polnischen Deutschen unterschieden werden sollten<sup>20</sup>.

Die strengeren Disziplinierungsmaßnahmen gegenüber den russischen Kriegsgefangenen waren nicht nur Ausdruck einer langsam härter werdenden Kriegführung, hier manifestierten sich auch Kontinuitätslinien im Kolonialdiskurs. Einerseits wollte das PKMIN, das auch Vergeltungsmaßnahmen gegenüber den deutschen Kriegsgefangenen in Russland befürchtete, die russischen Kriegsgefangenen völkerrechtlich korrekt behandeln. Andererseits bewirkten die Richtlinien aus Berlin gerade das Gegenteil. Die Russen galten als eine "auf niedrigem Entwicklungsniveau stehende Masse", die einfach eine strengere Kontrolle brauchte<sup>21</sup>. So hielt das PKMIN die Fesselung von ausgebrochenen Kriegsgefangenen für entehrend, wollte aber, dass "darüber bei russischen Kriegsgefangenen hinweggesehen" wird. Russische Kriegsgefangene galten als "wild", anspruchs-



 $<sup>^{\</sup>rm 17}$ Ebenda, 11352, Stv. Generalkommando, Nr. 728, "Bericht über die Kriegsgefangenen in den sächsischen Kriegsgefangenenlagern in Form einer Darstellung nach Staatsform, Volkstum und Rasse", 1.8. 1918; vgl. auch Hinz, Gefangen, S.81.

<sup>&</sup>lt;sup>18</sup> Vgl. Grosse, Kolonialismus, Eugenik, S. 145–149; Hochgeschwender, Kolonialkriege, in: Beyrau/Hochgeschwender/Langewiesche (Hrsg.), Formen des Krieges, S. 269-290.

<sup>&</sup>lt;sup>19</sup> HStA Stuttgart, M 77/1, Bü 827, Württembergisches MdI, 19.10.1917; BayHStA, St.GKdo I.A.K., Nr. 1986, PKMIN; SächsHStA, 11248, Sächsisches Kriegsministerium, Nr. 6981, PK-MIN, 6.12.1915, und PKMIN, 28.11.1917.

<sup>&</sup>lt;sup>20</sup> SächsHStA, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 727, Tätigkeitsbericht der Inspektion der Kriegsgefangenenlager XII. und XIX. A.K., 1918.

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup> Zum Einfluss der Stereotypen auf Kriegsgefangenenbehandlung vgl. Hinz, Gefangen, S. 84.

und initiativlos, oft auch als wenig intelligent; ihr Verhalten hänge ab – so der Tenor vieler deutscher Berichte – von der Menge ihrer Verpflegung <sup>22</sup>.

Die deutsche Seite war der Ansicht, die nichtrussischen Völker würden von den Großrussen unterdrückt. Da sie zum Kampf an der Front gezwungen würden, könnten sie umworben und dann gegen Russland benutzt werden<sup>23</sup>. Allerdings wurden die Pläne zur Instrumentalisierung der nichtrussischen Kriegsgefangenen aus dem Zarenreich durch die Konkurrenz politischer und militärischer Ämter, durch einander widersprechende Pläne zur Kolonialisierung des östlichen Raums und durch Projekte neuer Staatsgründungen sowie durch die Verachtung dieser nationalen Minderheiten konterkariert. So besaßen etwa die deutschen Militärbehörden nur sehr vage Vorstellungen von der osteuropäischen Bevölkerung. Die von der deutschen Seite als selbstständige Nationalitäten angesehenen "Sibirier" und "Kosaken" (zu den letzten zählten manche Kommandanten auch die Kirgisen) definierten sich selbst beispielsweise als Russen oder Kleinrussen und bedingten so statistische Verwirrung. Umgekehrt konnte das PKMIN für die plötzlich von Ober Ost (Oberbefehlshaber der deutschen Streitkräfte im Osten) entdeckten Weißrussen kein entsprechendes Agitationsprogramm entwickeln<sup>24</sup>.

Auch wurde im Laufe des Krieges die Propaganda in den Kriegsgefangenenlagern maßgeblich durch das Zwangsarbeitssystem beeinträchtigt, dessen Bedeutung für die deutsche Wirtschaft immer wichtiger wurde. Die Pläne, die Kriegsgefangenen jeweils einer Nationalität in einem Stammlager zu sammeln, stießen
auf den Protest der Arbeitgeber, die wiederum die schon angelernten Arbeiter
nicht verlieren wollten. Die Erklärungen des PKMIN, diese Maßnahmen seien
für eine Produktionssteigerung unabdingbar, überzeugten die Wirtschaft nicht<sup>25</sup>.
Der Versuch, die Zwangsarbeit effektiver zu gestalten, widersprach letztlich dem
gesamten Konzept der privilegierten Behandlung und Propaganda. Arbeitsfähige
Kriegsgefangene aus den Propaganda-Lagern wurden nach Nationalitätenzugehörigkeit in Arbeitskommandos zusammengefasst und in der Landwirtschaft
eingesetzt. Nach den Vorschriften des PKMIN sollte ihre Absonderung von den
"Stockrussen" sehr streng durchgeführt werden<sup>26</sup>. Die Agitations-Lager wurden in
Schulen für zukünftige Agitatoren umgewandelt. Nach der intensiven Ausbildung



BayHStA, M Kr, Nr. 14131, PKMIN, 5.9. 1915, Behandlung entwichener und wieder ergriffener Kriegsgefangener; SächsHStA, 11248, Sächsisches Kriegsministerium, Nr. 6994, PKMIN, 4.7. 1917; HStA Stuttgart, M 400/3, Bü 5, Kommandantur Ulm, 6.3. 1915, und M 72/2, Bü 92, Inspektion der Kriegsgefangenenlager des XIII. A.K., 2.12. 1918. Zur Organisation des Offizierslagers ebenda, Q 1/37, Bü 71, Kommandantur Eglosheim, 29. 10. 1917, Russische Armee; vgl. Josef Peter, Ein deutsches Gefangenenlager. Das große Kriegsgefangenenlager Ingolstadt, in: Süddeutsche Monatshefte 18 (1921), Bd. 2, S. 321–371, hier S. 335 f.

<sup>&</sup>lt;sup>23</sup> BayHStA, M Kr., Nr. 1633, PKMIN, 21.12.1914.

<sup>&</sup>lt;sup>24</sup> SächsHStA, 11248, Sächsisches Kriegsministerium, Nr. 6996, Nachrichtendienstoffizier in Berlin an die Kommandanturen, 14. 1. 1918, (Geheim); HStA Stuttgart, M 400/3, Bü 6, PK-MIN, 1. 10. 1919. Zu den Weißrussen vgl. Liulevicius, Kriegsland, S. 154.

<sup>&</sup>lt;sup>25</sup> BayHStA, M Kr., Nr. 1669, Bayrisches Kriegsministerium, Juli 1918.

<sup>&</sup>lt;sup>26</sup> HStA Stuttgart, M 1/7, Bü 20, PKMIN, 1.1.1916, und M 1/8, Bü 222, PKMIN, 1.11.1916; SächsHStA, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 143, PKMIN, 30.11.1916. In Bayern, wo es kein Agitationslager für die muslimischen Kriegsgefangene gab, existierten im Januar 1918

im Lager besuchten zuvor geschulte "Lehrer" ihre Kameraden in den Arbeitskommandos und warben für eine nationale Selbstständigkeit<sup>27</sup>. Den Kriegsgefangenen wurde mitgeteilt, die Unabhängigkeit ihrer Heimat sei sehr eng mit der deutschen Idee verbunden. Um einen eigenen Staat gründen zu können, müssten sie daher zuerst fleißig für die deutsche Kriegswirtschaft arbeiten<sup>28</sup>.

Eine entsprechende Schulung der deutschen Arbeitgeber und Wachmannschaften, die mit den Angehörigen der nationalen Minderheiten zu tun hatten, war Teil dieser Programme. Die Arbeitsbedingungen solcher Kriegsgefangener wurden durch die zwischen Arbeitgeber und Lagerkommandanturen abgeschlossenen Verträge vorgeschrieben: Vorgesehen waren höherer Lohn und bessere Behandlung sowie Beachtung der Religions- und Bildungsbedürfnisse. Die Kriegsgefangenen durften nicht als "Russen" bezeichnet oder gar beschimpft werden. Die Arbeitgeber wurden auch über die politischen Gründen dieser privilegierten Behandlung informiert<sup>29</sup>.

Privilegiert waren die nationalen Minderheiten im Vergleich zu den ethnischen Russen auch dadurch, dass sie von Vergeltungsmaßnahmen ausgeschlossen blieben<sup>30</sup>. Gerade die Kriegsgefangenen aus den Randgebieten des Zarenreichs galten als mögliche Vermittler deutscher Wirtschaftsinteressen. Um diese nach einem gewonnenen Krieg zu festigen, verteilten die deutschen Behörden im Einvernehmen mit Unternehmerkreisen Bücher über die russisch-deutschen Handelsbeziehungen sowie Kataloge deutscher Firmen<sup>31</sup>. Verfemt war dagegen in den deutschen Schulungsprogrammen jede Wertschätzung von Multiethnizität. Daher wurden alle Informationen, die von außen kamen, streng zensiert. Die sächsische Inspektion hielt etwa die Verteilung von namentlich adressierten "Liebessendungen" des Moskauer Komitees für Kriegsgefangenenhilfe an sogenannte "Täuflinge" aus Polen und Kurland für gefährlich, weil eine solche Hilfe zur Dankbarkeit gegenüber Russland führen könne<sup>32</sup>. Verboten war auch die Zusendung amerikanischer und kanadischer Zeitungen, weil man fürchtete, jene könnten damit die kriegsgefangenen Deutschrussen für eine überseeische Emi-





<sup>150</sup> rein tatarische Arbeitskommandos. BayHStA, M Kr., Nr. 1690, und Nr. 1650, PKMIN, 25.4.1916.

<sup>&</sup>lt;sup>27</sup> "Ukrainische" Arbeitskommandos wurden zweimal in der Woche durch die sogenannten "Lehrer" besucht, die Lesestoff verteilten und Vorträge hielten. BayHStA, Stv. GKdo II. b. A. K., Nr. 545, Lager Rastatt, 18.7. 1917; vgl. Omeljan Terlezckij, Die Ukrainer in Deutschland 1915-1918. Lager Rastatt, Leipzig 1921, S. 91.

<sup>&</sup>lt;sup>28</sup> BayHStA, Stv. Generalkommando des III. bayerischen A. K, Nr. 174, PKMIN, 10. 2. 1917.

<sup>&</sup>lt;sup>29</sup> Ebenda, M Kr., Nr. 1669, Kommandantur Lechfeld, 20.3.1918, Bericht über privilegierte Behandlung lettischer, litauischer und estnischer Kriegsgefangenen, und Bericht über privilegierte Behandlung der Deutschrussen.

<sup>&</sup>lt;sup>30</sup> HStA Stuttgart, M 1/6, Bü 823, PKMIN, 30.7.1916; SächsHStA, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 143, PKMIN, 25.9.1916; HStA Stuttgart, M 1/6, Bü 1425, PKMIN, 12.12.1916; SächsHStA, 11248, Sächsisches Kriegsministerium, Nr. 6974, PKMIN, 11.4. 1918

<sup>&</sup>lt;sup>31</sup> BayHStA, M Kr., Nr. 1639, MdI, 1.6. 1915, Nr. 1647, PKMIN, 25. 1. 1916, Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Russland, und Nr. 1644, PKMIN, 5. 11. 1915.

<sup>&</sup>lt;sup>32</sup> SächsHStA, 11248, Sächsisches Kriegsministerium, Nr. 6980, Inspektion der Kriegsgefangenenlager des XII. und XIX. A.K., 17.8.1916.

gration gewinnen<sup>33</sup>. Und schließlich suchte die deutsche Seite auch die Kontakte von Kriegsgefangenen mit neutralen Staaten und karitativen Organisationen zu verhindern, da sie zu festen wirtschaftlichen Beziehungen führen könnten<sup>34</sup>.

Da das PKMIN Vergeltungsmaßnahmen gegenüber deutschen Bürgern in Russland befürchtete, wandte es viel Energie auf, um seine separatistische Propaganda unter den russischen Kriegsgefangenen zu verheimlichen. So verbot sie etwa den dänisch-russischen Kommissionen, die die Lager inspizierten, die Existenz solcher "Aufklärungslager"<sup>35</sup> auf den vorgelegten Karten einzuzeichnen<sup>36</sup>. Erst im Mai 1916, als die russische Propaganda unter slawischen Kriegsgefangenen aus Österreich-Ungarn bekannt wurde, bestätigte die deutsche Seite öffentlich ihre nationale Agitation in Kriegsgefangenenlagern<sup>37</sup>.

Dieses Projekt sollte in drei Schritten erfolgen: Rückkehr von deutschen Kolonisten nach Russland, Entfaltung des deutschen ökonomischen und politischen Einflusses auf die zukünftigen osteuropäischen Staaten, Vorbereitung des Eintritts von "Muslimen" in die türkische Armee und Propaganda für eine deutschfreundliche Stimmung in Russlands asiatischen Gebieten.

# Die privilegierte Behandlung kriegsgefangener Deutschrussen und die deutschen Repatriierungspläne

Das Rückwanderungsprojekt scheint eine deutsche Reaktion auf die russische Politik hinsichtlich "feindlicher Ausländer" gewesen zu sein, deren Ziel war die "Nationalisierung" ihres Eigentums und die Deportation von Deutschen, Juden und Polen aus den westlichen Provinzen Russlands<sup>38</sup>. Schon im September 1914 wollte das PKMIN die kriegsgefangenen Deutschrussen von den ethnischen Russen absondern und sie privilegiert behandeln, um jene für Deutschland zu gewinnen. Diese Repatriierung der ehemaligen Kolonisten sollte vor allem die eigenen Kriegsverluste kompensieren<sup>39</sup>. Später wurde entschieden, nach der geplanten Vertreibung der russischen Gutsbesitzer aus den von deutschen Armeen besetzten Territorien dort die Deutschrussen anzusiedeln<sup>40</sup>.



<sup>&</sup>lt;sup>33</sup> Ebenda, Nr. 6950, PKMIN, 18. 7. 1916, Verbreitung der überseeischen Zeitungen in den Kriegsgefangenenlagern.

<sup>&</sup>lt;sup>34</sup> BayHStA, Stv. Generalkommando des III. bayerischen A. K, Nr. 174, PKMIN, 20.6. 1915; HStA Stuttgart, M 1/6, Bü 1425, PKMIN, 13. 10. 1916.

<sup>&</sup>lt;sup>35</sup> Im dienstlichen Briefwechsel wurden die deutschen Maßnahmen hinsichtlich nichtrussischer Völker aus dem Zarenreich als "Aufklärung" und die speziell für die nationalen Minderheiten eingerichteten Lager als "Aufklärungslager" bezeichnet.

<sup>&</sup>lt;sup>36</sup> BayHStA, M Kr., Nr. 1641, PKMIN, 16. 9. 1915; SächsHStA, 11248, Sächsisches Kriegsministerium, Nr. 7081, PKMIN, 14. 6. 1916

<sup>&</sup>lt;sup>37</sup> BayHStA, M Kr., Nr. 1650, PKMIN, 26.5.1916.

<sup>&</sup>lt;sup>38</sup> Vgĺ. Eric Lohr, Nationalizing the Russian Empire. The Campaign against Enemy Aliens during World War I, Cambridge 2003.

<sup>&</sup>lt;sup>39</sup> Vgl. Auerbach, Die russischen Kriegsgefangenen, S. 143; Mitze, Kriegsgefangenenlager, S. 220.

<sup>&</sup>lt;sup>40</sup> BayHStA, (Stv.) Bayer. Militärbevollmächtiger in Berlin, Nr. 35, Fürsorgeverein für deutsche Rückwanderer, Nov. 1917.

Bis Dezember 1915 erarbeitete das Kriegsministerium ein ausführliches Repatriierungsprogramm, das auch auf die historischen Voraussetzungen Rücksicht nahm. Die privilegierte Behandlung sollte die deutschrussischen Kriegsgefangenen überzeugen, dass Deutschland in ihnen nicht Russen sehe, sondern von russischem Joch befreite Landsleute. Die Kommandanturen und Wachmannschaften durften sie keinesfalls "als Russe bezeichnen oder verspotten", diese Kriegsgefangenen wurden von körperlicher Arbeit befreit und bevorzugt in den Schreibstuben eingesetzt<sup>41</sup>. Durch solche Maßnahmen wollte man 16 000 freiwillige Kämpfer für die "deutsche Idee" bekommen. 1917 schätzte das PKMIN bereits, dass ihre Zahl bis Kriegsende auf bis zu zwei Millionen Repatriierte anwachsen könne<sup>42</sup>.

Die privilegierte Behandlung der Deutschrussen wurde in Zusammenarbeit mit einem eigens gewünschten "Fürsorgeverein für deutsche Rückwanderer" organisiert, der die Nationalitätszugehörigkeit der Kriegsgefangenen und ihre Verwandtschaftsverhältnisse sowie ihre Sprach- und Sittenkenntnisse prüfte und schließlich auch deren Interessen am Arbeitsplatz vertrat 43. In Zusammenarbeit mit dem PKMIN organisierte der Verein die Verteilung von deutsch-russischen Arbeitskräften in Industrie und Landwirtschaft – wenn möglich bei Verwandten. Die kriegsgefangenen Deutschrussen wurden nicht bewacht und lediglich durch die örtlichen Polizeiorgane registriert; sie genossen Bewegungsfreiheit, durften zivile Gottesdienste besuchen und Zivilkleidung statt russischer Uniform tragen<sup>44</sup>. Sie bekamen in den Lagern und auf den Arbeitskommandos höheren Lohn als die übrigen Gefangenen. Im Grunde wurden die aus dem Lager zur Arbeit freigestellten Deutschrussen deutschen Arbeitern gleichgestellt<sup>45</sup>. Falls der Arbeitgeber die vorgeschriebenen Arbeitsbedingungen nicht erfüllen wollte, durfte der Kriegsgefangene seinen Arbeitsplatz wechseln. Auch sollten Kontrolloffiziere Willkür oder Misshandlungen seitens des Arbeitgebers unbedingt verhindern<sup>46</sup>. Wie groß diese Privilegien waren, zeigt sich auch daran, dass deren Verlust und die Gleichstellung mit den russischen Kriegsgefangenen als Strafmaßnahme vorgesehen waren<sup>47</sup>. Sogar als Lehrer in Realschulen sowie als Facharbeiter in kriegswirtschaftlichen Betrieben, insbesondere den chemischen und elektrotechnischen, waren kriegsgefangene Deutschrussen eingesetzt<sup>48</sup>.

Jene Deutschrussen, die vor dem Krieg in Russisch-Polen wohnten, galten als besondere Gruppe. Sie wurden nicht für die Arbeit außerhalb des Lagers eingesetzt, sondern nur innerhalb der Lager meist als Dolmetscher und Schreiber.



 $<sup>^{41}</sup>$  HStA Stuttgart, M 1/6, Bü 5, PKMIN, 21. 12. 1915.

<sup>42</sup> SächsHStA, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 164, PKMIN, 26. 8. 1917.

<sup>&</sup>lt;sup>43</sup> HStA Stuttgart, M 400/3, Bü 5, Kommandantur Ulm, 23.11.1917.

<sup>&</sup>lt;sup>44</sup> Ebenda, M 1/6, Bü 5, PKMIN, 21. 12. 1915.

<sup>&</sup>lt;sup>45</sup> Ebenda, M 17/2, Bü 241, PKMIN, 17.10.1916.

<sup>&</sup>lt;sup>46</sup> SächsHStA, 11248, Sächsisches Kriegsministerium, Nr. 7072, Inspektion der Kriegsgefangenenlager des XII. und XIX. A. K., 17.8. 1918.

<sup>&</sup>lt;sup>47</sup> HStA Stuttgart, M 77/1, Bü 819, Stv. GKdo des XIII. A. K., 30. 7. 1916.

 $<sup>^{48}</sup>$  Ebenda, M $^{77}/1$ , Bü 851, Ministerium für das Kirchen- und Schulwesen, 12. 12. 1916, und M 1/8, Bü 223, Kommandantur Ulm, 24.3.1917; SächsHStA, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 154, PKMIN, 28. 11. 1917.

Obwohl ihnen die Postzensur nicht anvertraut wurde, genossen sie ebenfalls Privilegien – wenn auch innerhalb der Lager. Sie durften Zivilkleidung mit dem Dolmetscherabzeichen tragen, in der Nähe stattfindende Gottesdienste besuchen und bekamen zusätzliche Verpflegung. Je nach Lager wurde ihnen sogar erlaubt, in einer Wachmannschaftsbaracke zu wohnen oder eigene Sparbücher bei deutschen Banken zu eröffnen<sup>49</sup>. Oft konnten die Wachmannschaften den Unterschied zwischen zivilen und gefangenen Dolmetschern dann nicht mehr feststellen: so bekam in einem sächsischen Kriegsgefangenenlager ein kriegsgefangener Dolmetscher deutsch-russischer Herkunft sogar eine Waffe<sup>50</sup>.

Um die Zahl der Repatriierungs-Kandidaten zu steigern, sollten auch deutschrussische Kriegsgefangene aus österreichischen Lagern in deutsche überführt werden; bis zum Jahr 1917 waren es aber nur 572 Mann<sup>51</sup>. Diese privilegierte Behandlung wurde flankiert von aktiver Propaganda. Zu diesem Zweck besuchten Angestellte des Fürsorgevereins die Arbeitskommandos und führten vertrauliche Gespräche mit den Repatriierungswilligen<sup>52</sup>. Auch wurde die von dem Verein publizierte Zeitung "Heimkehr" und eine entsprechende propagandistische Literatur verbreitet<sup>53</sup> oder Unterricht im Lesen, Schreiben sowie über Rechtsfragen organisiert. Ferner empfahl des PKMIN, dass die Kriegsgefangenen die deutsche Kultur kennenlernen und sich an den Aktivitäten der entsprechenden Ortsvereine beteiligen sollten<sup>54</sup>. Gleichzeitig wurde die deutsche Bevölkerung über das konfessionelle und kulturelle Leben der ehemaligen Kolonisten sowie über die Ziele der deutschen Repatriierungspolitik aufgeklärt. 1916 wurde zu diesem Zweck die Zeitschrift "Die osteuropäische Zukunft" gegründet<sup>55</sup>.

Als die generellen Linien der deutschen Besatzungspolitik im Baltikum festgelegt worden waren, wurden die politisch zuverlässigen Deutschbalten aus den Lagern freigelassen und ins Gebiet von Ober Ost geschickt, wo sie in der vom Krieg demolierten Wirtschaft eingesetzt wurden<sup>56</sup>. Es ist bemerkenswert, dass es während des gesamten Krieges keine Bestrebungen gab, die kriegsgefangenen Deutschrussen für den Militärdienst auf deutscher Seite anzuwerben. Die Gründe hierfür waren Furcht vor Spionage und Sabotage, aber auch Rücksichtnahme auf



<sup>&</sup>lt;sup>49</sup> SächsHStA, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 161, Kommandantur Bautzen, 23.11.1916, Deutschrussische Dolmetscher; HStA Stuttgart, M 1/6, Bü 823, PKMIN, 6.3.1918.

<sup>&</sup>lt;sup>50</sup> SächsHStA, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 160.

<sup>&</sup>lt;sup>51</sup> Ebenda, Nr. 165, PKMIN, 24. 12. 1917.

<sup>&</sup>lt;sup>52</sup> Ebenda, Nr. 152, PKMIN, 15. 5. 1915.

<sup>&</sup>lt;sup>53</sup> Z.B. "Zwei Millionen Deutsche in Russland: Rettung oder Untergang", "Russlands Kriegsgesetze gegen die feindlichen Ausländer", in: SächsHStA, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 143, PKMIN, 11. 10. 1917, und Nr. 164, PKMIN, 22. 5. 1917.

<sup>&</sup>lt;sup>54</sup> HStA Stuttgart, M 1/6, Bü 5, PKMIN, 21.12.1915.

<sup>&</sup>lt;sup>55</sup> Als Qualitäten der Deutschrussen galten Fleiß, Rassereinheit und die Fähigkeit zur Selbstbestimmung. Vgl. Deutschrussische Rückwanderung, Berlin 1915; Was sollte jeder Deutsche von unseren deutschen Volksgenossen in Russland wissen? Berlin 1917, in: BayHStA, Stv. GenKdo I. A. K., Nr. 2031.

<sup>&</sup>lt;sup>56</sup> BayHStA, M Kr., Nr. 1689, Ober Ost, 17.9.1917, Nr. 1665, Bayerisches Kriegsministerium, 8.5.1918, und Nr. 1696, PKMIN, 7.9.1918; SächsHStA, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 165, PKMIN, 14.12.1917.

das Völkerrecht<sup>57</sup>. Erst nach der Novemberrevolution 1918 verfügte das PKMIN, die Deutschbalten seien beim Grenzschutz Ost einzusetzen<sup>58</sup>.

Die Erfolge des Repatriierungsprogramms lassen sich nicht eindeutig messen. Im Januar 1919 - dem Höhepunkt der geförderten sowie der selbstständigen Heimkehr – berichtete eine Lagerkommandantur, von 808 im Lager registrierten Deutschrussen hätten sich 411 auf eigenes Risiko wieder auf den Weg nach Russland gemacht, 178 seien aus dem Lager geflüchtet, und nur 95 hätten im Lager die Einbürgerungsprozedur abgewartet. Die Mehrzahl dieser Gefangenen wollte zuerst in Russland Eigentumsfragen regeln und danach mit ihren Verwandten nach Deutschland zurückkehren. Häufig kehrten die ehemaligen Kriegsgefangenen auch an ihren Arbeitsplatz bei ihrem deutschen Arbeitgeber zurück<sup>59</sup>.

# Die Propaganda für die polnischen, ukrainischen und baltischen Kriegsgefangenen aus dem Zarenreich

Polen

Die Behandlung der kriegsgefangenen Polen in Deutschland hing ganz von der Frage ab, ob und wie künftig mit einer polnischen Nation zu verfahren sei. Viele Kommandanturen wollten die polnischen Gefangenen von den ethnischen Russen trennen und in besonderen Lagern sammeln, um die polnische Deutschfreundlichkeit zu fördern. Ein solcher Schritt, so meinte man, könne die Stimmungen der Bevölkerung in Posen und im Gebiet des späteren Königreichs Polen positiv beeinflussen. Tatsächlich hatten eine ganze Reihe polnischer Kriegsgefangener nicht nur eigene Unterkünfte verlangt, sondern auch ihre Loyalität zu Deutschland unterstrichen und sich streng von ihren übrigen russischen "Landsleuten" abgesondert<sup>60</sup>. Das PKMIN begründete seine Absage, ein "Aufklärungslager" für die Polen einzurichten, mit finanziellen Schwierigkeiten. In Ausnahmefällen wurde es den Kommandanturen erlaubt, in Lagern polnische und russische Gefangene voneinander zu trennen, die deutschsprachigen Polen in den Schreibstuben einzusetzen und von schwerer körperlicher Arbeit möglichst zu befreien. Eine generelle Absonderung wurde jedoch nicht verfügt<sup>61</sup>.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Institut für Zeitgeschichte München-Berlin vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

<sup>&</sup>lt;sup>57</sup> BayHStA, Stv.Generalkommando des III. bayerischen A. K., Nr. 174, PKMIN, 17. 2. 1917.

<sup>&</sup>lt;sup>58</sup> HStA Stuttgart, M 77/1, Bü 823, Württembergisches Kriegsministerium, 11.10.1918.

<sup>&</sup>lt;sup>59</sup> SächsHStA, 11352, Stv. Generalkommando, Nr. 542, PKMIN, 3.11.1917, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 727, Tätigkeitsbericht, und 11350, Abwicklungsamt des XII. A.K., Nr. 120, PKMIN, 18.1.1919.

 $<sup>^{60}</sup>$  In dem Offizierslager Döbeln hatten polnische Kriegsgefangene auf die Teilnahme an der russischen Teegemeinschaft demonstrativ verzichtet. Fast in allen Lagern, wo Kriegsgefangene polnischer Nationalität untergebracht waren, wurden polnische Lagerkomitees organisiert. Vgl. SächsHStA, 11352, Stv. Generalkommando, Nr. 542, PKMIN, 16.11.1914, und 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 155, Kommandantur Königsbrück, 1.10. 1914; HStA Stuttgart, M 1/8, Bü 230, Sanitätsamt des XIII. A. K., 31.12.1918.

<sup>&</sup>lt;sup>61</sup> SächsHStA, 11248, Sächsisches Kriegsministerium, Nr. 6905, PKMIN, 26. 10. 1914, Abgesonderte Unterkunft der Polen in den Kriegsgefangenenlagern, und 11348, Stv. Generalkom-

Nach der Proklamation des Königreichs Polen am 5. November 1916, das nun als Verbündeter der Mittelmächte fungieren sollte, gerieten die deutschen Militärbehörden freilich in Zugzwang. Bei einem offiziellen Empfang der Warschauer Delegation durch den Reichskanzler verlangten jene, die kriegsgefangenen Polen besser zu behandeln und möglichst schnell aus den Lagern zu befreien. Gleichzeitig hatten ca. 26 000 Kriegsgefangene in Deutschland sich selbst als Polen definiert, und Offiziere hatten den Wunsch geäußert, in die Polnische Legion einzutreten<sup>62</sup>, die auf Seiten der Mittelmächte kämpfen sollte. Darin sahen die meisten den schnellsten Weg aus der Gefangenschaft.

In dieser Situation versuchte das PKMIN, drei widersprüchlichen Zielen gerecht zu werden: Sicherung von Arbeitskräften für die deutsche Kriegswirtschaft, Förderung deutschfreundlicher Stimmungen in den okkupierten polnischen Gebieten und schließlich Aufstellung der Polnischen Legion im Einvernehmen mit dem Generalgouvernement Warschau. Offenbar genoss das erste Ziel Priorität<sup>63</sup>. Zunächst wurden die polnischen Kriegsgefangenen darüber informiert, dass sich an ihrem Status nichts geändert habe. Sie durften ihre Arbeitsplätze nicht verlassen, konnten aber auf Wunsch von den Russen getrennt werden. Das Kriegsministerium zeigte sich auch bereit, Agitationslager für arbeitsunfähige Soldaten und Offiziere einzurichten<sup>64</sup>.

Die privilegierte Behandlung und propagandistische Beeinflussung der kriegsgefangenen Polen wurde sehr vorsichtig und nur punktuell durchgeführt. Die für die Agitationslager vorgesehenen Kriegsgefangenen wurden sorgfältig auf ihre politischen Einstellungen und ihren möglichen Nutzen für das zukünftige Polen geprüft. Vom Transfer in Agitationslager wurden Kriegsgefangene ausgeschlossen, die in Russland Verwandte oder Grundbesitz hatten oder mit Russland sympathisierten. Wenn der Kriegsgefangene nach einer Weile "keinen Fortschritt" zeigte, musste er in das normale Lager zurückkehren<sup>65</sup>. Diese Form der Selektion führte dazu, dass die Agitationslager nicht vollständig belegt waren und auch nicht effektiv arbeiten konnten.

Die Werbung für eine polnische Legion scheiterte am Widerstand des preußischen Generalstabs, wurde aber dennoch dazu benutzt, um die Arbeitslust zu steigern. Den Freiwilligen sagte man, fleißiges Arbeiten für die Deutschen sei eine



mando, Nr. 155, Kommandantur Königsbrück, 1. 10. 1914; BayHStA, Stv. GKdo II. b. A. K., Nr. 555, PKMIN, 3. 2. 1915, Kriegsgefangene Polen, und M Kr., Nr. 1646, PKMIN, 26. 1. 1916.

 $<sup>^{62}</sup>$  HStA Stuttgart, M1/7, Bü<br/> 24, Kommandantur Ulm, 28.1.1917.

<sup>&</sup>lt;sup>63</sup> BayHStA, Stv. GKdo II. b. A.K., Nr. 555, PKMIN, 15.9. 1916, Zusammenlegung kriegsgefangener Polen, und M Kr., Nr. 1689, PKMIN, 26. 10. 1917; HStA Stuttgart, M 77/1, Bü 823, PKMIN, 18. 8. 1917, und PKMIN, 24. 12. 1917, Gegenwärtige Lage kriegsgefangener Polen.

<sup>&</sup>lt;sup>64</sup> SächsHStA, 11248, Sächsisches Kriegsministerium, Nr. 6971, Kommandantur Bischofswerda, 9.11.1916, und 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 143, PKMIN, 27.12.1916; BayHStA, M Kr., Nr. 1665. PKMIN, 6.7.1918.

<sup>&</sup>lt;sup>65</sup> BayHStA, St. GKdo I.A.K., Nr. 1986, PKMIN, 20.12. 1916, Lage kriegsgefangener Polen, M Kr., Nr. 13436, Kommandantur Rosenberg-Kronach, 1.2. 1917, Eintritt in die polnische Armee, und Nr. 1694, Kommandantur Plassenburg, 26.5. 1918; SächsHStA, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 165, Inspektion der Kriegsgefangenenlager des XII. und XIX. A.K., 1.1. 1918.

wichtige Voraussetzung für einen Eintritt in die Armee. Die aktive Werbung begann aber erst nach dem Waffenstillstand von Brest-Litowsk, denn das Kaiserreich bevorzugte einen polnischen Pufferstaat an der Grenze zu Sowjetrussland<sup>66</sup>.

Diese Politik der begrenzten Privilegien gegenüber den polnischen Kriegsgefangenen galt als ein wichtiges Instrument zur Förderung deutschfreundlicher Stimmungen im "verbündeten" Polen. Um den Widerspruch zwischen den Versprechungen der Deutschen und ihrer realen Politik in den besetzten Gebieten nicht zu krass ausfallen zu lassen, hatten das PKMIN und das Generalgouvernement Warschau ein Programm für eine vorzeitige Befreiung oder Beurlaubung der Polen aus den Lagern ausgearbeitet. Da aber stets die wirtschaftlichen Interessen im Vordergrund standen, erfasste diese Maßnahme nur die arbeitsunfähigen Kriegsgefangenen. Als notwendige Voraussetzungen galten Grundbesitz, der Besitz industrieller Unternehmen oder familiäre Probleme. Aufgrund eines später mit Österreich abgeschlossenen Abkommens durften Polen aus deutschen Lagern in das Gouvernement Lublin beurlaubt werden<sup>67</sup>. Obwohl deren Zahl sehr niedrig blieb, berichteten die deutschen und polnischen Zeitungen ausführlich über den guten Willen der deutschen Militärbehörden<sup>68</sup>.

Die Propaganda gegenüber den polnischen Kriegsgefangenen folgte denselben Mustern wie im Fall der Deutschrussen. Historische Exkurse, welche den negativen Charakter der russischen Polenpolitik (vor allem die Unterdrückung der polnischen Aufstände und aktuelle Deportationen) betonten, sollten die Kluft zwischen den Polen und Russland vertiefen. Stattdessen sollten diese Kriegsgefangenen mit der deutschen Sprache und den Vorzügen deutscher Kultur, Recht und Verwaltung vertraut gemacht werden, um auf diese Weise den neu gegründeten polnischen Staat auf die eigene Seite zu ziehen. Als Mittel hierzu dienten die Bibliotheken der Agitationslager, aber auch Kinovorführungen<sup>69</sup>. Das PKMIN zensierte den Lesestoff für polnische Kriegsgefangene sehr streng und genehmigte nur in Deutschland oder in den okkupierten Gebieten veröffentlichte Literatur. Erst im Mai 1917 hatte es die Entscheidung über eine spezielle Zeitung für polnische Kriegsgefangene getroffen<sup>70</sup>. Sie sollte den Kriegsgefangenen erklären, warum sie ungeachtet der anderslautenden deutschen Proklamationen in Polen

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Institut für Zeitgeschichte München-Berlin vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

<sup>66</sup> BayHStA, St.GKdo I.A.K., Nr.1986, PKMIN, 20.12.1916, Lage kriegsgefangener Polen, M Kr., Nr. 13436, Kommandantur Rosenberg-Kronach, 1.2.1917, Eintritt in die polnische Armee, und Nr. 1694, Kommandantur Plassenburg, 26.5. 1918; SächsHStA, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 165, Inspektion der Kriegsgefangenenlager des XII. und XIX. A.K.,

<sup>67</sup> BayHStA, Stv. GenKdo I. A. K., Nr. 2003, PKMIN, 29.7. 1916.

<sup>&</sup>lt;sup>68</sup> Nach Angaben der Inspektion der Kriegsgefangenenlager des XII. und XIX. A.K. wurden nur 37 Kriegsgefangene nach Polen beurlaubt. SächsHStA, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 727, Tätigkeitsbericht, und 11350, Abwicklungsamt des XII. A. K., Nr. 120, PKMIN, 1917; BayHStA, M Kr., Nr. 1687, Generalgouvernement Warschau, 24.4.1917; HStA Stuttgart, J 151, Bü 1674, Militärverwaltung Warschau, 8.1.1916.

<sup>&</sup>lt;sup>69</sup> HStA Stuttgart, M 77/1, Bü 819, PKMIN, 8.7.1916.

<sup>&</sup>lt;sup>70</sup> Ebenda, M 1/8, Bü 222, PKMIN, 20.10.1916; zur polnischen Lagerzeitung SächsHStA, 11248, Sächsisches Kriegsministerium, Nr. 6950, PKMIN, 20.5. 1917, Zeitungen für die polnischen Kriegsgefangenen; BayHStA, M Kr., Nr. 1688, PKMIN, 9.8. 1917.

weiter in den deutschen Lagern blieben. Auch polnische Legionäre sollten in diesem Sinne in den Agitationslagern wirken<sup>71</sup>.

Obwohl die deutsche Politik auf eine Herauslösung Polens aus dem Russischen Reich hinarbeitete, konnte sie sich nicht für eine entsprechende Propaganda unter den polnischen Kriegsgefangenen entscheiden. Im Weg stand das eigene Misstrauen gegenüber den Polen, aber auch ökonomische Prioritäten. Diese Inkonsequenz der deutschen Politik, die sich recht gut am Beispiel der polnischen Gefangenen illustrieren lässt, stand wiederum der Genese eines deutschfreundlichen polnischen Staates im Wege.

#### Ukrainer

Im Februar 1915 plädierte das Auswärtige Amt für eine gesonderte Unterbringung und eine propagandistische Offensive unter den ukrainischen Kriegsgefangenen, zwei Monate später betonte auch das PKMIN die besondere Bedeutung der ukrainischen Frage und ließ zunächst die Mannschaften, später auch die Offiziere in die Agitations-Lager (Rastatt, Wetzlar und Salzwedel) überführen<sup>72</sup>. Die Mittelmächte erhofften sich von einer selbstständigen Ukraine die Unabhängigkeit von Getreidezufuhren aus dem Ausland, Zugang zum Orient und schließlich eine Barriere gegen Russland. "Sollten die Zentralmächte die Schaffung der selbstständigen Ukraine im jetzigen Kriege nicht ermöglichen, so kann [...] die Aufklärungsarbeit an den kriegsgefangenen Ukrainern nicht umsonst sein [...] [da] viele nach dem Kriege in die Heimat zurückkehrenden Ukrainer danach trachten werden, ihr Ideal einer Selbstständigkeit später zu erreichen."<sup>73</sup> Das war das langfristige Ziel der deutschen Propagandapolitik. Die "Ukraineragitation" stieß jedoch auf den Widerstand von Arbeitgebern und örtlichen Institutionen, die eine Verzögerung der Erntearbeiten fürchteten<sup>74</sup>.

Ein weiteres Problem ergab sich aus der Frage, wie überhaupt die Nationalität der Kriegsgefangenen zu bestimmen sei. Die meisten verstanden kein Ukrainisch und folgten auch nicht den "ukrainischen" Sitten. Als einziges Merkmal blieb der Geburtsort, wobei die Kommandanturen stets vor der Gefahr russlandfreundlicher Einstellung warnten<sup>75</sup>.



<sup>&</sup>lt;sup>71</sup> SächsHStA, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 620, Kommandantur Döbeln, 29. 7. 1915, Briefauszüge.

<sup>&</sup>lt;sup>72</sup> BayHStA, Stv. GKdo II. b. A. K., Nr. 555, PKMIN, 26.4. 1915, und M Kr., Nr. 1635, Bayrisches Kriegsministerium, 16.2. 1915; HStA Stuttgart, M 77/2, Bü 33, PKMIN, 13.2. 15, und M 1/6, Bü 1495, PKMIN, 24.6. 1915.

<sup>&</sup>lt;sup>73</sup> Zeitungsarchiv des Instituts für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde, Tübingen, Denkschrift über die ukrainischen Kriegsgefangenenlager in Deutschland und über die Errichtung einer selbstständigen Ukraine. Geheim, Berlin, 1.12.1915.

<sup>&</sup>lt;sup>74</sup> HStA Stuttgart, M 1/6, Bü 1422, PKMIN, 1.8. 1915; BayHStA, Stv. GKdo II. b. A. K., Nr. 555, PKMIN, 10.8. 1915, Weitere Zusammenlegung von Ukrainern, und M.Kr., Nr. 1648, PKMIN, 11.3. 1916.

<sup>&</sup>lt;sup>75</sup> Ebenda, M Kr., Nr. 1645, PKMIN, 26.11.1915, Ukrainer in Bayern; HStA Stuttgart, M 77/2, Bü 33, PKMIN, 10.12.1917; SächsHStA, 11248, Sächsisches Kriegsministerium, Nr. 6996, Kommandantur Döbeln, 1917.

Der mit den deutschen und österreichischen Militärbehörden zusammenarbeitende "Bund zur Befreiung der Ukraine" verbreitete in den Lagern ukrainische Literatur und die Zeitung "Das Ukrainische Wort". Aufrufe an Ukrainer wurden aber auch im "Russischen Boten" veröffentlicht. Die Zeitungs- und Broschürenartikel verdammten die russische Politik und Verwaltung und verklärten die Perspektiven, die sich angeblich aus der ukrainischen Geschichte ergaben<sup>76</sup>. Während Deutschland eine ukrainische Staatsbildung fördere, habe Russland in dieser Hinsicht eine negative Rolle gespielt. "Die Ukrainer hätten keinen Anlass, für die Verewigung ihrer russischen Knechtschaft weiter zu bluten", deshalb müssten sie die Unterstützung Deutschlands und Österreich suchen, die ihren guten Willen mit der privilegierten Behandlung von ukrainischen Kriegsgefangenen demonstriert hätten<sup>77</sup>.

Interessanterweise wurde die Ukrainer-Propaganda vom PKMIN mit den österreichischen Propaganda-Lagern koordiniert. Nach deren Beispiel wurde 1915 in Rastatt der Turnverein "Zaporožskaja syč" gegründet, der sich später in ein bewaffnetes Bataillon mit eigenen Abzeichen und eigener Uniform verwandelte. Ähnliche Formationen entstanden in anderen ukrainischen Lagern. Ihre Angehörigen wurden später in kleinen bewaffneten und uniformierten Gruppen in die besetzten Gebiete zurückgeschickt<sup>78</sup>, als Beweis dafür, dass die Mittelmächte ihren Plan, eine unabhängige Ukraine zu gründen, ernst nähmen.

Als 1917 tatsächlich ein ukrainischer Staat proklamiert wurde, entstand im Agitationslager Hannover-Münden die ukrainische Gemeinschaft "Gromada", sie warb für separatistische Ideen und die Mobilisierung der Kriegsgefangenen für die Zentrale Rada, also die revolutionäre ukrainische Regierung. An der Spitze dieser Organisation stand General Zelinskij, der nach dem Frieden an der Ostfront die ukrainischen Kriegsgefangenen zum Eintritt in die ukrainische Armee aufgerufen hatte<sup>79</sup>. Zu diesem Zeitpunkt war die allgemeine "Empfindlichkeit" der Ukrainer gegenüber einer Bezeichnung als Russen so gewachsen, dass das PKMIN alle "russischen Agitationslager für die ukrainischen Kriegsgefangenen" in "Ukrainerlager" umbenannte. Für deutsche Agitatoren war der neue Staat ein politischer Erfolg der Mittelmächte; sie hätten - so ihre Behauptung - alle Voraussetzungen für die ukrainische Bewegung in den Lagern und in den besetzten Territorien geschaffen<sup>80</sup>.

Im Chaos der Revolution und angesichts des ungeklärten Verhältnisses zu Sowjetrussland betrachtete die ukrainische Seite diese Kriegsgefangenen als Personalreservoir für eine neue Armee, Gemäß einem Abkommen zwischen dem deut-



<sup>&</sup>lt;sup>76</sup> Vgl. Terlezckij, Die Ukrainer, S. 24 f.

<sup>&</sup>lt;sup>77</sup> BayHStA, M Kr., Nr. 1638, "Ukraine und Krieg", München 1915; SächsHStA, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 163, PKMIN, 2.3. 1917, und 11248, Sächsisches Kriegsministerium, Nr. 6950, "Vertrauliche Mitteilungen eines Ukrainers an seine Kameraden".

 $<sup>^{78}</sup>$  Vgl. Terlezckij, Die Ukrainer, S. 53, S. 70, S. 95 u. S. 107f.

<sup>&</sup>lt;sup>79</sup> SächsHStA, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 562, PKMIN. 18.2.1918, und Nr. 143, PK-MIN, 6.3.1918, (Geheim).

<sup>80</sup> Ebenda, Nr. 166, PKMIN, 31.5.1918, Umbenennung des "Russenlagers" Rastatt in "Ukrainerlager".

schen Militärkommando und der Zentralen Rada verpflichtete sich Deutschland, baldmöglichst 6000 ukrainische Kriegsgefangene für ein ukrainisches Heer zur Verfügung zu stellen. Im Namen der neuen ukrainischen Regierung wurden sie zur Verteidigung ihrer Heimat gegen die Bolschewiki aufgerufen. Als Erste bewarben sich die "Zaporožskie strelki", die "Zaporožer Schützen". Die erste Division, zusammengestellt aus 2520 ehemaligen ukrainischen Kriegsgefangenen, wurde am 16. Februar 1918 ins Ober-Ost-Gebiet gesandt. Währenddessen lief bereits die Anwerbung für eine zweite Division, die aus 3780 Soldaten und Offizieren bestand. Letztere wurden öffentlichkeitswirksam persönlich von General Zelinskij ausgewählt<sup>81</sup>. Um das russische und polnische Element in den von Deutschland okkupierten Gebieten nicht noch zu verstärken, wurden allerdings die Söhne polnischer und russischer Grundbesitzer aus diesen Gegenden vom Transfer in die Ukraine ausgenommen, ebenso die orthodoxen Geistlichen<sup>82</sup>, von denen man annahm, dass sie den deutschen Interessen gefährlich werden könnten. Noch im Lager erhielten die kriegsgefangenen Ukrainer neue Uniformen der Division "Zaporožskie strelki". Gleichwohl blieb man in Berlin skeptisch; militärisch galten die neuen ukrainischen Verbände als wenig belastungsfähig, sodass sie aus deutscher Sicht vor allem die Funktion einer "politischen" Dekoration besaßen<sup>83</sup>.

Die weitere Entwicklung der Ukrainer-Frage hing davon ab, wieweit das Deutsche Reich seinen Einfluss im neuen ukrainischen Staat sichern wollte. Für die ukrainischen Kriegsgefangenen wurden Behandlung und Arbeitsbedingungen erleichtert<sup>84</sup>. Aus politischen Gründen entließ das PKMIN einzelne Personen, etwa den Schwiegervater des ukrainischen Kriegsministers, aus der Kriegsgefangenschaft<sup>85</sup>. Doch blieben die meisten Kriegsgefangenen in den deutschen Lagern. Für die deutsche Wirtschaft waren sie mittlerweile unersetzbar. Die deutschen militärischen Instanzen suchten das mit der Erklärung zu kaschieren, die sofortige Rückkehr in die Ukraine sei wegen des dort herrschenden bolschewistischen Terrors lebensgefährlich.

Litauer, Letten, Esten

Obwohl nicht wenige Deutsche das Baltikum als "die deutschen Ostseeprovinzen Russlands" oder "älteste Kolonie des deutschen Imperiums" verstanden<sup>86</sup>, wollten



<sup>&</sup>lt;sup>81</sup> Bundesarchiv (künftig: BA) Berlin, R 704/57, Diensttelegramm, PKMIN, 14.2.1918; ebenda, R 704/58, Deutsche Ukraine-Delegation Kiew, 10.6.1918; Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, MSg 200/740, "Gromadska dumka". 20. kvitnja 1918.

<sup>&</sup>lt;sup>82</sup> BayHStA, M Kr., Nr. 1691, PKMIN, 14.3.1918; HStA Stuttgart, M 77/1, Bü 915, PKMIN, 23.5.1918 (Geheim); vgl. auch Terlezckij, Die Ukrainer, S. 125.

<sup>&</sup>lt;sup>83</sup> BA Berlin, R 704/57, Bericht des Verbindungsoffiziers des Auswärtigen Amts über seine Eindrücke von den Neuaufstellungen in der Ukraine, März 1919.

<sup>84</sup> BayHStA, Stv. GKdo II. b. A. K., Nr. 555, PKMIN, 20. 2. 1918.

<sup>&</sup>lt;sup>85</sup> BayHStA, M Kr., Nr. 1691, Bayrisches Kriegsministerium, 22. 3. 1918, und Nr. 1666, Deutsche Delegation in Ukraine, 7. 8. 1918.

<sup>&</sup>lt;sup>86</sup> Dmitrij Olejnikow, Von Ritterlichkeit zu Verachtung. Auswirkungen des Ersten Weltkriegs auf das Verhältnis zu den Deutschen, in: Karl Eimermacher/Astrid Volpert (Hrsg.), Verfüh-

sich die deutschen Behörden bei der Frage, wie mit den baltischen Kriegsgefangenen zu verfahren sei, lange Zeit nicht festlegen. Grund dafür war, dass das Schicksal dieser Territorien noch ungeklärt war – die deutschen Pläne reichten von einer Eingliederung in Polen über die Gründung von Satellitenstaaten bis zu völliger Annexion an das Deutsche Reich. Die privilegierte Behandlung von Esten, Letten und Litauern in den Lagern beschränkte sich zunächst auf eine gesonderte Unterbringung, Zusammenlegung in eigenen Arbeitskommandos und Lazaretten, Erlaubnis von Korrespondenz in der eigenen Sprache und Steigerung der monatlichen Postsendungen. Soweit Gottesdienste in der Muttersprache nicht möglich waren, wurden sie durch Besuche der nahe liegenden deutschen Kirchen ersetzt. Lange Zeit betrachtete das PKMIN die direkte politische Agitation für diese Gruppe als unerwünscht<sup>87</sup>.

Nach der russischen Februar-Revolution entschieden Oberste Heeresleitung und Auswärtiges Amt, die baltischen Satelliten-Staaten als ein mögliches Gegengewicht zu Russland und Polen aufzubauen. Gleichzeitig begann man mit der Ausarbeitung eines Ansiedlungsprogramms<sup>88</sup>. Seitdem wurden die kriegsgefangenen Balten von deutschen Behörden, besonders Ober Ost, als wichtige Gruppe eingeschätzt, um die deutschen Interessen in den okkupierten Territorien und in den zukünftigen unabhängigen Staaten zu sichern. Die privilegierte Behandlung und eine entsprechende propagandistische Beeinflussung sollten in den Balten das "[...] vorhandene Gefühl für ihre eigene Nationalität erwecken und heben, sie dadurch dem russischen Volke entfremden und ihre Zuneigung zum Deutschen Reiche fördern". Dies könne den Schutz der Ostgrenze vor einer russischen Bedrohung garantieren und die Entwicklung der Handelsbeziehungen fördern<sup>89</sup>. Daher wurde seit 1917 auch die Agitation unter den baltischen Kriegsgefangenen intensiviert. Das PKMIN und Ober Ost befahlen die Lager mit geeignetem Propagandamaterial zu überschwemmen und den Briefwechsel mit den besetzten Gebieten wiederherzustellen. Gerade die zuletzt genannten Maßnahmen sollten die deutsche Okkupationspolitik im Baltikum in einem anderen Licht erscheinen lassen<sup>90</sup>. Dazu beitragen sollte auch die vorzeitige Heimkehr von kriegsge-

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Institut für Zeitgeschichte München-Berlin vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rungen der Gewalt: Russen und Deutsche im Ersten und Zweiten Weltkrieg, München 2005, S. 179-204, hier S. 197 f.

 $<sup>^{87}</sup>$  HStA Stuttgart, M1/8, Bü226, PKMIN, 11.2.1916, (Geheim), Behandlung von litauischen, lettischen und estnischen Kriegsgefangenen; SächsHStA, 11248, Sächsisches Kriegsministerium, Nr. 6994, PKMIN, 22. 10. 1917; BayHStA, M Kr., Nr. 1688, Inspektion der Kriegsgefangenenlager des II. A. K., 18.8.1917.

<sup>88</sup> Vgl. Liulevicius, Kriegsland, S. 245 f.

<sup>&</sup>lt;sup>89</sup> SächsHStA,11352, Stv. Generalkommando, Nr. 562, Kommandantur Lechfeld, Bestimmungen für die Arbeitgeber über die Aufklärung der baltischen Kriegsgefangenen.

 $<sup>^{90}</sup>$  HStA Stuttgart, M 1/6, Bü 1429, PKMIN, 14.4. 1918; BayHStA, Stv. GKdo II. b. A. K., Nr. 555, PKMIN, 8.12.1917, Besprechung im PKMIN über baltische Kriegsgefangene, Nr.275, Ober Ost, 22.4.1918, M Kr., Nr. 1690, PKMIN, 9.1.1918, Nr. 1691, PKMIN, 20.3.1918, und Nr. 1695, PKMIN, 23.9.1918, Lesestoff für die baltischen Kriegsgefangenen; SächsHStA, 11248, Sächsisches Kriegsministerium, Nr. 6950, PKMIN, 21.3.1918, Zeitung für die estnischen Kriegsgefangenen, und 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 150, PKMIN, 10. 10. 1918, Korrespondenz kriegsgefangener Esten, Litauer und Letten.

fangenen Gutsbesitzern, deren politische Zuverlässigkeit klar schien. Nach der Oktober-Revolution begann in den Kriegsgefangenenlagern die systematische militärische Rekrutierung für die sogenannte Awaloff-Armee. Unter der späteren Bezeichnung "Westrussische Armee" sollte sie zusammen mit dem Freikorps des Generals von der Goltz kämpfen, um die deutsche Ostgrenze gegen die bolschewistische Bedrohung zu sichern.

# Die Behandlung von kriegsgefangenen "Tataren" und Georgiern: von der Anwerbung für die türkische Armee bis zur Idee der ökonomischen Kolonisierung

Einen besonderen Stellenwert für die Mittelmächte hatten die muslimischen Kriegsgefangenen aus dem Zarenreich. Zusammen mit den muslimischen Kriegsgefangenen der französischen und der englischen Armee sollten sie nach einer entsprechenden militärischen und ideologischen Schulung in die türkische Armee eintreten. Dies entsprach der Bündnispolitik der Mittelmächte wie auch dem Dschihad-Aufruf des türkischen Sultans vom November 1914<sup>91</sup>. Schon im Februar 1915 befahl das PKMIN zusammen mit dem Auswärtigen Amt, zwei Agitationslager in der Nähe von Berlin einzurichten, in die dann alle muslimischen Kriegsgefangenen überführt wurden. Dort wurden sie nochmals intensiv ideologisch und militärisch geschult, zum Teil auch außerhalb des Lagers<sup>92</sup>.

Obwohl das Auswärtige Amt schon am 17. Oktober 1915 der türkischen Botschaft mitgeteilt hatte, es stehe ein ganzes Bataillon tatarischer Dschihadisten zur Verfügung, gelang ihm erst im darauf folgenden Frühjahr der Transfer von 1100 Freiwilligen. Doch schon bald begann das Projekt zu stagnieren<sup>93</sup>. Ein Problem war das Verhalten der türkischen Seite. So beklagten die in die Türkei abgeschobenen Tataren die mangelhafte Betreuung durch ihre neuen Landsleute und äußerten den Wunsch, künftig unter deutscher Führung zu kämpfen<sup>94</sup>. Auf Begeisterung stieß der Vorschlag der türkischen Regierung, die tatarischen Muslime in der Türkei anzusiedeln und dabei entsprechend zu fördern<sup>95</sup>. Im April/Mai 1916 belief sich die Zahl dieser Freiwilligen auf 9000, und schon am 18. Juli reisten die ersten 50 Siedler in die Türkei<sup>96</sup>.

Die Propaganda in den muslimischen Lagern sollte auch für Deutschland werben. Die Muslime wurden nicht als Gefangene bezeichnet, sondern als Gäste des deutschen Kaisers, der als Freund des Sultans dargestellt wurde. Der Unterricht in den Lagerschulen konzentrierte sich auf Geschichte, politische Geographie



<sup>91</sup> Vgl. Höpp, Muslime in der Mark, S. 20.

<sup>&</sup>lt;sup>92</sup> Vgl. ebenda, S. 82. Laut Nachtigal, Kriegsgefangenschaft an der Ostfront, S. 36, stellten die deutschen Militärorgane die Muslime aus dem Zarenreich auf eine niedrigere Stufe als die aus den französischen und englischen Kolonien.

<sup>&</sup>lt;sup>93</sup> Höpp, Muslime in der Mark, S. 81 u. S. 83. Bihl, Kaukasus-Politik, Teil II, S. 30, macht niedrigere Angaben über die kriegsgefangenen Tataren, die in die Türkei gekommen sind.

<sup>&</sup>lt;sup>94</sup> Ebenda, Teil II, S. 84.

<sup>95</sup> SächsHStA, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 159

<sup>&</sup>lt;sup>96</sup> Vgl. Höpp, Muslime in der Mark, S. 86.

und Taktik. Mit Hilfe von illustrierten Vorträgen und Kinoveranstaltungen präsentierte man den Kriegsgefangenen die Vorzüge der deutschen Kultur. Selbst Exkursionen nach Berlin gab es, die erste schon im September 1915<sup>97</sup>. Ein besonderes Augenmerk richtete man auf die Religionsfreiheit. Nur die Kriegsgefangenen in den Arbeitskommandos, wo wirtschaftliche Interessen im Vordergrund standen, unterlagen einigen Beschränkungen. Ihnen wurde beispielsweise erklärt, dass ihre Arbeit für das Kaiserreich, das die Zukunft der türkischen Völker sichern werde, auch während der religiösen Feste notwendig sei<sup>98</sup>.

Im März 1915 begann in den muslimischen Lagern die Verteilung der Propagandazeitung "Dschihad", die in 3000 Exemplaren auf Tatarisch und in 500 Exemplaren auf Russisch veröffentlicht wurde<sup>99</sup>. Sie thematisierte separatistische Ideen sowie die künftigen Beziehungen von Tataren und Deutschen, freilich stets unter dem Primat der deutschen kulturellen Überlegenheit. Die Popularität der Zeitung ließ ihre deutschen Autoren zu dem Schluss kommen, die Tataren seien für die Propaganda ansprechbarer als die Araber. Schon im Sommer 1915 hatten eine Reihe von Tataren den Wunsch geäußert, die deutsche Wirtschaft und Administration kennenzulernen, um nach dem Krieg dann ganz in Deutschland bleiben zu können<sup>100</sup>.

Das zögerliche Verhalten der türkische Armee und später der Waffenstillstand mit Russland mussten für die deutsche Seite die Frage aufwerfen, wie weit ihre Pläne mit den muslimischen Kriegsgefangenen künftig noch sinnvoll seien<sup>101</sup>. Im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt entschied das PKMIN, die abgesonderte Unterbringung und die Propaganda fortzusetzen, um die brachliegenden Handelsbeziehungen der Mittelmächte mit den Ländern im Nahen Osten möglichst rasch wiederherzustellen<sup>102</sup>. Die Arbeitgeber und Wachmannschaften wurden noch einmal darauf aufmerksam gemacht, welche Bedeutung diese privilegierte Behandlung habe. Beschimpfungen und Misshandlungen waren streng verboten, die Kriegsgefangenen wurden von der Arbeit während der religiösen Feste befreit und durften ihre Glaubensgenossen in anderen Arbeitskommandos besuchen. Die muslimischen Kriegsgefangenen sollten – so war es geplant – in Zukunft auf jede russische Vermittlungshilfe verzichten und mit Deutschland direkte wirtschaftliche und politische Kontakte knüpfen<sup>103</sup>.

Nach dem Frieden von Brest-Litowsk plante die deutsche Seite, die tatarische "Dschihad" in eine Propagandazeitung für die muslimischen Gebiete Russlands umzuwandeln, um die deutschen ökonomischen Interessen dort sichern zu können. Außerdem wurde im Weinberglager (bei Zossen in der Mark Brandenburg)

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Institut für Zeitgeschichte München-Berlin vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

<sup>&</sup>lt;sup>97</sup> Höpp, Muslime in der Mark, S. 73 u. S. 55.

<sup>98</sup> BayHStA, M Kr., Nr. 1687, PKMIN, 12. 7. 1917, Nr. 1666, PKMIN, 30. 8. 1918, Nr. 1702, Kommandantur Weinberglager, 25.8.1919, und Nr. 1705, Direktion Weinberglager, 4.8.1920.

 $<sup>^{99}</sup>$  Zur Auflage der Kriegsgefangenenzeitungen in den muslimischen Lagern vgl. Höpp, Muslime in der Mark, S. 102; Kahleyss, Muslime in Brandenburg, S. 19.

<sup>&</sup>lt;sup>100</sup> Vgl. Höpp, Muslime in der Mark, S. 108, S. 78 u. S. 145.

<sup>&</sup>lt;sup>101</sup> BayHStA, M Kr., Nr. 1667, Inspektion der Kriegsgefangenenlager des I. A. K., 7.11.1918.

 $<sup>^{102}</sup>$  HStA Stuttgart, M 1/6, Bü 1428, PKMIN, 24.12.1917.

<sup>103</sup> BayHStA, M Kr., Nr. 1694, PKMIN, 31.7. 1918.

der Bund muslimischer Studenten gegründet, der das Ziel hatte, möglichst viele turkmenische und tatarische Studenten in Deutschland auszubilden, die später die deutsche Kultur und Organisation auf tatarischen Territorien propagieren sollten<sup>104</sup>.

#### Georgier

Parallel zu seiner "Tatarenpolitik" versuchte das PKMIN auch mit einer privilegierten Behandlung der georgischen Kriegsgefangenen zu beginnen. Neben dem vagen Plan, mit diesen Kriegsgefangenen einen Aufstand im Kaukasus vorzubereiten<sup>105</sup>, zielte deren propagandistische Erfassung ebenfalls auf die Ausdehnung der deutschen Handelsbeziehungen. Daher wurden im Weinberglager und später in Sagan georgische Offiziere sowie arbeitsunfähige Unteroffiziere und Soldaten konzentriert. Die in den Arbeitskommandos eingesetzten Kriegsgefangenen, deren Zusammenlegung den wirtschaftlichen Interessen widersprach, sollten durch Flugblätter, Veranstaltungen sowie durch die Zeitung "Kartuli Gazeti" beeinflusst werden, die vom Georgischen Komitee in Berlin publiziert und durch die Politische Sektion des Generalstabs und das Auswärtige Amt zensiert wurde. Den georgischen Emigranten wurde erlaubt, sich frei mit den Kriegsgefangenen zu unterhalten. Auch bei diesen Beeinflussungsversuchen spielten das Angebot der Religionsfreiheit und des Sprachunterrichts eine besondere Rolle<sup>106</sup>. Nach dem Waffenstillstand von Brest-Litowsk sah die deutsche Seite, die ihren Einfluss im Kaukasus zu sichern suchte, in den georgischen Kriegsgefangenen eine Trumpfkarte bei ihren Verhandlungen mit der unabhängigen georgischen Regierung.

#### Juden

Infolge von Gesuchen jüdischer Organisationen in Deutschland hatte das PKMIN in den Lagern einige Erleichterungen für jüdische Kriegsgefangene eingeführt. Sie wurden von allen Arbeiten an jüdischen Feiertagen befreit, hatten die Möglichkeit, sich mit den örtlichen Rabbis auszutauschen und koscheres Essen zu bekommen<sup>107</sup>. In den Lagern wurden auch Bücher über jüdische Geschichte und



<sup>&</sup>lt;sup>104</sup> Höpp, Muslime in der Mark, S. 107 u. S. 143.

Bihl verweist auf den Eintritt einer kleineren Zahl georgischer Soldaten und Offiziere in die "Georgische Legion", die in Trapezunt stationiert war. Vgl. Bihl, Kaukasuspolitik, Teil I, S.75. In ihrer Monographie erwähnt Moritz als Hauptprotagonisten Harald Kosack, der vor dem Krieg in einer deutschen Schule in Taschkent unterrichtete, sowie den georgischen Nationalisten Keresselidze, einer der Köpfe der separatistischen Agitation in Sagan. Vgl. Verena Moritz, Zwischen Nutzen und Bedrohung. Die russischen Kriegsgefangenen in Österreich-Ungarn (1914–1921), Bonn 2005, S. 132.

<sup>&</sup>lt;sup>106</sup> SächsHStA, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 155, Sächsisches Kriegsministerium, 9.7. 1915; BayHStA, M Kr., Nr. 1638, PKMIN, 7.5.1915, Nr. 1644, PKMIN, 14.10.1915, Stv. GKdo II. b. A. K., Nr. 555, PKMIN, 24. 12. 1917, und Stv. Generalkommando des III. bayerischen A. K., Nr. 177, PKMIN, 20. 12. 1917.

<sup>&</sup>lt;sup>107</sup> Vgl. Gudrun Bauer u. a., Unfreiwillig in Brandenburg. Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in der Stadt Brandenburg in zwei Weltkriegen, Berlin 2004, S. 18.

Religion verteilt<sup>108</sup>. Persönliche Privilegien genossen jüdische Dolmetscher, die in den Lagerschreibstuben dienten.

# Kollaboration, Gegenpropaganda und nationale Konflikte in den Lagern

Von Anfang an versuchte die deutsche Militärführung bei den "rassischen" Kriegsgefangenen ein Verständnis für ihre ethnische bzw. nationale Zugehörigkeit zu fördern. In den zahlreichen Fragebögen stand die Frage nach der nationalen, nicht aber nach der in Russland üblichen konfessionellen Zugehörigkeit im Vordergrund sowie die Auseinandersetzung zwischen den russischen und nichtrussischen Völkern<sup>109</sup>. Obwohl die meisten Kriegsgefangenen den deutschen Behörden und ihrer Agitation mit Skepsis begegneten – manche Kriegsgefangenen verzichteten sogar auf die Zuwendungen des Roten Kreuzes, da sie in diesen deutsche Bestechungsversuche sahen<sup>110</sup> -, begann die deutsche Propaganda doch allmählich zu wirken. Von jenen Kriegsgefangenen, die im Zentrum der deutschen Beeinflussung standen, begannen immer mehr sich von den Russen abzusetzen. Ausdruck dafür war etwa die Errichtung von nationalen Komitees in den Lagern, die um die Hilfen aus Russland stritten, sich der Leitung des russischen Komitees jedoch prinzipiell nicht unterstellen wollten<sup>111</sup>.

Zur Wende in der Agitationspolitik kam es nach der Februar-Revolution 1917, die die Hoffnung der nichtrussischen Kriegsgefangenen auf eine freie Entwicklung von Sprache und Kultur, auf Autonomie oder gar auf einen unabhängigen Staat schlagartig zu bestätigen schien. Als die Nachricht über die Abdankung des Zaren in die Lager kam, widerrief die gesamte Besatzung des Weinberglagers den Eid auf das alte Regime<sup>112</sup>. Offen bekannten sich Kriegsgefangene zu nationalistischen Positionen. Offiziere in den gemischten Lagern, die früher solche Einstellungen noch verborgen hatten, verlangten plötzlich die Überführung in ein Aufklärungslager<sup>113</sup>.

Der Erfolg der deutschen Propaganda hing stark davon ab, ob es den Lagerkommandanturen gelang, das Misstrauen der Kriegsgefangenen zu überwinden. Die wichtigsten Ansprechpartner für die deutsche Seite wurden daher jene Kriegsgefangene, die sich schon bei ihrer Ankunft im Lager in einem separatistischen Sinne geäußert und ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den deutschen Behörden signalisiert hatten. Aus diesen wurden sogenannte "Lehrer" ausgewählt, die in den Lagerschulen unterrichteten, politische Vorträge hielten sowie Lagerselbstverwaltungen leiteten. Bewährten sie sich, so wurden sie mit der





 $<sup>^{108}</sup>$  Vgl. Maurer, "Sehr wichtig sind Bücher von der jüdischen Geschichte", S. 261.

<sup>109</sup> SächsHStA, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 157, Generalstab, Dezember 1914.

<sup>&</sup>lt;sup>110</sup> Vgl. Terletzckij, Die Ukrainer, S. 65 f.

<sup>111</sup> Gosudarstvennyj Archiv Rossijskoj Federazii (künftig: GARF), f. 6169, op. 1, d. 172, l. 10.

<sup>&</sup>lt;sup>112</sup> Vgl. Höpp, Muslime in der Mark, S. 90.

<sup>&</sup>lt;sup>113</sup> BayHStA, M Kr., Nr. 1687, Kommandantur Ingolstadt, 5.5.1917; vgl. auch Mitze, Kriegsgefangenenlager, S. 337.

Erlaubnis, zivile Kleidung zu tragen, und mit der Befreiung von körperlicher Arbeit belohnt<sup>114</sup>.

Das Interesse der Kriegsgefangenen, sich an diesen Angeboten zu beteiligen, speiste sich wiederum aus ihrem Wunsch nach der politischen Unabhängigkeit ihrer Nationen, aber auch an der Verbesserung der eigenen Lage. So suchten etwa ukrainische Offiziere, die die Nationalbewegung fördern wollten, die deutsche Alphabetisierungskampagne zu beeinflussen, um auch jene Gruppe propagandistisch zu erreichen 115. Auch turkmenische Nationalisten boten offen ihre Hilfe bei der Gründung eines unabhängigen turkmenischen Staates und der Befriedung der Ostfront an 116.

Die Rhetorik, die die Kriegsgefangenen dabei verwendeten, ist ein Beleg dafür, wie sehr sie "von oben" dekretierte Deutungsmuster übernahmen. So erwähnten Deutschrussen ihre von den Russen ermordeten Verwandten oder rekurrierten immer wieder auf ihre Erfahrung, als gebürtige Deutsche zwangsweise in russische Uniformen gesteckt und als "unzuverlässige Elemente" an die Kaukasus-Front geschickt worden zu sein<sup>117</sup>. Die ukrainischen Kriegsgefangenen erklärten in ihren Gesuchen den Unterschied im Nationalcharakter von Russen und Ukrainern und betonten die Notwendigkeit, eine unabhängige Ukraine zu gründen, auch damit, dass das Deutsche Reich von Russland bedroht sei<sup>118</sup>. Die Balten kritisierten die Russifizierungspolitik und bestätigten den deutschen Nachrichtenoffizieren, dass für die baltischen Länder im zurückgebliebenen Zarenreich in der Zukunft kein angemessener Platz mehr vorhanden sei<sup>119</sup>. Mehr als andere nationale Gruppen nahmen die Polen die von oben vorgegebenen Codes wahr. Sie unterstrichen häufig ihr Leiden unter der russischen Willkür sowie ihren Unwillen, gegen die Mittelmächte zu kämpfen<sup>120</sup>. Sie verzichteten auch demonstrativ auf die Teilnahme an den Feiern zum Zarengeburtstag, obwohl er zum Feiertag für alle russischen Kriegsgefangenen erklärt worden war<sup>121</sup>. Dagegen leisteten die Georgier den stärksten Widerstand gegen die deutsche Propaganda. Sogar jene Offiziere, die deutsche Frauen geheiratet hatten und die deutsche Kultur offensichtlich bevorzugten, betonten ihre Zugehörigkeit zum russischen Offizierskorps

 $<sup>^{114}</sup>$  HStA Stuttgart, M77/2, Bü33, PKMIN,  $10.\,12.\,1917,$  Anhang: Bericht über Betrieb und Erfolg der Aufklärungsarbeit.

<sup>&</sup>lt;sup>115</sup> BayHStA, M Kr., Nr. 1646, PKMIN, 29. 1. 1916.

<sup>&</sup>lt;sup>116</sup> Ebenda, Nr. 1644, Kommandantur Würzburg, und Nr. 1645, Bayrisches Kriegsministerium, 14.11.1915.

<sup>&</sup>lt;sup>117</sup> SächsHStA, 11248, Sächsisches Kriegsministerium, Nr. 7071, Deutschrussische Kriegsgefangene an den Fürsorgeverein für deutsche Rückwanderer, 1918.

<sup>&</sup>lt;sup>118</sup> BayHStA, M Kr., Nr. 1638, PKMIN, 7.5. 1915.

<sup>&</sup>lt;sup>119</sup> SächsHStA, 11352, Stv. Generalkommando, Nr. 642, Kommandantur Döbeln, 12.3.1918, Russische Kriegsgefangene über den Frieden in Brest-Litowsk.

<sup>&</sup>lt;sup>120</sup> BayHStA, M Kr., Nr. 1687, Polnische Kriegsgefangene an die Kriegsverwaltung Warschau, 4.2.1917; SächsHStA, 11352, Stv. Generalkommando, Nr. 642, Kommandantur Döbeln, 12.3.1918, Russische Kriegsgefangene über den Frieden in Brest-Litowsk.

<sup>&</sup>lt;sup>121</sup> SächsHStA, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 159, Kommandantur Königsbrück, 23. 2. 1916.

und bedrohten die Propagandisten<sup>122</sup>. Die russenfreundliche Einstellung teilten auch die einfachen Soldaten, die sogar nach Erklärung der georgischen Unabhängigkeit den russischen Kameraden Treue schworen und den Notleidenden Geld überwiesen<sup>123</sup>.

Immer wieder versuchten Kriegsgefangene die deutsche Privilegienpolitik für persönliche Interessen zu nutzen. Als der Transfer der Tataren ins Lager bei Zossen angekündigt wurde, gaben sich 150 Soldaten in Soltau als Muslime aus, obwohl nur 25 von ihnen dieses Kriterium erfüllten<sup>124</sup>. Die von deutschen Gerichten verurteilten Kriegsgefangenen aus den besetzten Territorien versuchten, ihre Nationalitätszugehörigkeit für eine Revision ihrer Strafen zu nutzen<sup>125</sup>. Und nach dem Frieden mit der Ukraine erklärten sich viele Russen zu Ukrainern, da in den Lagern Gerüchte über deren baldige Freilassung zirkulierten<sup>126</sup>.

Ein großes Hindernis für die deutsche Agitation war die Gegenpropaganda der russisch gesinnten Kriegsgefangenen<sup>127</sup>. In den gemischten Lagern, wo die nichtrussischen Nationalitäten in von Russen abgesonderten Baracken untergebracht wurden, interessierten sich russische Offiziere für die propagandistische Literatur, um sich an ihr dialektisch zu schulen. Die Gegenpropagandisten führten Namenslisten, beschlagnahmten Literatur, schikanierten die Separatisten und behaupteten, diese seien zum Eintritt in die deutsche Armee gezwungen worden<sup>128</sup>. Es kam immer wieder vor, dass Angehörige nationaler Minderheiten um ihr Leben und um das Schicksal ihrer Verwandten in Russland fürchteten. So musste General Zelinskij, in dem die deutsche Seite einen künftigen Führer der nationalen ukrainischen Bewegung sah, bis zur Revolution in Russland seine separatistischen Einstellungen sogar in Gesprächen mit seinen Vertrauensleuten verbergen<sup>129</sup>. Aus dem muslimischen Weinberglager musste die Kommandantur 150 Kriegsgefangene abschieben, da diese verdächtigt wurden, antideutsche Stimmungen zu verbreiten<sup>130</sup>.

Die privilegierte Behandlung durch die Deutschen verschärfte die nationalen Konflikte und führte zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. So wurden Deutschrussen, Balten, Polen und Juden, die in den Schreibstuben arbeiteten, von anderen Kriegsgefangenen als Spione und Verräter betrachtet. Sie wurden

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Institut für Zeitgeschichte München-Berlin vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

<sup>&</sup>lt;sup>122</sup> SächsHStA, 11248, Sächsisches Kriegsministerium, Nr. 6996, Kommandantur Döbeln, 1917.

<sup>&</sup>lt;sup>123</sup> GARF, f. 9488, op. 1, d. 36, 1. 233-234.

<sup>124</sup> BayHStA, M Kr., Nr. 1691, PKMIN, 28.2.1918, Gesuche von muslimischen Kriegsgefangenen; vgl. Klaus Otte, Lager Soltau. Das Kriegsgefangenen- und Internierungslager des Ersten Weltkriegs (1914–1921). Geschichte und Geschichten, Soltau 1999, S. 122.

<sup>&</sup>lt;sup>125</sup> BayHStA, M Kr., Nr. 14156, Bayrisches Kriegsministerium, 27. 4. 1918, und Nr. 1666, Kommandantur Plassenburg, 6.9.1918.

<sup>&</sup>lt;sup>126</sup> SächsHStA, 11248, Sächsisches Kriegsministerium, Nr. 6995, PKMIN, 23.5.1918.

<sup>&</sup>lt;sup>127</sup> Zur Gegenpropaganda in den russischen Kriegsgefangenenlagern siehe Nachtigal, Russland, S. 230.

<sup>&</sup>lt;sup>128</sup> SächsHStA, 11248, Sächsisches Kriegsministerium, Nr. 6996, Kommandantur Döbeln,

 $<sup>^{129}</sup>$ Ebenda, Sächsisches Kriegsministerium, Nr. 6970, Kommandantur Bischofswerda, 9. 2. 1916.

<sup>&</sup>lt;sup>130</sup> Vgl. Bihl, Kaukasus-Politik, Teil I, S. 98 u. S. 100; Höpp, Muslime in der Mark, S. 77.

boykottiert, schikaniert und misshandelt<sup>131</sup>. Die Deutschrussen, Balten und Polen strebten, wie deutsche Behörden vermerkten, ihrerseits danach, sich an ihren ehemaligen Landsleuten zu rächen, indem sie die Gesuche von Russen in einer Weise übersetzten, dass die deutschen Wachmannschaften sie als Beleidigung wahrnahmen und entsprechend darauf reagierten<sup>132</sup>. Die Auseinandersetzung zwischen Russen und Ukrainern führte sogar zu blutigen Schlachten<sup>133</sup>, denen die deutsche Seite mit Erstaunen, ja fast hilflos gegenüberstand<sup>134</sup>.

Diese breite Palette an Reaktionen unter den Kriegsgefangenen spricht nicht gerade für den Erfolg der deutschen Propaganda. Sie ist aber ein Hinweis auf die starke Politisierung der Kriegsgefangenen und auf ihre künftige Rolle im "europäischen Bürgerkrieg". So wurden beispielsweise polnische Kriegsgefangene frühzeitig in die von Deutschland okkupierten Territorien entlassen, wo sie feierlich begrüßt wurden und diesen Auftritt nutzten, für den Aufbau einer polnischen Armee und eines unabhängigen polnischen Staates zu werben. Die führenden Offiziere aus den Ukrainer-Lagern (vor allem die Generäle Zelinskij und Tscherbatschev) hatten sich freiwillig für die Armee von Hetman Skoropadskij verpflichtet. Sie pflegten aktiven Kontakt zur deutschen Militärführung in der Ukraine. So gesehen wurden die Erfahrungen, die viele Kriegsgefangene aus dem Zarenreich in den deutschen Lagern gemacht hatten, zur Voraussetzung einer Politisierung, aus der sich noch viele Folgen ergeben sollten. Einem Fragebogen der 1920 nach Ufa repatriierten Baschkiren lässt sich entnehmen, dass sie in der Kriegsgefangenschaft alphabetisiert worden waren und (teilweise) sogar die deutsche Sprache beherrschten. Manche hatten sich auch vom wirtschaftlichen Leben in Deutschland anregen lassen und planten, ein Geschäft nach deutschem Vorbild zu führen.

Auch auf Seiten der sowjetischen Regierung registrierte man die besonderen Erfahrungen der Kriegsgefangenen in Deutschland sehr aufmerksam. Sie musste die nationalistische Propaganda als Bedrohung empfinden, aber auch als einen Ansatzpunkt, um die Repatriierten für ihre eigenen Ziele zu gewinnen.



<sup>&</sup>lt;sup>131</sup> SächsHStA, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 158, Gesuch der russischen Kriegsgefangenen, 28.8.1918, und Nr. 160, Kommandantur Bautzen, 26.4.1916; BayHStA, M Kr., Nr. 1641, PKMIN, 13.8.1915, Nr. 1694, Kommandantur Hirschberg, 29.5.1918, Nr. 1651, Kommandantur Hirschberg, 6.4.1916, Stv. GKdo II. b. A. K., Nr. 555, Bayrisches Kriegsministerium, 7.2.1917, und Russische Kriegsgefangene über ihre Eindrücke in Deutschland, herausgegeben von der Schriftleitung des "Russischen Boten", Berlin 1917. S. 24; HStA Stuttgart, M 77/1, Bü 907, Kommandantur Ulm, 16.11.1918.

<sup>&</sup>lt;sup>132</sup> BayHStA, M Kr., Nr. 1642, PKMIN, 29.7.1915, Misshandlungen russischer Kriegsgefangener

<sup>&</sup>lt;sup>133</sup> GARF, f.9488, op.1, d.38, l.7, 11, und f.R-7494, op.1, d.3, l.172; BayHStA, M Kr., Nr. 1702, Stv.GKdo der I. und II. A. K., 19. 9. 1919, und Nr. 1703, Heeresabwicklungsamt des III. A. K., 24. 12. 1919.

<sup>&</sup>lt;sup>134</sup> Bihl, Kaukasus-Politik, Teil I, S.101.

### Schlussbetrachtung

Während des Ersten Weltkriegs entwickelte sich die deutsche Politik gegenüber den nationalen Minderheiten in den Kriegsgefangenenlagern zu einem Spielfeld, auf dem sehr widersprüchliche Interessen aufeinander prallten. Ziel der deutschen separatistischen Propaganda war die Schwächung des Russischen Reiches und im Gegenzug die langfristige Sicherung des deutschen Einflusses im osteuropäischen Raum in der Zeit nach dem Krieg. Im Grunde widersprachen sich die deutschen Pläne, in den Randgebieten Russlands einerseits einen modernen Nationalismus zu fördern, und andererseits, eben diese Gebiete zu kolonisieren. Die osteuropäischen Völker blieben in der deutschen Wahrnehmung letzten Endes Helotenvölker. Für die deutsche Seite waren sie keine vollwertigen Partner. Schon deshalb war die deutsche Nationalitätenpolitik unter den Kriegsgefangenen aus dem Russischen Reich zum Scheitern verurteilt.

Im Vergleich zur deutschen Besatzungs- und Kriegsgefangenenpolitik in der Sowjetunion während des Zweiten Weltkriegs zeigen sich schließlich einige aufschlussreiche Parallelen, aber noch mehr Unterschiede. Zielte Hitlers Plan vom "Lebensraum im Osten" auf die totale Unterjochung, Vertreibung oder Vernichtung der in der Sowjetunion lebenden Menschen, so ließen die deutschen Planungen des Ersten Weltkriegs, in denen sich teilweise ebenfalls ein deutsches Kolonialreich "im Osten" abzeichnete, den dort ansässigen Ethnien erheblich mehr Spielraum. Schon allein die Tatsache, dass man sich auf deutscher Seite nie definitiv dafür entscheiden konnte, ob es sich bei den geplanten Nationalstaatsgründungen um reine deutsche Kolonien oder doch um einigermaßen souveräne, wenn auch an Deutschland assoziierte Staaten handeln würde, zeigt, dass die politisch Verantwortlichen in Deutschland während der Jahre 1914 bis 1918 ganz anders dachten und agierten als jene in den Jahren 1939 bis 1945. Und auch sonst scheinen die Unterschiede größer als die Kontinuitätslinien. Die mörderische deutsche Besatzungs- und Kriegsgefangenenpolitik der Jahre 1941/42 war zunächst rein parasitär und destruktiv<sup>135</sup>. Die Millionen Opfer unter den sowjetischen Zivilisten und Kriegsgefangenen sind dafür ein beklemmender Beleg.

Das sich schon sehr früh abzeichnende Scheitern dieser Politik wie überhaupt des "Unternehmens Barbarossa" brachte freilich einen Teil der deutschen Entscheidungsträger dazu, ihre "Ostpolitik" neu zu überdenken. Interessanterweise fanden sich gerade in der militärischen Führung eine ganze Reihe von Protagonisten, die sich nun an die deutsche Nationalitätenpolitik des Ersten Weltkriegs erinnerten und diese - wenn auch unter veränderten Vorzeichen - zu reanimie-

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VfZ 2/2010 Jahrgang 58 (2010), Heft 2 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2010\_2.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



 $<sup>^{135}</sup>$ Vgl. Christian Streit, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen, 1941-1945, Stuttgart 1978, S. 238; Hans Umbreit, Deutsche Herrschaft in der Sowjetunion, in: Erinnerung an einen Krieg (Katalog Museum Berlin-Karlshorst), Berlin 1994, S. 28-35; Christian Hartmann, Massensterben oder Massenvernichtung? Sowjetische Kriegsgefangene im "Unternehmen Barbarossa". Aus dem Tagebuch eines deutschen Lagerkommandanten, in: VfZ 49 (2001), S. 97-158.

ren suchten. Doch war dieses Konzept schon im Ersten Weltkrieg gescheitert, weil es den Verantwortlichen nie gelang, ihre divergierenden Interessen abzustimmen und für die "neuen" Nationen politisch wirklich akzeptable Lösungen zu entwickeln. Erst recht musste das für die Situation des Zweiten Weltkriegs gelten. In einem totalitären "Führerstaat", zu dessen zentralen Zielen der rassenideologische Eroberungs- und Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion gehörte, hatten alternative politische Entwürfe von Anfang an kaum eine Chance.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Institut für
Zeitgeschichte
München-Berlin
viertzuahrshefte für
Zeitgeschichte

Amerika sollte trocken sein, erlebte aber nach 1920 die Herausbildung einer neuen Trinkkultur, die wiederum der modernen Konsumgesellschaft zum Durchbruch verhalf. Alkohol avancierte zu einer Art Modedroge, die nicht zuletzt in den urbanen Mittelklassen viel Anklang fand, dort aber – aller rauschhaften Hingabe und rhetorischen Dicktuerei zum Trotz – nur mit schlechtem Gewissen konsumiert wurde. Thomas Welskopp, ein in Bielefeld lehrender Historiker, schildert diese schalen Exzesse und begibt sich damit auf die Spuren von Sinclair Lewis, der die Ambivalenz der amerikanischen Prohibitionszeit in seinen Romanen meisterhaft beschrieben hat.

Thomas Welskopp

# Ein "Cheers" auf das schlechte Gewissen

Gesellschaftliche Trinkkultur und Geschmacksverfall in der amerikanischen Prohibitionszeit 1920 bis 1933

#### 1. Die National Prohibition in den USA, 1920-1933

Am 16. Januar 1920, Schlag 24 Uhr, trat in den Vereinigten Staaten von Amerika ein nationales Alkoholverbot in Kraft, das, bis dahin einzigartig in der Geschichte der Neuzeit, Verfassungsrang besaß. Es hatte eine lange Vorgeschichte in der kirchlich verankerten Temperenzbewegung, die weit ins 19. Jahrhundert zurückreichte. Aus religiöser Gegnerschaft zum Alkohol hatte sich dann seit den 1870er Jahren eine soziale Bewegung entwickelt, deren aktivster Ausdruck zunächst die Woman's Christian Temperance Union war. Von 1893 an schlug die Anti-Saloon League als erste parteiübergreifende Single issue-Lobbyorganisation daraus politisches Kapital. Sie nutzte die politischen Konjunkturen, so etwa den Rassismus im "alten Süden", den sozialen Reformeifer des Progressivism im Norden und schließlich die antideutsche Stimmung im Ersten Weltkrieg, um in beiden Häusern des amerikanischen Kongresses eine Zweidrittelmehrheit für einen Verfassungszusatz zusammenzubringen. Dieser wurde am 17. Dezember 1917 gegen das Veto des Präsidenten Woodrow Wilson verabschiedet.

Der 18. Zusatzartikel zur U.S. Constitution erklärte die Herstellung, den Transport und den Verkauf von "berauschenden alkoholischen Getränken" fortan für illegal. Ein Ausführungsgesetz, der nach seinem Sponsor im US-Senat so genannte Volstead Act, legte die Grenze, von der an ein Getränk als "berauschend" gelten sollte, auf einen Alkoholgehalt von 0,5 Volumenprozent Ethanol fest, der geringsten zuvor steuerpflichtigen Menge des nunmehr verbotenen Stoffes. In Zukunft, so jubelten die Prohibitionsbefürworter aus den Reihen der Anti-Saloon League, der damals mächtigsten amerikanischen Lobbyorganisation, die beide Häuser des Kongresses beherrschte, werde Amerika "bone dry" sein,

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Institut für
Zeitgeschichte
München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR
Zeitgeschichte

VfZ 2/2010 © Oldenbourg 2010 DOI 10.1524/vfzg.2010.0011 Jahrgang 58 (2010), Heft 2

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2010\_2.pdf

VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

"knochentrocken", eine "Ära des klaren Denkens und des sauberen Lebens" sei damit angebrochen¹.

Dass dem nicht ganz so war, sollte sich rasch erweisen. Allein die Regelung der Alkoholzufuhr für die Industrie, deren Bedarf an Kraftstoffen, Kühlflüssigkeiten (Automobile), Lösungsmitteln, Farben und vielem mehr in den 1920er Jahren auf ein Vielfaches des Vorkriegsverbrauchs anwuchs, blähte den Gesetzeskommentar zum Volstead Act zu einem Konvolut von über 1.000 Seiten auf<sup>2</sup>. Damit war noch gar keine illegale Aktivität unterstellt, doch findige Pioniere einer alsbald aufblühenden Schattenwirtschaft verstanden sich schnell darauf, Industriealkohol an den Kontrollstellen vorbei oder aus dem Produktionsprozess heraus abzuleiten und in die Kehlen von Millionen Amerikanern fließen zu lassen, die nach allem dürsteten, was einen gehörigen "Kick" verhieß. Industriealkohol und der Schmuggel über die Landesgrenzen machten aber nur einen winzigen Bruchteil des illegalen Alkohols aus, der vor allem in den großen Städten zirkulierte. Die übergroße Masse des Stoffes von meist zweifelhafter Qualität und unberechenbarer Wirkung kam aus der Eigenproduktion einer Schattenindustrie, deren Produktionsstätten gegen Ende der Prohibition - der Prohibitionsartikel wurde von einem weiteren, dem 21., Verfassungszusatz mit Wirkung vom 5. Dezember 1933 für ungültig erklärt - die Größe mittlerer industrieller Betriebe erreichen sollten. Die Schattenindustrie katapultierte sich mit einem (geschätzten) Jahresumsatz von fünf Milliarden Dollar auf den dritten Rang unter den größten amerikanischen Gewerbezweigen und überholte damit sogar die Automobilindustrie.

Mit Inkrafttreten der *National Prohibition* veränderte sich die amerikanische Kultur vielfältig, zunächst im engeren Bereich des geselligen Alkoholgenusses. Die Amerikaner, die auf dem besten Wege waren, eine Gesellschaft von Bierkonsumenten zu werden, wandelten sich zu einer Nation von "Schnapssäufern". Der hastige, auf schnelle, spürbare Wirkung bedachte Akt des Trinkens verlagerte sich in Flüsterkneipen, *Speakeasies*, die in allen Qualitäten vom gemeingefährlichen *Clip Joint* bis zum flitterigen *Night Club* daherkamen, ihren Kunden unter dem Strich aber sämtlich ein miserables Preis-Leistungs-Verhältnis boten. Das galt auch für die wohlhabenden Vertreter der amerikanischen Mittelklassen, die zu Stammkunden der wachsenden Alkoholschattenwirtschaft wurden. Um deren kulturelle Praktiken im Umgang mit dem illegalen Stoff Alkohol soll es auf den folgenden Seiten gehen. Vor allem der private Alkoholkonsum im Kontext geselliger Zusammenkünfte, gesellschaftlicher Einladungen und häuslicher Partys steht dabei im Mittelpunkt.

Die Fragestellung lautet, warum und auf welche Weise die Kombination aus sozial "angesagter" Übertretung des Alkoholverbots und der diskursiven Verar-



<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Vgl. Richard F. Hamm, Short Euphorias Followed by Long Hangovers: Unintended Consequences of the Eighteenth and Twenty-first Amendments, in: David E. Kyvig (Hrsg.), Unintended Consequences of Constitutional Amendments, Athens/London 2000, S.164–199; Thomas R. Pegram, Battling Demon Rum. The struggle for a dry America 1800–1933, Chicago 1998.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Vgl. William J. McFadden, The Law of Prohibition. Volstead Act Annotated. Rules of Law Governing Practice and Procedure in the Federal Courts and Practice Forms, Chicago 1925.

beitung des damit einhergehenden schlechten Gewissens das Aufkommen einer offenen Gegnerschaft zur National Prohibition in diesen für die Prägung der öffentlichen Meinung wichtigen Bevölkerungsgruppen lange Zeit, nämlich bis Ende der 1920er Jahre, gehemmt hat. Die Analyse stützt sich vor allem auf die damals boomenden Zeitgeist-Magazine, die dem Phänomen große Aufmerksamkeit schenkten und aufgrund ihrer hohen Preise vor allem von den in Frage stehenden gesellschaftlichen Kreisen gekauft wurden. Auch literarische Quellen erlauben einen ansonsten kaum möglichen Blick ins Innere dieser "besseren Gesellschaft". Amtliche Berichte, Enqueten und zeitgenössische sozialwissenschaftliche Untersuchungen binden diese literarischen Eindrücke schließlich an die Welt seinerzeit als real erfahrener Phänomene zurück.

#### 2. Die wohlanständigen Bürger lernen das Trinken

Aus der Rückschau kann man leicht den Eindruck gewinnen, die Amerikaner hätten exakt in dem Moment mit dem Trinken begonnen, als das Alkoholverbot Gesetzeskraft erlangte. Moralisten machen auch heute noch die damalige "verlorene Generation" der literarischen und musikalischen Bohème für die Verbreitung dieses Klischeebilds verantwortlich. Jene gesellschaftlichen "Outcasts", von denen sich nicht wenige in den 1920er Jahren dem dekadenten Leben in Europa hingaben, hätten in ihren Romanen, Kurzgeschichten und Reportagen einen "Kult orgiastischer Trunkenheit" verherrlicht: "Es ist ein Bild schriller Jugendlicher in kurzen Röcken und mit Bubikopf, die sich lasziv zu verruchter Musik bewegen, in Flüsterkneipen, in denen finstere Gangster den Ton angeben." Sie hätten "Holzalkohol, Bathtub Gin und verbotenen Sex" zu einem schwülen Mythos zusammengerührt, der fortan eine klare Sicht auf die Prohibition vernebelt habe<sup>3</sup>.

Aber nicht die Exzesse der Bohemiens machten in den ersten Jahren unter dem 18th Amendment Schlagzeilen, sondern die überraschende Erkenntnis, dass der gesellige Alkoholkonsum just in dieser Zeit den amerikanischen Mainstream erreichte. Gerade die städtische Mittelklasse, um nicht von Bürgertum sprechen zu müssen, in den Zentren der Ostküste und in den Metropolen des Mittelwestens und Westens hatte begonnen, ihren spätviktorianisch-zurückhaltenden Lebensstil abzulegen. Das galt bei weitem nicht nur für die Haltung gegenüber vergorenen und destillierten Getränken. Aber es betraf besonders sichtbar auch diesen Bereich, zumal sich nahezu sämtliche anderen Anzeichen gesellschaftlicher Liberalisierung in der einen oder anderen Form mit diesen hochprozentigen Aspekten verbanden4. Den Genuss von Alkohol hatte die öffentliche Diskussion in den USA bis dato vor allem mit zwei Formen der Trinkkultur verbunden: den verschwenderischen Festen der Superreichen, bei denen der Champagner floss und Cocktails unverzichtbares Element ihrer "conspicuous consumption" waren, und den viel





<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Joseph R. Gusfield, Prohibition: The Impact of Political Utopianism, in: John Braeman/ Robert H. Bremner/David Brody (Hrsg.), Change and Continuity in Twentieth Century America: The 1920s, Columbus/OH 1968, S. 257–308, hier S. 271.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Vgl. Gilman M. Ostrander, The Revolution in Morals, in: Ebenda, S. 323–349.

stärker angefeindeten Saloons, in denen Einwanderer importierte Sitten des Bierund Weintrinkens an ihre neue amerikanische Umgebung anpassten. Natürlich hatte es auch für die eingesessenen Ladenbesitzer, Geschäftsleute, Angestellten und Professionals Saloons gegeben, nicht nur in den großen Städten, häufig Lokalitäten mit repräsentativer Einrichtung und gediegener Clubatmosphäre. Aber das waren Orte geselligen Austauschs nur für eine Minderheit des "old stock" gewesen, die zudem in den Jahrzehnten, in denen die Prohibitionsbewegung Gemeinde um Gemeinde trockenlegte und den Saloon in immer mehr Einzelstaaten illegal machte, zunehmend in Bedrängnis gerieten<sup>5</sup>. Zumindest polarisierte die Haltung zum Alkohol diese mittleren gesellschaftlichen Gruppierungen. Generell aber war vor allem in ihren Haushalten der Genuss von Alkohol unüblich gewesen: "In den Heimen der Mittel- und oberen Unterschicht, vor allem in den Kleinstädten, fand sich selten Trinkalkohol jeglicher Definition, vielleicht mit der Ausnahme eines halben Pints Whiskey oder Branntwein, der außer Reichweite im Medizinschrank verstaut war und nur im Notfall gebraucht wurde. Bei gesellschaftlichen Anlässen war Limonade das große Tafelgetränk. Aber sobald der Saloon verboten und Alkohol illegal und vergleichsweise schwer zu bekommen war, musste ihn fast jeder haben."6

Auffälligerweise waren es die sogenannten anständigen Bürger, die mehrheitlich die überall hervorsprießenden Flüsterkneipen frequentierten und darüber hinaus den Alkoholkonsum in ihre eigenen vier Wände verlegten - durchschnittliche Bewohner der Vororte und Geschäftsleute der Main Streets wie etwa Sinclair Lewis' Romanheld, der ebenso ambitionierte wie spießbürgerliche Immobilienhändler George F. Babbitt. Lewis' Romane Main Street (1920), in dem er den Babbitt-Charakter anlegte, und Babbitt (1922) bieten einen einzigartigen Schlüssel zum Verständnis der "neuen", suburbanen amerikanischen Mittelklassen. Mit 800.000 respektive 500.000 bis 1928 verkauften Exemplaren können sie als die "großen" amerikanischen Romane des Zeitalters gelten. Lewis erhielt als erster US-Bürger 1930 den Nobelpreis für Literatur; beide Romane wurden auch für den Pulitzerpreis nominiert, den Lewis aber erst für sein späteres Werk Arrowsmith erhielt und verärgert ausschlug. Es kann kaum überraschen, dass geselliges Trinken, der Besuch eines Speakeasy und der Erwerb von Bootleg-Gin in Babbitt eine wichtige Rolle spielen, weshalb der Roman immer wieder als exemplarische Miniatur damaliger bürgerlicher Trinkkultur in den Vereinigten Staaten herangezogen wird7.

Aber die Einsicht in diese Trinkkultur blieb nicht auf den Schriftsteller beschränkt. 1923 kolportierte ein Journalist: "Sorgfältige Investigatoren haben berichtet, dass es kaum eine Gemeinde in den Vereinigten Staaten gibt, die gänzlich



<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Robert S. Lynd/Helen M. Lynd, Middletown in Transition. A Study in Cultural Conflicts, New York 1937, S. 173 u. S. 272 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Herbert Asbury, The Great Illusion. An Informal History of Prohibition, Garden City/NY 1950, S. 156.

 $<sup>^7</sup>$  Vgl. Charles G. Shaw, The Americans, in: Cavalcades of the 1920s and 1930s. Selections from America's Most Memorable Magazine "Vanity Fair", hrsg. von Cleveland Amory und Frederic Bradlee, London 1960, S. 140–143.

frei vom Alkoholhandel ist, und in den größeren Städten sind die Umgehungen und Verletzungen des Gesetzes eher die Regel als die Ausnahme. Der Konsum illegaler alkoholischer Getränke ist keineswegs beschränkt auf das, was normalerweise als gesetzloses Element in der Bevölkerung bekannt ist. Männer und Frauen, die ansonsten vollkommen respektabel und respektiert sind, befinden sich unter den regelmäßigen Kunden der Bootlegger."8 Gilman M. Ostrander bestätigte aus der Rückschau: "War der alte Saloon als Club der armen Leute bekannt gewesen, so rekrutierte sich die Klientel der Speakeasies in einem größeren Ausmaß aus der Mittel- und oberen Mittelklasse." Sogar öffentliche Trunkenheit, konstatierte Alice Barrows, Chief Supervisor der Tanzlokale in San Francisco, komme nun (1927) viel öfter vor als früher, und zwar bei einer "höheren Klasse" von Bürgern und bei "einer viel jüngeren Klasse"9.

Ein neuartiges Phänomen war insbesondere der Einzug des Alkohols in die privaten Festivitäten dieser sozialen Gruppierungen. "Es liegt in der Natur der Sache, dass es einfacher ist, ein öffentliches Trinklokal zu schließen und den Ausschank von Bier zu stoppen, das hauptsächlich von Arbeitern getrunken wurde, als die Wohlhabenden davon abzuhalten, Alkohol in ihren Häusern und in ihren Klubs aufzubewahren und zu konsumieren", kommentierte die Wickersham Commission 1931<sup>10</sup>. Jetzt wurde es schick, Gästen einen "Drink" aufzunötigen, sobald sie die Türschwelle übertreten hatten - ein Rückfall in die Gewohnheiten der Kolonialzeit, wie ein historisch belesener Zeitgenosse anmerkte. Auf Partys gehörte es für den Gastgeber zum guten Ton, die Teilnehmer möglichst reichlich mit "Stoff" zu versorgen und Hochprozentiges fürsorglich in halbgeleerte Cocktailgläser nachzugießen. Der Gast zeigte sich dankbar, indem er diese Geste honorierte und in kürzester Zeit soviel trank wie er konnte<sup>11</sup>. "Denken Sie einen Moment, was unter dem 18th Amendment geschehen ist", hieß es 1921 in Vanity Fair. "Partys waren zahlreich wie nie zuvor und noch nie so reichlich bewässert. Einen Mann auf der Straße bloß zu treffen, ist ein guter und hinreichender Grund, mit höchster Geschwindigkeit den nächsten Cocktailshaker anzusteuern. Eine Dinner-Party auf dem Lande ist nur der Vorwand für einen Haus-zu-Haus Cocktail-Streifzug; die Gäste erscheinen mit unförmigen Schwellungen, die von verborgenen Gefäßen zeugen, und wenn der Gastgeber seinerseits das ihm Mögliche tut, entwickelt sich aus dem, was früher nur eine heitere Episode gewesen wäre, die wildeste Form eines Bacchanals."12

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Institut für Zeitgeschichte München-Berlin vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

<sup>&</sup>lt;sup>8</sup> Frederic J. Haskin, The American Government, Washington D.C. <sup>3</sup>1924, S. 431.

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Zit. nach Ostrander, Revolution in Morals, in: Braeman/Bremner/Brody (Hrsg.), Change and Continuity, S. 345; Martha B. Bruère, Does Prohibition Work? A Study of the Eighteenth Amendment Made by the National Federation of Settlements, Assisted by Social Workers in Different Parts of the United States, New York/London 1927, S. 58.

<sup>&</sup>lt;sup>10</sup> National Commission on Law Observance and Enforcement (Wickersham Commission), Report on the Enforcement of the Prohibition Laws of the United States, Washington/D.C. 1931, S. 54.

<sup>&</sup>lt;sup>11</sup> Vgl. Asbury, Great Illusion, S. 158.

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> George S. Chappell, Our Sky-Blue Future. What we May Reasonably Expect under the New Blue Laws, in: Vanity Fair, März 1921, S. 44 u. S. 84, Zitat S. 44.

Für die Vorkämpfer eines "trockenen Amerika" und ihre staatlichen Ausführungsorgane kam dies als ein schwer verdaulicher Schock. Es waren nicht nur die "üblichen Verdächtigen", auszugrenzende Minderheiten, sondern gerade die normalerweise gesetzestreuen "besseren Kreise", die systematisch gegen das 18th Amendment verstießen und damit für das übrige Amerika mit schlechtem Beispiel vorangingen: "Einer der Schwarzhändler, den man in Washington verhaftete, hatte ein Buch in seinem Besitz, das die Namen der Personen enthielt, mit denen er seine Geschäfte machte, und das sich las, als ob jemand eine Liste der wenigen hundert 'besten Leute' in der Hauptstadt unserer Nation zusammengestellt hätte."13 Die Wickersham Commission schloss 1931 aus dieser Ungleichheit vor Flasche und Cocktailglas auf tiefsitzende Ressentiments in der breiten Bevölkerung gegen den Luxuskonsum der Reichen und Prominenten. Ihre publizistisch reich begleiteten Ausschweifungen seien für den Stimmungswandel in der öffentlichen Meinung gegen das Alkoholverbot, der sich seit Ende der zwanziger Jahre anbahnte, wesentlich mit verantwortlich: "Dieses Gefühl wird verstärkt, wenn man sieht, dass sich die Wohlhabenden generell reineren Alkohol besorgen können, während Leute mit weniger Mitteln das Risiko eingehen, sich mit 'überarbeitetem' denaturierten Alkohol zu vergiften, oder sich mit billigen, kruden und sogar schädlichen Produkten zufrieden geben müssen. "14 Erst die zahlungskräftige private Nachfrage wohlhabender Bürger nach illegalen Destillaten garantiere der Schattenwirtschaft ihre überreichlich bemessene finanzielle Basis: "Klubs in einigen der Städte, geführt von distinguierten Herren, Führungspersonen in der Finanzwelt und im Gemeindeleben, unterhalten Bars, in denen Alkohol freizügig an Mitglieder abgegeben wird. Leute, die Bootleg-Schnaps kaufen, helfen, das Gesetz zu verletzen und steuern Geld für die Zwecke der Bestechung und Korruption bei, weil sie genau wissen, dass das System des illegalen Alkoholverkaufs ohne Bestechung und Schieberei nicht in dem Maße aufrechterhalten werden kann. "15

Für den Ökonomen Clark Warburton stand es außer Zweifel, dass "die wohlhabenden Leute, Geschäftsleute und Professionals und ihre Familien und, vielleicht, die höher bezahlten Arbeiter und ihre Familien [...] in großer Zahl und in ziemlich offener Missachtung der erklärten Politik des *National Prohibition Act*" Alkohol konsumierten<sup>16</sup>. "Diese sogenannten hohen Herrschaften, die der Durchführung des Prohibitionsgesetzes so sehr in die Quere kommen", beklagte der frühere Präsident der *Harvard University*, Charles W. Eliot, im Mai 1920, "bereiten uns eine Menge Probleme in allen Teilen der Nation, und sie lehren Gesetzlosigkeit, vor allem den jungen Männern im Lande."<sup>17</sup> 1924 empörte sich der damalige *Prohibition Commissioner* Roy A. Haynes darüber, wie weit es in diesen Kreisen offenbar mittlerweile zum "guten Ton" gehörte, Hausgästen Alkohol



<sup>&</sup>lt;sup>13</sup> Haskin, American Government, S. 431.

<sup>&</sup>lt;sup>14</sup> Wickersham Commission, Report, S. 55.

<sup>15</sup> Ebenda, S. 131.

<sup>&</sup>lt;sup>16</sup> Clark Warburton, The Economic Results of Prohibition, New York 1968 (zuerst 1932), S. 260, zit. in: Wickersham Commission, Report, S. 21.

<sup>&</sup>lt;sup>17</sup> Zit. in: Asbury, Great Illusion, S. 165.

anzubieten: "Es ist abscheulich, dass in irgendeinem amerikanischen Heim der Haushaltsvorstand sich eher dafür schämt, seinen Gästen keinen Alkohol servieren zu können als dafür, die Verfassung der Vereinigten Staaten zu verletzen und mit Füßen zu treten."18

## 3. Der Alkohol im Mittelpunkt der neuen Partykultur

In der Tat maßen Zeitgeist-Magazine wie Vanity Fair, die als teure Hochglanzprodukte (die monatliche Nummer kostete immerhin einen Dollar) gerade an ein wohlhabenderes Publikum appellierten, mit seismographischer Sensibilität die Veränderungen in der modischen Partyszene. Im Dezember 1922 beobachtete das Blatt, dass "die altmodischen Weihnachtsfeiern mit ihren Plum Puddings und Familienzusammenkünften verdrängt worden seien durch Jazz Bands, Prohibitionsgetränke und eine frivole Karnevalsstimmung"19. Gerade eine solche Berichterstattung trug dazu bei, aus dem Kult um den Alkohol eine neue ungeschriebene Konvention der Mittelklasse zu machen. Wer wollte dem Trend, den das Magazin beschrieb und doch zugleich setzte, hinterherhinken? 1927 präsentierte Vanity Fair ihren Lesern einen Test, bei dem in zwanzig Fragen ermittelt wurde, ob man als Gastgeber eine gute gesellschaftliche Figur machte<sup>20</sup>. Jede Frage forderte das Fachwissen über den Namen oder das Rezept eines oder mehrerer hochprozentiger Cocktails heraus: "Der Fragebogen ließ klar durchblicken: Wer den Test nicht bestand, hatte keine Chance auf den Nimbus eines umschwärmten Partylöwen. Die soziale Etikette verlangte Expertise im Mixen von Cocktails."21

Die Cocktailkultur gehörte bald zum Stil eines neuen, jüngeren, weltgewandteren Amerika. Die Prohibitionsbefürworter dagegen galten in der Zeitgeistpresse als "socially ,out", als altmodisch, moralisch versauert, hoffnungslos "out of style". Vanity Fair mutmaßte, der geringe Erfolg der Prohibitionsagenten beim Aufspüren von Alkohol könne auch an der gesellschaftlichen Unbedarftheit dieser "Trampel" liegen. Der Autor empfahl ihnen ein genaueres Studium des zeitgenössischen guten Geschmacks: "[W]enn Sie den Glen Cove Country Club durchsucht haben, können Sie Ihre Aufmerksamkeit den anderen 12.635.439 Klubs und Privatheimen zuwenden, wo genau dasselbe Ding abgeht. Und, falls Mr. Volstead einen Gesellschaftsanzug besitzt, mögen Sie ihn mitnehmen und ihm zeigen, wie wunderbar die Prohibition funktioniert und wie enthusiastisch die besseren Klassen der amerikanischen Gesellschaft darüber sind. "22 In solchen drastischen Bildern drohte die ideologische Kulisse der Prohibitionisten zusammenzubrechen,

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



VfZ 2/2010

<sup>&</sup>lt;sup>18</sup> Zit. in: Catherine G. Murdock, Domesticating Drink. Women, Men, and Alcohol in America, 1870-1940, Baltimore/London 1998, S. 99.

<sup>&</sup>lt;sup>19</sup> Bonnotte, A Modern Country-House Christmas, in: Vanity Fair, Dezember 1922, S.41; vgl. Andrew C. McLaughlin, Satire as a Weapon against Prohibition, 1920-1928: Expression of a Cultural Conflict, PhD-Diss., Stanford University 1969, S. 110.

<sup>&</sup>lt;sup>20</sup> Vgl. Charles G. Shaw, A Bilious Questionaire, in: Vanity Fair, August 1927, S. 46. Pikanterweise besitzt das Adjektiv "bilious" die doppelte Bedeutung "gallig, bitter" und "leberschädigend".

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup> McLaughlin, Satire as a Weapon, S. 111.

<sup>&</sup>lt;sup>22</sup> Casanova Jones, Etiquette for Dry Agents, in Vanity Fair, März 1922, S. 39 u. S. 108.

die darauf beruht hatte, dass man den Alkoholausschank verdammte, das darum entstandene *Saloon*milieu als "Subkultur" brandmarkte und damit als feindseliges Minderheitenphänomen isolierte, während die breite Mehrheit der Bevölkerung und vor allem die "wirklichen" Amerikaner vermeintlich hinter der Verbotsbewegung standen. Nun waren es ausgerechnet diese "100 per cent Americans", deren Dämme gegen die neue Welle des Alkoholkonsums brachen<sup>23</sup>.

Das alles bedeutete nicht, dass das vermeintliche Klischeebild "orgiastischer Trunkenheit" nur unter einer sozial breiteren, nicht ganz so extravaganten Trägerschaft Wirklichkeit wurde, als die literarische Bohème sie beschrieben hatte. Die Mehrheit der "anständigen" Amerikaner verfiel keineswegs in das Verhalten harter Gewohnheitstrinker²⁴. Es erwies sich aber als gesellschaftlich, kulturell und politisch umso bedeutender, als die Polarisierung über die Haltung zum Alkoholgenuss, die sich scharf durch die protestantisch geprägten amerikanischstämmigen Mittelklassen gezogen hatte, einem breiten Kontinuum von Tolerierungs- und Konsumtionsformen wich: Offenbar hatte es "eine Bewegung weg von einer Bevölkerung gegeben, die aus einer größeren Strömung schwerer Trinker (gekennzeichnet durch hohe Anteile an Branntweinkonsum) und vielen Abstinenzlern bestand, in Richtung einer Bevölkerung, die wesentlich weniger Abstinenzler aufwies, aber auch relativ weniger schwere Trinker"25. "Wir haben uns daran gewöhnt, ein weites Spektrum nicht unattraktiver Grautöne zwischen dem Weiß des totalen Abstinenzlers und dem Schwarz der Gosse zu entdecken", schrieb Martha B. Bruère 1927²6.

Das steht, wie zu zeigen sein wird, durchaus nicht im Widerspruch zum bisher Gesagten: Der gesellige Genuss von Alkohol blieb in den Kreisen der "soliden" amerikanischen Bürger überwiegend auf die wiederkehrenden und sich häufenden, aber nach wie vor nicht alltäglichen Festanlässe beschränkt. Und auch den Besuch eines *Speakeasy* konnte sich der Durchschnittsgeschäftsmann oder Angestellte nicht täglich leisten. Man sprach dem Alkohol aber doch mäßig und regelmäßig zu. Dieser Zuspruch hatte sich auf einen weit größeren Kreis der wohlhabenderen Bevölkerung ausgedehnt als vor der Prohibition. Und war die Gelegenheit gegeben, gab man sich nur mit einem bacchantischen Erlebnis zufrieden.

Für die Prohibitionsbefürworter war diese plötzliche Lust eigentlich unbescholtener Bürger am Gesetzesübertritt ein Rätsel. Ehemalige *Progressive Reformers* machten bei ihnen ein Übermaß an "Ausschweifungsbedürfnissen" aus und appellierten hilflos an ihr "höheres Motiv", dieses doch bitte "dem Allgemeinwohl zu opfern"<sup>27</sup>. Mabel Walker Willebrandt, als stellvertretende Bundesstaatsanwäl-



<sup>&</sup>lt;sup>23</sup> Diogenes Americanus, Are You 100% American, in: Vanity Fair, Mai 1928, S. 68.

<sup>&</sup>lt;sup>24</sup> Sinclair Lewis, Babbitt, Hamburg 1958 (zuerst 1922), S. 83: "Er besaß keinen Cocktailmischer. Ein Mischer war das Abzeichen der Ausschweifung, das Symbol des Gewohnheitstrinkers, und Babbitt fühlte noch mehr Abneigung dagegen, als Trinker verrufen zu sein, als er einen guten Trunk liebte."

<sup>&</sup>lt;sup>25</sup> Gusfield, Impact of Political Utopianism, in: Braeman/Bremner/Brody (Hrsg.), Change and Continuity, S. 273.

<sup>&</sup>lt;sup>26</sup> Bruère, Does Prohibition Work?, S. 277.

<sup>&</sup>lt;sup>27</sup> Francis G. Peabody, Law and Self-Control, in: Atlantic Monthly, August 1931, S. 216–222, hier S. 222.

Institut für

Zeitgeschichte

München-Berlin

VIERTELIAHRSHEFTE FÜR

Zeitgeschichte

tin (U.S. Assistant Attorney General) mit der juristischen Überwachung der Prohibitionsfälle betraut, klagte 1923 pikanterweise genau die Loyalität "all dieser 'Babbits' [sic!] entlang der Main Streets in dieser Nation" ein, die sich gerade mit der Kunst des Cocktailmixens vertraut machten<sup>28</sup>. Sie zieh die "anständigen Leute", die das Gesetz übertraten, der Leichtfertigkeit oder der Neigung, nur die Normen zu beachten, die ihnen behagten, ohne zu bedenken, wie leicht daraus Anarchie entstehen könne oder wie sehr man mit einem solchen Verhalten dem Verbrechen Vorschub leistete: Sie könne längst nicht mehr gelassen bleiben "beim Anblick wirklich erstklassiger Persönlichkeiten mit untadeligen Prinzipien, wie sie Bootleg-Spirituosen in sich hineinschütten": "Wiederholt mit dem Rattenschwanz von Bestechung und hässlichen, unfairen Profiten konfrontiert, die die kriminellen Racketeers einstreichen und die in jedem Quart Whisky stecken, kann ich die Überzeugung einfach nicht beiseite schieben, dass der üble Bodensatz im Schnapsglas von heute seinen Preis zu hoch treibt."29 Daneben machte sie aber auch eine übersensibilisierte öffentliche Meinung für das Bild allgemeiner Gesetzlosigkeit verantwortlich. Seitdem die Prohibition in Kraft getreten sei, starre die Presse geradezu wie hypnotisiert auf Fälle des Verstoßes: Es sei "unbestreitbar wahr, dass, wenn in den alten Tagen ein Mann einen Drink nahm, entweder in seinem Heim, seinem Club oder einem Saloon, diese Tatsache weder Neuigkeitsnoch "Nachrichten" wert hatte, für ihn nicht und schon gar nicht seine Nachbarn oder die Zeitungen. Aber nun lassen Sie einen Mann, eine Frau, ein Mädchen oder einen Jungen einmal sehr viel trinken, und sofort wird dieses wie ein Fanal Gegenstand eines nahezu grenzenlosen öffentlichen Palavers."30

Genau das war freilich das Bemerkenswerte und Erklärungsbedürftige an dieser modischen neuen Trinkkultur in den amerikanischen Business Classes: dass man trank und zugleich unentwegt darüber sprach. Das unterschied den gesellschaftlichen Mainstream, wie sachkundige Zeitgenossen bezeugten, auffällig von den dem Alkoholverbot nicht minder abgeneigten Einwanderergemeinden. Die junge deutsche Doktorandin Marta Küppersbusch hielt diese Zurückhaltung bei ihren in Amerika ansässigen Landsleuten Anfang der 1920er Jahre für ein positives Zeichen, dass die neue Norm Chancen haben würde: "Unter den meist wohlhabenden Deutschamerikanern [...], bei denen europäische Gäste absteigen, sind nur wenige, die sich nicht einen guten Tropfen vor der Prohibition in den Keller gerettet haben; es ist nur zu natürlich, dass sie einem Gast von daheim von dem Besten, das sie vorzusetzen haben, anbieten. Aber die Vorsicht, womit das geschieht, ist mir stets als ein Beweis für die sittliche Wirksamkeit der Prohibition erschienen. "31 Experten, die mit der süd- und osteuropäischen Einwandererszene vertraut waren, setzten die weite Verbreitung geselligen Alkoholkonsums auch

<sup>&</sup>lt;sup>28</sup> Mabel Walker Willebrandt, Will You Help Keep The Law?, Westerville/OH 1923, S. 9.

<sup>&</sup>lt;sup>29</sup> Mabel Walker Willebrandt, The Inside of Prohibition, Indianapolis 1929, S. 55.

<sup>&</sup>lt;sup>30</sup> Ebenda, S. 28.

<sup>&</sup>lt;sup>31</sup> Marta Küppersbusch, Das Alkoholverbot in Amerika. Die nationale Prohibition in den Vereinigten Staaten von Amerika und ihre volkswirtschaftliche Bedeutung, München/Leipzig 1923, S. 212.

unter dem Volstead-Gesetz eher mit Unbefangenheit gleich – eine sicherlich realistischere Deutung: "[D]er größere Anteil der Immigranten der ersten Generation, deren Vereinigungen auf Angehörige ihrer eigenen Gruppe beschränkt sind, nimmt kaum wahr, dass das Trinken leichter alkoholischer Getränke in diesem Land umstritten ist; oder zumindest begreifen sie den Gedanken nicht, dass der Alkoholgenuss die überragende moralische Bedeutung besitzt, die so viele Amerikaner darauf projizieren." Beobachter fanden eine solche entwaffnende Naivität gegenüber dem einheimischen Umfeld bei öffentlichen Anlässen bestätigt: Auf einem Bankett in San Francisco wurde allen achthundert Gästen, die sämtlich aus Südwesteuropa stammten, Wein serviert: "Die Gäste tranken ihn ganz selbstverständlich, und obwohl einige einen verstohlenen Eindruck machten, ventilierte niemand, soweit man sehen konnte, jene Aura gesetzesverachtender Prahlerei, die Amerikaner auf Banketten, bei denen Spirituosen serviert werden, zuweilen umgibt."<sup>32</sup>

Wie solche Koketterie mit dem "furchtlosen" Gesetzesübertritt aussehen konnte, hat Sinclair Lewis am Beispiel einer Party gezeigt, die sein Romanheld Babbitt im Vorort Floral Heights seiner Heimatstadt Zenith seinen Geschäftsfreunden und Bekannten ausrichtete: "Das Trinken der Cocktails war ein ebenso heiliger Ritus wie das Mischen derselben. Die Gesellschaft wartete, unruhig, hoffnungsvoll; sie waren ganz einer Meinung, dass das Wetter recht warm und ein wenig kühl gewesen war." Endlich machte der Gastgeber die ersehnte Andeutung: "Nun, liebe Leute, seid ihr geneigt, den Gesetzen ein Schnippchen zu schlagen?" Chum Frink, der als Journalist ansonsten die Prohibition verteidigte, ging auf das Spiel ein: Er sei ein gesetzestreuer "Bürgersmann", würde sich aber der Gewalt fügen: Wenn Verg und Georgie, ein weiterer Gast und der Hausherr, darauf bestünden, "werde ich meinen Motor auf der verbotenen Seite der Straße abstellen, denn ich muss annehmen, dass es dieses Verbrechen ist, woran ihr denkt"! Das war das Stichwort, den Anspielungen ein Ende zu setzen: "Babbitt lärmte: 'Wie hast Du das erraten können, Chum? Na, nun wartet nur alle still und geduldig, bis ich - die Schlüssel zu euren Autos hole!' Er brachte die schillernde Verheißung des mächtigen Teebrettes mit allen Gläsern und dem Glaskrug voll wolkiger gelber Cocktails mitten in ihre überschäumende Heiterkeit."33

1929, als teure Zeitgeist-Magazine auf farbigem Hochglanzpapier längst dazu übergegangen waren, der Prohibition parodistische und humoristische Seiten abzugewinnen, philosophierte George S. Chappell in *Vanity Fair* über die "Kunst, eine 'feuchte' Einladung" auszusprechen. Die Antwort auf die Frage, ob man einen Empfang besuchen solle oder nicht, sei abhängig davon, ob die Zusammenkunft in einer "Oase oder eine[r] Sahara" stattzufinden verspreche. Jeder Gastgeber, der plane, seinen Gästen "etwas Stärkeres vorzusetzen als die Hälfte von einem Prozent [erlaubten Alkoholgehalts]", tue besser daran, ihnen einen



<sup>&</sup>lt;sup>32</sup> Constantine Panunzio, The Foreign Born and Prohibition, in: James H.S. Bossard/Thorsten Sellin (Hrsg.), Prohibition: A National Experiment (The Annals of the American Academy of Political and Social Science, Bd. 163 (1932)), Philadelphia 1932, S. 147–154.

<sup>&</sup>lt;sup>33</sup> Lewis, Babbitt, S. 85.

entsprechenden Hinweis zu geben: "Andernfalls würden Sie möglicherweise ein halbes von einem Prozent Teilnehmer haben."34 Die wichtigste Spielregel in den besseren Kreisen der Gesellschaft sei dabei, in Anspielungen zu reden, die subtil genug seien, um kokett, elegant und – der gehobenen gesellschaftlichen Stellung der Einladenden gemäß - distinguiert zu wirken, andererseits aber am Vorhandensein geistreicher Getränke und dem Willen, sie mit den Gästen zu teilen, keinen Zweifel zu lassen. Als eines seiner Paradebeispiele zitierte Chappell eine eher "formale Karte", auf der ein gewisser Mr. und eine gewisse Mrs. Spillworthy ihn für Mittwochabend, den ersten Dezember, acht Uhr, zu einem gemeinsamen Dinner baten. Nie wäre er einer solchen Einladung gefolgt, gestand Chappell, hätte Mrs. Spillworthy nicht handschriftlich am Rande vermerkt: "Kommen Sie, wenn Sie nur irgend können, und seien Sie so gut und bringen Sie Ihren Korkenzieher mit - Tom verlor seinen in Kanada."35

Eine korrekte "feuchte" Einladung sollte den richtigen Ton treffen, nämlich vielsagend andeuten, "dass der 18. Verfassungszusatz ein herrlicher alter Ulk ist, der Dich und mich eigentlich nicht betrifft, und dass, anyway, ein kleiner, leichter Gesetzesverstoß von Zeit zu Zeit eine gute Sache" sein kann. Die "kunstvolle" Form war unverzichtbarer Bestandteil der sozialen Distinktion, die darin bestand, Gäste, die man in gleicher oder höherer Stellung vermutete oder die man für geistreich hielt, zu ebensolchen geistigen Getränken einzuladen. Als vulgär und rüde galt dagegen, die Sache, um die sich alles drehte, beim Namen zu nennen: "Die platte Ankündigung 'Es wird Schnaps geben' würde niemals als guter Geschmack durchgehen. "36 Einen solchen "geschmacklosen" Fauxpas beging offenbar auch Orville Jones, den Babbitt ohnehin nicht "zu den inspirierteren Köpfen des Abends" zählte, als er bemerkte, die "Krux mit der Prohibition ist dies: es sind nicht die Einstandskosten, es ist die Feuchtigkeit"37.

Eine weitere Spur zur sozialen Bedeutung dieses ausgefeilten Kultes um den Fetisch Alkohol führt über die gesellschaftlichen Folgen, die es haben konnte, gegen die Konvention hintersinniger Anspielungen zu verstoßen - entweder aus Unkenntnis und Nachlässigkeit, was bewies, dass man nicht wirklich "dazugehörte", oder weil man aus Gewohnheit bzw. Überzeugung zu einem gesellschaftlichen Ereignis einlud, das ohne doppelten Boden geplant war und den Gästen tatsächlich nur trockene Getränke bieten sollte. 1924 gründete die League of Women Voters ein Women's National Committee for Law Enforcement, das sich unter anderem wie in einer klasseninternen Selbstbeschwörung der Aufgabe widmete, Damen der Gesellschaft dazu zu bringen, bei den von ihnen veranstalteten Festen keinen Alkohol mehr zu servieren, und wenn sie selber Gast seien, demonstrativ "ihr Weinglas umzudrehen"38. Es gehe darum, gerade "socially prominent women" vom Trinken

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

<sup>&</sup>lt;sup>34</sup> George S. Chappell, The Art of Writing a "Wet" Invitation. How to Bait Your Social Hook in These Trying Days of Drought, in: Vanity Fair, Januar 1929, S. 57 u. S. 86, hier S. 57.

 $<sup>^{35}</sup>$  Ebenda.

<sup>36</sup> Ebenda.

<sup>&</sup>lt;sup>37</sup> Lewis, Babbitt, S. 87 (eigene Übersetzung nach der Erstausgabe von 1922).

<sup>&</sup>lt;sup>38</sup> Elizabeth Tilton (Hrsg.), Save America. Allegiance to the Constitution. Observance of Law, Boston/MA 1923.

abzubringen und "dry parties" populär zu machen<sup>39</sup>, was sie freilich nie wurden. Im Gegenteil. George S. Chappell notierte, dass bei kompromisslos abstinent angekündigten Empfängen oft die meisten Besucher ausblieben oder die Gäste, die trotzdem kamen, "in Erwartung eines staubtrockenen Abends zuhause zuviel vorgelegt hatten", um für soziale Zwecke noch vorzeigbar zu sein: "Stellen Sie sich die Peinlichkeit für die Gastgeberin vor, wenn all ihre Gäste in eine wabernde Wolke gehüllt ankommen, die auf beträchtliche private Vorräte schließen ließ."<sup>40</sup>

Bestimmte die Aussicht auf Alkoholgenuss das "ob" einer Party und das aufgesetzt-kultivierte Drumherumreden das "wie" seiner Realisierung, so dominierte das Thema der Prohibition selbst den Gesprächsstoff geselliger Zusammenkünfte. Die Publizistin Ida M. Tarbell notierte 1923, wie viele "Abendgesellschaften [...] die ganze Zeit vor dem Essen und nachher der Frage widmeten, "wie und wo man Es bekommen könne", und über nichts als Polizeikorruption geredet wurde, die dunklen Machenschaften hoher politischer Amtsträger, die moralische Verderbnis von Jungen und Mädchen, bittere Ressentiments. Es war eine endlose Diskussion, eine Obsession."<sup>41</sup> Gleiches beklagte Mabel Walker Willebrandt sechs Jahre später: "In jeder Zeitung, jeden Tag des Jahres, an jeder Straßenecke, an der sich Leute treffen und tratschen, auf jeder Nachmittags-Teeparty, bei jeder geselligen Runde jeglicher Art, ganz gleich welche Klassen der Gesellschaft beteiligt sind, ein Thema taucht wieder und wieder auf und ist von universellem Interesse: Prohibition."<sup>42</sup>

Sinclair Lewis hat eine solche aufgeladene Konversation in der Tischgesellschaft seines Romangastgebers Babbitt exemplarisch nachgezeichnet: "Für gewöhnlich fiel es den Männern schwer, sich mit den Damen zu unterhalten; Flirt war eine unbekannte Kunst [in Floral Heights], und Büro und Küche hatten nichts miteinander gemein. Aber unter dem Ansporn des Cocktails entwickelten sich leidenschaftliche Gespräche. Jeder von den Männern hatte noch wichtige Dinge über die Prohibition zu sagen, und jetzt, wo jeder eines treuen Zuhörers sicher war, legten sie los: ,Ich weiß einen Ort, wo ich soviel Fusel kriege, als ich nur will, um acht Dollar das Quart - ', Haben Sie von dem Kerl gelesen, der tausend Dollar gezahlt hat für zehn Kisten Rotsiegel, und wo es sich nachher herausgestellt hat, es war überhaupt nur Wasser? [...]' - ,Ich höre, es wird eine ganze Menge Schnaps von Detroit herübergeschmuggelt - ', Was ich immer wieder sage, ist - die meisten Leute können bei der Prohibition nicht begreifen - ', Und dann gibt es diese fürchterlichen Gifte, Holzalkohol und alles das - ', Natürlich weiß ich, dass es im Prinzip richtig ist, aber ich dulde nicht, dass mir irgend jemand vorschreibt, was ich tun und was ich denken soll. Kein Amerikaner wird sich das je gefallen lassen!' [...] Erst als dieses Thema nach jeder Richtung durchgedroschen war, wurde das Gespräch allgemein."43



<sup>&</sup>lt;sup>39</sup> Zit. in: Murdock, Domesticating Drink, S. 100 f.

<sup>&</sup>lt;sup>40</sup> Chappell, The Art of Writing a "Wet" Invitation, S. 86.

<sup>&</sup>lt;sup>41</sup> Ida M. Tarbell, After the Drink Revolution, in: Tilton (Hrsg.), Save America, S. 27–30, hier S. 30.

<sup>&</sup>lt;sup>42</sup> Walker-Willebrandt, Inside of Prohibition, S. 17.

<sup>&</sup>lt;sup>43</sup> Lewis, Babbitt, S. 87.

# 4. Strukturveränderungen in den amerikanischen Mittelklassen

Obwohl hier natürlich literarische Fiktion, scheinen in diesem thematisch so fixierten Smalltalk Muster auf, die sich einer bestimmten sozialen Gruppe: der aufstrebenden amerikanischen Business Class der 1920er Jahre in einer bestimmten kulturellen Situation, der Emanzipation von den kirchlich dominierten Bürgergemeinden Small Town-Amerikas mit ihrem rigiden spätviktorianischen Moralkorsett, zuordnen lassen. Dazu gehörten bewusste Distinktionsbewegungen nach unten, gegenüber der Arbeiterklasse und insbesondere den "neuen" Einwandererkulturen der ersten Generation, während Angehörige bestimmter Einwanderergruppen der zweiten Generation mittlerweile als integriert gelten konnten<sup>44</sup>. Gilman M. Ostrander beschreibt diese neuen "ökonomisch dominierenden Gruppen", die sich in den Klein- und Mittelstädten, aber auch in den Innenstädten und Suburbs der Metropolen, von einer älteren Generation deutlich weniger urban und stärker durch die evangelikalen protestantischen Kirchen geprägter und kontrollierter Stadtbewohner absetzten, deren Denkhorizont nur bis an die Grenzen ihrer Gemeinde reichte. Es seien diese "wohlhabenden Anwälte, Banker, Kaufleute und Großfarmer" gewesen, die schon in den 1910er Jahren begonnen hätten, "sich in einigen Beziehungen von der Stadtgemeinde zu distanzieren und nach einem etwas anderen Gefüge moralischer Regeln" zu leben: "Es wurde nicht unüblich für den Spross einer guten Familie, die methodistische oder baptistische Kirche zugunsten der Episkopalkirche zu verlassen, in der die Doktrin der Erbsünde nicht so wörtlich genommen wurde und ein toleranteres Verständnis für [abweichendes] moralisches Betragen herrschte."45 Insgesamt lockerten sich in diesen Kreisen über die 1920er Jahre hinweg die kirchlichen Bindungen, obwohl eine stärkere Neigung zu urbaner Selbstbestimmtheit keineswegs mit Säkularisierung oder auch nur Liberalisierung gleichgesetzt werden darf<sup>46</sup>.

Zunehmend lösten eher "bequeme" konfessionelle Selbstzuordnungen zu "volkstümlichen" Kirchen mit einem gewissen Unterhaltungswert die strengen persönlichen "commitments" zur Herkunftsgemeinde ab<sup>47</sup>. Eine Art "Konsumhaltung" gegenüber der Kirche, der man sich zuordnete, brachte keine Abkehr von den geltenden moralischen Standards mit sich, schuf aber einen wesentlich grö-Beren Spielraum für eigenes, auch ausschweifendes Verhalten, das zuweilen noch mit schlechtem Gewissen verbunden sein mochte, aber nicht mehr sofort, als

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

<sup>44</sup> Vgl. Robert Lynd / Helen Merrel Lynd, Middletown. A Study in Contemporary American Culture, New York 1929, S. 113; Merle E. Curti, The Making of an American Community. A Case Study of Democracy in a Frontier Country, Stanford 1959.

<sup>&</sup>lt;sup>45</sup> Ostrander, Revolution in Morals, in: Braeman/Bremner/Brody (Hrsg.), Change and Continuity, S. 327 f.

<sup>&</sup>lt;sup>46</sup> Vgl. Robert Wuthnow/John H. Evans (Hrsg.), The Quiet Hand of God. Faith-based Activism and the Public Role of Mainline Protestantism, Berkeley 2002.

<sup>&</sup>lt;sup>47</sup> Vgl. Herbert Parrish, The Break-Up of Protestantism, in: Atlantic Monthly, März 1927, S. 295– 305; vgl. auch David Brooks, Religious without Religion, in: San Francisco Chronicle vom 31.12.2003, S. A 19.

nicht wieder gut zu machender Bruch mit dem Moralcode, tiefe Schuldgefühle auslöste – oder gar mit der Erbsünde identifiziert wurde.

In den ausgreifenden Vorstädten lockerten nicht zuletzt die millionenfachen Zuzüge von Angehörigen expandierender Berufsgruppen mit heterogenem sozialen Hintergrund - Angestellte, Reisende, Freiberufler, Selbständige und ihre Familien –, die Zügel sozialer Kontrolle, die die selbstbezogenen evangelikalen Kirchengemeinden als "zealous brothers' keepers" straff in ihren Händen gehalten hatten<sup>48</sup>. Hier entstand ein neues, modernes städtisches Milieu, das sich einen entsprechenden Lebensstil zulegte: "Diese Leute reisten nach Chicago und New York und vielleicht sogar nach London und Paris, und sie neigten eher zur Anpassung an die Standards der Großstadt als an die traditionellen Wertvorstellungen [Main Street-] Amerikas. "49 Es war nicht zuletzt dieses Milieu, das bei der Präsidentschaftswahl von 1920 Warren G. Hardings wortschöpferische Verlockungen der "normalcy" mehrheitsfähig machte<sup>50</sup>, im Boom der "Golden Twenties" prosperierte und sich politisch eher passiv mit den Administrationen Calvin Coolidges und Herbert C. Hoovers arrangierte, solange der Aufschwung anhielt<sup>51</sup>. Sein Streben nach Aufstieg und Emanzipation hatte durchaus etwas Widersprüchliches an sich, war Aufbruch aber kein Ausbruch und ging in die materialistische Richtung von "conspicuous consumption". Die Zurschaustellung neuer Statussymbole, aber in den ängstlichen Grenzen ersehnter Anerkennung und Respektabilität, war Eigensinn, aber im Schutz von Konformität, keine Rebellion. Diese blieb - zumindest als Geste - vielmehr der nächsten Generation, den Töchtern und Söhnen dieses Milieus, vorbehalten, mit den wiederum ihrerseits typischen Limitierungen bürgerlicher Jugendrevolten.

Es war exakt das Milieu, das Sinclair Lewis in seinem *Babbitt* beschreibt. Der dort herrschende Konsum- und Lebensstil orientierte sich nicht erst seit den 1920er Jahren an der mondänen Welt der Superreichen. Hier lag erneut ein typischer Widerspruch vor, wenn man in der immer weiter kursierenden *Yellow Press* atemlos über die Skandale der "ersten Familien" las oder sich über die rauschenden Feste der "höchsten Kreise" empörte – und die Gesellschaftsberichterstattung, die in diesem Jahrzehnt einen beispiellosen Aufschwung erlebte, doch zugleich nach Verkehrs- und Umgangsformen absuchte, die man, wenn auch auf deutlich niedrigerem Niveau (kein palastartiges Sommerhaus in Newport, Rhode Island, bei Cape Cod oder auf Martha's Vineyard, keine Heerscharen von Dienstboten) imitieren konnte. Man nahm also nach Möglichkeit auf, was man aus der Presse und



<sup>&</sup>lt;sup>48</sup> Vgl. Ostrander, Revolution in Morals, in: Braeman/Bremner/Brody (Hrsg.), Change and Continuity, S. 324 f.

<sup>&</sup>lt;sup>49</sup> Ebenda, S. 328.

<sup>&</sup>lt;sup>50</sup> Vgl. Walter Lippmann, A Cheerful View of the Election. An Analysis of the Republican Victory, in: Vanity Fair, Januar 1921, S. 35 f.; John A. Morello, Selling the President 1920. Albert D. Lasker, Advertising, and the Election of Warren G. Harding, Westport/CT/London 2001, zeigt, wie die Führer der zeitgenössischen Werbeindustrie dieses Image bewusst aufbauten und massenwirksam kommunizierten.

<sup>&</sup>lt;sup>51</sup> Vgl. Walter Lippmann, The Causes of Political Indifference To-Day, in: Atlantic Monthly, Februar 1927, S. 261–268, hier S. 262 f.

zunehmend den anderen Medien als vermeintlichen "guten Geschmack" kennen lernte – oder vermutete<sup>52</sup>.

Das galt schließlich, nicht überraschend, auch für die Trinkkultur. Clark Warburton beobachtete 1932: "Über das vergangene Jahrzehnt hat auch eine Zunahme an geselligem Trinken stattgefunden und [überhaupt] an Konsum alkoholischer Getränke bei gesellschaftlichen Ereignissen, sowohl von Männern als auch Frauen. Dahinter steckt eine generelle Übernahme von Trinksitten, die zuvor auf die Klasse der Reichen beschränkt gewesen waren, durch ein breites Segment der Gesellschaft. Dieser Wandel in den Trinkgewohnheiten mag primär, wie andere Veränderungen in Verhalten und Moral nach dem Weltkrieg, durch die psychologischen Rückwirkungen dieses Konflikts hervorgerufen sein, durch die größeren Einkommen eines beträchtlichen Ausschnitts der Bevölkerung und ein entsprechendes Nachahmen der reicheren Klasse sowie durch die kumulierten Effekte veränderter Einstellungen gegenüber Religion und früheren sozialen Werten. Die Zunahme am geselligen Trinken mag deshalb gar nicht primär, wie üblich angenommen wird, auf die Prohibition zurückzuführen und könnte auch ohne den 18. Verfassungszusatz und das Volstead-Gesetz eingetreten sein. "53

Es spricht viel dafür, dass es gewissermaßen unglückliches *Timing* war, das die Prohibition den Aufstiegs- und Distinktionsambitionen der amerikanischen Business Class in die Quere kommen ließ. Ihr neuer "geselliger Lebensstil", verbunden mit den als modisch gehaltenen Manieren und Repräsentationsformen, kam just zu einer Zeit auf, als die Prohibition Verfassungsrang erhielt - wozu das Wahlverhalten jener Business Class nicht unwesentlich beigetragen hatte - und Alkohol zu einem knappen und teuren Gut wurde. Das hatte entscheidende Folgen für die generelle gesellschaftliche Akzeptanz des Alkoholverbots und die Bahnen, in denen sich über die 1920er Jahre jener Aufstieg und jene Distinktionsbemühungen bewegten. Denn nur in dieser Konstellation konnte der flagrante Verstoß gegen das Gesetz als salonfähiger Bestandteil gesellschaftlicher Selbstbehauptung ausgegeben werden. Und die Verfügung über - und freigiebige Bewirtung mit - Alkohol erlangte erst durch Verbot und Knappheit die Würde eines Statussymbols, mittels dessen die florierende Business Class sich nach unten und oben Distinktionsgewinne zu verschaffen suchte. Erst die Verbotssituation schließlich machte es möglich, dass die aufstrebenden Mittelklassen ihre trotz Aufschwung nach wie vor begrenzten Mittel kaschieren konnten, die es ihnen verboten hätten, im Qualitätssektor für alkoholische Getränke mit den "oberen Zehntausend" zu konkurrieren. Ihre neue Trinkkultur eiferte zwar dem nach, was man für deren Manieren und "guten Geschmack" hielt; zu einem wirklichen Gleichziehen waren sie aber gar nicht in der Lage. Ihnen fehlte der finanzielle Hintergrund, unter der preistreibenden Knappheit der Prohibition auch nur annähernd die Versorgung mit wirklich "geschmackvollen" Alkoholika zu gewährleisten. So wurde die blanke Tatsache selbst: dass man es sich leisten konnte. Alkohol auf Vorrat für den Haus-



<sup>&</sup>lt;sup>52</sup> Vgl. Ostrander, Revolution in Morals, in: Braeman/Bremner/Brody (Hrsg.), Change and Continuity, S. 329 f.; Murdock, Domesticating Drink, S. 96 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>53</sup> Warburton, Economic Results of Prohibition, S. 143.

gebrauch zu beschaffen, zum eigentlichen Statussymbol der 1920er Jahre. Wie es *Commissioner* Haynes 1923 auf den Punkt brachte, war dies eben eine Sache nur für "den überdurchschnittlich verdienenden, wohlhabenden Kunden. Schwarzmarktschnaps, der zehn Dollar kostet, kann man sich mit einem Fünf-Dollar-Einkommen nicht leisten."<sup>54</sup>

## 5. Gesellschaftliche Aufwertung bei sinkenden Qualitäten

Das elaborierte Schauspiel um den Akt des geselligen Konsums von Alkohol umrahmte daher eine Leerstelle: Das Getränk, das im Mittelpunkt all diesen sozialen Aufwands stand, war in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle mit größter Wahrscheinlichkeit zumindest von zweifelhafter Qualität. Das galt auch für George F. Babbitts stolzen Kauf. Gerade die gegenteiligen Beteuerungen "seines" Bootleggers hätten ihn misstrauisch machen müssen, dass dieser nur den Preis für synthetischen Fusel in die Höhe treiben wollte. Stattdessen musste Babbitt froh sein, dass er den Stoff überhaupt bekam: "'Aber hören Sie, ja, hm, hören Sie doch, Herr, Jake meinte, Sie würden nicht mehr als acht oder neun Dollar die Flasche rechnen.' – "Nein! Zwölf! Das ist das echte Zeug, aus Kanada 'rübergeschmuggelt. Nicht so ein neutraler, minderwertiger Spiritus mit ein paar Tropfen Wacholderextrakt', sagte der biedere Kaufmann im vollen Bewusstsein seiner Tugend. "Zwölf Dollar – wenn S'ihn haben wollen [...].' – "Aber selbstverständlich! Ich verstehe vollkommen!' Babbitt reichte ihm dankbar zwölf Dollar."55

Gestreckte, gepanschte, hastig aus bestenfalls neutralem Industriealkohol zusammengemischte und mit künstlichen Aromen notdürftig trinkbar gemachte Destillate, mit synthetischem Alkohol "aufgeladenes" Bier aus schmutzigen Garagenbrauereien und alles Erdenkliche, was sich "Wein" oder "Champagner" nannte – das war es, was in einem substantiellen Sinne im Zentrum des neuen Kults um das gesellige Trinken stand. Denn bessere Ware war für Leute in Babbitts Gehaltsklasse und sogar weit darüber hinaus auf dem amerikanischen Schwarzmarkt schlichtweg nicht zu haben. "Es trifft zu, dass eine Menge, beeindruckend in reinen Zahlen, an gutem Champagner, Scotch, Likören und Brandys Jahr für Jahr aus fremden Ländern in die Vereinigten Staaten kommt", schrieb David Cort im September 1929, "aber das meiste davon geht an die zu vernachlässigende Minderheit der Reichsten und alten Familien, die es sich leisten können, einen anspruchsvollen Geschmack zu pflegen. Der Rest fließt in die amerikanischen Schnapsfabriken, wo er dazu benutzt wird, den einheimischen synthetischen Produkten etwas Geschmack zu verleihen, die Masse an purem Rohalkohol um einen Hauch verträglicher zu machen."<sup>56</sup> Marta Küppersbusch berichtete von Selbstversuchen im Rahmen ihrer Feldstudien: "Die mir in diesen heimlichen, versteckten



 $<sup>^{54}</sup>$  Roy A. Haynes, Prohibition Inside Out, New York 1923, S. 235.

<sup>&</sup>lt;sup>55</sup> Lewis, Babbitt, S. 81.

<sup>&</sup>lt;sup>56</sup> David Cort, Mother Volstead's Chickens. A Sympathetic Inquiry Into Why Drinking Americans Broach the Synthetic Vintages of 1929, in: Vanity Fair, September 1929, S. 92 u. S. 128, hier S. 92.

Ausschanklokalen vorgesetzten unheimlichen Gebräue nannten sich Wein und Whisky; es war reiner Spiritus; sie unterschieden sich nur durch die künstlichen Farben. "57 Herbert Asbury, einer der frühen Chronisten der Prohibition, bestätigte für den Bereich der weniger harten Getränke: "[E]s gab einen Mangel an wirklich gutem Wein, obwohl fast jeder Bootlegger sie [natürlich] gern mit den feinsten französischen Champagnern und stillen Weinen versorgte; das heißt, die Flaschen sahen authentisch aus und trugen die Etiketten berühmter ausländischer Produzenten. In Wirklichkeit kamen 99 Prozent der stillen Weine aus den Kellern der Mietskasernen [wo sie hergestellt wurden], und fast aller Champagner war klarer Traubensaft, der mit Luft vollgepumpt und mit etwas Rohalkohol angereichert war. Prohibitionsagenten in New York kontrollierten 1926 vierzig Nachtclubs und beschlagnahmten achttausend Kisten Champagner, die alle [chemisch] analysiert wurden. Nicht ein Tropfen war original."58

Nicht die Qualität, sondern der Zugang zum Stoff an sich bestimmte den Distinktionswert des Alkohols im gesellschaftlichen Kult der amerikanischen Mittelklasse. Und da man sich nicht über Jahrgänge und Lagen verständigen musste, über Hopfensorten und Braumethoden, über die Lagerung und Temperatur edler Cognacs oder Single Malts, ging es im Endeffekt nur um seine Beschaffung und Wirkung. Der Klatschkolumnist David Cort beschrieb das Rezept des neuen "großen" amerikanischen "Nationalgetränks" - synthetischen Schwarzmarktgins - mit "40 Prozent Rohalkohol, 60 Prozent purem Wasser [und] drei Tropfen Wacholderessenz" und schloss daraus schelmisch, "da niemand der 60 Prozent Wasser oder der drei Tropfen Wacholderextrakt halber" Gin trinke, sei wohl der Rohalkohol, der wichtigste Bestandteil, die Hauptsache<sup>59</sup>. Die simple Rezeptur habe diesen früher als "nigger drink" verrufenen Schnaps gesellschaftsfähig gemacht. Man trank, um einen Schwips zu kriegen, um eine fühlbare und sichtbare Wirkung des Alkohols herbeizuführen: "Die Leute trinken nicht, um das eigentliche Trinken zu genießen, sondern um so schnell wie möglich mehr oder weniger betrunken zu werden."60

Ironisch genug, dass in dem Moment, als das Gesetz "intoxicating liquors" - berauschende Alkoholgetränke - verbot, genau der berauschende Effekt alle anderen Eigenschaften des Alkohols verdrängte und in den Mittelpunkt der Mainstream-Trinkkultur rückte. Das war eine Sache von Angebot und Nachfrage. Als sich das Angebot verknappte und verschlechterte, passte sich eine auf symbolischen Konsum ausgerichtete Nachfrage an die Zwangslage an, viel Geld für minderwertigen "Stoff" auszugeben. Aber dann wollte man wenigstens einen kräftigen "Punch" dafür, ein in Promillewerten zu messendes, zumindest in dieser Hinsicht vorteilhaftes Kosten-Nutzen-Verhältnis. Die Hingabe an die Wirkung ließ dem Erlebnis des Geschmacks keinen Raum mehr: "Das Trinken harter Spirituosen hat



 $<sup>^{57}</sup>$  Küppersbusch, Alkoholverbot in Amerika, S. 211 f.

<sup>&</sup>lt;sup>58</sup> Asbury, Great Illusion, S. 238.

<sup>&</sup>lt;sup>59</sup> Cort, Mother Volstead's Chickens, S. 92.

<sup>&</sup>lt;sup>60</sup> Rufus S. Lusk, The Drinking Habit, in: Bossard/Sellin (Hrsg.), Prohibition, S. 46–52, hier S.47.

sich so weit verbreitet, dass dem Land sein Geschmack für gute Biere und Weine abhanden gekommen ist." Auch Babbitts Vorsatz bei seiner Vorleistung für soziale Anerkennung war gewesen, "den Jungs heute Abend einen richtigen Schuss in den Arm" zu geben. Und die größte Sorge seines Gastes Chum Frink, eines "vielgereiste [n] Mann [es], der schon Enttäuschungen erlebt hatte", war, dass der dargereichte Cocktail "nur Fruchtsaft und etwas milder Alkohol sein mochte" 2.

In krassem Gegensatz zum ausweichenden, arabeskenreichen Jargon des Alkoholausschenkens in geselliger Runde stand die bildhafte Offenheit, mit der man über die Wirkungsstärke der jeweiligen Getränke und über die Rauschzustände sprach, die sie hervorriefen. Henry L. Mencken, die Journalistenlegende aus Baltimore, schrieb in seinem amerikanischen Wörterbuch, die 228 verschiedenen Begriffe für "betrunken", die bis auf Benjamin Franklin zurückgingen, seien während der Prohibitionszeit sämtlich "in härtestem Einsatz" gewesen, und ein Glossar aus dem Jahre 1958 habe gezeigt, dass damals noch rund 108 dazugekommen seien<sup>63</sup>. Besonders erfindungsreich war die amerikanische Öffentlichkeit bei den *termini technici* der Prohibition: "Die Alltagssprache war bald überhäuft mit Begriffen wie *law enforcement, home brew, bathtub gin, rum runner, rum row, highjacker* (oder *hijacker*), *bone-dry, needle beer* und *Jake* (Jamaica ginger)."

Auffällig – und bezeichnend – waren, wie man am Beispiel Jake ablesen kann, Slangbezeichnungen und Spitznamen für schlechte, mörderisch starke alkoholische Schwarzmarktgetränke oder andere hochprozentige Flüssigkeiten, die nicht zum menschlichen Verzehr gedacht, nun aber diesem neuen Zweck zugeführt waren. Krude und ausnehmend schlagkräftige Whiskeysorten hießen bald face, bust head, pine top, white mule (ein 85-prozentiger Bootleg-Whiskey fast mit Markenimage), white lightning oder panther sweat. Bei den Mixgetränken reihten sich neben den bekannten Cocktail-Klassikern Prohibitionsneuheiten wie depth bomb (eine in der Tiefe detonierende, starke Explosionswaffe für die Jagd auf Unterseeboote) oder third rail ein (konventionell die dritte, Starkstrom führende Schiene elektrischer Bahnen). Renaturierter Industriealkohol, dem durch erneutes Destillieren zumindest der Großteil seiner giftigen Beimischungen entzogen worden war, kam unter dem Namen *smoke* in den Handel, Brennspiritus und andere normalerweise zu Heizzwecken dienende Flüssigkeiten firmierten unter dem Euphemismus canned heat. Mencken führt überdies jump stiddy an, eine lokale Spezialität aus South Carolina, die eine Mixtur aus Coca Cola und renaturiertem Industriesprit gewesen sei, gewöhnlich aus Automobilkühlern: "Kenner bevorzugten angeblich den Geschmack des in Ford Model-Ts Gereiften."65

Es ist wichtig, sich klar zu machen, dass dieser exzessive Slang nicht der exklusive Code einer dadurch abgeschotteten Subkultur blieb. Er durchtränkte vielmehr



<sup>61</sup> Ebenda, S. 52.

<sup>&</sup>lt;sup>62</sup> Lewis, Babbitt, S. 82 (hier eigene Übersetzung nach dem Originaltext) u. S. 85.

<sup>&</sup>lt;sup>63</sup> Henry L. Mencken, The American Language. An Inquiry into the Development of English in the United States, New York 1963, S. 166 f.

<sup>64</sup> Ebenda, S. 165 f.

<sup>65</sup> Ebenda, S. 166.

die amerikanische Alltagssprache. Mencken betonte, er sei gar nicht sicher, wie viele dieser drastischen Bezeichnungen aus der Unter- und Halbwelt der Schattenwirtschaft in die Konversation der amerikanischen Durchschnittsbürger gesickert seien, wie viele den umgekehrten Weg genommen hätten oder von den Medien geprägt worden seien, die sich damit brüsteten, das Ohr nah am "Milieu" zu haben<sup>66</sup>. Immerhin sei die Proliferation von Slang ein Zeichen dafür, dass die Gesellschaft in den Bereichen, in denen er kursierte, lebendig und in Bewegung war. Das prahlerische Reden über Getränkemixturen, die "das Geschäft gründlich verstanden", über heroische Räusche und über geheimnisvolle Beziehungen zu "ihrem" oder "seinem" Bootlegger gehörte jedenfalls auch zu den festen Bestandteilen der thematisch so einseitig festgelegten Partykommunikation in der amerikanischen Business Class. Und hier schließt sich ein Kreis, der letztlich nur in seiner Vollständigkeit erklären kann, warum die eigenartige Fixierung auf die Prohibition und ihre Erscheinungen in dieser gesellschaftlichen Gruppe einen so folgenreichen, obsessiven Charakter annehmen konnte. Denn Ida M. Tarbells Hoffnungen im Jahre 1923, es gebe "Anzeichen im Lande, dass die Festtafel des Themas überdrüssig" werde und es endlich "totgeredet" habe, sollten sich nicht im Entferntesten bestätigen<sup>67</sup>.

### 6. Das rituelle Wegdiskutieren des schlechten Gewissens

Die Partygespräche drehten sich um eine immer wiederkehrende Abfolge feststehender Topoi, die so vorhersagbar war wie sonst nur die Dauerdiskussionen über das Wetter. Auch in Babbitts Partyrunde ging es in der Hauptsache natürlich um den Alkohol, den der Gastgeber seinen Gästen kredenzte, aber in der verbal verschleierten Form, die den Kenner verriet, der wiederum diese Geste zu würdigen wusste. Mit der verklausulierten Inszenierung des Trinkaktes gingen Gastgeber und Gäste ein Distinktionsbündnis ein. Da der dargebotene Stoff in aller Regel den Test durch eine wirklich feine Zunge nicht zu bestehen vermochte, setzte die Runde auf seine baldige Wirkung, die sich zumeist in lärmender Jovialität Luft verschaffte. Doch da der Takt direkte Kommentierungen der Glasinhalte verbot, schlossen slangreiche Reminiszenzen an frühere Rauscherlebnisse oder kenntnisreiche Hinweise auf rauschverheißende Rezepturen die drohende Lücke: "Chum Frink rief in singendem Tone: ,Ach, Kinder, ich hab ein feines neues Rezept für heimgebrautes Bier neulich gekriegt. Man nimmt - Gunch unterbrach ihn: ,Wart mal! Lass mich dir erst meines sagen!' Littlefield schnaubte: ,Bier! Blödsinn! Apfelwein muss man gären lassen!' Jones sagte eigensinnig: ,Mein Rezept bringt alle unter den Tisch!"68

In einer anderen Episode saß Babbitt eines Abends in einem Hotelzimmer in Monarch mit Kollegen eines Stadtentwicklungskongresses zusammen. Der verstohlen genossene Alkohol hatte schon Wirkung gezeigt und zumindest jegliche

VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de





<sup>66</sup> Vgl. ebenda, S. 706.

<sup>&</sup>lt;sup>67</sup> Tarbell, After the Drink Revolution, S. 30.

<sup>68</sup> Lewis, Babbitt, S. 86 f.

Skrupel und Verschämtheit beiseite gespült. Nun begann allmählich auch die persönliche Haltung zu erodieren: "Sie hatten die Röcke abgelegt und die Westen aufgeknöpft, ihre Gesichter waren rot und ihre Stimmen nachdrücklich. Sie beendeten gerade eine Flasche ätzenden, geschmuggelten Whisky und beschworen den Pagen in flehenden Tönen: 'Ach, mein Sohn, könntest du uns nicht noch mehr von diesem balsamischen Nass herzaubern?' Sie rauchten große, schwere Zigarren und ließen Asche und Stummel achtlos auf den Teppich fallen. Mit stürmischem Gewieher erzählten sie sich Anekdoten. Sie waren tatsächlich männliche Wesen, die sich in seligem Naturzustand befanden."

Das Prahlen mit der eigenen Trinkfestigkeit oder mit der Kenntnis der entscheidenden Substanzen brachte die Frage der Männlichkeit ins Spiel. Zu diesem symbolischen Ausagieren von Männlichkeit gehörten auch die stereotypen Hinweise auf exklusive Beschaffungswege oder besondere Beziehungen zu "meinem" Bootlegger, die den Status des Eingeweihten verrieten, dem soziale Anerkennung in der Runde so sicher war wie dem Gastgeber, der materiell bewiesen hatte, dass seine Verbindungen funktionierten. Hier spielte die Sehnsucht nach maskuliner Souveränität ins Abenteuerliche, Waghalsige hinein: Babbitt etwa beobachtete an sich "Seiten der Verworfenheit, die bislang übersehen worden waren": Der Cocktail "erfüllte ihn mit flirrender Hochstimmung, hinter der er wüste Triebe ahnte – in schnellen Autos zu rasen, Mädchen zu küssen, zu singen, witzig zu sein"70. Der kokettierende Hinweis auf den gemeinschaftlichen Gesetzesverstoß brachte die Teilnehmer der geselligen Runde dann wieder auf einen gemeinsamen Stand: Auch das Spiel mit der bewussten Normverletzung gehörte zur wechselseitigen Versicherung von Männlichkeit, gepaart allerdings mit einer Beschwörung des eigenen, herausgehobenen kollektiven Status'.

In Wirklichkeit war der Besitz von Alkohol im eigenen Heim nicht verboten, sein Konsum zumindest dem Buchstaben des Gesetzes nach nicht illegal. Die Beschaffung des Stoffes und sein Transport bargen noch die größten Gefahren; war er erst einmal im eigenen Hause, konnte man notfalls behaupten, er stamme noch aus Vorverbotszeiten. Gästen Alkohol zu verabreichen, stellte ebenfalls keinen Verstoß dar – vorausgesetzt, es handelte sich um "bona fide", also wirkliche Gäste, und das hieß, dass sie für die gastfreundliche Dienstleistung nichts bezahlten<sup>71</sup>. Überwacht wurden häusliche Festlichkeiten durchschnittlicher Bürger kaum; das private Heim bot zudem weitgehend Schutz vor Ermittlungsbeamten ohne Durchsuchungsbefehl, und einen solchen zu erhalten oder zu umgehen erwies sich als hohe juristische Hürde. Der Dicktuerei mit der Verfassungsverletzung entsprach also nur ein geringes tatsächliches Risiko. Aber gerade das machte sie für die maskuline und soziale Selbstbestätigung tauglich.



<sup>&</sup>lt;sup>69</sup> Ebenda, S. 127.

 $<sup>^{70}</sup>$  Ebenda, S. 83 f. (hier eigene Übersetzung nach dem Originaltext).

<sup>&</sup>lt;sup>71</sup> Vgl. Joseph K. Willing, The Profession of Bootlegging, in: Clyde L. King (Hrsg.), Modern Crime: Its Prevention and Punishment (The Annals of the American Academy of Political and Social Science, Bd. 125 (1926)), S. 40–48, hier S. 46 f.

Institut für

Zeitgeschichte

München-Berlin

Zeitgeschichte

Denn bei aller Koketterie waren in der geselligen Kommunikation Spuren schlechten Gewissens allgegenwärtig. Als moralische Norm entfaltete das Alkoholverbot eine größere Bindewirkung denn als rechtliche. Das zeigte sich ironischerweise gerade bei seiner rituellen Missachtung. Das Ritual war nötig, um sich das schlechte Gewissen gegenseitig auszureden. Eigentlich sei die Prohibition ja eine gute und richtige Maßnahme: "[I]ch sehe die Sache folgendermaßen an, und ich habe sie gründlich geprüft", verlautbarte Vergil Gunch in Babbitts Runde, "weil ich mit Ärzten und so'nen Leuten, die was davon verstehen, gesprochen habe, und wie ich das Ding sehe, ist es nur recht und gut, dass wir die Saloons abgeschafft haben." Und wenig später: "Immerhin dürft ihr nicht vergessen, welche ungeheure Wohltat die Prohibition für die Arbeiterklasse bedeutet. Es hindert sie, ihr Geld herauszuschmeißen und ihre Leistungskraft zu reduzieren. "72 Aber das erkennen und anerkennen zu können, beweise doch, dass man als Angehöriger respektabler Kreise, der mit den Experten verkehre – Gunchs Ärzten –, über außergewöhnliches Urteilsvermögen verfüge. Insofern beurteilte man den eigenen Gesetzesübertritt harmloser als den anderer, weil man im Gegensatz zu den "anderen", den "feindlichen" und minderwertigen Minderheiten des Prohibitionistenszenarios seinen sonstigen Pflichten als Staatsbürger durchaus nachzukommen verstand.

Selbstverständlich war man in allen anderen Belangen beispielgebender "lawabiding citizen". Und in diesem einen Ausnahmebereich gelegentlicher Gesetzesignoranz konnte man die "persönliche Freiheit des Einzelnen" geltend machen, eine uramerikanische Maxime, die der männlichen Ausbruchs- und Abenteuerlust republikanische Würde verlieh<sup>73</sup>. Aber diese "personal liberty" wollte man nicht mit zügellosem Hedonismus übersetzt wissen. Es war vielmehr die Freiheit des respektablen, mündigen Bürgers, der verantwortlich mit ihr umzugehen verstand, was ihn aus der Masse der dumpferen Alkoholkonsumenten heraushob. War der Alkoholkonsum ein Akt der Distinktion, so wurde die Distinktion nun zum Argument, das Trinken zu rechtfertigen, weil die Prohibition ja wohl für andere Leute als solche gedacht sei, die als "anständige" Bürger Stützen ihres Gemeinwesens waren. "Manche Befürworter der Prohibition verdrießt es herauszufinden", schrieb Ex-Präsident und Verfassungsrichter William H. Taft im Mai 1919, "dass das Gesetz wirklich ,uns' betrifft."74 Leute "unseres Schlages" brauchten keine Prohibition als Erziehungsmaßnahme, um verantwortlich zu handeln – und ebenso zu trinken. Die Prohibition sei prinzipiell richtig und notwendig, brachte dies Howard Littlefield in Babbitts Runde auf den Punkt: "Nur die Durchführung ist eine unglückliche [...]. Der Kongress hat es nicht verstanden, das richtige System zu finden. Wenn ich die Sache unter mir gehabt hätte, hätte ich es so eingerichtet, dass der Trinker selbst die Lizenz bekommt, und dann hätten wir den hilflosen Arbeiter unter unserer Kontrolle gehabt - hätten ihn vom Trinken abgehalten -

<sup>&</sup>lt;sup>72</sup> Lewis, Babbitt, S. 86.

<sup>&</sup>lt;sup>73</sup> Bruère, Does Prohibition Work?, S. 282.

<sup>&</sup>lt;sup>74</sup> William H. Taft, Is Prohibition a Blow at Personal Liberty?, in: Ladies' Home Journal, Mai 1919, S. 31 u. S. 78, hier S. 31.

und hätten nicht die Rechte – hätten nicht die persönliche Freiheit von Leuten unseres Niveaus angetastet." So schloss sich der Kreis der bei jedem Zusammentreffen neu zu zelebrierenden Litanei und löste sich in selbstgefälliger wechselseitiger Statusversicherung auf: "Sie nickten mit den Köpfen, blickten sich voller Bewunderung an und stellten fest: 'Das wäre das Richtige. Das würde den Nagel auf den Kopf treffen'."<sup>75</sup>

Es kann nun nicht mehr verwundern, warum das Thema der Prohibition auf den Festen gerade der wohlhabenderen amerikanischen Business Class eine solch überragende Bedeutung besaß. Es diente als Projektionsfläche für Distinktionsbedürfnisse, Ausbruchswünsche und Männlichkeitsphantasien, als Argumentationshilfe gegen eine doch immer spürbare hintergründige moralische Verunsicherung, als Spiegel eigener Respektabilität und schließlich als Anlass zur Verbrüderung in einer selbstbeschwörenden Geste, die den übermäßigen Genuss von minderwertigem Alkohol in den Rang gesellschaftlicher Salonfähigkeit erhob. Die ganze Widersprüchlichkeit in der Situation, im Verhalten und in den Deutungsmustern dieser sozialen Gruppe wurde in dieser in sich rollierenden Rhetorik nicht aufgelöst, sondern symbolisch auf Eis gelegt, als konsequenter Standpunkt rituell beschworen. Es ist nicht überraschend, dass an diesen stereotypen Zyklus die Lust an Skandal- und Kriminalgeschichten und das ständige Räsonieren über die Fehler der Prohibition (und die Schuldigen daran) anschlussfähig waren. Nicht zuletzt diese Suche nach Sündenböcken besänftigte moralische Zweifel. Hierdurch sollte sich mit der Zeit der Tenor der Gespräche schleichend verändern, in Richtung einer langsam zunehmenden Ablehnung der Prohibition und ihrer Folgen<sup>76</sup>.

Anders als Mabel Walker Willebrandt, Ida M. Tarbell und viele andere Anhänger des Alkoholverbots hofften, sorgte die sozial und kulturell tief verankerte Zwanghaftigkeit, über das Trinken und über das Gesetz und seine Missachtung zu reden, dafür, dass den Partys der Wohlhabenden der Gesprächsstoff nie ausging. Eine allmähliche Wendung der Stimmung gegen die Prohibition machte sich zwar zweifellos bemerkbar, verringerte aber nicht die Intensität der Prohibitionsdebatte. Ohne Frage erfüllte das rhetorische Überspielen fundamentaler Widersprüche im Denken und Handeln der amerikanischen Business Classes den Tatbestand der Heuchelei. Natürlich waren ihre Distinktionsbestrebungen und deren Rechtfertigung Ausdruck von Doppelmoral. Dabei handelte es sich aber weder um kokette Spielerei noch um bloße Lippenbekenntnisse noch um blanken Zynismus, wenn dieser in den späten 1920er Jahren auch eine wachsende Rolle spielen sollte. Die geradezu hysterische Wiederholung der immer gleichen Gesprächsmuster zeugte vielmehr von einer Art "ehrlich gemeinter" Heuchelei, die man gewissermaßen selbsttherapeutisch zu verarbeiten suchte, und einer Doppelmoral, deren Sittlichkeit man tief empfand. Allein das kann erklären, warum prinzipielle Gegnerschaft zur Prohibition in dieser öffentlich einflussreichen Gruppe erst so spät entstand und warum es dazu des Anstoßes durch andere Gruppen bedurfte. Und auch das



<sup>&</sup>lt;sup>75</sup> Lewis, Babbitt, S. 86.

<sup>&</sup>lt;sup>76</sup> Vgl. Clarence Darrow/Victor Yarros, The Prohibition Mania. A Reply to Professor Irving Fisher and Others, New York 1927.

lässige oder zynische Nebeneinander von Gesetz und Übertretung kann diese Erklärung nicht ersetzen, denn dann hätten die "anständigen" amerikanischen Bürger nicht so viel Energie auf die angestrengte Diskussion darüber verwenden müssen, was sie da gerade trieben und was das bedeutete.

# 7. Der langsame Umschwung der öffentlichen Meinung

Die Opposition gegenüber dem nationalen Alkoholverbot mit Verfassungsrang entwickelte sich überraschend langsam und spät. Mit einem gewissen Recht konnten seine Verfechter, vor allem die mächtige Interessenorganisation der Anti-Saloon League, auf die Popularität des Gesetzes verweisen, denn obwohl keine Volksabstimmung jemals direkt über die Prohibition entschieden hat, nahmen sie das Schweigen der Öffentlichkeit als Zustimmung, zumal sich auch die Massenmedien Anfang der 1920er Jahre der kulturellen Hegemonie unterwarfen und das Verbot überwiegend positiv kommentierten. Daran änderten auch die bald aufflackernden ersten Skandale bei der behördlichen Durchsetzung des Gesetzes, eine Welle der Korruption schon in der Regierungszeit des Präsidenten Warren G. Harding und schlagzeilenträchtige Gesetzesübertritte prominenter Zeitgenossen

Das lag nicht an einer tatsächlich gesetzestreuen "schweigenden Mehrheit" in den amerikanischen Mittelklassen, die nämlich in Wirklichkeit zu kaufkräftigen Kunden der grassierenden Alkoholschattenwirtschaft wurden. Deren Kult um geselligen Alkoholkonsum bedeutete aber auch nicht, dass diesen meinungsbildenden Gruppen die Frage egal war, während sie offen und skrupellos ihren neuen hedonistischen Neigungen frönten. Vielmehr standen Konsumdrang und Gesetzesachtung in den Mittelklassen in Spannung miteinander. Man begrüßte das Verbotsgesetz und hieß es im Prinzip gut, während man laufend dagegen verstieß. Zugleich wurde das organisierte Trinken auf privaten Partys jedoch auch nicht tabuisiert. Im Gegenteil: Es gab nichts, worüber man öfter und leidenschaftlicher sprach als über den Stoff, aus dem die Träume waren. Man diskutierte und trank im Grunde das schlechte Gewissen weg, das man als wohlanständiger Bürger beim Gesetzesbruch sehr wohl empfand.

Dieses Verhalten erklärt das lange Ausbleiben einer offenen Opposition gegen den 18. Zusatzartikel. Bis über die Mitte der 1920er Jahre hinaus artikulierte man allenfalls den Wunsch, das Ausführungsgesetz zu lockern, um Wein und Bier wieder zuzulassen. Dabei trank man inzwischen fast ausschließlich harte Spirituosen. Erst mit der Präsidentenwahl von 1928 wurde die offene Gegnerschaft zur Prohibition und ihren nun klar zutage tretenden negativen Folgen öffentlich "sagbar". In den Meinungsumfragen des Literary Digest artikulierte sich 1930 zum ersten Mal eine Mehrheit, die die Abschaffung des 18th Amendment forderte. Diese Opposition schwoll im Gefolge des Wickersham Reports, der skandalösen Ausbreitung der organisierten Kriminalität, der Aufdeckung schamloser Korruptionsaffären und der starrsinnigen Haltung der Hoover-Regierung zu einem unwiderstehlichen Strom an. Die Prohibitionsfrage war in der Präsidentschaftswahl von 1932 wahlentscheidend, wichtiger noch als die grassierende Weltwirtschaftskrise.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin Zeitgeschichte

VfZ 2/2010

Jahrgang 58 (2010), Heft 2 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2010\_2.pdf

VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

#### 230 Aufsätze

Im März 1933 erklärte eines der ersten Dekrete des neuen Präsidenten Franklin Delano Roosevelt Bier wieder für legal. Am 5. Dezember 1933 trat der 21. Verfassungszusatz in Kraft, der eigens zu dem Zweck verabschiedet worden war, das 18th Amendment für ungültig zu erklären<sup>77</sup>.

 $<sup>^{77}</sup>$ Vgl. David E. Kyvig, Repealing National Prohibition, London/Kent/OH  $^22000$  (zuerst 1979). ©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte





Die kommunistischen Brüder und Schwestern taten sich schwer miteinander. Die italienischen Kommunisten erblickten in der DDR ein anderes "besseres" Deutschland, mit dem sie in regen kulturellen Austausch treten wollten, während die SED in der KPI einen Partner sah, der ihr den Weg in den Westen und zu internationaler Anerkennung ebnen sollte. Die Enttäuschung konnte größer kaum sein, wie Magda Martini, eine junge Historikerin aus Trient, zu zeigen vermag. Die italienischen Intellektuellen störten sich am offiziellen Kulturmief der DDR und favorisierten schließlich die ostdeutsche Dissidenz vor allem in der Literatur, und die SED wetterte gegen die Verbürgerlichung der KPI und gegen den Eurokommunismus, der gegen alles verstieß, was in Ostberlin als heilig galt.

Magda Martini

## Die DDR der italienischen Linken

Erfindung und Entzauberung einer kulturellen Projektion

Vor ein paar Jahren nahm eine italienische Band aus der alternativen Szene ein Lied auf, in dem sie die Kulturbeziehungen zwischen Italien und der DDR thematisierte<sup>1</sup>. Dies zeigt, dass in der Vorstellungswelt der italienischen Linken die Erinnerung an das "andere Deutschland" keineswegs verschwunden ist. Während des Kalten Krieges spielte die Kultur eine äußerst wichtige Rolle, um Kontakte zwischen Italien und der DDR zu etablieren. So war es auch kein Zufall, dass die DDR 1973 den ehemaligen Kulturminister Klaus Gysi als ihren ersten Botschafter nach Rom schickte. Bei seiner Ankunft stellte er fest, dass die DDR dank der regen Aktivitäten des Künstlers Gabriele Mucchi, der sein Leben beiden Ländern verschrieben hatte, eigentlich schon immer einen eigenen Botschafter in Italien besaß.

Symptomatisch dafür war auch die Arbeit des Zentrum Thomas Mann, das 1957 von unabhängigen Intellektuellen in Rom gegründet wurde, um die Kulturbeziehungen zwischen Italien und der DDR zu pflegen. Für viele Jahre ersetzte es die fehlende Botschaft und trat als Vermittler für alle diejenigen auf, die mit dem "anderen Deutschland" Kontakt aufnehmen wollten.

Die Beziehungen zwischen beiden Ländern basierten dabei auf einem breiten Kulturverständnis, das – neben der Kunst, der Literatur und der Wissenschaft – auch die gegenseitige Wahrnehmung, Städtepartnerschaften, Reisen von Delegationen oder die Stipendienvergabe umfasste. Es handelte sich um den Austausch und die Kollaboration zwischen zwei Kulturwelten, die beide von der Politik und

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VfZ 2/2010 © Oldenbourg 2010 DOI 10.1524/vfzg.2010.0012

Jahrgang 58 (2010), Heft 2

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html

URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2010\_2.pdf

VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Das Lied mit dem Titel "*L'anno dello scambio culturale Italia-DDR*" befindet sich auf dem Album "*Fuochi fatui d'artificio*" (2006) der Band Virginiana Miller. – Der vorliegende Artikel fasst die Ergebnisse meiner Dissertation über die Kulturbeziehungen zwischen Italien und der DDR zusammen, die dank der Unterstützung des Italienisch-deutschen Historischen Instituts in Trient zu Ende gebracht werden konnte. Vgl. Magda Martini, La cultura all'ombra del muro. Relazioni culturali tra Italia e DDR (1949–1989), Bologna 2007.

der Ideologie stark geprägt waren: Obwohl vor allem Vertreter der italienischen Linken Kontakte zur DDR aufnahmen, war die Geschichte dieser Beziehungen reich an Widersprüchen und unvorhergesehenen Ereignissen. Diese waren nicht nur auf die starren Blöcke des Kalten Krieges zurückzuführen, sondern resultierten auch aus der nuancenreichen kulturellen Realität und den Persönlichkeiten, die diese Beziehungen begründeten.

Sogar die Politik der SED gegenüber den italienischen Intellektuellen war ambivalent: Der Philologe Mazzino Montinari durfte zwar in den Archiven der DDR arbeiten, um eine kritische Ausgabe der Werke Nietzsches vorzubereiten. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern durften seine Arbeiten jedoch in der DDR nie erscheinen. Die Freundschaft mit dem Komponisten Luigi Nono war für die SED zwar wertvoll, um im Westen ein positives Bild avantgardistischer Offenheit propagieren zu können. Seine Musik wurde aber nie wirklich akzeptiert. Selbst Gabriele Mucchi, der seit den 1950er Jahren aktiv am künstlerischen Leben der DDR partizipierte, wurde erst nach dem Fall der Mauer in die Akademie der Künste aufgenommen, und die Filme des neorealistischen Regisseurs Vittorio de Sica genossen zwar offiziell höchste Wertschätzung, hinter dieser Fassade steckte aber viel Misstrauen.

#### 1. Das geteilte Deutschland und das geteilte Italien

Angesichts des Konflikts zwischen den zwei deutschen Staaten blieb die italienische Regierung von 1949 bis zum Fall der Mauer ein treuer Verbündeter der Bundesrepublik2. Die sehr guten Kontakte zwischen Bonn und Rom waren nur zum Teil der Zugehörigkeit beider Länder zur NATO geschuldet. Viel bedeutender war die ähnliche Ausgangslage, in der sich Deutschland und Italien nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg befanden: Beide Länder versuchten, die Wirtschaft wieder anzukurbeln sowie auf internationaler Ebene Stimme und Gewicht zu erlangen. Beide setzten dabei auf Europa, das atlantische Bündnis und nicht zuletzt auf bilaterale Beziehungen, die sich tatsächlich bewährten. Dank der besonderen Freundschaft - die unter anderem Adenauer dazu veranlasste, bei seiner ersten Auslandsreise Rom zu besuchen - hielt die italienische Regierung Distanz zur DDR und respektierte damit die Regeln der Hallstein-Doktrin. Innerhalb des politischen Spektrums Italiens spiegelte sich jedoch jener Bruch wider, der auch hier zu einer Teilung des Landes führte: Die konservativ-liberalen Parteien der Regierungskoalition solidarisierten sich mit der Bundesrepublik Deutschland, während die oppositionellen Linksparteien eine Annäherung an die DDR suchten<sup>3</sup>.



<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Zu den Beziehungen zwischen Italien und der Bundesrepublik Deutschland vgl. Carlo Masala, Italia und Germania. Die deutsch-italienischen Beziehungen 1963–1969, Köln <sup>2</sup>1997. Vgl. auch die zahlreichen Beiträge in den Sammelbänden von Gian Enrico Rusconi/Hans Woller (Hrsg.), Italia e Germania 1945–2000. La costruzione dell'Europa, Bologna 2005, sowie von Christof Dipper (Hrsg.), Deutschland und Italien 1860–1960. Politische und kulturelle Aspekte im Vergleich, München 2005.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Zur Einstellung der politischen Parteien Italiens gegenüber den beiden deutschen Staaten vgl. Antonio Missiroli, Un rapporto ambivalente. Le due Germanie viste dall'Italia (1945–1989),

Die Linke begegnete der Deutschen Demokratischen Republik, die konservative Kreise mit Verachtung als "Regierung von Pankow" bezeichneten, nicht nur deshalb mit Sympathie, weil das Land Teil des sozialistischen Blocks war. Vielmehr glaubte man, die DDR verkörpere das "andere Deutschland", das mit der NS-Vergangenheit und mit jeder imperialistischen sowie militaristischen Tradition gebrochen habe. Die Propaganda der SED, die sich selbst als demokratisch und antifaschistisch bezeichnete, fand so in Italien zunächst breite Zustimmung, wo die Erinnerung an die deutsche Besatzungsherrschaft noch sehr lebendig war.

In Italien, wo selbst kein konsequenter Prozess der Entfaschisierung stattfand, schaute man mit Erstaunen und Entrüstung auf die Defizite der Entnazifizierung in der Bundesrepublik<sup>4</sup>. Viele Italiener waren deshalb für die propagandistische Strategie der SED empfänglich. Außerdem schreckte sie die Vorstellung, ein vereinigtes Deutschland werde das Gleichgewicht und den Frieden in Europa aufs Neue bedrohen, sodass die Forderung nach einer Anerkennung der DDR in allen politischen Lagern Anklang fand. Seit den späten 1960er Jahre bemühte sich die DDR aktiv um die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit Italien, die schließlich am 18. Januar 1973 erreicht wurde. Wenige Wochen zuvor war der Grundlagenvertrag zwischen beiden deutschen Staaten unterzeichnet worden, und auch die Anerkennung der DDR durch Frankreich und Großbritannien stand unmittelbar bevor. Dabei handelte es sich im Falle Italiens nicht um einen radikalen Kurswechsel. Denn diese Entscheidung entsprang eher einer realistischen als einer opportunistischen Politik. Die bisherige Haltung gegenüber dem am stärksten industrialisierten Land des Ostblocks behinderte ja die italienische Wirtschaftspolitik, neue Absatzmärkte in den sozialistischen Staaten zu erschließen. Außerdem bedeutete die Anerkennung der DDR in gewisser Weise die Zementierung der Teilung Deutschlands, was die größten Ängste vor dem deutschen Volk besänftigte und somit im Einklang mit jenem Leitgedanken stand, den alle politischen Kräfte Italiens in der deutschen Frage teilten und dem 1984 Giulio Andreotti zu allgemeiner Berühmtheit verhalf<sup>5</sup>: In Italien war die Vorstel-

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Institut für Zeitgeschichte München-Berlin VIERTELIAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

in: Storia e Memoria 5 (1996), S. 99-112. Zur Geschichte des Verhältnisses zwischen Italien und der DDR sind bislang im deutschsprachigen Raum nur zwei Dissertationen erschienen. Vgl. Charis Pöthig, Italien und die DDR. Die politischen, ökonomischen und kulturellen Beziehungen von 1949-1990, Frankfurt a.M. 2001, und Johannes Lill, Völkerfreundschaft im Kalten Krieg? Die politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen der DDR zu Italien 1949-1973, Frankfurt a.M. 2001.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Die italienische Kritik ging dabei wesentlich schärfer mit der Denazifizierung ins Gericht als mit der eigenen Defaschisierung. Vgl. Filippo Focardi, "Bravo italiano" e "cattivo tedesco": riflessioni sulla genesi di due immagini incrociate, in: Storia e Memoria 5 (1996), S. 55-83.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Um sich die Sympathie der kommunistischen Wählerschaft unmittelbar vor der Parlamentswahl 1984 zu sichern, betonte der damalige Außenminister Andreotti, dass Deutschland geteilt bleiben und man sich im Falle einer Wiedervereinigung gegenüber dem Pangermanismus wappnen müsse. Diese Aussagen lösten in der Bundesrepublik Verwunderung und Verstimmung aus. Vgl. Susanne Wilking, L'italia e gli italiani secondo i tedeschi, in: Relazioni internazionali 21 (1993), S.71-82, und Luigi Vittorio Ferraris, Una Germania o due Germanie: fatti e delusioni, in: Professione: diplomatico, hrsg. von Enrico Serra, Mailand 1990, S. 106-109.

lung weit verbreitet, dass Deutschland geteilt bleiben müsse, um den Frieden in Europa zu bewahren.

Trotz der offiziellen Anerkennung der DDR änderten sich die Beziehungen zwischen Rom und Ost-Berlin nach 1973 nicht wesentlich: Die wenigen Verträge zwischen beiden Staaten und die offiziellen Besuche führten zu keiner substanziellen Verbesserung des Verhältnisses. Nach wie vor war die Kommunistische Partei Italiens (KPI) faktisch der einzige Ansprechpartner der SED in Italien. Dabei darf freilich nicht übersehen werden, dass nicht einmal die KPI ihrer Schwesterpartei bedingungslos folgte.

#### 2. Die Freunde der DDR zwischen Solidarität und Kritik

Während die sozialistische Partei bereits 1956 ihre Freundschaft mit der SED und den anderen Parteien des Ostblocks aufkündigte, blieb die KPI bis 1989 der ostdeutschen Partei verbunden. Dabei handelte es sich in Wahrheit um eine konfliktreiche Beziehung, die mehr von gemeinsamen Interessen auf internationaler Ebene lebte als von tatsächlicher politischer Affinität. Die Grenzen der Zusammenarbeit zwischen KPI und SED traten schon im Laufe der 1950er Jahre zutage und wurden in der Folge stetig markanter, sodass schließlich die Kollaboration immer schwieriger und unfruchtbarer wurde. Zwischen der stärksten kommunistischen Partei Westeuropas und der ostdeutschen "Führungs-Partei" herrschten nicht nur grundlegende Differenzen in der politischen Praxis, sondern auch auf ideologischer Ebene, die im Laufe der Jahrzehnte unüberbrückbar wurden.

Selbst zwischen den führenden Persönlichkeiten beider Parteien entwickelte sich kein Vertrauensverhältnis. Ulbricht besaß bei den italienischen Kommunisten nur wenige Sympathien. Palmiro Togliatti, der Führer der italienischen Kommunisten, schätzte ihn weder als Politiker noch als Person. Die Erinnerungen des toskanischen Altertumsforscher und Kommunisten Ranuccio Bianchi Bandinelli, der die DDR aus nächster Nähe kannte, lassen diesbezüglich keine Zweifel offen:

"Eines Tages war ich in der Buchhandlung Rinascita und durchblätterte Bücher. Togliatti trat ein. Er kam zu mir und fragte mich, was ich lese. Ich zeigte ihm das Buch – es war der 17. Band der Schriften von Walter Ulbricht. Togliatti warf einen Blick darauf und sagte: 'Der Genosse Ulbricht hat mit seiner Kenntnis von 300 deutschen Wörtern 17 Bücher geschrieben!' (Es ist wichtig hinzuzufügen, dass ich vor nicht allzu langer Zeit Togliatti getroffen habe […] und wir uns über Ulbricht und über die Scheuklappen unterhielten, mit denen die Genossen der DDR nach vorne blickten.)"

Der Sturz Ulbrichts schien zunächst eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den Parteien zu versprechen. Aber auch die Freundschaft zwischen Honecker und dem KPI-Chef Enrico Berlinguer, die sich seit den Weltjugendfestspielen 1951 in Berlin persönlich kannten, endete angesichts der vielen substanziellen



<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Ranuccio Bianchi Bandinelli, Diario di un borghese. Nuova edizione con i diari inediti 1961–1974, hrsg. von Marcello Barbanera, Rom 1996, S. 403.

ideologischen Differenzen relativ rasch. Die Haltung der ostdeutschen Parteielite war vollkommen unvereinbar mit dem italienischen Anspruch, eine gewisse Autonomie gegenüber den sowjetischen Vorschriften zu besitzen und in der eigenen Partei die Meinungsfreiheit zu garantieren. Dieses Problem wurde vor allem zu Beginn der 1960er Jahre akut, als die KPI und die SED gegensätzliche Wege einschlugen. Im Mai 1963 berichtete der italienische Gesandte in Berlin, Mirco Zappi, dass die SED auf die Kulturpolitik Togliattis fassungslos reagiert habe. Die SED unterstelle dem italienischen Parteisekretär eine "Rückkehr zum Revisionismus". Die Erklärungen Togliattis über die Kulturdebatte in der Sowjetunion waren im kommunistischen Parteiorgan "L'Unità" erschienen. Auch wenn sie nicht in der ostdeutschen Presse publiziert wurden, so der italienische Gesandte weiter, hätten sie sich zu einer Art Manifest für diejenigen entwickelt, die eine Demokratisierung forderten:

"Die SED befindet sich im kulturellen Bereich in einem ähnlichen Kampf wie die UdSSR, der aber mit größerer Vehemenz ausgetragen wird. So kommt es, dass die Intellektuellen, die mit der Kulturpolitik des Zentralkomitees nicht einverstanden sind, die Erklärung Togliattis dazu benutzen, um ihre eigene These über die künstlerische und literarische Freiheit zu untermauern. Einige Studenten wandten sich an italienische Genossen, die in Berlin wohnen, um in den Besitz des Textes von der Pressekonferenz Togliattis zu gelangen."7

Das Problem der individuellen Freiheit belastete allerdings nicht nur das Verhältnis zwischen den Parteien, sondern auch die Beziehungen einzelner Italiener zu Institutionen der DDR: Zunächst waren die italienischen Freunde der DDR von einer, wie sie es nannten, "kritischen Solidarität" gegenüber dem "anderen Deutschland" beseelt. Aber im Laufe der Jahre wuchs die Kritik und verdrängte am Ende die Solidarität sogar ganz. In der ersten Phase, die ungefähr bis zum Ende der 1960er Jahre dauerte, basierte die Sympathie für die DDR insbesondere auf dem Vertrauen in die antifaschistische Propaganda Ostdeutschlands und auf der Ablehnung der Bundesrepublik Deutschland, die nach allen Regeln der Kunst diffamiert wurde. Anfang der 1960er Jahre veränderte der grundlegende Wandel in Ostdeutschland sowie in der italienischen Linken die kulturellen Beziehungen zwischen beiden Ländern. Die SED hielt an ihrem stalinistischen Kurs trotz mancher sozialer Zugeständnisse fest und zeigte Härte im Umgang mit jeglicher Form von Dissidenz, während die italienischen Intellektuellen allmählich ihre Rolle unkritischer Unterstützer des Sozialismus aufgaben. Sie kritisierten die repressiven Aktionen gegen Dissidenten, obgleich sie bemüht waren, die ostdeutsche Obrigkeit nicht zu irritieren und dadurch die Beziehungen zur DDR zu beschädigen.

1968 war ein Schlüsseljahr in dieser Entwicklung: Auf der einen Seite trug der politische und kulturelle Wandel in der Bundesrepublik dazu bei, das italienische Misstrauen gegenüber Westdeutschland zu überwinden. Auf der anderen Seite war man über die Teilnahme der DDR an der Niederschlagung des Prager Früh-

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VfZ 2/2010 Jahrgang 58 (2010), Heft 2 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2010\_2.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> Fondazione Istituto Gramsci, Historisches Archiv der KPI (künftig: Archiv der KPI), 0492, S. 2684 f.

lings bitter enttäuscht. Wer an die antifaschistische Propaganda geglaubt hatte, konnte nur schwer verstehen, dass ausgerechnet die DDR ihre Truppen in ein fremdes Land schickte. Die jüdische Journalistin Gina Formiggini, die gewöhnlich die DDR verteidigte, schrieb in einem Brief an das Zentrum Thomas Mann:

"Mein Schmerz über die Ereignisse in der Tschechoslowakei war umso größer, weil ich in den sozialistischen Ländern und vor allem in der DDR viele Freunde habe. Ich empfinde einen mit Enttäuschung gemischten großen Schmerz, einen Schmerz darüber, dass man einer Person wohl will, man aber hilflos zusehen muss, wie diese Person falsch handelt."

Die immer kritischere Position gegenüber den politischen Machthabern in Ostdeutschland führte auch dazu, dass viele Italiener die Realität des Landes nun genauer beobachteten und vor allem der Situation der Dissidenten mehr Aufmerksamkeit schenkten, die – obgleich sie das Vertrauen in das Modell des Realsozialismus verloren hatten – weiterhin an den Kommunismus glaubten. Sogar die KPI nahm in den 1970er Jahren großen Anteil am Schicksal der Dissidenten, obgleich sie weiterhin offizielle Kontakte zur SED unterhielt. 1978 in Berlin kam der außenpolitische Sprecher der KPI, Giancarlo Pajetta, bei einem Treffen mit dem Verantwortlichen des Zentralkomitees der SED für internationale Beziehungen, Hermann Axen, auf die internationale Kampagne gegen die Verletzung der Bürgerrechte in den sozialistischen Ländern zu sprechen:

"Bezüglich einiger Probleme haben wir unterschiedliche Ansichten. Nicht einmal wir sind für eine absolute Freiheit, solange nicht klar ist, was unter dem Begriff 'Freiheit' verstanden wird. Aber es ist wichtig festzustellen, dass es Dinge gibt, die von der Geschichte 'überwunden' wurden, nicht jedoch von der KPdSU oder der SED. So sind wir in Italien zum Beispiel mit den Resultaten im Kampf gegen die Zensur unzufrieden."

Pajetta erklärte bei dieser Gelegenheit sehr deutlich, dass sich die KPI in einer schwierigen Situation befinde, weil sie auf die wegen der Menschenrechtsverletzungen ausgelöste Kampagne gegen die kommunistischen Parteien reagieren müsse, aber nicht wisse wie, weil ihr die Verletzungen selber nicht gefielen. Die KPI und die SED bewegten sich im Laufe der 1980er Jahre immer weiter auseinander, sodass sich am Ende eine Art der Kollaboration entwickelte, die der Westdeutsche Manfred Steinkühler bereits im Jahr 1974 mit dem Begriff "Machiavellismus" definierte<sup>10</sup>. Auch die italienischen Intellektuellen wurden gegenüber der ostdeutschen Politik immer kritischer, auch wenn sie einen Affront vermieden. Auch hier setzte sich eine "machiavellistische" Haltung durch.



<sup>&</sup>lt;sup>8</sup> Archiv des Zentrum Thomas Mann, Brief vom 22.8. 1968. Die Bestände des Zentrum Thomas Mann im Istituto di Studi Germanici in Rom sind ungeordnet. Aus diesem Grund können sie nicht mit der genauen Signatur angeführt werden.

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (künftig: SAPMO-BA), DY/30/IV B 2/20, 60, Bericht über das Gespräch mit Pajetta, Februar 1978.

<sup>&</sup>lt;sup>10</sup> Vgl. Manfred Steinkühler, Machiavellismus heute. Zum Verhältnis zwischen SED und IKP, in: Deutschland Archiv 7 (1974), S. 121–124.

## 3. Die Propaganda Ostdeutschlands: Ziele, Resultate und Fehlschläge

Zwischen Italien und der DDR gab es keine offizielle Förderung des kulturellen Austausches. Daran änderte sich auch nach der Anerkennung der DDR und nach dem Abschluss des Kulturabkommens, das schließlich 1985 nach mühsamen Verhandlungen unterzeichnet wurde, nichts<sup>11</sup>. Dennoch erlangten die Kulturbeziehungen eine zentrale Rolle im bilateralen Verhältnis.

In der italienischen Kulturwelt, die traditionell im linken Milieu verankert war und sensibel auf das Thema Antifaschismus reagierte, interessierte man sich seit dem Beginn des Kalten Krieges gerade für jenes Deutschland, das von der Regierung in Rom nicht anerkannt wurde. Die Erwartungen gegenüber der Kultur des neuen Landes waren groß: Ranuccio Bianchi Bandinelli überbrachte beim II. Kongress des Kulturbundes für die demokratische Erneuerung Deutschlands in Berlin im Jahr 1949 den Gruß der "demokratischen und fortschrittlichen Intellektuellen Italiens". Er wies darauf hin, dass der "Aufbau einer neuen demokratischen deutschen Kultur" eine "lebenswichtige Frage, nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa"12 sei. Auch nach dem Mauerbau, als in Italien vorwiegend Negatives mit der DDR assoziiert wurde, setzte das kulturelle Milieu Italiens weiter auf Ostdeutschland, Lavinia Mazzucchetti, Germanistin und italienische Übersetzerin von Thomas Mann, lehnte eine Einladung des westdeutschen Botschafters in Rom ab, "weil sie nicht vorhabe, einem Mörder die Hand zu reichen". 1962 nahm sie jedoch eine Einladung nach Weimar an, obwohl sie überzeugt war, dass es in der DDR "ein totalitäres und antidemokratisches Regime" gab. Diese Entscheidung kommentierte Eckehard Bibow, Mitarbeiter des ostdeutschen Au-Benministeriums, sichtlich zufrieden: "Sie kommen in die DDR, weil sie wissen, dass sie [dort] keinem Mörder die Hand reichen."13

Angesichts der fehlenden diplomatischen Legitimation auf internationaler Ebene legte die politische Elite Ostdeutschlands Wert auf jede Sympathiebekundung, die im Ausland ein positives Bild des Landes vermittelte. Für das Politbüro war es eine "dringende Aufgabe", die Bevölkerung anderer Länder vom "historischen Umwälzungsprozess, der sich durch die DDR auf deutschem Boden vollzieht, dem Friedenscharakter unserer Politik und dem zutiefst demokratischen und menschlichen Inhalt unserer Entwicklung" zu überzeugen. Um dieses Ziel zu erreichen, war den DDR-Politikern nahezu jedes Mittel recht. Unter Beachtung des "psychologischen Prinzips" der Auslandsinformation - "interessieren, infor-





<sup>&</sup>lt;sup>11</sup> Für beide Regierungen war es nicht einfach, sich auf eine gemeinsame Erklärung zu einigen, da die DDR nicht auf den Vorteil verzichten wollte, sich - wie in den vorangegangenen Jahrzehnten – inoffizieller Wege zu bedienen. Es lag schließlich am Desinteresse der italienischen Seite, dass die Vereinbarung aus dem Jahr 1985 eine Totgeburt blieb. Italien hätte in Berlin ein Institut eröffnen können ähnlich dem französischen Kulturinstitut, das das einzige Institut eines westlichen Staates in der Hauptstadt der DDR war. Während die DDR weiterhin über die inoffiziellen Kanäle Initiativen startete, blieb die italienische Regierung passiv.

 $<sup>^{\</sup>rm 12}$  Archiv der KPI, Bianchi Bandinelli, Grußwort vom 23. 11. 1949.

<sup>&</sup>lt;sup>13</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (künftig: MfAA), A 16877, S. 23 f., Bericht vom 11.5.1962.

mieren, agitieren, aktivieren "14 – sollte den Bürgern des Westens die Überlegenheit des sozialistischen Systems vor Augen geführt werden.

Der komplexe politische Apparat in Ostdeutschland besaß zahlreiche Behörden, die sich mit kulturellen Beziehungen zum Ausland beschäftigten: Innerhalb des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten gab es eine Kulturabteilung, während das Ministerium für Kultur über eine Abteilung für Internationale Beziehungen verfügte. Beide kommunizierten untereinander und führten die Direktiven des Zentralkomitees der SED aus. Die Politik von Staat und Partei wurde schließlich durch die Aktivität verschiedener Vereinigungen flankiert. In erster Linie ist hier die Deutsch-Italienische Gesellschaft zu nennen, die 1962 im Rahmen der Liga der Völkerfreundschaft gegründet wurde.

Die DDR nutzte die Autonomie der italienischen Einrichtungen und profitierte auch von den fehlenden Regierungsabkommen, die ansonsten den Zufluss von Informationen und Initiativen nach Italien regelten. Nur in den 1950er Jahren wurde die Verbreitung der ostdeutschen Kultur und Propaganda behindert. Die DDR war damals von den Ländern der NATO nicht anerkannt, und jeder DDR-Bürger, der in den Westen reisen wollte, musste strenge Kontrollen des Allied Travel Office über sich ergehen lassen. Aber schon Mitte der 1960er Jahre und in Erwartung der offiziellen Anerkennung fand die SED viele Wege, um die italienische Gesellschaft zu erreichen. Dies wurde dadurch erleichtert, dass viele italienische Institute und Vereinigungen nur zu gerne als Brücke für die Aktivität der Institutionen der DDR fungierten.

Die Kollaboration zwischen Repräsentanten der SED und einer Gruppe von Italienern führte 1957 zur Gründung des Zentrum Thomas Mann. Im Unterschied zu anderen Vereinen der Freundschaft, die mit Einrichtungen in sozialistischen Ländern gebildet wurden, war das Zentrum Thomas Mann nicht als Vorposten der kommunistischen Propaganda konzipiert worden. Es sollte vielmehr rein kulturelle Bedürfnisse erfüllen, die vor allem aus der Neugierde auf das "andere Deutschland" entstanden. Diese Zielsetzung trug dem Zentrum Thomas Mann großen Erfolg ein: Bis zum Jahr 1989 gelang es ihm, mit dem westdeutschen Goethe-Institut Schritt zu halten¹5. Obwohl das Zentrum finanziell von der SED abhängig war, wahrte es doch eine gewisse Autonomie. Deshalb war es auch für die kommunistischen Spitzenpolitiker Giancarlo Pajetta und Mario Alicata ein positives Vorbild für die Vereine der Freundschaft, die mit anderen sozialistischen Ländern bestanden. Sie verwiesen darauf, wie wichtig es sei,



<sup>&</sup>lt;sup>14</sup> SAPMO-BA, DR1 4546, Konzeption zur Verbesserung der filmischen Auslandsinformation, 10. 4. 1965.

<sup>&</sup>lt;sup>15</sup> Solange das Goethe-Institut nicht die nationalsozialistische Vergangenheit thematisierte, hatte es große Mühen, sich gegenüber dem Zentrum Thomas Mann zu behaupten. Erst seit Mitte der 1960er Jahre startete das westdeutsche Institut in eine neue, innovative Phase der Kulturvermittlung und zögerte dabei nicht, das "problematische", "fortschrittliche" und "unkonventionelle" Deutschland zu zeigen. Gian Enrico Rusconi, Etappen einer Erfolgsgeschichte. Ein halbes Jahrhundert Goethe-Institute in Italien, in: Murnau, Manila, Minsk. 50 Jahre Goethe-Institut, hrsg. vom Goethe-Institut, München 2001, S. 49–60.

"über eingehende und seriöse Informationen zu verfügen und über eine kritische Analyse des Lebens in diesen Ländern, welche die Grenzen der alten Formen der Propaganda überwinden oder die für ein Verständnis der modernen Probleme des sozialistischen Modells werben"16.

Gegen Propaganda aus der DDR hingegen war die KPI allergisch. Bei den Olympischen Spielen in Rom im Jahr 1960 erhofften sich die ostdeutschen Behörden, dass sie das Großaufgebot von Athleten und Funktionären der DDR in Italien für eine massive Propagandaaktion nutzen könnten – zumal in einem Land, das sich bislang großen Initiativen des Regimes verschlossen hatte. Aber die Parteibüros der KPI weigerten sich, die Broschüren zu verteilen, die weder sprachlich noch inhaltlich bei der italienischen Öffentlichkeit auf ein angemessenes Echo stießen<sup>17</sup>. Die Qualität der Propaganda blieb auch bei kulturellen Veranstaltungen wie Ausstellungen, Konferenzen oder Konzerten in Italien niedrig. Auf der Appennin-Halbinsel wurden sogar Flugblätter, Broschüren und Manifeste verteilt, die vom Leipziger Verlagshaus Panorama in einem nicht immer korrekten Italienisch gedruckt worden waren.

1965 erschien die erste italienische Ausgabe der Zeitschrift "DDR-Revue", die speziell für das Ausland angefertigt wurde. Sie beschrieb die DDR unter Ulbricht und später unter Honecker als ein demokratisches und pazifistisches Land, das in sozialen, politischen und wirtschaftlichen Bereichen Außerordentliches geleistet habe und leiste. Dasselbe Bild propagierten jene Italiener, die an Reisen in die Deutsche Demokratische Republik teilnahmen. Sie schienen die Welt, wie sie in der Zeitschrift beschrieben wurde, wiederzuerkennen, nachdem sie eine Fabrik, eine Sozialsiedlung, eine Schule oder ein Büro der SED besucht hatten. Einer der italienischen Gäste berichtete von "einer modernen Wirtschaft, einer starken industriellen und technologischen Entwicklung, von beachtlichen sozialen und kulturellen Errungenschaften, von einem zufriedenstellenden Wohlstandsniveau"18.

Jedoch schien die Propaganda der DDR bald immer weniger Enthusiasmus bei den Italienern hervorzurufen. So bot schließlich das Jahresfest der "EUnità" die einzige Gelegenheit, um eine kameradschaftliche Atmosphäre zu schaffen. Die ostdeutsche Delegation wurde von zahlreichen Parteigenossen mit einer Welle an Sympathie empfangen<sup>19</sup>, während italienische Intellektuelle, die die DDR besuchten, dem ausgesetzt waren, was Paul Hollander als "Rituale für Gastfreundschaft"20 definierte: Den Italienern wurden eigens von der Liga der Völkerfreundschaft ausgewählte Reiseführer an die Seite gestellt. Diese sollten



<sup>&</sup>lt;sup>16</sup> Archiv des Zentrum Thomas Mann, Dokument über die Aktivität von Vereinen für die Beziehungen zu den sozialistischen Ländern, Rom, 17.1.1962.

<sup>17</sup> MfAA, A 12316, S. 23-38.

<sup>&</sup>lt;sup>18</sup> Archiv der KPI, 078, S. 685, Bericht von Gianetto Patacini, 13. 5. 1974.

<sup>&</sup>lt;sup>19</sup> Die Feste der "L'Unitá" waren eine der wenigen Gelegenheiten, bei denen die ostdeutsche Propaganda nicht fehlte. Jedoch fand die letzte wichtige Teilnahme der DDR bereits im Jahr 1975 in Florenz statt. Im Laufe der Jahre und mit den zunehmenden Spannungen zwischen den beiden Parteien nahm die Beteiligung von DDR-Delegationen immer weiter ab.

<sup>&</sup>lt;sup>20</sup> Vgl. Paul Hollander, Pellegrini politici. Intellettuali occidentali in Unione Sovietica, Cina e Cuba, Bologna 1988, S. 499-566.

darauf achten, dass die Gäste nicht mit den realen Problemen der neuen Gesellschaft konfrontiert würden und nicht mit unzufriedenen und kritischen Bürgern in Kontakt treten könnten. Man versuchte ferner, den Gästen zu schmeicheln, indem Extra-Veranstaltungen organisiert wurden, die nur einen Zweck hatten, die Freundschaft mit und die enge Beziehung zu Italien zu symbolisieren. So wurde zum Beispiel den Gefallenen der antifaschistischen Resistenza ein Denkmal gesetzt oder eine Straße nach einem bedeutenden Italiener benannt<sup>21</sup>.

Trotz dieser gut gemeinten Gesten kehrten viele italienische Besucher verstört und unzufrieden von der Reise zurück: Die "Rituale der Gastfreundschaft" waren nicht so effektiv, um die graue Atmosphäre und die Repression vergessen zu machen, die jenseits der Mauer herrschten. Die italienischen Reisenden irritierte, dass Reiseroute und Tagesablauf genauestens vorgegeben waren und dass ihnen während des gesamten Aufenthalts kein freier Moment blieb, um Kontakt zu anderen als den ausgewählten Vertretern der Arbeiter und Intellektuellen aufzunehmen. Der Archäologe Riccardo Francovich, der 1977 an einer Studienreise in die DDR teilnahm, erinnerte sich, dass "man keinen Schritt außerhalb des Blicks des Führers"22 machen konnte, der kontinuierlich das Verhalten der Besucher beobachtete und Eigeninitiativen unterband. Die jungen Architekten Aldo Rossi, Franco Berlanda und Carlo Aymonino provozierten während ihres DDR-Aufenthalts 1961 ihren Reiseführer, weil sie ständig versuchten, seinen Vorschriften und seinem Programm zu enteilen<sup>23</sup>. Auch wenn sie nicht autonom reisen konnten, so kehrten sie im vollen Bewusstsein der Grenzen zurück, die die kulturelle Wirklichkeit in Ostdeutschland beschwerten, und sie zögerten nicht, ihre Sorgen in einem Dankesbrief auszudrücken: "Wenn wir eine Kritik äußern dürfen – wie es ja unter Kommunisten Brauch ist -, so erscheint uns, dass die kulturelle Diskussion weit hinter den realen Entwicklungen hinterherhinkt."24

Auch die deutsch-italienischen Gespräche 1962 in Weimar waren ein Fehlschlag. Die vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten aufwendig organisierten Gespräche sollten angesehene Intellektuelle aus Italien und Ostdeutschland zusammenführen, um über die deutsche Frage zu diskutieren. Die Wirklichkeit sah anders aus: Intellektuelle aus der DDR fehlten ganz, man musste sich langatmige Vorlesungen von SED-Funktionären anhören. Der Vortrag von Alfred Kurella, Schriftsteller und Leiter der Kulturkommission des Politbüros des ZKs der SED, zermürbte die Italiener, das Programm war derart überfrachtet, sodass die Gäste einfach die Versammlungen verließen, um wenigstens einige Augenblicke für sich zu haben<sup>25</sup>.



<sup>&</sup>lt;sup>21</sup> So die "Michelangelostraße" in Berlin oder die Cervi-Brigade in der Chemiefabrik "Schwarze Pumpe" zu Ehren der von den Nationalsozialisten ermordeten Brüder.

<sup>&</sup>lt;sup>22</sup> Interview der Autorin mit Riccardo Francovich bei einem Vortrag an der Universität Siena im April 2002.

<sup>&</sup>lt;sup>23</sup> MfAA, A, 16877, S. 86–89, Bericht vom 21.11.1961.

<sup>&</sup>lt;sup>24</sup> Archiv des Zentrum Thomas Mann, Karton 1961, Bd. Juli-Dezember 1961, Brief von Aymonino vom 6.12.1961.

<sup>&</sup>lt;sup>25</sup> MfAA, A, 16877, S.23f., Bericht über die deutsch-italienischen Gespräche in Weimar, 11.5.1962.

Die Begegnung in Weimar verstörte die Gäste, anstatt - wie dies die SED erhofft hatte - die Beziehungen zur italienischen Kulturwelt zu verbessern. Nach dem Urteil des Präsidenten des Zentrum Thomas Mann, Ranuccio Bianchi Bandinelli, nahm die italienische Delegation vor allem an zwei Dingen Anstoß: erstens an der Hasspropaganda gegen Bonn und an der "doktrinären Ablehnung" eines offenen Dialogs durch den Großteil der SED-Vertreter und zweitens am strikten Programm, das nicht nur zu üppig war, sondern auch "den Interessen eines Großteils der Delegierten" nicht entsprach:

"Es wurde nicht verstanden, dass - angesichts des Zuschnitts der Delegation - es bei den Gästen einen guten Eindruck machte, ihnen die wiederaufgebauten großen Museen in Berlin (dies wurde im offiziellen Programm vollkommen ignoriert und erst nach mehrmaliger Nachfrage zähneknirschend eingefügt) und Dresden zu zeigen, während die aufgezwungenen Besuche von Sozialwohnungen, die nach überalterten Kriterien aufgebaut und somit als Fehlplanungen anzusehen sind, oder von nicht wirtschaftlich arbeitenden Fabriken nicht gut ankamen."26

Die propagandistischen Initiativen der DDR hatten somit oft auch einen gegenteiligen Effekt. Sie irritierten die italienischen Gäste, die daran interessiert waren, die Realität des Landes kennenzulernen und mit Vertretern seiner Kultur in Kontakt zu treten.

Auch die 1964 in Berlin stattfindenden Feierlichkeiten anlässlich des 400. Todestages von Michelangelo scheiterten. Nach den ambitionierten ostdeutschen Erwartungen sollten die italienischen Vertreter bei dieser Gelegenheit erfahren, wie die DDR das humanistische Erbe der Welt wahrte. Zugleich sollten die Feiern aber auch politisch nützlich sein. Während der Veranstaltungen sollten "alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden", um bei den italienischen Gästen die Einsicht in die "Realität der DDR" und deren Friedenspolitik zu vertiefen<sup>27</sup>. Dafür wurden die Presse, das Fernsehen und die Deutsche Film AG (DEFA) mobilisiert, und sogar Kurt Hager, der Chefideologe der Partei, bereitete einen Vortrag für die Konferenz vor<sup>28</sup>. Obwohl die Organisatoren mit der Studienwoche und den Urteilen der italienischen Gäste zufrieden waren, wirkte sich die Initiative auf die Haltung der Italiener – wie publizierte Presseartikel verdeutlichten – nicht positiv aus. Ein Gast beschrieb den Kongress als sehr durchschnittlich und konstatierte, dass es sich nicht "lohne, nach Berlin zu fahren, um zu hören, dass Michelangelo ein 'Republikaner und ein Antikapitalist"29 gewesen sei.

Angesichts dieser und ähnlicher Fehlschläge gab es der Propagandaapparat der SED rasch auf, viel Energie in wichtige Kulturevents zu investieren, und beschränkte sich in den folgenden Jahren auf kleinere Veranstaltungen. Außerdem schien die internationale Anerkennung der DDR zunächst weitere propagandistische Aktivitäten in Italien obsolet zu machen. Mitte der 1970er Jahre sah sich

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin Zeitgelchichte

<sup>&</sup>lt;sup>26</sup> Archiv des Zentrum Thomas Mann, Karton 1962, Bd. Januar-Mai 1962, Bericht vom April

 $<sup>^{27}</sup>$  MfAA, A, 16867, S. 29, 17. 4. 1964.

<sup>&</sup>lt;sup>28</sup> Ebenda, S. 1-9, 18. 2. 1964.

<sup>&</sup>lt;sup>29</sup> Archivio Ranuccio Bianchi Bandinelli (Privat), fasc. 270, Brief von Fiocco, 4.5. 1974.

die DDR dennoch dazu veranlasst, groß angelegte Propaganda-Aktionen in Italien zu starten. Das hatte einen speziellen Grund: 1977 gab es in Italien mehrere Veranstaltungen zu Gunsten von Dissidenten der sozialistischen Länder – wie zum Beispiel die Biennale des Dissenses in Venedig –, die beim Politbüro große Sorgen auslösten. Es ordnete daraufhin eine Generalmobilmachung in der DDR und in Italien an. Die "Hetzveranstaltungen" in Italien wurden als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Länder wahrgenommen, und auch Moskau bat die SED explizit, Maßnahmen zu ergreifen, um dieser feindlichen Kampagne entgegenzusteuern. Obwohl die DDR die Biennale weder stoppen noch beeinflussen konnte, bereitete sie eine massive Gegenoffensive vor³0. Ausstellungen über Kultur und Kunst der DDR, aber auch über das Sport-, Gesundheits- und Bildungswesen wurden in zahlreichen italienischen Städten organisiert. Es gab Konzerte, Konferenzen und Besuche berühmter Persönlichkeiten. So nahm zum Beispiel der Regisseur Konrad Wolf an der Filmwoche der sozialistischen Länder in Neapel und Rom teil.

Die Spannungen des Jahres 1977 waren jedoch nur von kurzer Dauer. In den 1980er Jahren begann erneut eine Phase der Normalisierung, die den Austausch von Kunst- und Kulturveranstaltungen förderte. Dabei gelang es auch immer mehr, bloße Propaganda zu unterbinden<sup>31</sup>. 1979 erhielt die DDR von der neuen Direktion der Biennale schließlich sogar eine offizielle Einladung, bei der nächsten Veranstaltung teilzunehmen<sup>32</sup>, was von der DDR, die seit den 1950er Jahren auf diese Möglichkeit gewartet hatte, als ein großer Erfolg gewertet wurde.

Seit 1982 war die Deutsche Demokratische Republik ständig auf der Biennale in Venedig vertreten<sup>33</sup>, auch wenn sie über keinen eigenen Pavillon verfügte. 1986 setzte sich der Präsident des Verbandes der Bildenden Künstler, Willi Sitte, dafür ein, dieses Problem zu lösen. Er schilderte Honecker die technischen Probleme, die dadurch bei jeder Biennale entstünden, und klagte darüber, dass es der Bundesrepublik Deutschland als Erbin des NS-Regimes möglich sei, im Pavillon Deutschland eine "sehr aktive Politik mit Kunst" zu betreiben. Um Honecker zum Eingreifen zu bewegen, erinnerte ihn Sitte daran, dass die DDR sich von der



<sup>&</sup>lt;sup>30</sup> SAPMO-BA, DY/30/J IV 2/3, 2662, S.82–84, Sitzung des Sekretariats: Maßnahmen zur Zurückweisung von Hetzveranstaltungen gegen die Sowjetunion und andere sozialistische Länder in Italien.

<sup>&</sup>lt;sup>31</sup> In den 1980er Jahren organisierte das Zentrum Thomas Mann zusammen mit diversen anderen italienischen und ostdeutschen Instituten zahlreiche große Ausstellungen, u.a. über die Familien Thomas und Heinrich Mann, über Rembrandt im Palazzo Correr in Venedig, über John Heartfield, über die Ansichten von Dresden von Bernardo Bellotto, über die Architektur von Karl Friedrich Schinkel sowie Zeichnungen von Dürer bis Böcklin. Durch diese Ausstellungen inszenierte sich die DDR als generöser Förderer der Kultur.

<sup>&</sup>lt;sup>32</sup> Zur Geschichte der Biennale in Venedig vgl. Enzo di Martino, La Biennale di Venezia, 1895–1995: cento anni di arte e cultura, Mailand 1995. Zur Biennale des Dissenses vgl. die Aussagen des damaligen Direktors der Biennale, Carlo Ripa di Meana, in: Ders./Gabrielle Mecucci, L'ordine di Mosca. Fermate la Biennale del Dissenso, Rom 2007.

<sup>&</sup>lt;sup>33</sup> SAPMO-BA, DY/20 vorl. 34919, Information über die Vorbereitung für die Teilnahme an der Venediger Biennale vom 15. Dezember 1981, und Archiv Akademie der Künste, Berlin (künftig: AdK), AdK-O, 1660, S.1–7.

Biennale nicht zurückziehen dürfe, wolle man es der Bundesrepublik nicht ermöglichen, ganz Deutschland allein zu vertreten<sup>34</sup>. So kam es, dass die DDR 1987 für 19 Jahre einen Pavillon in Venedig mietete, der beliebig oft verwendet werden durfte<sup>35</sup>. Dadurch wurden zwar viele technische Probleme gelöst, es kamen jedoch rasch neue hinzu: Im Jahr 1989 musste die DDR eine geplante Ausstellung über das Filmwesen absagen, weil sie die Kosten nicht tragen konnte<sup>36</sup>.

## 4. Die Kultur der DDR: "Waffe im politischen Kampf" oder Ersatzöffentlichkeit?

Die SED, die in der Kultur ein wertvolles Propagandainstrument erblickte, versuchte auf vielen Gebieten, die führenden Vertreter der Kultur beider Länder für geeignete Initiativen der Auslandsinformation zu gewinnen. Häufig hemmten jedoch gerade die ostdeutschen Behörden die Zusammenarbeit von Intellektuellen. Denn sie brachten italienische Intellektuelle lieber mit Parteifunktionären als mit den Künstlern und Schriftstellern der DDR in Kontakt, die nicht so leicht zu lenken waren. An die Stelle von Austausch traten so Belehrung und Ehrungen, die eine breite Resonanz in der internationalen Öffentlichkeit erzielen sollten. So wurde vielen italienischen Wissenschaftlern und Künstlern der Ehrentitel "Korrespondierendes Mitglied" der Akademie der Wissenschaften und der Akademie der Künste verliehen. Doch die Wahl von Vittorio de Sica, Giorgio Strehler, Marino Marini, Giacomo Manzù, Goffredo Petrassi und Renato Guttuso blieb folgenlos und führte zu keinem direkten Austausch mit den italienischen Intellektuellen.

Die Mitarbeiter des Zentrum Thomas Mann beklagten sich oft über diese Defizite. 1968 schrieb der Präsident des Zentrums, Bianchi Bandinelli, in einem Brief an Paul Wandel, den Präsidenten der Liga für Völkerfreundschaft:

"Seit 10 Jahren präsentieren wir immer noch - und dies ausschließlich - Brecht und K. Kollwitz. Die derzeitige Literatur, die Kunst, die Wissenschaft und die Kultur der DDR bleiben außerhalb unserer Wahrnehmung und sind nahezu unbekannt, da uns trotz zahlreicher Anfragen nicht die Möglichkeit gegeben wird, einen direkten Kontakt zu den Schriftstellern aufzunehmen. Dieser Mangel gab bereits Anlass zu Nachfragen und Unzufriedenheit von Seiten unserer Freunde, die auch Freunde der DDR sind."37

Angesichts der Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit mit den ostdeutschen Behörden war es vor allem das Engagement einzelner Intellektueller, das letztlich zu einem engeren Austausch führte. So war zum Beispiel die gegenseitige Wertschätzung und enge Freundschaft von Giorgio Strehler und Bertolt Brecht besonders wichtig für die Beziehungen zwischen Italien und der DDR. Auch wenn

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Institut für Zeitgeschichte München-Berlin Zeitgelchichte

VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

<sup>&</sup>lt;sup>34</sup> AdK, VBK-ZV, 2/5846, Willi Sittes Brief an Honecker, 11.7.1986.

<sup>35</sup> Archiv Zentrum Thomas Mann, Brief von Mario Rigo an den Präsidenten der Biennale, 24.11.1986.

 $<sup>^{36}</sup>$  AdK, VBK-ZVm 17/1, Protokoll des Vorstandstreffens des Schriftstellerverbandes vom 5. bis

 $<sup>^{37}</sup>$  SAPMO-BA, DY/13, 1997, Brief von Ranuccio Bianchi Bandinelli an Paul Wandel, 23.2. 1968.

der Tod Brechts im August 1956 eine weitere Zusammenarbeit abrupt beendete, hielt Strehler weiterhin Kontakt zum Theater von Brecht, und er arbeitete eng mit dessen Witwe, Helene Weigel, und dem Berliner Ensemble zusammen<sup>38</sup>. Dank der Arbeit von Strehler besuchte Brecht Italien und es entwickelte sich in den folgenden Jahrzehnten eine wahre Leidenschaft für das epische Theater und für alle Werke von Bertolt Brecht<sup>39</sup>.

Brecht schätzte auch Gabriele Mucchi, den "ersten Botschafter Ostdeutschlands in Italien". Er war der erste italienische Intellektuelle, der sich intensiv für Ostdeutschland engagierte. Nachdem Anfang der 1950er Jahre seine Werke in Berlin ausgestellt worden waren, pflegte er zu vielen Intellektuellen der DDR ein sehr freundschaftliches Verhältnis. Er verbrachte sein Leben zwischen Berlin und Mailand, erkor die DDR zu seiner zweiten Heimat und nahm aktiv am kulturellen Leben beider Länder teil. 1957 wurde er eingeladen, an der Hochschule für Bildende Kunst in Berlin zu lehren. Durch seine Energie und seine vielseitige Persönlichkeit, aber vor allem durch seinen unabhängigen Geist und seine Treue zum Kommunismus erwarb er sich das Vertrauen zahlreicher Intellektueller wie Bertolt Brecht, Paul Dessau und Diether Schmidt<sup>40</sup>.

Besonders wichtig für die Anknüpfung erster Beziehungen zwischen beiden Ländern war die Erfahrung des Germanisten Cesare Cases, der 1956 von Hans Mayer nach Leipzig eingeladen wurde. Als Experte für deutsche Literatur und Philosophie übernahm Cases einen Posten als Lektor an der Universität, um "zu sehen, wie die Dinge in der DDR wirklich stehen". Seine Bilanz konnte jedoch nicht negativer ausfallen: Er traf vier Tage vor dem Budapester Aufstand in Leipzig ein und lernte aus nächster Nähe die desolaten Verhältnisse kennen: die schweren gesellschaftlichen Probleme, die Spannungen mit der Partei, über die sich seine Dozentenkollegen im Geheimen unterhielten, und die brutale Repression, gegen die jeglicher Widerstand zwecklos war und der unter anderem einige seiner Kollegen in Bautzen ausgesetzt waren<sup>41</sup>. Diese Erfahrungen wirkten sich nachhaltig auf sein Verhältnis zur DDR aus. Cases opponierte gegen die Politik der SED, und es wurde ihm bewusst, wie das "ideologische Gift" die kulturelle Entwicklung im sozialistischen Deutschland lähmte. Nachdem er 1958 nach Italien zurückgekehrt war, beschrieb er in der marxistischen Zeitung "Nuovi argomenti" das politische und kulturelle Leben der DDR, ohne es zu beschönigen. Besonders scharf ging



<sup>&</sup>lt;sup>38</sup> Die Zeugnisse über die Freundschaft zwischen Strehler und Brecht finden sich in Giorgio Strehler, Per un teatro umano. Pensieri, scritti, parlati e attuati, hrsg. von Sinah Kessler, Mailand 1974. Zur Arbeit des Piccolo Teatro di Milano, in dem Strehler arbeitete, vgl. Paolo Grassi/Giorgio Strehler, Piccolo Teatro 1947–58, Mailand 1958.

<sup>&</sup>lt;sup>39</sup> Zur politischen und kulturellen Rezeption von Brecht vgl. Paolo Barbon, "Il signor B.B." Wege und Umwege der italienischen Brecht-Rezeption, Bonn 1987.

<sup>&</sup>lt;sup>40</sup> Zu den Erfahrungen von Mucchi vgl. seine umfangreiche Korrespondenz, die sich teils im Archiv der Akademie der Künste in Berlin und teils im Centro Apice in Mailand befindet, und seine publizierten Erinnerungen: Gabriele Mucchi, Le occassioni perdute. Memorie 1899–1993, Mailand 2001. Eine deutsche Übersetzung der ersten Ausgabe erschien 1997; ders., Verpaßte Gelegenheiten. Ein Künstlerleben in zwei Welten, Berlin 1997. Vgl. auch Magda Martini, Gabriele Mucchi, Briefe, in: Sinn und Form 5 (2008), S.676–678.

<sup>&</sup>lt;sup>41</sup> Vgl. Cesare Cases, Confessioni di un ottuagenario, Rom 2000, S. 100.

Institut für

Zeitgeschichte

München-Berlin

vierteljahrshefte für

Zeitgeschichte

er mit der SED ins Gericht, die er offen als "finsterer Wächter, Verwalter, Einbalsamierer und Totengräber" des Marxismus bezeichnete<sup>42</sup>. In der Folge unterhielt Cases nur noch spärliche Kontakte zur DDR. Aber seine Meinung und seine wissenschaftlichen Arbeiten beeinflussten die Einstellung der nachfolgenden Generation italienischer Germanisten.

Auch der venezianische Komponist Luigi Nono zeigte sich an der DDR interessiert. Der Kommunist und aktive Unterstützer des Zentrum Thomas Mann war ein genauer Beobachter der Situation in Ostdeutschland und war anfangs davon überzeugt, dass Italien nützliche Lehren aus den Erfahrungen der DDR ziehen könne - auch aus den Fehlern des Regimes. Vor allem sein Interesse am ostdeutschen Kulturleben, seine Liebe für die Zwölftonmusik und seine Freundschaft mit Paul Dessau bewogen Nono dazu, mit der DDR Kontakt aufzunehmen. Dem deutschen Komponisten fühlte sich Nono sofort verbunden, und es entwickelte sich in den 1950er Jahren ein Briefwechsel, in dem die zwei Musiker die Diskussionen fortführten, die sie während ihrer seltenen persönlichen Begegnungen begonnen hatten. Im Zentrum der Korrespondenz standen nicht nur Debatten über musikalische Themen und über ihre Werke, sondern auch die politische Situation in beiden Ländern: Sie blickten mit Sorge auf die kapitalistische Welt und auf die italienische Gesellschaft, aber auch auf die Länder des sozialistischen Systems. Dessau verhalf dank seiner Stellung als anerkannter und allseits respektierter Künstler der Musik von Nono in der DDR zur Popularität, indem er 1959 "Epitaffio per Lorca" an der Staatsoper vorschlug. Im Gegenzug bemühte sich Nono zusammen mit Bruno Maderna, die Musik von Dessau in Italien zu verbreiten.

In der Freundschaft mit Nono suchte Dessau auch Trost für die vielen Unannehmlichkeiten, die aus seinen ständigen Spannungen mit der SED herrührten: Nachdem er für sein Werk "Requiem für Lumumba" scharfe Kritik hatte einstecken müssen, schrieb er an seinen italienischen Freund: "Ich kämpfe gegen diesen Blödsinn, Unfug, Schwachsinn, leider ganz allein auf weiter Flur. 43 Zugleich war das Einschreiten von Dessau aber wichtig, um die anhaltenden Schwierigkeiten zu lösen, die Nono mit der Obrigkeit der DDR im Laufe der Jahre hatte. Als 1962 Nonos Werk "Sul ponte di Hiroshima" nicht gespielt werden durfte, protestierte Dessau persönlich bei Kurt Hager. Er appellierte an den Ideologen in der Sprache, die die SED am besten verstand: Er prophezeite, dass eine solche Haltung nur die antikommunistische Propaganda schüre: "Unser schlechtes Benehmen Nono gegenüber ist Wasser auf die Mühlen unsrer Gegner. "44 Sein Protest wie auch der

<sup>&</sup>lt;sup>42</sup> Cesare Cases, Alcune vicende e problemi della cultura nella RDT, in: Nuovi Argomenti 34 (1958), S. 1-49, hier S. 3, auch veröffentlicht in: Cesare Cases, Il testimone secondario. Saggi e interventi sulla cultura del Novecento, Turin 1985, S. 319-356. Cases Artikel, in dem eine "albtraumhafte Vision" eines "auf Bürokratie, Polizei sowie Kälte und nichts menschlichem basierenden Kommunismus" gezeichnet wird, fand zunächst bei den italienischen Kommunisten nur wenig Verständnis. Obwohl Togliatti diesen Artikel schätzte, forderte die kommunistische Ortsgruppe in Pisa Cases auf, Selbstkritik zu üben. Cases zog es daraufhin vor, seine Mitgliedschaft in der Partei nicht zu erneuern.

<sup>&</sup>lt;sup>43</sup> Fondazione Onlus Archivio Luigi Nono, Venedig, Dessau an Nono, 20.10.1961.

<sup>44</sup> AdK, Paul Dessau Archiv, 1.74.1790.6.

nachfolgende Brief Togliattis an das Zentralkomitee der SED führten zwar nicht zu einer Aufführung von "Sul ponte di Hiroshima", retteten aber die Beziehungen von Nono zur DDR, und die SED sicherte dem Komponisten zu, künftig seine Werke nicht zu verbieten<sup>45</sup>.

Die starke Bindung Nonos zum ostdeutschen Kulturleben löste sich mit dem Tod von Dessau im Jahr 1979. In den 1980er Jahren kam es dann zum offenen Bruch mit den Machthabern, aber auch mit weiten Teilen der Intelligenz der DDR. Dass hier nichts mehr zu heilen war, wurde 1982 deutlich, als Nono bei der Biennale der Musik in Venedig sein neues Werk mit dem Titel "Quando stanno morendo – Diario polacco n° 2" präsentierte. In diesem Werk, das der Solidarnosc gewidmet war, brachte er nach ostdeutscher Meinung "eine sehr negative Haltung zum real existierenden Sozialismus zum Ausdruck". "Das gesamte Werk ist durchdrungen von Ausfällen gegen den Sozialismus, von der Darstellung der Kirche als Pol, zu dem die Massen Zuflucht finden werden."<sup>46</sup> Auch wenn Kurt Hager danach anordnete, dass die Akademie der Künste den Kontakt zum Komponisten nicht abbrechen solle<sup>47</sup>, verhinderte Nonos Parteinahme für die Solidarnosc eine Normalisierung der Beziehungen. Die ostdeutsche Kulturbürokratie widersetzte sich aber weiterhin der Aufführung von Nonos Werken, was zur endgültigen Entfremdung führte.

Auch Ranuccio Bianchi Bandinelli, einer der größten Förderer des Zentrum Thomas Mann, war bald über die Politik der DDR enttäuscht. Nach seiner Teilnahme an den deutsch-italienischen Gesprächen in Weimar im Jahr 1962 prophezeite er, dass "wenn die Barrieren fallen, 80 Prozent der Personen, die nicht in der Partei eingeschrieben sind, fliehen werden, sobald sie können". Außerdem zeichnete er für die KPI ein alles andere als erbauliches Bild von der DDR:

"Mir scheint, dass sich in der DDR alle Probleme manifestieren, denen sich eine revolutionäre Regierung stellen muss, die nicht durch eine Revolution an die Macht kam. Jede ihrer Aktionen wird leicht als Vorschrift und nicht als eine revolutionäre Notwendigkeit angesehen. Leider scheint es so, dass zudem eine Aufklärung der Massen fehlt, die allzu oft durch Losungen ersetzt wird."<sup>48</sup>

Der Ausschluss von Robert Havemann aus der Akademie der Wissenschaften, der Bianchi Bandinelli als korrespondierendes Mitglied angehörte, gab Anlass zum ersten öffentlichen Protest italienischer Wissenschaftler. Dabei zögerten sie nicht, von den Spitzen der Akademie eine Erklärung für den Ausschluss zu verlangen<sup>49</sup>.



<sup>&</sup>lt;sup>45</sup> Fondazione Onlus Archivio Luigi Nono, Dessau an Nono, 31.12.1963.

<sup>&</sup>lt;sup>46</sup> AdK, AdK-O, KM 97, Information über die Haltung des Gen. Luigi Nono zu den Ereignissen in der VRP, 26. 10. 1982.

<sup>&</sup>lt;sup>47</sup> SAPMO-BA, DY/30 vorl. 34920, Hager an Ursula Ragwitz, 5.11.1982.

<sup>&</sup>lt;sup>48</sup> Archiv der KPI, 0502, c. 2604, Bericht vom April 1962.

<sup>&</sup>lt;sup>49</sup> Bis auf den Brief einiger westdeutscher Schriftsteller an Ulbricht waren die italienischen Gelehrten die Ersten, die gegen die Maßnahmen protestierten. Und obwohl in diesem Brief, der wohl vom Zentralkomitee des KPI initiiert wurde, ein anklagender Ton vermieden wurde, darf seine Relevanz nicht zu gering eingestuft werden. Bianchi Bandinelli an Werner Hartke, publiziert in: Silvia Müller/Bernd Florath (Hrsg.), Die Entlassung. Robert Havemann und die Akademie der Wissenschaften 1965/66. Eine Dokumentation, Berlin 1996, S. 213.

Mit dem ersten Kapitel des "Falls Havemann", das bis in die Mitte der 1960er Jahre zurückreichte, kam es aber nicht nur zu ersten Unstimmigkeiten mit Bianchi Bandinelli, sondern auch zu den ersten öffentlichen Auseinandersetzungen zwischen der SED und der kommunistischen Partei Italiens.

Der Physiker und antifaschistische Philosoph Robert Havemann war kein Unbekannter in Italien. 1964 hatte das Verlagshaus Einaudi "Dialektik ohne Dogma" veröffentlicht. In diesem Werk waren alle Texte und Vorträge von Havemann zusammengefasst, die als Grund für seinen Ausschluss von der Akademie genannt wurden. Die italienische Ausgabe hatte ein Vorwort von Cesare Cases, das den kulturellen Kontext, in dem das Buch geschrieben worden war, umriss und über den Stillstand informierte, der in der ostdeutschen Kultur herrsche. Nach zahlreichen Protestnoten konservativer Medienorgane nahm auch die kommunistische Presse öffentlich zum Fall Havemann Stellung und zog damit die Kritik der DDR auf sich. Auf den Brief von sieben Philosophen der DDR, der an die Zeitung "L'Unità"50 geschickt worden war, antwortete das Parteiorgan der KPI, indem es auf die grundlegenden Meinungsverschiedenheiten mit der SED in der Kulturpolitik der letzten Jahre verwies:

"Auch wenn es vielleicht zutrifft, dass Havemann positivistische Tendenzen vertritt, kann dieses Problem nicht durch eine Verurteilung dieser Position gelöst werden. Die kulturellen und ideellen Probleme können nur durch eine Debatte auf Augenhöhe aus dem Weg geräumt werden, ohne dass von Anfang an eine Position als privilegiert angesehen wird. [...] Unserer Meinung nach darf man auf Meinungsäußerungen nicht mit einer Verfolgung reagieren. Der Staat und die öffentlichen sowie sozialen Instanzen dürfen nicht eine bestimmte Ideologie bevorzugen. Es ist nicht akzeptabel, wenn in einem sozialistischen Land ein Arbeiter seinen Job verliert, nur weil er religiös und nicht atheistisch oder weil er positivistisch und nicht marxistisch ist. Dies ist für uns italienische Kommunisten ein ganz wichtiges Prinzip."51

Der "Fall Havemann" wurde schon seit geraumer Zeit in der italienischen Partei diskutiert und hatte größeres Interesse gefunden als die Maßnahmen der SED gegen Wolf Biermann, die in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich zu Protesten führten<sup>52</sup>. Das Interesse der Italiener an Havemann war besonders groß, auch weil Havemann selbst die italienische Reaktion auf sein Buch als die beste erachtete: So verwies er japanische Herausgeber, die "Dialektik ohne Dogma" publizieren wollten, auf die italienische Ausgabe, auf das Vorwort von Cases und die Rezension in der Zeitung "L'Unità"53. Die Tatsache, dass nicht nur die wohlgesonnenen Buchbesprechungen, sondern auch die ersten Einladungen für den abtrünnigen Physiker von der "italienischen Bruderpartei" kamen, war zwar ein Trost für Havemann, wurde aber von der SED als Affront gewertet. Ins-

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin Zeitgeschichte

VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

<sup>&</sup>lt;sup>50</sup> SAPMO-BA, DY/30 IV/A2/20, 504, Interner Bericht für Albert Norden, 19. 2. 1966.

<sup>&</sup>lt;sup>51</sup> Una lettera sul "caso Havemann", in: "L' Unità" vom 5. 4. 1966.

 $<sup>^{52}</sup>$  Vgl. Günter Agde (Hrsg.), Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente, Berlin 1991, S. 360-362.

<sup>&</sup>lt;sup>53</sup> Robert-Havemann-Archiv, Berlin, RH 021, NL Band 66.

besondere die Haltung des Mathematikers Lucio Lombardo Radice, Mitglied des Zentralkomitees der KPI, verstimmte die politischen Funktionäre der DDR. Lombardo Radice, der "Dialektik ohne Dogma" gelesen und positiv besprochen hatte, trat persönlich mit Havemann in Kontakt. Der Mathematiker irritierte damit die SED-Führung nicht zum ersten Mal. Nach seiner Teilnahme an einem "Runden Tisch" im bundesrepublikanischen Fernsehen im Dezember 1966 widmete ihm das SED-Parteiorgan "Neues Deutschland" einen langen Artikel mit dem Titel "Das Verhör des Lombardo Radice", der dem italienischen Kommunisten revisionistische Absichten vorwarf. Mit diesem Artikel erhielt die Öffentlichkeit der DDR das erste Mal Kenntnis vom Zwist zwischen der SED und der italienischen Bruderpartei, der lange verborgen geblieben war<sup>54</sup>.

Nach dem Vorspiel des Falles Havemann machte die Entscheidung der SED von 1976, Wolf Biermann die Rückkehr in die DDR zu verwehren, den Zusammenstoß beider Parteien unausweichlich. Die italienischen Kommunisten verurteilten diese Maßnahme und bezeichneten sie als "inakzeptabel"55. Honecker schrieb danach an Berlinguer und empörte sich über das Verhalten der KPI und über einige Erklärungen des Parteisekretärs im italienischen Fernsehen. Er erklärte in scharfem Ton, dass die Freiheit Biermanns nicht verletzt worden sei: Der Liedermacher habe sich aus freien Stücken dem Dienst der Propaganda des Klassenfeindes verschrieben und somit bewusst das Recht aufs Spiel gesetzt, in die DDR zurückzukehren. Ferner beharrte Honecker darauf, dass Biermann nicht aus seiner Heimat verjagt worden sei. In Wahrheit sei er nie Bürger der Deutschen Demokratischen Republik gewesen, sondern sei dort nur aus "humanitären Gründen" aufgenommen worden, als er 1953 Hamburg verlassen wollte<sup>56</sup>.

Die Antwort Berlinguers ließ nicht lange auf sich warten und war ebenfalls resolut und direkt. Er führte aus, dass er die Begründungen Honeckers nicht für plausibel erachte und es unerheblich sei, ob die DDR das Geburtsland Biermanns sei oder nicht. Politische Ansichten dürften kein Grund für Repressionen sein. Sofern es sich "um eine Aktivität handele, die eine Straftat nach dem Gesetzbuch darstelle", müsse es einen Urteilsspruch geben, und der Angeklagte müsse die Möglichkeit zur Verteidigung haben. Auch wenn Berlinguer bekräftigte, weiter "für die Freundschaft und die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern zu arbeiten", distanzierte er sich doch klar von den Entscheidungen der SED, die negative Konsequenzen für das Image des Sozialismus haben mussten<sup>57</sup>.

Dieser Briefwechsel beendete die Freundschaft zwischen Berlinguer und Honecker. Der Verdacht einiger italienischer Zeitungen, der Führer der italienischen Kommunisten sei mit seinen politischen Ideen ein Vorbild für ostdeutsche Dissidenten, wurde auch in Ost-Berlin geteilt. Die Staatssicherheit sammelte Informationen über die italienische Reaktion auf den Fall Biermann und erkannte dabei.



<sup>&</sup>lt;sup>54</sup> Vgl. Max Friedrich, Das Verhör des Lombardo-Radice, in: Neues Deutschland vom 24.12.1966.

<sup>&</sup>lt;sup>55</sup> Un provvedimento inaccettabile, in: "L'Unità" vom 20.11.1976.

<sup>&</sup>lt;sup>56</sup> SAPMO-BA, DY/30, 2450, S. 83 f.

<sup>&</sup>lt;sup>57</sup> Ebenda, S. 85.

in welchem Maße die KPI zusammen mit der spanischen und der französischen Partei den deutschen Liedermacher unterstützte. Dies wiederum bestätigte den Eindruck, dass der Eurokommunismus den Dissidenten den Rücken stärkte<sup>58</sup>.

Auch das Zentrum Thomas Mann protestierte gegen die Behandlung von Biermann<sup>59</sup>, Guido Roncalli, Leiter des venezianischen Büros des Zentrums, beschwerte sich Anfang des Jahres 1977 während einer Reise in Berlin über die schwierige Situation, in der das Zentrum arbeiten müsse: Ohne seriöse Informationen über heikle Fragen sei man nicht in der Lage, in der italienischen Öffentlichkeit Entscheidungen der SED zu verteidigen, wenn man diese - wie im Falle der Ausweisung Biermanns – selber nicht begreife<sup>60</sup>. Zum ersten Mal gingen damit die Förderer des Zentrums offiziell und öffentlich auf Distanz zur ostdeutschen Kulturpolitik.

Wie in Ost-Berlin vermutet, entwickelte sich die italienische Linke sukzessive zu einem verlässlichen Partner für die ostdeutschen Dissidenten, weil sie - wie diese - trotz ihrer Kritik am real existierenden Sozialismus das Vertrauen in den Kommunismus nicht verloren hatten. Nach seiner erzwungenen Übersiedlung in den Westen reiste Wolf Biermann ausgerechnet nach Italien, wo er von Bürgermeistern und diversen Vertretern der KPI empfangen wurde. Dabei war trotz eines anfänglichen Misstrauens Biermanns die Begegnung mit Nono "das Beste an der Reise nach Italien". Nachdem Nono sich die Klagen und Probleme Biermanns angehört hatte, wies er ihn darauf hin, dass er sich weder von den Rechten noch von den Stalinisten in eine "nicht dialektische" Position zur DDR drängen lassen solle. Biermann berichtete über die Begegnung mit Nono und über die Reise nach Italien in einem Brief an Robert Havemann, der im Februar 1977 in der westdeutschen Wochenzeitschrift "Die Zeit" veröffentlicht wurde. Darin schilderte der Liedermacher Italien als ein Land, in dem der Kommunismus Spezifika entwickelt habe, die von denen in Deutschland weit entfernt seien. So toleriere die KPI interne Meinungsverschiedenheiten, und die Arbeiter seien sich der wirklich wichtigen Fragen sehr wohl bewusst und ließen sich nicht von der Propaganda einlullen<sup>61</sup>.

Paradoxerweise waren es ausgerechnet die schwere innere Krise der ostdeutschen Kultur, der "Fall Biermann" und die Maßnahmen gegen die kritischen Intellektuellen, die eine Wiederannäherung zwischen den Kulturen der zwei Länder ermöglichten. Biermann und die Frage der Dissidenten konfrontierten den Westen mit der ostdeutschen Lebenswelt und brachten den Abweichlern viele Sympathien ein – auch unter den Italienern, deren Missbilligung der SED zeitlich mit der Konsolidierung der Dissidenz ostdeutscher Intellektueller zusammenfiel.



<sup>&</sup>lt;sup>58</sup> Robert-Havemann-Archiv, MfS, HAXX ZM, Nr. 1077, Bd. 1, S. 107 f.

<sup>&</sup>lt;sup>59</sup> "Italia-RDT" e il "Thomas Mann" protestano per Biermann, in: "L'Unità" vom 7.12.1976.

<sup>&</sup>lt;sup>60</sup> SAPMO-BA, DY/30, 2568, Bericht über eine Reise von italienischen Gästen in die DDR, Februar 1977.

<sup>&</sup>lt;sup>61</sup> Robert-Havemann-Archiv, MfS AU 145/90, Bd. 5, Kopie des Artikels "Wolf Biermanns Brief an Robert Havemann", in: Die Zeit vom 25. 2. 1977.

Vor allem die Germanisten, von denen viele aus der Schule von Cesare Cases kamen oder zumindest sein negatives Urteil über die politisch-kulturelle Realität der DDR kannten, wurden in dieser Periode zum wichtigsten Ansprechpartner für die Intellektuellen der DDR. Alle italienischen Germanisten und die Vereinigung für Deutschlehrer (inklusive der Vize-Präsidenten des Zentrum Thomas Mann Mazzino Montinari und Paolo Chiarini sowie dem Mitglied des Vorstandes Cesare Cases) kritisierten die Behandlung von Biermann und Havemann durch die SED<sup>62</sup>. In einem Kommuniqué, das in "L'Unitá" veröffentlicht wurde, beschränkten sie ihren Prostest nicht auf aktuelle Ereignisse, sondern gingen weit darüber hinaus:

"Protest ist wichtig! Er muss aber über einzelne Ereignisse, wie schlimm sie auch sein mögen, hinausgehen, um die strukturellen Gründe, die die Ursache für die großen Verirrungen und Widersprüche sind, der Öffentlichkeit aufzuzeigen. Die Unterzeichner schlagen deshalb einen eingehenden und öffentlichen Dialog über Kultur und Politik vor. Die Einladung zu dieser offenen und konstruktiven Debatte richtet sich nicht nur an das kulturelle Establishment Italiens, sondern auch an alle Intellektuellen der DDR, denen ein positives Bild ihres Landes in der demokratischen Öffentlichkeit Italiens am Herzen liegt."

Die Germanisten besaßen mehr als jeder andere Berufszweig die Möglichkeit, die ostdeutsche Kultur wirklich kennenzulernen: Denn insbesondere die DDR-Literatur war weit davon entfernt, eine "Waffe im politischen Kampf" zu sein, wie es sich die SED erhofft hatte. Vielmehr enthielt sie viele Informationen über die DDR, die von den Presseorganen oder den Kampagnen der Auslandsinformation verschwiegen wurden. Sie war, trotz vielfältiger Zensurbemühungen, ein eigenständiger Bereich der DDR-Kultur und stellte insofern eine Art "Ersatzöffentlichkeit" dar. Die Aufenthalte in der DDR, bei denen die italienischen Germanisten ihre Kollegen trafen und die Literatur und die Schriftsteller kennenlernten, trugen somit wesentlich dazu bei, den Italienern ein vollständiges Bild Ostdeutschlands zu vermitteln.

#### 5. Die DDR-Literatur in Italien

Das Zentrum Thomas Mann veranstaltete mehrmals Begegnungen mit der DDR-Literatur. Aufgrund der Hindernisse, die ihm von ostdeutscher Seite in den Weg gelegt wurden, kam es aber zu keinem regen Literaturaustausch<sup>64</sup>. Dieses Defizit behob die Arbeit junger italienischer Intellektueller, die der DDR-Literatur



<sup>&</sup>lt;sup>62</sup> SAPMO-BA, DY/30, 2568, 16.12.1976.

<sup>63 &</sup>quot;Docenti universitari per Biermann e Havemann", in: "L' Unità" vom 15.12.1976.

<sup>&</sup>lt;sup>64</sup> Prinzipiell waren die mit den Kulturbeziehungen zu Italien betrauten Personen nicht dagegen, in Italien Veranstaltungen über die DDR-Literatur und deren Autoren zu veranstalten. Es war wohl eher die Überzeugung, dass es für die Auslandspropaganda ausreichen würde, immer wieder die Ausstellungen und Konferenzen über die gleichen Themen zu wiederholen. Auch muss in Betracht gezogen werden, dass man in der DDR die Konsequenzen fürchtete, die aus der Kenntnis der Werke ostdeutscher Schriftsteller im Ausland erwachsen würden.

Konferenzen, Veröffentlichungen und Kurse an der Universität widmeten. Der wichtigste Bezugspunkt für jeden, der sich in Italien mit der DDR-Literatur beschäftigte, war das Werk von Cases aus dem Jahr 1958. Auch der bekannte Zeithistoriker Enzo Collotti, der 1968 in seinem berühmten Buch "Storia delle due Germanie" die kulturelle und literarische Realität der DDR beschrieb, stellte keine bedeutenden Veränderungen fest im Vergleich zu den Erkenntnissen von Cesare Cases. Collotti, der alles andere als ein Konservativer war, kritisierte die kulturelle Rückständigkeit der DDR, die nur mit der Lage in der Sowjetunion vergleichbar sei. Die ostdeutsche Kultur gerate gegenüber den anderen sozialistischen Ländern zusehends ins Hintertreffen, auch wenn Collotti Ende der sechziger Jahre ein Anwachsen der problemorientierten und kritischen Literatur ausmachte. Gerade einzelne engagierte und unruhige Stimmen wie jene von Havemann und Biermann waren für ihn ein Hoffnungsschimmer für die zukünftige Entwicklung<sup>65</sup>.

Die kritische Haltung und die Skepsis gegenüber der politisch-kulturellen Linie der SED, die Cases und die nachfolgende Generation italienischer Germanisten äußerten, führten jedoch nicht zu einer Abschottung gegenüber der DDR-Literatur. Im Gegenteil: Während die Italiener dem Theater, dem Kino, der Musik und der Kunst nicht viel Beachtung schenkten, stieß die ostdeutsche Literatur auf ein gewisses Interesse<sup>66</sup>. Dies war vor allem den Autoren zu verdanken, die das begründeten, was später als DDR-Literatur bezeichnet wurde. Schon in den 1950er Jahren veröffentlichten italienische Verlagshäuser Werke antifaschistischer Autoren wie etwa von Anna Seghers und von Arnold Zweig. In den folgenden Jahrzehnten wurde das antifaschistische Element sukzessive in das zweite Glied gedrängt, auch wenn es - zusammen mit dem Sozialismus - eines der wichtigsten Motive für die italienische Bewunderung der kulturellen Welt des "anderen Deutschland" blieb. Ursächlich hierfür waren die Arbeiten einer neuen Generation von Schriftstellern, die versuchten, die antifaschistische Kultur zu revolutionieren. Dies gilt etwa für Günter Kunert, dessen Roman "Im Namen der Hüte" zu Beginn des Jahres 1969 in Italien publiziert wurde. Vom selben Autor erschien im darauf folgenden Jahr beim linksgerichteten Turiner Verlagshaus Einaudi eine Sammlung von Gedichten mit dem Titel "Erinnerungen an einen Planeten", während Franco Fortini für das Mailänder Verlagshaus Mondadori die Gedichtsammlung "Chausseen, Chausseen" von Peter Huchel übersetzte.

Seit Ende der 1970er Jahre wuchs in Italien dank der nun etablierten Feministenbewegung das Interesse für die Frauenliteratur der DDR. Die Feministinnen übernahmen von der DDR-Literatur und vor allem aus der Frauenliteratur Symbole und neue Ausdrucksformen. Das Werk "Guten Morgen, du Schöne" von

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Institut für Zeitgeschichte München-Berlin Zeitgeschichte

VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

<sup>&</sup>lt;sup>65</sup> Vgl. Enzo Collotti, Storia delle due Germanie, Turin 1968, S. 882–869.

<sup>&</sup>lt;sup>66</sup> Im Unterschied zu Frankreich, wo wiederholt die Werke Heiner Müllers aufgeführt wurden, war das Theater der DDR, Brecht ausgenommen, in Italien nahezu unbekannt. Ein ähnliches Bild bot sich beim Film. Die Produktionen der DEFA konnten sich auf dem italienischen Markt nicht durchsetzen und waren nur - und dies auch sehr selten - bei Festivals oder bei exklusiven Vorführungen zu sehen.

Maxie Wander aus dem Jahr 1980 präsentierte den italienischen Lesern die Lebenswelt der Frauen in der DDR. Dabei war es weniger von Interesse, dass die Frauen in der DDR bereits einen hohen Grad an Emanzipation erreicht hatten. Viel wichtiger war es, dass die Frauen "außergewöhnlich gewissenhafte, glänzende, gelassene und zugleich unerbittliche Zeuginnen der Familie, ihres eigenen Ehelebens, der Arbeitswelt, der Politiker und der Kinder"<sup>67</sup> geblieben waren. Lia Secci organisierte im Mai 1981 die Tagung "Die Frauenfrage in der Literatur der DDR" an der Universität Perugia und erhielt dafür die Unterstützung des Zentrum Thomas Mann und des Frauenberatungszentrums der Region Umbrien<sup>68</sup>. Mit Hilfe des Zentrum Thomas Mann konnten 1981 die Tagungsbeiträge in der Zeitschrift "donnawomanfemme" veröffentlicht werden. Dabei handelte es sich um Aufsätze der Schriftstellerin Irmtraud Morgner, der Germanistinnen Lia Secci, Anna Chiarloni, Antonella Gargano und Vanda Perretta und ostdeutscher Literaturexperten wie Eva Kaufmann und Christine Wolter. Auch der Band "Blitze aus heiterem Himmel" zum Thema "Geschlechtertausch" war ein Ergebnis der Tagung von Perugia<sup>69</sup>. Außerdem bildete die Konferenz den Auftakt für weitere Fachtagungen zur Frauenliteratur<sup>70</sup>.

Auch der Erfolg der Werke Christa Wolfs in Italien ging auf das Interesse der Feministinnen zurück. Im Jahr 1983 entschied sich der römische Verlag e/o das Buch "Der geteilte Himmel" zu veröffentlichen. Obwohl die Übersetzung des Werkes schon geraume Zeit vorlag, wurde es nicht gleich gedruckt, da vom Buch "Nachdenken über Christa T." nur wenige Exemplare verkauft worden waren. "Der geteilte Himmel" löste jedoch eine große Nachfrage bei der feministischen Bewegung aus, und in Mailand wurde eine Ausstellung unter dem Motto "Von der anderen Hälfte des Himmels" in Anlehnung an den Titel des Buches von Wolf organisiert. Auch ihr Werk "Kassandra", dessen Hauptperson zu einem Symbol für die italienischen Frauen wurde, war auf dem italienischen Markt erfolgreich. Die Begeisterung für die Werke Christa Wolfs bedeutete jedoch keine Beschönigung der Verhältnisse der Frauen in der DDR, die – wie die Germanistin an der Universität Turin Anna Chiarloni erklärte – dort ebenso ungelöst war wie in Italien<sup>71</sup>.

Aber Christa Wolf eroberte die Sympathien des italienischen Publikums nicht nur deshalb, weil sie eine Vertreterin der Frauenliteratur war. Antonella Gargano erklärte 1987 in der Zeitschrift "*L'Indice*" die weiteren Gründe für den Erfolg: So sei nicht nur die Frauenfrage, sondern auch die Aktualität und die Menschlichkeit, die sich in ihren Werken widerspiegle, hierfür verantwortlich<sup>72</sup>. Besonders ein Hauptmotiv vieler Werke Wolfs – nämlich die "Schwierigkeit "Ich"



 $<sup>^{67}</sup>$  Maxie Wander, Ciao Bella, 19storie, quasi un romanzo, Mailand 1980, (Zitat: Umschlag des Buches).

<sup>&</sup>lt;sup>68</sup> Archiv des Zentrum Thomas Mann, Korrespondenz von Rosa Spina mit Lia Secci (Dezember 1978) und mit dem Frauenberatungszentrum der Region Umbrien (16.2.1979).

<sup>&</sup>lt;sup>69</sup> Vgl. Sarah Kirsch/Irmtraud Morgner/Christa Wolf, Geschlechtertausch – Drei Geschichten über die Umwandlung der Verhältnisse, Frankfurt a. M. 1980.

 $<sup>^{70}</sup>$ Ebenda, Anna Maria Carpi am Frauenzentrum in Mestre, 16. 3. 1983.

<sup>&</sup>lt;sup>71</sup> Vgl. Anna Chiarloni, Christa Wolf, Turin 1988, S. 67.

<sup>72</sup> Antonella Gargano, Christa Wolf in Italia, in: "L'Indice", S. 4f.

zu sagen", die jeder Einzelne im real existierenden Sozialismus hatte - machte die Prosa Christa Wolfs für die italienische Linke unverzichtbar, eröffnete es ihr doch die Möglichkeit, die Verhältnisse in der DDR und den Sozialismus auch als Vertreter der Linken zu kritisieren. Vor allem die Germanisten beriefen sich immer wieder auf diesen Aspekt, so auch bei ihrer Interpretation der Werke von Christoph Hein, die der Verlag e/o in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre veröffentlichte. Heins Werk "Der fremde Freund" wurde zum Beispiel von Fabrizio Cambi als "eine markante Beschreibung des Verfalls und der Eintönigkeit eines sozialistischen Landes" definiert, "die durch Entfremdung hervorgerufen wurden"<sup>73</sup>.

Von 1984 bis 1987 widmete sich ein von Anna Chiarloni geleitetes Forschungsprojekt der DDR-Literatur. Die Ergebnisse wurden 1987 auf einer Konferenz in Pisa präsentiert. Daran nahmen auch der italienische Historiker Enzo Collotti und die DDR-Schriftsteller Helga Königsdorf, Volker Braun und Christoph Hein teil. Es handelte sich um den ersten Versuch, die ostdeutsche Literatur in Italien zu etablieren, auch wenn sich die Resonanz zunächst auf das akademische Milieu beschränkte<sup>74</sup>.

Dank der Germanisten und der Arbeit von Verlagshäusern wie La Tartaruga, Einaudi, Feltrinelli oder Mondadori eroberte sich die DDR-Literatur eine kleine Sparte im italienischen Verlagswesen. Sie vermittelte den Italienern ein Bild des sozialistischen Deutschlands - mit all seinen Eigenheiten, seinen Grenzen und seinen Widersprüchen. Die Texte waren vielfach Ausdruck jenes typischen literarischen Dissenses, wie man ihn im intellektuellen Milieu der DDR antraf. Den Anfang machten dabei 1970 die Werke von Kunert und Huchel. Auch "Die neuen Leiden des jungen W." von Ulrich Plenzdorf, die im Zeichen einer kurzfristigen Liberalisierung der Kulturpolitik unter Honecker im Jahr 1972 in der DDR veröffentlicht und sofort ins Italienische übersetzt wurden, waren ein Beispiel für diese Literaturgattung. So erhielten die italienischen Leser die Möglichkeit, die Reflexionen eines jungen Rebellen aus der DDR kennenzulernen. Die Werke "Für meine Genossen" von Wolf Biermann und "Sensible Wege" von Reiner Kunze wurden nach der Ausbürgerung der beiden Autoren im Jahr 1976 beziehungsweise 1982 gedruckt<sup>75</sup>.

Es war vor allem das junge Verlagshaus e/o, das sich der Veröffentlichung von Werken aus den sozialistischen Ländern verschrieb. Paolo Chiarini und Lia Secci sprachen von einem "immer größer werdenden Bereich" innerhalb des italienischen Buchmarktes, den sich die ostdeutschen Schriftsteller eroberten. Im Jahr 1987 wurde zum 30-jährigen Bestehen des Zentrum Thomas Mann ein kritischer



<sup>&</sup>lt;sup>73</sup> Fabrizio Cambi, Postfazione, in: Christoph Hein, L'amico estraneo, Rom 1987, S. 184f.

<sup>&</sup>lt;sup>74</sup> Vgl. Anna Chiarloni/Gemma Sartori/Fabrizio Cambi (Hrsg.), Die Literatur der DDR 1976– 1986. Akten der internationalen Konferenz (Pisa, Mai 1987), Pisa 1988.

<sup>&</sup>lt;sup>75</sup> Zur Rezeption der DDR-Literatur in Italien vgl. die Aussagen von Anna Chiarloni, Zur italienischen Rezeption der deutschen Nachkriegsliteratur, in: Text und Kritik, Sonderband (1995), S. 155-167; Magda Martini/Michele Sisto, Vicende e problemi della ricezione in Italia, in: Michele Sisto (Hrsg.), L'invenzione del futuro. Breve storia letteraria della DDR dal dopoguerra a oggi, Mailand 2009, S. 331-412.

Sammelband über die DDR-Literatur herausgegeben<sup>76</sup>. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre fanden in Italien auch die ersten Konferenzen mit ostdeutschen Schriftstellern statt. In Rom wurde zusammen mit dem Zentrum Thomas Mann eine Lesung mit Christa Wolf organisiert, an der – wie auch später bei einer ähnlichen Veranstaltung mit Stephan Hermlin – ein großes Publikum teilnahm. 1986 diskutierten in Berlin Germanisten der Universität La Sapienza mit Kollegen der Humboldt Universität über die Beziehung der DDR-Literatur zur Geschichte und zum Alltag. Die Organisatoren gaben zu, dass "die Beiträge aus der DDR offenkundig von einer anderen Einstellung zu den kulturpolitischen Voraussetzungen für den Literaturprozess aus [gingen], als die Beiträge der Literaturwissenschaftler aus Italien"<sup>77</sup>. Offenbar war jedoch in der DDR eine kritische Analyse der Beziehung zwischen Literatur und Gesellschaft nicht erwünscht, denn die Ergebnisse des Konvents, auch wenn sie auf Deutsch verfasst worden waren, wurden nur in Italien publiziert.

#### 6. Die Stasi und die Mauer in der Vorstellungswelt der Italiener

Obwohl die Staatssicherheit und die politische Elite des Regimes immer versuchten, über die kulturelle Situation und über die politische Position der Intellektuellen in Italien informiert zu sein, kümmerten sie sich nicht um die Aktivitäten der Italiener in der DDR. Cases, der während des Budapester Aufstands an der "subversiven" Versammlung des romanistischen Instituts der Universität Leipzig teilgenommen hatte, wurde nicht überwacht und auch nicht verurteilt wie seine deutschen Kollegen. Vielmehr galt er als vertrauenswürdiger ausländischer Genosse, den einige Mitglieder der Gruppe Harich gegen die DDR und den Sozialismus aufzuwiegeln versucht hatten<sup>78</sup>. Mucchi, der die ostdeutschen Studenten dazu animierte, den real existierenden Sozialismus in seiner dogmatischen Form aufzugeben und 1961 die von der Stasi überwachte Ausstellung "Galerie Konkret" unterstützte<sup>79</sup>, lebte unbehelligt in der DDR. Er erhielt sogar von der Polizei Privilegien: Obwohl er mehrmals die Kulturpolitik der SED kritisierte, wurde es ihm gestattet, Zeitungen aus dem Westen zu beziehen, die in der DDR nicht zu kaufen oder bisweilen sogar verboten waren. Nono, dessen Werke von der SED kritisiert oder zensiert wurden, konnte in der DDR ohne Auflagen reisen und erfreute sich sogar eines besonderen Respekts bei den Parteispitzen.

In den Akten der Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen ist nur ein Dossier über den kommunistischen Gelehrten und Mathematiker Lucio Lombardo Radice zu finden. Wenngleich er als so kritischer italienischer Kommunist bekannt war, dass ihm 1966 das Parteiorgan der SED ein seitenlanges "Verhör" wid-



<sup>&</sup>lt;sup>76</sup> Vgl. Paolo Chiarini/Lia Secci (Hrsg.), La valigia di Heidelberg. Tendenze della narrativa nell'altra Germania, Rom 1987, S. VII.

<sup>&</sup>lt;sup>77</sup> Paolo Chiarini/Ursula Heukenkam (Hrsg.), Perspektivenwechsel. Subjektivität in Spannung zu Alltag und Geschichte: ein Berliner Kolloquium, Rom 1990, S. 17.

<sup>&</sup>lt;sup>78</sup> Vgl. Cases, Confessioni di un ottuagenario, S. 101.

<sup>&</sup>lt;sup>79</sup> Vgl. Günter Feist/Eckart Gillen/Beatrice Vierneisel (Hrsg.), Kunstdokumentation SBZ-DDR, 1945–1990. Aufsätze – Berichte – Materialien, Berlin 1996, S. 293–295.

mete, konnte er zwei Mal unerkannt in die DDR einreisen. Seine Anwesenheit erweckte die Aufmerksamkeit der Stasiagenten erst 1977, als er Robert Havemann besuchte. Trotz eines aufwendigen Überwachungssystems wurden die Agenten der Stasi von seiner unerwarteten Anwesenheit in der Wohnung des am besten überwachten Dissidenten der DDR überrascht. Es vergingen vier Tage, ehe die Stasi die Identität des mysteriösen Unbekannten lüften konnte, und weitere Tage, ehe ein politisches Profil von Lucio Lombardo Radice vorlag, der in der Zwischenzeit die DDR in aller Ruhe wieder verlassen hatte und in der Zeitung "*L'Unità*" ein Interview mit Havemann veröffentlichte. Erst danach kam sein Name auf die Liste der unerwünschten Persönlichkeiten der DDR<sup>80</sup>. Diese Episode war der einzige bekannte Fall, bei dem die Stasi italienische Intellektuelle überwachte. Sie scheint damit die These zu bestätigen, dass Italien und seine Intellektuellen bei der ostdeutschen Spionage keine Priorität besaßen.

In Italien selbst war die Stasi noch weniger präsent. Die geringe Aufmerksamkeit der Stasi für Italien und für die Intellektuellen, die die DDR besuchten, mag angesichts des Rufs eines umfassenden und perfekten ostdeutschen Sicherheitssystems, den die Stasi bei den Italienern hatte, verwundern. Jeder italienische Gast war überzeugt, dass die Stasi ihn registrierte und während seines Aufenthalts streng überwachte. Die restriktiven Grenzkontrollen und die gedrückte Stimmung in der DDR sind in den Erinnerungen vieler Italiener stark eingeprägt.

Das besondere Interesse für die Welt der Stasi und die politische Willkür in der DDR wurden von den Diskussionen über die Macht des Ministeriums für Staatssicherheit weiter genährt, die Anfang der 1990er Jahre Deutschland aufwühlten. Nach dem Fall der Berliner Mauer fand auch in Italien ein Nachdenken über die Geschichte der DDR statt. Bis heute führte diese Reflexion aber vor allem zu einer polemischen Diskussion zwischen den politischen Parteien Italiens, sie resultierte nicht in einer historischen Aufarbeitung, wie sie in Deutschland stattfand. Auch konservative Intellektuelle und alle diejenigen, die nach dem Mauerfall der Linken den Rücken kehrten, brachten nicht mehr zustande als eine verleumderische Kampagne gegen alle Italiener, die Beziehungen zur DDR unterhalten hatten. Man warf ihnen vor, die ostdeutsche Führung verehrt und im Westen die Verbrechen des Regimes und die Leiden der DDR-Bevölkerung verschwiegen zu haben<sup>81</sup>. Solche Anklagen, die sich vor allem aus der Konfrontation der Parteien speisten, zeichneten jedoch kein realistisches Bild der komplexen Beziehungen

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

<sup>80</sup> Die Dokumente der Stasi über Lucio Lombardo Radice befinden sich als Fotokopie in: Robert-Havemann-Archiv, MfS, AU 145/90, Bd. 5, und MfS, AOP 5469/89 98.

<sup>81</sup> Um nur ein Beispiel anzuführen: Am 17.12.1989 griff von Berlin aus Alberto Arbasino die italienische Linke an, die wiederholt die Parteispitzen der DDR, die "Räuber und Profiteure", aufsuchten und verehrten. "Aber haben sie es nicht gesehen? Haben sie nicht verstanden? Wie schafften sie es vollkommen zufrieden zurückzukehren, von diesen Ländern, ohne das Leiden und die Bedürfnisse der Bevölkerung zu erkennen? [...] Aber es ist nicht möglich, dass in diesen vierzig Jahren alle unsere Freunde der Tyrannen, die heute entlarvt sind, nichts, rein gar nichts gesehen haben wollen! Sie haben nicht einmal ihr Mitgefühl und ihr Mitleid angesichts der Realität ausgedrückt, die selbst mancher Tourist beobachten konnte." Alberto Arbasino, Uno squarcio nel muro, in: La Repubblica vom 17.12.1989.

zur DDR: Indem sie das Verhältnis der Linken mit der SED glorifizierten, marginalisierten sie die Schwierigkeiten, die Brüche und die grundlegenden Meinungsverschiedenheiten; auch die Solidarität mit den ostdeutschen Dissidenten blendeten sie aus.

Pate stand bei alledem der Versuch, die linke Kultur zu delegitimieren, die in Italien während des Kalten Krieges dominierte. Dabei attackierten die liberalen und konservativen Medien jedoch nicht nur unterschiedslos jeden, der Beziehungen mit der DDR gehabt hatte, sondern sie malten in der italienischen Öffentlichkeit auch ein düsteres Bild des Landes, das einzig von den Gräueltaten der Stasi geprägt war. Diese Vorstellung eines äußerst effizienten "Stasilandes" verzerrte die geschichtliche Erfahrung der DDR. Dies ging sogar soweit, dass zu Beginn der 1990er Jahre in diplomatischen und journalistischen Beiträgen die Geschichte der DDR mit der Geschichte der Staatssicherheit in eins gesetzt wurde. Selbst mit dem Versuch, Parallelen zur Geschichte des NS-Regimes zu ziehen, sprach man die Sensibilität der Italiener an. Schon 1990 erschien in der "La Repubblica" ein Artikel, in dem ohne weitere Erklärung behauptet wurde, dass auf den NS-Genozid im Namen der Rasse in der DDR ein Genozid im Namen der Klasse gefolgt sei<sup>82</sup>.

Während die kommunistische Presse schuldbewusst schwieg oder sich in Selbstkritik übte, waren es wiederum die italienischen Germanisten, die ihre Arbeit fortsetzten und versuchten, ein weitaus komplexeres Bild des Lebens in der DDR zu zeichnen: Sie beschrieben die kulturellen Entwicklungen und berichteten über die Spannungen zwischen Gesellschaft und Politik, wie sie in der DDR-Literatur zu finden waren. Obwohl die Gelehrten eine offene Konfrontation mit ihren Anklägern vermieden, wandten sie sich gegen das Bild vom "Stasiland" und stellten diesem das Bild vom "Leseland" zur Seite, ohne die verbrecherische Dimension der SED-Herrschaft leugnen zu wollen. Dabei bezogen sie sich nicht auf die Aussage der SED, dass in der DDR eine sehr hohe Anzahl von Büchern pro Einwohner erschienen seien. Vielmehr begründeten sie ihre Interpretation damit, dass die DDR-Literatur eine starke soziale Kraft gewesen sei. Auch wenn das Bild vom "Leseland" in der Medienlandschaft kein großes Echo fand, bietet es vielleicht eine Möglichkeit, die Polemik über das "Stasiland" zu beenden und die Diskussion über die DDR in ruhigere Bahnen zu führen<sup>83</sup>.

Übersetzt von Tobias Hof



 <sup>&</sup>lt;sup>82</sup> Vgl. Alberto Ronchey, L'incubo tedesco che turba l'Europa, in: La Repubblica vom 31.5. 1990.
 <sup>83</sup> Vgl. zur Rezeption der DDR-Literatur in Italien nach dem Fall der Mauer Magda Martini, Die DDR-Literatur im Italien der neunziger Jahre, in: Fabrizio Cambi (Hrsg.), Gedächtnis und Identität. Die deutsche Literatur nach der Vereinigung, Würzburg 2008, S. 171–185.



# Über die Geburt des Grundgesetzes



Der Parlamentarische Rat 1948–1949 Akten und Protokolle

Akten und Protokolle
Band 14: Hauptausschuß
Bearbeitet von Michael F. Feldkamp
Herausgegeben vom deutschen Bundestag
und vom Bundesarchiv unter der Leitung von
Horst Risse und Hartmut Weber
2009 | LIV, 1976 S. | Leinen

2009 | LIV, 1976 S. | Leinen in 2 Teilbänden | € 168,00 ISBN 978-3-486-56564-5

Am 1. September 1948 konstituierte sich in Bonn der Parlamentarische Rat. In sechs Fachausschüssen wurden die einzelnen Abschnitte des Grundgesetzes beraten, doch erst im Hauptausschuss wurden die manchmal auch widersprüchlichen Entwürfe zu einem gesamten, homogenen Grundgesetzentwurf zusammengefasst. Schon zeitgenössisch fand der Hauptausschuss zu Recht das besondere Interesse, denn als einziger Ausschuss des Parlamentarischen Rates tagte er bei Anwesenheit von Pressevertretern und Vertretern der westlichen Allijerten. Auch deswegen wurden hier - anders als in den Fachausschüssen – insbesondere die parteipolitisch gegensätzlichen Auffassungen zur Geltung gebracht.

©Vierteliahrshefte für Zeitgeschichte Oldenbourg.de



Das nationalsozialistische Deutschland hatte im Ausland nicht nur Feinde. Charakteristisch für nicht wenige seiner auswärtigen Sympathisanten war freilich der Umstand, daß sie die Praxis nationalsozialistischer Politik nie kennenlernen sollten. Auf die großen Sympathien, die etwa in der panarabischen Bewegung zu finden waren, hat die deutsche Führung geschickt und skrupellos reagiert. Die deutschen Rundfunksendungen für die arabische Welt, bislang weitgehend unbekannt, sind dafür ein aufschlußreicher Beleg. Jeffrey Herf präsentiert einen faszinierenden Quellenfund, der nicht nur historiographische Bedeutung besitzt.

Jeffrey Herf

# **Hitlers Dschihad**

Nationalsozialistische Rundfunkpropaganda für Nordafrika und den Nahen Osten

Während des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust gab sich das NS-Regime größte Mühe, Araber und Muslime im Nahen Osten und in Nordafrika mit Rundfunksendungen in arabischer Sprache zu umwerben¹. Dabei präsentierte es sich als antiimperialistischer Vorkämpfer, erst gegen Großbritannien, dann sowohl gegen die USA wie gegen die Sowjetunion. Zugleich suchte es darzutun, daß islamische Traditionen und nationalsozialistische Ideologie vereinbar seien². Vom Herbst 1939 bis zum März 1945 brachte ein deutscher Kurzwellensender sieben Tage und sieben Nächte in der Woche speziell konzipierte Programme für den Nahen Osten und Nordafrika. Ein erheblicher Teil aller deutscher Radiosendungen wurde auf Band aufgenommen und sorgsam archiviert³. Von den wohlbekannten Reden des Großmufti von Jerusalem, Haj Mohammed Amin el-Husseini, abge-

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VfZ 2/2010 © Oldenbourg 2010 DOI 10.1524/vfzg.2010.0013

Jahrgang 58 (2010), Heft 2

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html

URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2010\_2.pdf

VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Siehe Jeffrey Herf, Nazi Propaganda for the Arab World, New Haven/Ct 2009. Auch werden Themen entwickelt, die sich finden bei Jeffrey Herf, The Jewish Enemy: Nazi Propaganda During World War II and the Holocaust, Cambridge/MA 2006.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Zum Verhältnis Drittes Reich – Naher Osten siehe die klassische Studie von Lukasz Hirszowicz, The Third Reich and the Arab East, London/Toronto 1966, und das jüngst erschienene wichtige Werk von Klaus-Michael Mallmann/Martin Cüppers, Halbmond und Hakenkreuz. Das Dritte Reich, die Araber und Palästina, Darmstadt 2006. Vgl. ferner Matthias Küntzel, Djihad und Judenhaß. Über die neuen anti-jüdischen Kriege, Freiburg 2002; ders., Jihad and Jew-Hatred. Islamism, Nazism and the Roots of 9/11, New York 2007; Robert Lewis Melka, The Axis and the Arab Middle East 1930–1945, Diss., University of Minnesota 1966; Josef Schröder, Die Beziehungen der Achsenmächte zur Arabischen Welt, in: Manfred Funke (Hrsg.), Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, Düsseldorf 1976, S. 365–382; Philipp Bernd Schröder, Deutschland und der Mittlere Osten im Zweiten Weltkrieg, Göttingen 1975; Wolfgang Schwanitz, Germany and the Middle East 1871–1945, Princeton 2004; Heinz Tillmann, Deutschlands Araberpolitik im Zweiten Weltkrieg, Berlin 1965.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Vgl. z. B. Walter Roller/Susanne Höschel (Hrsg.), Judenverfolgung und j\u00fcdisches Leben unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, Bd. I: Tondokumente und Rundfunksendungen 1930–1946, Potsdam 1996.

sehen, ist jedoch in deutschen Archiven fast nichts mehr von der in annähernd 2000 Tagen und 6000 Stunden zur besten Sendezeit ausgestrahlten Propaganda in arabischer Sprache zu finden<sup>4</sup>. Deutsche Archive enthalten nur die in einigen Monaten des Winters 1940/41 entstandenen deutschen Texte für Sendungen in arabischer Sprache<sup>5</sup>. Zwar haben deutsche Techniker 1930 das Tonbandgerät erfunden, doch ist jene ausgedehnte Propagandakampagne entweder nie aufgenommen bzw. nicht transkribiert worden oder aber die Texte sind, falls dies doch geschehen sein sollte, zerstört, verloren oder aus den Archiven entfernt worden. wahrscheinlich in den letzten Kriegsmonaten.

Der politische und militärische Kontext, in dem die hier vorgelegten Dokumente entstanden sind, ist, kurz zusammengefaßt, der folgende<sup>6</sup>: Obwohl Deutschland während der dreißiger Jahre Botschaften in Kairo und Bagdad unterhielt, dazu Konsulate in Jerusalem und anderen Städten des Nahen Ostens, waren die Möglichkeiten, politischen Einfluß auszuüben, begrenzt, da in Ägypten, Irak und Palästina die Briten, in Marokko, Algerien, Tunesien und Syrien die Franzosen politisch und militärisch dominierten. Als Hitler im September 1939 mit dem Einfall in Polen den Zweiten Weltkrieg auslöste, brach die ägyptische Regierung die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland ab und schloß sowohl das deutsche wie das italienische Konsulat. Von den arabischen Staaten unterhielten jetzt nur noch Saudi-Arabien und Jemen diplomatische Beziehungen mit dem Dritten Reich. Überall sonst in der Region reduzierte die während des Krieges ausgeübte britische und französische Zensur die Chancen der Achsenmächte, politischen Einfluß zu nehmen, Spionage zu betreiben oder arabische Sympathisanten zu unterstützen. Im Frühjahr 1941 intervenierte Großbritannien in Bagdad, um dort einen Putsch achsenfreundlicher Gruppen niederzuschlagen. Von 1941 bis 1943 war die Achse auf Grund des Erfolgs des Deutschen Afrikakorps in der Lage, sich in Tunesien zur Geltung zu bringen. Doch machten dessen Niederlagen während der Jahre 1942/43 allen Hoffnungen ein Ende, Verbindungen zu potentiellen arabischen Freunden in der Region aufzubauen.

Bereits 1933 trat Haj Amin el-Husseini, der Großmufti von Jerusalem, mit dort tätigen deutschen Diplomaten in Kontakt. Wie Hirszowicz und andere Historiker gezeigt haben, ging es dabei um finanzielle Hilfe, Waffenlieferungen an Araber in Palästina und im Irak; auch wurde diskutiert, wie die Sache der Araber gegen die britische und französische Präsenz unterstützt werden könne. Nach dem Beginn des Krieges in Europa und nach der Niederwerfung des Putsches im Irak verjagten Briten und Franzosen arabische Sympathisanten des NS-Regimes wie Husseini und Raschid Ali Kilani, den Führer jenes Putsches, erst aus Palästina



<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Zu einigen der Botschaften Husseinis siehe Gerhard Höpp (Hrsg.), Mufti-Papiere. Briefe, Memoranden, Reden und Aufrufe Amin al-Husainis aus dem Exil 1940-1945, Berlin 2001.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Bundesarchiv (künftig: BA) Berlin, R 901, R 73039, Kult. R. Ref. VIII (VII) (Orient).

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Vgl. u.a. Hirszowicz, The Third Reich and the Arab East; Mallmann/Cüppers, Halbmond und Hakenkreuz; Herf, Nazi Propaganda for the Arab World; Gerhard L. Weinberg, The World at Arms. A Global History of World War II, New York 1994; Gerhard Schreiber/Bernd Stegemann/Detlef Vogel, Der Mittelmeerraum und Südosteuropa. Von der "non belligeranza" Italiens bis zum Kriegseintritt der Vereinigten Staaten, Stuttgart 1984.

und dann aus dem Irak. Die Kontakte der früheren Jahre sicherten ihnen italienische und deutsche Hilfe bei der Flucht vor den Alliierten. Im Herbst 1941 erschienen sowohl Husseini wie Kilani - mit ihrem Gefolge - zunächst in Rom und anschließend in Berlin. Die Beziehungen zwischen dem NS-Regime und arabischen Bundesgenossen wurden nun vor allem in Berlin gepflegt und führten in erster Linie zur Kooperation bei den Kurzwellensendungen in arabischer Sprache und 1943/44 zur Mitwirkung der Araber bei der Aufstellung einer muslimischen Division der Waffen-SS in Bosnien. Amerikanische, britische und deutsche Nachrichtendienste kamen zu dem Schluß, daß sich Unterstützung für die Achse, von den Anhängern Husseinis und Kilanis abgesehen, in den Schlüsselländern Ägypten und Palästina um Islamisten an der Al-Azhar-Universität konzentrierte, in pro-italienischen Kreisen um den ägyptischen König Faruk, im ägyptischen Offizierskorps und in der Muslimischen Bruderschaft. Hätte Rommels Feldzug Erfolg gehabt, so hätte, wie die konkurrierenden Mächte glaubten, das NS-Regime dort willige Kollaborateure mit der siegreichen Wehrmacht gefunden. Da aber der militärische Erfolg ausblieb, mithin auch die politische Präsenz in der Region fehlte, blieb in den sechs Kriegsjahren für den größten Teil Nordafrikas und des Nahen Ostens eben der Kurzwellensender die wichtigste Verbindung zwischen den Achsenmächten und ihren arabischen Sympathisanten.

Während des Ersten Weltkrieges hatte auch das Kaiserreich die Araber zur Rebellion gegen den britischen und französischen Kolonialismus aufgerufen, solche Appelle aber nicht mit antisemitischer Politik und Propaganda verbunden. In den folgenden Dokumenten spiegelt sich also nicht zuletzt der Wille Hitlers, die "Endlösung der Judenfrage" in Europa auf die etwa 700.000 Juden in Nordafrika und im Nahen Osten auszudehnen. Bei einem berühmt gewordenen Treffen mit Amin el-Husseini, das am 28. November 1941 stattfand, versprach Hitler seinem arabischen Gast, daß er den "Kampf" nicht nur "bis zur völligen Zerstörung des jüdisch-kommunistischen europäischen Reiches fortführen" werde. Irgendwann zu einem "jedenfalls nicht fernen Zeitpunkt" würde von den an der Ostfront kämpfenden Armeen "der Südausgang Kaukasiens erreicht werden". Dann sei, so versichere Hitler der arabischen Welt, "die Stunde der Befreiung für sie gekommen". Das deutsche "Ziel würde dann lediglich die Vernichtung des im arabischen Raum unter der Protektion der britischen Macht lebenden Judentums sein. In dieser Stunde würde dann auch der Mufti der berufenste Sprecher der arabischen Welt sein. Es würde ihm obliegen, die von ihm insgeheim vorbereitete arabische Aktion auszulösen."<sup>7</sup> Für Hitler war die Ausdehnung der "Endlösung" auf Territorien außerhalb Europas ein "logisches" Ergebnis seiner Vorstellung, daß eine internationale jüdische Verschwörung Krieg gegen das Dritten Reich führe. Wenn das so war, dann durfte der Gegenangriff, also die "Endlösung", nicht weniger interna-

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VfZ 2/2010 Jahrgang 58 (2010), Heft 2 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2010\_2.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945, Serie D: 1937–1941, Bd. XIII/2: Die Kriegsjahre, Sechster Band, Zweiter Halband, 15. September bis 11. Dezember 1941, Nr. 515, Göttingen 1970, S.718-721, hier S.720f., Aufzeichnung vom 30.11.1941 über die Unterredung zwischen dem Führer und dem Großmufti von Jerusalem in Anwesenheit des Reichsaußenministers und des Gesandten Grobba in Berlin am 28. November 1941.

tional sein. Die im Herbst 1942 unternommenen Vorstöße in den Kaukasus und die Kämpfe in Nordafrika sind daher nicht nur als Kapitel in der militärischen Geschichte des Zweiten Weltkriegs anzusehen. Ihr Ausgang mußte auch darüber entscheiden, ob die mehr als 700.000 Juden, die im Nahen Osten und Nordafrika lebten, einer nicht länger auf Europa begrenzten "Endlösung" zum Opfer fallen würden. Daher war die arabischsprachige Propaganda des Dritten Reiches sowohl eine Begleiterscheinung der konventionellen militärischen Strategie der Achsenmächte wie auch eine Anstachelung zu einem "Krieg" gegen die zivile jüdische Bevölkerung, vergleichbar den in Europa geführten Vernichtungsfeldzügen. In ihrer wichtigen Studie "Halbmond und Hakenkreuz" haben Klaus-Michael Mallmann und Martin Cüppers aufgedeckt, daß das NS-Regime, für den Fall des militärischen Erfolgs, bereits Pläne ausgearbeitet hatte, eine SS-Einsatzgruppe in den Nahen Osten zu entsenden, um jene Ausweitung des Holocaust zu exekutieren, die Hitler am 28. November 1941 Husseini versprochen hatte<sup>8</sup>. Die folgenden Dokumente aus dem Sommer 1942 waren mithin Teil der Anstrengung, den Krieg im Nahen Osten zu gewinnen, als auch ein – allerdings vergeblicher – Aufruf zu einem Massenmord, der die "Endlösung" in Gebiete außerhalb von Europa tragen sollte.

Beginnend im Sommer 1941, unter der Leitung Alexander Kirks, des jüngst ernannten amerikanischen Botschafters in Ägypten, machten sich amerikanische Diplomaten in Kairo daran, die arabischsprachigen Sendungen des deutschen Rundfunks zu transkribieren und zu übersetzen. Kirk, der diesen Posten vom 29. März 1941 bis zum 29. März 1944 inne hatte, hatte 1939/40 als Geschäftsträger in Berlin fungiert und damals recht informative Memoranden über die Judenverfolgung in Deutschland nach Washington gesandt. Den ersten oder einen der ersten Berichte über die arabische NS-Propaganda schickte er am 13. September 1941 an den US-Außenminister Cordell Hull. Darin faßte er die in den deutschen Rundfunksendungen vom 18. August bis zum 7. September 1941 behandelten Themen zusammen<sup>9</sup>. Am 18. April 1942 folgte eine weitere Übersicht über Themen der "Achsen-Rundfunksendungen in arabischer Sprache" in den vorhergegangenen sechs Monaten (siehe Dokument 1)10. In den nächsten drei Jahren kamen vom Stab der von Kirk und 1944/45 von Pinkney Tuck geleiteten amerikanischen Botschaft in Kairo rund 190 Wochenberichte mit wörtlichen Transkripten in englischer Übersetzung. "Achsen-Rundfunksendungen in arabischer Sprache" gingen auch an andere amerikanische Botschaften im Nahen Osten, an die entsprechenden britischen Missionen und an jene Amerikaner in Washington, die



<sup>&</sup>lt;sup>8</sup> Zum Einsatzkommando in Nordafrika Mallmann/Cüppers, Halbmond und Hakenkreuz, S. 137-148.

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Alexander Kirk an State Department, 13.9.1941, in: National Archives, College Park (künftig: NACP), RG 84, Cairo Legation and Embassy, Secret and Confidential General Records,  $1939, 1941 - 1947, 1941, 820.02 - 380, Eintrag\ 2412, 350/55/6/5, Box\ 4, Folder\ 820.02, 1941.$ 

 $<sup>^{\</sup>rm 10}$  Alexander Kirk an Außenminister, "General Summary of Tendencies in Axis Broadcasts in Arabic", Legation of the United States of America, Nr. 340, Cairo, April 18, 1942, in: NACP, RG 59, U.S. Dept. of State, Central Decimal File, 1940-1944, 470.0011/European War 1939, Microfilm Records M982, Roll 114, 21414.

mit Fragen der politischen Kriegführung und mit militärischen wie auch nachrichtendienstlichen Problemen in Nordafrika und im Nahen Osten befaßt waren. Kirk und seine Nachfolger gebrauchten den Begriff "Achse", der sich eigentlich auf Deutschland mit Italien und Japan bezog, doch geht es in den Berichten fast ausschließlich um deutsche Sendungen. Offenbar handelt es sich bei den solchermaßen produzierten mehreren tausend Seiten um den umfänglichsten Quellenbestand, den es - in welcher Sprache auch immer - zu den Versuchen des Dritten Reichs gibt, die arabische und islamische Welt mit dem damals wichtigsten Propaganda-Instrument, dem Kurzwellensender, zu beeinflussen. Die Transkripte wanderten schließlich in die National Archives der USA in College Park, Maryland. 1977 wurden die Dokumente freigegeben. Aber obwohl sie seitdem der Forschung zur Verfügung stehen, ist diese bemerkenswerte Quelle bislang von den Historikern nicht benutzt worden<sup>11</sup>, auch wenn ihre Bedeutung keiner großen Erläuterung bedarf.

Das liegt auch daran, daß sich an diesen Dokumenten sehr genau verfolgen läßt, wie das NS-Regime die Themen der nationalsozialistischen Propaganda einer neuen Zuhörerschaft begreiflich zu machen suchte. Die Adaption war das Ergebnis einer politischen und ideologischen Kollaboration zwischen Funktionären des NS-Regimes – namentlich im Außen-, aber auch im Propagandaministerium, in den Nachrichtendiensten und der SS - und pronationalsozialistischen arabischen Exilanten in Berlin. Die Zusammenarbeit beruhte auf der Verbindung der bereits erwähnten gemeinsamen Interessen wie auch geteilter ideologischer Leidenschaften. In den Sendungen spiegelten sich kulturelle Fusion und das Zusammentreffen der nationalsozialistischen Ideologie mit gewissen Strängen des arabischen Nationalismus und religiösen islamischen Traditionen. Hier geht es um ein wichtiges Kapitel der politischen, intellektuellen und kulturellen Geschichte des Nationalsozialismus im Zweiten Weltkrieg und auch um ein Kapitel in der Geschichte der radikalen islamistischen Ideologie und Politik, die nach Kriegsende nicht einfach verschwanden.

Die Rundfunkstationen des Dritten Reichs, die hier eingesetzt wurden, also "Berlin auf Arabisch" (auch "Radio Berlin" genannt) und "Die Stimme des freien Arabertums", sendeten eine Mixtur aus Musik, Nachrichten und Kommentaren. Die Amerikaner in Kairo wiederum nahmen die jeweils einige Stunden dauernden Abendnachrichten und -kommentare auf. Informationen über die Hörer sind nach wie vor spärlich. Im August 1941 schätzte das amerikanische Office of War Information, daß es etwa 90.000 Kurzwellenempfänger in der Region gab, 150 in Aden, 55.000 in Ägypten, 4.000 im Irak, 24.000 in Palästina, 6.000 in Syrien und 25 in Saudi-Arabien<sup>12</sup>. Rundfunk wurde oft in Cafés und anderen

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



VfZ 2/2010

 $<sup>^{11}</sup>$ Über einige Beispiele der Verteilung der Berichte Kirks an amerikanische Regierungsstellen vgl. Shlomo Aronson, Hitler, the Allies and the Jews, New York 2004, S. 54-64.

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> Anne H. Fuller, Memorandum on Radio Reception in the Near East and India, 18.8.1941, in: National Archives and Records Administration of the United States of America (künftig: NARA), R6 208, Records of the Office of War Information, Informational Files on the Near East, 1941-1946, Eintrag 373, Box 417.

öffentlichen Stätten gehört; es handelte sich dann um eine kollektive Erfahrung. Überhaupt war für die Propaganda im Nahen Osten zu jener Zeit der Rundfunk am wichtigsten, da dort das Analphabetentum weit verbreitet war<sup>13</sup>. Kurzwellensender erreichten deshalb viel mehr Menschen als gedrucktes Material. Gleichwohl gehörten zur Propaganda der Achse im Nahen Osten auch Millionen arabischsprachiger Flugblätter und Broschüren. Manche wurden von deutschen Flugzeugen abgeworfen, andere zwischen 1940 und 1943 von Propaganda-Kompanien verteilt, die auch dem Afrikakorps attachiert waren, von Diplomaten, die der deutschen Botschaft in Tunesien angehörten, von deutschen Geheimagenten und schließlich von arabischen Kollaborateuren, die Eisenbahnzüge oder kleine Boote auf dem Mittelmeer benutzten<sup>14</sup>. Himmlers Reichssicherheitshauptamt unternahm viel, um Hitler mit jenen Kriegern gleichzusetzen, die Allah auf die Erde sende, um die Juden zu bekämpfen<sup>15</sup>.

Im Oktober 1941 entschied Hitler einen Streit zwischen Propagandaminister Joseph Goebbels und Außenminister Joachim v. Ribbentrop, wer denn nun die Auslandspropaganda zu steuern habe – zugunsten des letzteren<sup>16</sup>. In der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts war das Orientreferat für Propaganda und Strategie gegenüber Ägypten, Afghanistan, Saudi-Arabien, Palästina, Syrien, Türkei, Indien, Iran, Sudan und Ceylon zuständig<sup>17</sup>. Zu den Beamten, die im Auswärtigen Amt die Politik im Nahen Osten leiteten, gehörten Erwin Ettel, Fritz Grobba, Werner Otto v. Hentig, Wilhelm Melchers, Carl Prüfer und Ernst Woermann. Ettel hielt die Verbindung zu Husseini, Grobba zu Raschid el-Kilani<sup>18</sup>. Die Rundfunkabteilung war vor allem für die arabischsprachigen Sendungen verantwortlich. Um die Größenverhältnisse nochmals zu veranschaulichen: Unter den Abteilungen des Auswärtigen Amts, die mit Auslandspropaganda befaßt waren, besaß nur jene, die an der riesigen Ostfront tätig war, mehr Mitarbeiter als der Stab, der die ara-



<sup>&</sup>lt;sup>13</sup> Siehe "Egypt" und "Libya", in: World Survey of Education, Bd. 1 (Paris, UNESCO, 1955), S. 216 u. S. 424. Zum Bildungsstand in Palästina vgl. Ami Ayalon, Reading Palestine-Printing and Literacy 1900-1948, Austin 2004. Hingegen konnten 85 % der christlichen Männer und 65 % der christlichen Frauen in Palästina Lesen und Schreiben.

<sup>&</sup>lt;sup>14</sup> Zum Kuriernetz siehe "Enemy Courier Systems in Turkey and Syria", in: NACP, RG 226, Records of the Office of Strategic Services, Cairo S1/X-2, Entry 172, Box 4. Vgl. auch Herf, Nazi Propaganda for the Arab World.

<sup>&</sup>lt;sup>15</sup> Vgl. ebenda, Kapitel 7, und BA Berlin, NS19/3544, 29, Heinrich Himmler an Reichssicherheitshauptamt, 14.5.1943.

<sup>&</sup>lt;sup>16</sup> Arbeitsabkommen zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, in: NARA, Records of the German Foreign Ministry Received by the Department of State (Mikrofilm), T120, Roll 396, S. 304653–304666. Zu Ribbentrop, dem Auswärtigen Amt und der NS-Propaganda vgl. Peter Longerich, Propagandisten im Krieg. Die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes unter Ribbentrop, München 1987.

<sup>&</sup>lt;sup>17</sup> Auswärtiges Amt, Politische Abteilung, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts (künftig: PA/AA), R67478, Referat RüPers, RüHS, Bd. 3, Haushalt, Personal (Handakte Bartsch), 1939-1943, Bd. 3-4.

<sup>&</sup>lt;sup>18</sup> Übersicht über die Arbeitsgebiete der Rundfunkpolitischen Abteilung und ihrer Referate, Anlage 6, in: PA/AA, Rundfunkpolitische Abteilung, R67477 Referate Ru Pers. Ru Hs, Bd. I, Verwaltung Organisation 1941–1943, Bde. 2–3.

bischsprachigen Sendungen produzierte<sup>19</sup>. Leiter des Orientreferats war während des ganzen Krieges Kurt Münzel, ein Diplomat und Orientalist, der im Jahrzehnt vor dem Kriege für die Dresdner Bank in Kairo gearbeitet hatte<sup>20</sup>. Bis 1942 war sein Team auf neunzehn Mitarbeiter angewachsen. Die hier entstehenden Sendungen wurden nach Ägypten, Afghanistan, Arabien, dem Irak, Syrien, Cypern, Palästina, der Türkei, Indien, dem Iran, dem Sudan und Ceylon ausgestrahlt<sup>21</sup>.

Die im folgenden abgedruckten 14 Dokumente illustrieren die erwähnte Verzahnung der nationalsozialistischen Ideologie mit Strömungen des radikalen arabischen Nationalismus und des radikalen Islamismus. Dokument 1 ist Alexander Kirks Zusammenfassung der Themen, die vom November 1941 bis zum April 1942 in den Berliner Sendungen dominierten. Die Dokumente 2 bis 13 sind Auszüge aus den "Sendungen der Achse in arabischer Sprache"; die Übersetzung ins Englische erfolgte in der amerikanischen Botschaft in Kairo. In Dokument 9 findet sich eine allgemeine Bemerkung über einen Punkt der Verbindung zwischen Nationalsozialismus und Islam. Die meisten Sendungen haben zeitgenössische Ereignisse als Hintergrund: die Periode des deutschen Vordringens nach Ägypten im Sommer 1942 (Dokumente 2 bis 4), die amerikanische Invasion Nordafrikas im Herbst 1942 (Dokument 5), eine Periode der Intensivierung antisemitischer Propaganda im Jahre 1943, während und nach der deutschen Niederlage in Stalingrad (Dokumente 6, 7 und 9), und 1944 die Verstärkung antizionistischer Themen als Reflex auf die in den USA laut werdenden Forderungen nach mehr jüdischer Einwanderung in Palästina (Dokumente 10 bis 13). Dokument 11, "Araber und Muslime befinden sich im Krieg mit dem Judentum", akzentuiert ein Thema, das in vielen Sendungen behandelt wird, nämlich daß der Haß, den Araber im Zweiten Weltkrieg den Juden entgegenbringen, nur der jüngste Ausdruck einer viel älteren, religiös fundierten islamischen Einstellung zu den Juden als den Erzfeinden sei. Während des Krieges glaubten amerikanische, britische und ägyptische Beamte und Funktionäre, die Muslimische Bruderschaft sei eine potentielle "Fünfte Kolonne" des Dritten Reichs. Dokument 14 zeigt, wie enthusiastisch Hassan al-Banna, der Führer der Bruderschaft, Husseini bei dessen Rückkehr nach Ägypten willkommen hieß. Al-Bannas' Text wurde im Juli 1946 vom Office of Strategic Services (OSS) übersetzt und nach Washington gesandt.

Viele der Sendungen suchten Haß gegen die Juden zu schüren, doch zwei ragen heraus. Nach der Genozid-Konvention der Vereinten Nationen sind sowohl "Tötet die Juden, ehe sie Euch töten!", ausgestrahlt am 7. Juli 1942 (Dok. 4), und





<sup>&</sup>lt;sup>19</sup> Abteilung Ru, Anlage Ia, R67477 Referate Ru Pers. Ru Hs, Bd. I. Verwaltung Organisation 1941-1943, Bde. 2-3, und Anlage Ia, Abteilung Ru., Zahlenmäßige Übersicht über den Inlandspersonalbestand der Abteilung Ru, Stand vom 1.9.1942, in: Ebenda.

<sup>&</sup>lt;sup>20</sup> Ebenda. 1948 schloß Münzel eine Dissertation an der Universität Erlangen ab. In den fünfziger Jahren kehrte er ins Auswärtige Amt zurück; siehe Ludmila Hanisch, Die Nachfolger der Exegeten. Deutschsprachige Erforschung des Vorderen Orients in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Wiesbaden 2003, S. 199.

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup> Übersicht über die Arbeitsgebiete der Rundfunkpolitischen Abteilung und ihrer Referate, Anlage 6, in: PA/AA, Rundfunkpolitische Abteilung, R67477 Referate Ru Pers. Ru Hs, Bd. I, Verwaltung Organisation 1941–1943, Bde. 2-3.

"Haj Amins Ruf zu den Waffen" vom 4. März 1944 (Dok. 13) eindeutig als Aufruf zum Völkermord zu definieren. Obwohl aber die Texte der "arabischsprachigen Rundfunksendungen der Achse" mehr als genug Beweise für solche Intentionen lieferten und die Aktivitäten der arabischen Exilanten, die sich während des Krieges in Berlin aufhielten, damals durchaus bekannt waren, ist weder Husseini noch irgendein anderer arabischer Führer jemals angeklagt oder wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor Gericht gestellt worden. Im Sommer 1946 kam ein OSS-Bericht zu dem Ergebnis, daß es für solche Verfahren auch nicht die geringste Unterstützung im Nahen Osten gebe<sup>22</sup>.

Die amerikanischen und britischen Archive enthalten gewiß eine Fülle von Material über die Wirkung der nationalsozialistischen Propaganda im Zweiten Weltkrieg. Doch ist eine angemessene Untersuchung ihrer Aufnahme in den arabischen Regionen nicht möglich ohne Zugang zu den Archiven der arabischen Staaten, der Muslimischen Bruderschaft, der Al-Azhar-Universität in Kairo, der Arabischen Liga, des Arabischen Höheren Komitees; außerdem müßten die während des Krieges entstandenen Akten der iranischen Regierung herangezogen werden können. Es ist zu hoffen, daß der mittlerweile zu verzeichnende Gewinn an Kenntnissen und Erkenntnissen, welche wir der Arbeit in amerikanischen, britischen und deutschen Archiven verdanken, die Öffnung jener wichtigen arabischen Archive begünstigen. Bis sie der Wissenschaft zur Verfügung stehen, sind alle Darstellungen zur Geschichte des modernen Nahen Ostens als vorläufig anzusehen. Es bleibt noch viel zu tun für Gelehrte, die arabisch und persisch lesen können, wenn wir die Kontinuitäten untersuchen wollen, die es möglicherweise zwischen der nationalsozialistischen und faschistischen Propaganda während des Zweiten Weltkriegs einerseits und andererseits den nach dem Krieg sowohl in der arabischen Welt wie im Iran zu beobachtenden antisemitischen Verschwörungstheorien gibt<sup>23</sup>. Bis dahin bieten uns die folgenden Dokumente und die größere Studie, der sie entnommen sind, den besten derzeit möglichen Einblick in die Versuche des Dritten Reiches, die nationalsozialistische Ideologie in Nordafrika und im Nahen Osten zu verbreiten. Sie sind daher auch ein wichtiger Bestandteil für die künftige wissenschaftliche Erforschung der Fragen, wie die NS-Propaganda nachwirkte.

#### Dokument 1:

Alexander Kirk an Außenminister, 18. April 1942, Allgemeine Zusammenfassung von Tendenzen in arabischsprachigen Rundfunksendungen der Achse<sup>24</sup>



 $<sup>^{\</sup>rm 22}$  "The Near East and the War Crimes Problem", Office of Strategic Services, Research and Analysis Branch, R and A, No. 1090.116, 23.6.1945, Situation Report: Near East. Analysis of Current Intelligence for the Use of OSS, 1-28, in: NACP, RG 84, Syria: Damascus Legation, Confidential File, 1945, Vol. 1-2, 030-800B, Classified General Records, Box 4, Vol. II, 711-800B.

<sup>&</sup>lt;sup>23</sup> Vgl. Meir Litvak/Esther Webman, From Empathy to Denial. Arab Responses to the Holocaust, London 2009.

<sup>&</sup>lt;sup>24</sup> Legation of the United States of America, No. 340, Cairo, April 18, 1942, in: NACP, RG 59, U.S. Dept. of State, Central Decimal File, 1940-1944, 740.0011/European War 1939, Microfilm Records M982, Roll 114, 21414.

## A. Grundton der Rundfunksendungen der Achse

Die deutsche Propaganda sucht die Araber von folgendem zu überzeugen:

Die Achsenmächte bringen den Arabern und ihrer großen Zivilisation eine natürliche Sympathie entgegen, der einzigen, die mit der in Europa durch die Neue Ordnung<sup>25</sup> eingeführten vergleichbar ist, jetzt aber unterdrückt und zerstört wird von "britischem Imperialismus", "bolschewistischer Barbarei", "jüdischer Gier" und, neuerdings, "amerikanischem Materialismus". So sehr sei die Empörung der Achse über das arabische Leid angewachsen, daß, so ist zuletzt angedeutet worden, eines der wichtigsten deutschen Kriegsziele die Befreiung der arabischen Länder vom würgenden Griff des anglo-bolschewistischen Imperialismus sei.

Jedoch sei es notwendig, daß die arabischen Länder ihre Befreier unterstützten, indem sie sich gegen den gemeinsamen Feind zusammenschließen. Sie könnten das mit Zuversicht tun, da die Alliierten die Araber "verabscheuen, aber fürchten" und der deutsche Sieg und der vollständige Zusammenbruch des Britischen Empire täglich gewisser werde.

In dem Gerangel, das diesem bevorstehenden britischen Kollaps folgen werde, wenn Amerikaner, Russen und Juden versuchen werden, die jetzt von Großbritannien gehaltenen Länder an sich zu reißen, könnten sich die Araber mit neuen Herren konfrontiert sehen, falls sie nicht schnell genug seien. Keine falschen Gefühle oder britische Versprechungen dürften sie zurückhalten. Die Araber könnten nie Freunde der Briten sein, denn deren Versprechungen seien falsch; sie hätten die arabische Einheit zerstört und arabische Patrioten ermordet. Palästina den Juden ausgeliefert und die Kommunisten auf den Irak und Iran losgelassen. Die Briten gebrauchten honigsüße Worte, wenn sie arabische Hilfe suchen, aber die Araber erinnern sich doch an die generösen Versprechungen Großbritanniens im letzten Krieg. Sie erinnern sich daran, wie sie ihr Blut für Großbritannien vergossen, das jedoch dann, als sie ihre Belohnung haben wollten, seine brutale Soldateska schickte, um die Männer zu foltern und die Frauen zu vergewaltigen, alte Männer und Kinder zu schlachten und schutzlose Dörfer zu bombardieren. Die Araber könnten diese Dinge nicht vergessen und hätten gelernt, britischer Schlauheit mit eigener Schlauheit zu begegnen.

Britische Unterdrückung dauere selbst jetzt noch an. Araber, die Freiheit liebten, würden eingesperrt und schrecklich gefoltert (quälende Details angeführt), Könige wie Hussein, Faisal und Gazi<sup>26</sup>, die für ihr Volk gewirkt hätten, auf britische Anstiftung erbarmungslos ermordet. Syrien sei die Freiheit versprochen worden, habe aber nichts als Hungersnot und grausame Unterdrückung bekom-





<sup>&</sup>lt;sup>25</sup> Mit diesem Schlagwort faßte die NS-Führung in der Periode nach der Eroberung Polens, Norwegens und Westeuropas ihre Pläne zur deutschen Besatzungspolitik zusammen; vgl. hierzu Lothar Gruchmann, NS-Besatzungspolitik und Résistance in Europa, in: Ploetz, Das Dritte Reich. Ursprünge, Ereignisse, Wirkungen, hrsg. von Martin Broszat und Norbert Frei in Verbindung mit dem Institut für Zeitgeschichte, Freiburg/Würzburg 1983, S. 209-218.

<sup>&</sup>lt;sup>26</sup> König Ghazi bin Faisal (1912–1939) war von 1933 bis 1939 König des Irak.

men. Die Araber, die ihr kärgliches Eigentum von britischen Soldaten geplündert sähen, "vergleichen die Härte des britischen Soldaten mit der Milde und Freundlichkeit der Deutschen".

Die Araber müßten sich ihrer Stärke bewußt werden. In der Zeit vor dem Islam seien sie uneins gewesen. Als sie Mohammed vereinte, hätten sie die Perser, Römer und Juden besiegt, so wie sie jetzt die Briten, Russen und Amerikaner besiegen könnten. An ihrer Spitze würden ihre großen Führer stehen, der Mufti und Raschid Ali, die ständig mit Hitler und Mussolini Glückwünsche austauschten<sup>27</sup>. Sie kämpften nach wie vor für die arabische Freiheit und besprächen oft die Zukunft der arabischen Länder mit den väterlichen Führern der Achse. Es sei verständlich, daß die Achse den Arabern Sympathie entgegenbringe, so bereitwillig Hilfe gewähre, seien doch "die Araber seit eh und je und auch heute Säulen der Zivilisation, die Führer des Denkens und der Kultur". Es sei nur notwendig, die britischen Verbrecher zu vernichten, damit der Islam mit der Achse die Welt teilen könne.

Unglaublich und entsetzlich, wie es jedem Rechtgläubigen scheinen mag (und wie es sicherlich dem Achsen-Kommentator scheint), gebe es Mohammedaner, die willens seien, sich an Großbritannien zu verkaufen und so den Islam zu verraten. Dazu gehörten "Rabbi" Abdullah, der Hanswurst von Transjordanien, der Verräter Nuri el-Said im Irak und der Scheich Tadscheddine in Syrien<sup>28</sup>. Aber diese würden fallen wie ihre Herren, und der Fall sei nahe. Es gebe Anzeichen dafür, daß der Nahe Osten das nächste Feld der Achsen-Aktivität sein wird, und es werde ein böser Tag für Verräter sein, wenn die siegreichen und rechtmäßigen Befreier des Islam kommen.

Aber die Achse sorge sich nicht um den arabischen Mut. Man wisse, daß sich die Araber bereits erheben. "Es gibt Beweise für eine im ganzen Nahen Osten verbreitete Revolte."

B. Die in den Rundfunksendungen der Achse am meisten behandelten Gegenstände

Folgende Themen werden bis zum Erbrechen wiederholt.

1. DIE JUDEN: Die Juden seien, gestützt von Großbritannien und den USA, die Erzfeinde des Islam. Sie kontrollieren das amerikanische Finanzwesen und haben Roosevelt gezwungen, eine Politik der Aggression zu verfolgen. Roosevelt, der "Kriegshetzer", und Churchill, der "Totengräber des Britischen Empire", seien,



<sup>&</sup>lt;sup>27</sup> Die NS-Propaganda bezeichnete Haj Amin el-Husseini als Mufti, Großmufti, Großmufti von Jerusalem oder Großmufti von Palästina. "Raschid Ali" Kilani war der Führer eines antibritischen Staatsstreichs im Irak (April/Mai 1941). Nachdem der Putsch durch britisches Eingreifen niedergeschlagen war, fand er Zuflucht in Berlin, wo er, zusammen mit Husseini, achsenfreundliche Rundfunksendungen machte.

 $<sup>^{28}</sup>$  "Rabbi" Abdullah war eine sarkastische Charakterisierung von Abdullah I. von Transjordanien. Nuri al-Said (1888-1958) war während des britischen Mandats und während der Monarchie in der irakischen Politik aktiv, gehörte verschiedenen Kabinetten an und fungierte in sieben Amtszeiten als irakischer Ministerpräsident. Nach der Niederwerfung des Kilani-Regimes (1941) setzten ihn die Briten als Ministerpräsident ein.

wenngleich selber Verbrecher, Spielzeuge in den Händen der jüdischen Schurken, der Zerstörer der Zivilisation. Es sei bekannt, daß das Weiße Haus "voller Juden" steckt, und die meisten hervorragenden Vertreter der Alliierten im Nahen Osten seien Juden. Die Juden würden personifiziert durch Waxman [Weizmann], Aspirant auf den Thron von Palästina, der entschlossen sei, daß Palästina, Syrien und Transjordanien zu einem rein jüdischen Zentrum vereinigt werden, das den ganzen Nahen Osten beherrschen wird und am Ende die Welt<sup>29</sup>. Darin werde Waxman [Weizmann] von Amerika unterstützt, und Großbritannien müsse sich, ob es das nun will oder nicht, dem unterordnen, da es mittlerweile zu schwach sei, dagegen zu protestieren. Die Araber, die nun ihr Land und ihr Vermögen an die gierigen jüdischen Siedler in Palästina und ihre Freiheit an die Briten verloren hätten, würden deportiert, um in Gegenden Hunger und Elend ausgeliefert zu werden, die noch unfruchtbarer seien als diejenigen, die man ihnen in Palästina angedreht habe. Schon hätten 700 Juden die Erlaubnis erhalten, Syrien zu besetzen, und 500.000 würden bald nach Palästina gebracht. Als Resultat des Verlusts der "Struma" suchten die Alliierten jetzt die Türken zu nötigen, einer unbegrenzten Anzahl von europäischen Juden zu gestatten, durch die Türkei in arabische Länder zu reisen30.

Die gierigen Juden, nicht zufrieden mit der Aneignung arabischen Bodens, hätten die Absicht, Palästina in das industrielle Zentrum des Nahen Ostens zu verwandeln, um so ihren Anspruch auf die Herrschaft über diesen Teil der Welt noch zu festigen. Churchill habe den jüdischen Führern zugesichert, daß ihnen ganz Palästina überantwortet werde, und Bullitt, "der jüdische Spion", sei in den Nahen Osten geschickt worden, auf Verlangen Waxmans [Weizmanns], um die Grenzen des großen neuen jüdischen Staates zu besprechen<sup>31</sup>. Als Gegenleistung hätten sich die Juden verpflichtet, eine Armee von 20.000 Mann aufzustellen, dem Anschein nach zur Unterstützung der Alliierten, in Wirklichkeit aber zur Austilgung der Araber, sollten die Deutschen vordringen<sup>32</sup>.

Im iranischen Kabinett säßen 6 Juden, was die jüdische Ausbeutung des Iran erkläre.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VfZ 2/2010 Jahrgang 58 (2010), Heft 2 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2010\_2.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



<sup>&</sup>lt;sup>29</sup> Gemeint ist Chaim Weizmann (1874–1952), Präsident der Zionistischen Weltorganisation und erster Präsident Israels. Er war häufig Ziel der arabischsprachigen NS-Propaganda.

<sup>&</sup>lt;sup>30</sup> Die "Struma", ein Frachter, der mit 769 jüdischen Emigranten einen rumänischen Hafen verlassen hatte, war am 25.2.1942 von einem sowjetischen U-Boot im Schwarzen Meer torpediert und versenkt worden; es gab nur einen Überlebenden. Weit davon entfernt, unbeschränkte jüdische Emigration zu akzeptieren, hielten die Briten an der Restriktion der jüdischen Emigration nach Palästina fest, die 1939 festgelegt worden war. Bis 1944 hatten nur 55.000 von den zugelassenen 75.000 Juden Palästina erreicht.

<sup>&</sup>lt;sup>31</sup> William Christian Bullitt (1891–1967), amerikanischer Diplomat, war 1933 der erste US-Botschafter in Moskau, von 1936 bis 1940 Botschafter in Paris und 1941/42 Sonderbotschafter im Nahen Osten. Er war weder jüdisch noch Angehöriger eines Nachrichtendienstes.

<sup>32</sup> Im Zweiten Weltkrieg dienten 25.000 bis 28.000 palästinensische Juden in der britischen Armee. Erst im September 1944 konnte Churchill den Widerstand des Foreign Office gegen die Aufstellung einer jüdischen Brigade überwinden. Diese Brigade wurde noch in den letzten Monaten des Krieges in Italien eingesetzt; siehe Benny Morris, Righteous Victims. A History of the Zionist-Arab Conflict 1881-2001, New York 2001, S. 166 f.

Die Erklärung, "die Juden sind die Freunde Großbritanniens, die Araber sind dessen Feinde", werde, so heißt es, oft im britischen Unterhaus wiederholt.

2. Bolschewismus (Rußland): von fantastischen Berichten über russische Verluste und Mißerfolge an der Ostfront abgesehen, werden folgende Enthüllungen angeboten: Es sei doch erfreulich, Deutschlands tiefe Achtung vor allen Religionen, vor allem vor der noblen und hochgesinnten islamischen, mit dem barbarischen Atheismus der Kommunisten zu kontrastieren. Deren Haß sei ja auf Muslime konzentriert - 4.000.000 Muslime in Rußland abgeschlachtet und viele Moscheen zerstört. Alle islamischen Überzeugungen und Traditionen seien dem Bolschewismus entgegengesetzt, wie auch der britische Kapitalismus, und doch könne Großbritannien die arabischen Länder erbarmungslos den Verheerungen durch die russische Soldateska ausliefern: die Briten seien zu schwach, diese zu kontrollieren, Morde, Vergewaltigungen und alle Arten von Greueln würden tagtäglich von den Bolschewiken verübt, während die Briten zuschauen, ohne zu protestieren. England stehe nun vollständig unter russischer Kontrolle, und als Gegenleistung für russische Hilfe würden nicht nur der Iran, sondern auch der Irak und andere nicht genannte arabische Länder den brutalen Bolschewiken überliefert. Schon habe die kommunistische Propaganda in Afghanistan zur Bestreikung von Fabriken geführt. Rußland habe den Mitbesitz der irakischen Ölquellen gefordert, und Großbritannien habe keine andere Wahl, als zuzustimmen. Die Türkei werde bald ein weiteres Opfer der bolschewistischen Aggression sein, da Rußland entschlossen sei, die Kontrolle über die Meerengen [zwischen Schwarzem Meer und der Ägäis] zu gewinnen.

Es sei eine erschreckende Tatsache, daß es trotz alledem "sogenannte Araber" in Syrien gebe, die ihren neugeborenen Kindern Namen wie Stalin und Timoschenko geben<sup>33</sup>. Für den deutschen Kommentator ist es klar, daß solche Männer nicht würdig sind, sich zum islamischen Glauben zu bekennen. Dies sei aber ein Beweis für die Stärke des bolschewistischen Einflusses in allen arabischen Ländern. [...]

# Dokument 2:

Stimme des Freien Arabertums, 25. Juni 1942, 9.15 Uhr<sup>34</sup>

Ägypten: Es gibt keinen Zweifel, daß es in Ägypten bald zu vielen Veränderungen kommen wird, die zu einer vollständigen Umkehr der gegenwärtigen Situation führen werden. Diese Veränderungen werden Ägypten von jenen befreien, die das Land seit mehr als einem halben Jahrhundert umgarnen und schwächen. Die neue Situation, die in Ägypten entstehen wird, erfordert gute Organisation und



<sup>&</sup>lt;sup>33</sup> Semjon Konstantinowitsch Timoschenko (1895–1970), während des Zweiten Weltkrieges im Range eines Feldmarschalls Heerführer in der sowjetischen Armee.

<sup>&</sup>lt;sup>34</sup> Alexander Kirk an Außenminister, Kairo, 6. 7. 1942, No. 479, Arabic Broadcasts for the Period June 19-25, 1942, 18-19, in: NACP, RG 84, Egypt: Cairo Embassy General Records, 1936-1955, 820.00-822.00, 1942, entry 2410, box 77.

viel Vorbereitung, so daß es für uns nicht schwierig sein wird, unsere vollständige Freiheit zu erlangen, wenn die britische Armee einmal nicht mehr da sein wird.

Es gibt keinen Zweifel, daß die Jugend des Landes die Last der Vorbereitung der Zukunft zu tragen haben wird. Jugend ist das Fundament jeder patriotischen Bewegung. Heute ist die Nation auf die Jugend angewiesen, um von ihren Feinden gerettet zu werden, von den Briten und deren Komplizen, den Juden. Was diejenigen betrifft, die Freunde der Briten waren, so ist ihre Zeit nun vorbei und sie müssen aus der Politik verschwinden, auf daß die Jugend das Land mit einer Hand organisieren kann, die nicht von den Briten befleckt [sic] ist.

Die Pflicht der Jugend besteht in folgendem: 1) Sie muß die Städte und Dörfer bewachen und überall die öffentlichen Einrichtungen schützen, damit die Briten sie nicht verbrennen und zerstören können, wie sie das in Burma und Malaya getan haben. 2) Im ganzen Land sind die Juden unter Beobachtung zu halten. Eines jeden Juden Name muß verzeichnet werden, mit Adresse und seinem Beruf. Die Juden sind so genau im Auge zu behalten, daß sie bei der frühesten Gelegenheit ausgetilgt werden können. 3) Die Jugend des Lands muß den Arbeitern und Bauern im ganzen Land erklären, daß Ägypten nach dem Abzug der Briten frei sein wird. Die Präsenz der Achsenmächte auf ägyptischem Boden ist keine Aggression, sie ist als Hilfe für die Erlangung der ägyptischen Unabhängigkeit gedacht. 4) Jugend muß in ihrer politischen Anschauung geschlossen sein, damit sie einen festen Block gegenüber jeder Regierung bilden kann, die versucht, mit den Briten zu arbeiten. Die Briten haben keine Möglichkeit, den Endsieg zu erringen, und wenn ihnen Ägypten hilft, wird es dessen sichere Zerstörung bedeuten.

Für die alten Leute, die ihr ganzes Leben unter britischer Herrschaft verbracht haben, ist kein Platz in der Regierung eines neuen und freien Landes. Die Regierung gehört in die Hände der Jugend.

Ausländische und britische Nachrichten zeigen an, daß die Briten Sidi Barani geräumt haben und auf dem Weg nach Mersa Matruth sind35. Britische Truppen von Syrien, dem Libanon und dem Irak, die zur 9. und 10. Armee gehören, sollen Mersa Matruth verstärken, das bald von den Deutschen angegriffen werden wird.

Die Ägypter glauben, daß die Briten dem deutschen Vormarsch nicht standhalten können. Diese werden in wenigen Tagen gezwungen sein, Ägypten und den Nahen Osten zu räumen. Das ist die allgemeine Überzeugung unter den Ägyptern und deshalb hat Nahas Pascha im Parlament gesprochen und versucht, die Leute zu beruhigen<sup>36</sup>. Die Ägypter bereiten sich nun darauf vor, die Achsenmächte zu unterstützen, sobald diese das Land betreten. Überall fragen die Leute, welche Rolle sie bei der Vertilgung der Briten und der Juden spielen können.





<sup>35</sup> Mersa Matruth und Sidi Barani sind ägyptische Städte nahe dem Mittelmeer; hier fanden während des Zweiten Weltkriegs Schlachten zwischen alliierten Truppen und dem Afrika-

<sup>&</sup>lt;sup>36</sup> Mustafa al-Nahas Pascha (1876–1965), ägyptischer Politiker, Führer der Wafd-Partei und zwischen 1928 und 1952 fünfmal Ministerpräsident. 1942 nötigten die Briten König Faruk, Nahas zum Chef einer den Alliierten zuneigenden Regierung zu ernennen.

Wir fordern Ägypter in allen wichtigen Städten wie Kairo, Alexandria und Assiut auf, die Namen der Eigentümer jüdischer Firmen und die Namen der Firmen von Verrätern, Gaullisten, Briten und Amerikanern aufzuschreiben. Auf diese Weise werden wir fähig sein, unsere Hand auf diejenigen zu legen, die unserer Nation das Blut abgesaugt und unser Land versklavt haben.

#### Dokument 3:

Berlin auf Arabisch, 3. Juli 1942, 19.30 Uhr, "Ägyptische Offizielle Erklärung"<sup>37</sup>

Ägypten: Offizielle Erklärung. Der Ansager rief die arabischen Hörer dreimal zur Aufmerksamkeit auf, und zwar mit folgenden Worten: "Achtung, Achtung, Araber, wir werden eine wichtige Erklärung senden, der eine weitere wichtige Erklärung folgen wird." Nach Lesung von Suren aus dem Koran wurden diese Worte zweimal wiederholt, worauf die Erklärung verlesen wurde:

"Die Regierung des Deutschen Reiches und der Regierung Seiner Majestät des Königs von Italien erklären das Folgende: In diesem Augenblick, da die Truppen der beiden Achsenmächte siegreich in ägyptisches Territorium vordringen, bekräftigen die besagten beiden Regierungen ihre Entschlossenheit, Ägyptens Unabhängigkeit und Souveränität zu garantieren. Die Streitkräfte der Achse betreten Ägypten nicht als Feindesland, sondern um die Briten vom ägyptischen Boden zu vertreiben und um militärische Operationen gegen Großbritannien zur Befreiung des ganzen Nahen Ostens vom britischen Joch fortzusetzen. Die Politik der Achsenmächte wird vom Prinzip bestimmt 'Ägypten den Ägytern'. Die Emanzipation Ägyptens von den Ketten, die es an Großbritannien binden, und die Sicherheit vor den Risiken des Krieges werden es dazu befähigen, seinen Platz unter den unabhängigen souveränen Staaten einzunehmen."<sup>38</sup>

Zweite Erklärung: Das Arabische Rundfunkhaus in Berlin freut sich, die Erklärung mitzuteilen, die der Großmufti von Jerusalem, El Haj Amin El Husseini, heute vor der Presse abgab und die nun von einem unserer tapferen arabischen Streiter verlesen wird:

"Der glorreiche Sieg, den die Truppen der Achse in Nordafrika errungen haben, hat die Araber und den ganzen Osten ermutigt und die Herzen mit Bewunderung für Marschall Rommels Genie und die Tapferkeit der Soldaten der Achse erfüllt<sup>39</sup>. Das ist so, weil die Araber glauben, daß die Achsenmächte gegen einen gemeinsamen Feind kämpfen, nämlich gegen die Briten und die Juden wie auch



<sup>&</sup>lt;sup>37</sup> Alexander Kirk an Außenminister, Kairo, 21.7. 1942, No. 502, Axis Broadcasts in Arabic for the Period July 3 to 9, 1942, in: NACP, Egypt: Cairo Embassy General Records, 1936–1955, 820.00–822.00, 1942, entry 2410, box 77.

<sup>&</sup>lt;sup>38</sup> Zur Vorgeschichte der deutsch-italienischen Erklärung vgl. Hirszowicz, The Third Reich and the Arab East, S. 240 f.

<sup>&</sup>lt;sup>39</sup> Generalfeldmarschall Erwin Rommel (1891–1944), der damals das Afrikakorps befehligte, wurde in der für Nordafrika und den Nahen Osten bestimmten deutschen Propaganda groß herausgestellt. Am 14.10.1944 zwang Hitler den Feldmarschall wegen dessen Mitwissenschaft am Staatsstreich vom 20. Juli 1944 zum Selbstmord.

gegen die Ausbreitung des Bolschewismus, die der Aggression gegen den Iran folgen kann. Diese Siege werden, allgemein gesprochen, weitreichende Auswirkungen auf Ägypten haben, weil der Verlust des Niltals und des Suezkanals wie der Zusammenbruch der britischen Herrschaft im Mittelmeer und im Roten Meer die Niederlage Großbritanniens und das Ende des Britischen Empire näher bringen werden.

Was die unmittelbaren Ergebnisse dieser Siege betrifft, so bringen sie die Befreiung Ägyptens und der arabischen Länder vom britischen Joch. Es ist wohlbekannt, daß Ägypten die letzten 60 Jahre unter der Tragödie britischer Kolonisierung gelitten, aber den Briten stets mit ungebrochener Entschlossenheit gegenüber gestanden und keine Anstrengung gescheut hat, für die Freiheit zu fechten. Tatsächlich hat Ägypten während der ganzen Zeit gekämpft und selbst dann gegen Großbritannien rebelliert, als dieses 1919 den Höhepunkt seiner Kraft erreicht hatte. Daher also hat Ägypten die Nachrichten von den Siegen der Achse mit größter Freude aufgenommen; es weiß, daß der Augenblick gekommen ist, die Imperialisten ein für allemal loszuwerden und die Unabhängigkeit und Freiheit des Niltals zu sichern. Ägypten weiß außerdem, daß die Liquidierung des britischen Einflusses in Ägypten sowohl dessen Unabhängigkeit wie die aller arabischen Länder gewährleistet.

Von seiner militärischen Bedeutung abgesehen, hat Ägypten für die arabischen Länder eine klare geographische, wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Position. Seine Zukunft ist daher für alle islamischen Länder von Bedeutung, insbesondere für die arabischen Länder. Ich bin zuversichtlich, daß Ägyptens reale Unabhängigkeit und Souveränität respektiert werden wird, und ich bin überzeugt, daß Ägypten, das den Suezkanal besitzt und das beabsichtigt, freundschaftliche Beziehungen zur Achse zu unterhalten, die Freiheit der Schiffahrt im Kanal garantieren und für die Sicherheit der arabischen Länder, die unter dem Joch des britischen Imperialismus gelitten haben, eine wichtige Rolle spielen wird. Nicht ein einziger Ägypter hat je Furcht vor der britischen Stärke oder der Stärke der Juden empfunden; die Ägypter haben beide hart und kühn bekämpft und dadurch die britischen Imperialisten, deren Empire auf Tyrannei und Gewalt beruht, erbost.

Die arabische Nation, die so lange gekämpft und am allgemeinen Kampf teilgenommen hat, sieht in den Streitkräften der Achse, die jetzt nach Ägypten vordringen, Verbündete, die beim Zerbrechen der Ketten und bei der Befreiung von ihren Feinden mitwirken. Ich bin auch zuversichtlich, daß Ägypter und die arabischen Länder am Ende ihre Ziele, wahre Souveränität und wahre Unabhängigkeit, erreichen werden."

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VfZ 2/2010 Jahrgang 58 (2010), Heft 2 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2010\_2.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



#### Dokument 4:

"Tötet die Juden, ehe sie Euch töten!" Die Stimme des Freien Arabertums, 7. Juli 1942, 20.15 Uhr<sup>40</sup>

"In zuverlässigen Kreisen in Kairo wird gesagt, daß eine große Anzahl von Juden, die in Ägypten wohnen, dazu eine Anzahl Polen, Griechen, Armenier und Freie Franzosen, Revolver und Munition erhalten haben. Einige Juden in Kairo haben die britischen Behörden sogar um Maschinengewehre gebeten, die sie auf den Dächern ihrer Häuser aufstellen wollten. Ziel dieser Waffenverteilung durch die Briten ist Hilfe gegen die Ägypter, für den letzten Moment, wenn die Briten gezwungen sind, Ägypten zu räumen. Die Verteilung der Waffen erfolgte nach einer Liste etlicher tausend Juden, die in Ägypten, und Ausländer, die in Kairo leben.

Angesichts dieses barbarischen Vorgehens der Briten halten wir es für das Beste, wenn denn die ägyptische Nation gerettet werden soll, daß sich die Ägypter wie ein Mann erheben und die Juden töten, bevor sie eine Chance haben, das ägyptische Volk zu verraten. Es ist die Pflicht der Ägypter, die Juden zu vernichten und deren Eigentum zu zerstören. Ägypten kann niemals vergessen, daß es die Juden sind, die Großbritanniens imperialistische Politik in den arabischen Ländern durchführen, und daß sie die Quelle allen Unheils sind, das über die Länder des Ostens gekommen ist. Die Juden trachten danach, ihre Herrschaft in allen arabischen Ländern aufzurichten, doch ist ihre Zukunft von einem britischen Sieg abhängig. Darum suchen sie Großbritannien vor seinem Schicksal zu bewahren und darum werden sie von Großbritannien bewaffnet, um die Araber zu töten und das Britische Empire zu retten.

Ihr müßt die Juden töten, ehe sie das Feuer auf Euch eröffnen. Tötet die Juden, die Euer Vermögen an sich gerissen haben und einen Anschlag auf Eure Sicherheit planen. Araber Syriens, des Irak und Palästinas, worauf wartet Ihr? Die Juden haben vor, Eure Frauen zu schänden, Eure Kinder umzubringen und Euch zu vernichten. Nach der muslimischen Religion ist die Verteidigung Eures Lebens eine Pflicht, die nur durch die Vernichtung der Juden erfüllt werden kann. Das ist Eure beste Chance, diese dreckige Rasse loszuwerden, die Euch Eurer Rechte beraubt und Euren Ländern Unheil und Zerstörung gebracht hat. Tötet die Juden, steckt ihren Besitz in Brand, zerstört ihre Geschäfte, vernichtet diese niederträchtigen Helfer des britischen Imperialismus. Eure einzige Hoffnung auf Rettung ist die Vernichtung der Juden, ehe sie Euch vernichten."



 $<sup>^{40}</sup>$  Alexander Kirk an Außenminister, Kairo, 21.7.1942, No. 502, Axis Broadcasts in Arabic for the Period July 3 to 9, 1942, 13-14, in: NACP, RG 84, Egypt: Cairo Embassy General Records, 1936-1955, 820.00-822.00, 1940, entry 2410, box 77.

#### Dokument 5:

Roosevelt und die Juden, Die Stimme des Freien Arabertums, 26. November  $1942, 18.15^{41}$ 

"Roosevelt hat seine Maske abgeworfen und ohne jeden Zweifel bewiesen, daß er ein Werkzeug in den Händen der Juden ist, und zwar durch seine Kollaboration mit dem jüdischen Element bei seiner Aggression in Nordafrika." Der Ansager verbreitet sich dann über einen Bericht, wonach 1500 Amerikaner eine Petition für die Aufstellung einer jüdischen Armee in Palästina unterzeichnet hätten, ferner über eine Erklärung, zugeschrieben dem Minister für die Marine Knox, in der Unterstützung für eine Jüdische Heimstatt in Palästina empfohlen werde. Der Ansager fährt fort, da Knox eine "enge Freundschaft mit Roosevelt" verbinde, könne "seine Erklärung durchaus als eine offizielle Deklaration aufgefaßt werden. Dies alles bestätigt, daß Roosevelt und das Weiße Haus nur Werkzeug in den Händen der Juden sind, die sich gegen die Araber verschworen haben, und zwar mit dem Endziel, ihre Hand auf Palästina zu legen. Es ist daher die Pflicht eines jeden Arabers, sich vor der jüdischen Gefahr vorzusehen und sich vor Roosevelt vorzusehen, der die rechte Hand der Juden ist."42

#### Dokument 6:

Großbritannien und die Juden, Die arabische Nation, 30. Januar 1943, 21.00<sup>43</sup>

"Zu der Zeit, da Palästina und die arabische Welt für ihre Rechte kämpfen, veröffentlichte die Londoner Times einen außergewöhnlichen Artikel, in dem es hieß, es sei ganz sicher, daß die Juden und die Angelsachsen von der gleichen Familie stammen. Das heißt, der britische Thron ist der Thron Israels, und die Person, die auf ihm sitzt, ist ein Abkömmling Davids. Das Blatt fügte hinzu, in den jüdischen heiligen Büchern stehe geschrieben, daß die Mauern der heiligen jüdischen Stadt, Jerusalem, fallen würden, sollten Atheisten in die Stadt eindringen, und da die Mauern nicht fielen, als die Briten einmarschierten, müßten also die Briten der gleichen Familie angehören wie die Juden.





<sup>&</sup>lt;sup>41</sup> Alexander Kirk an Außenminister, Kairo, 6.12.1942, No. 737, 24, Axis Broadcasts in Arabic for the Period July 3 to 9, 1842, 13-14, in: Ebenda.

 $<sup>^{\</sup>rm 42}$  William Franklin Knox (1874–1944), ein republikanischer Gegner des New Deal, wurde von Präsident Roosevelt 1940 zum Marineminister ernannt, um während des Zweiten Weltkriegs die nationale Einheit zu festigen. Er bekleidete das Amt bis zu seinem Tod im Jahre 1944. U.a. leitete er im November 1942 die alliierten Landungen in Nordafrika. Unter seinen vielen öffentlichen Erklärungen im Jahre 1942, u.a. in der "New York Times", findet sich keine über eine Jüdische Heimstatt in Palästina.

<sup>&</sup>lt;sup>43</sup> Alexander Kirk an Außenminister, Kairo, 4.2.1943, No. 848, Axis Broadcasts in Arabic for the Period January 29 to February 4, 1943, 3-4, in: NACP, RG 84, Egypt: Cairo Embassy General Records, 1936-1955, 820.00-822.00, 1943, entry 2410, box 93.

Es scheint mithin, daß die Angelsachsen die großen Söhne Isaaks sind, des Sohns von Israel. Abraham hatte einen Sohn von Sarah und einen weiteren Sohn von einer zweiten Frau, dessen Nachkommen, wie manche Leute behaupten, nach Europa auswanderten und von dort nach England. Daher könne bewiesen werden, daß die Söhne Isaaks die Einwohner Großbritanniens sind und der britische Thron der Thron Davids ist, die Völker unter der britischen Krone zusammengesetzt sind aus den Abkömmlingen der zehn Stämme, die sich über die ganze Erde zerstreuten. So ist tatsächlich der Mythos, den die 'Time' [sic] verbreitet. Nicht nur die 'Time' hat diese erstaunlichen Fakten publiziert, vielmehr finden wir den gleichen Mythos in einer Broschüre, die sie unterzeichnet und veröffentlicht haben. In der Tat: wenn du den Dingen ins Gesicht siehst, wirst du finden, daß die Briten die Schatten der Juden sind und der britische Drang zur Weltbeherrschung ein jüdischer Drang ist.

Die Juden trachten danach, in Zukunft die Welt zu beherrschen. Wenn Großbritannien durch ein Meer von Blut watet, so deshalb, damit die Juden unangefochten die Welt beherrschen, denn die Juden sind nicht zufrieden mit Palästina, Syrien und Transjordanien, nicht einmal mit Marokko, sondern sie wollen die ganze Welt haben. Sie legen jedoch große Schlauheit an den Tag, indem sie diese Herrschaft nicht auf einmal zu erringen suchen, und daher haben sie den Mythos geschaffen, daß die Briten jüdischen Ursprungs sind, um so ihre Ambitionen verwirklichen zu können. Auf der anderen Seite möchte Amerika das Britische Empire erben. Aber die Amerikaner sind Angelsachsen und deshalb Söhne Isaaks, was natürlich bedeutet: Juden. So wird das Britische Empire unweigerlich das Empire Isaaks sein, mit anderen Worten das jüdische Empire. Gigantische Kräfte ringen nun miteinander, Länder verschwinden, Throne stürzen, nur weil die Juden die Welt beherrschen wollen. Ein jüdischer Sieg würde die Desintegration der ganzen Welt bedeuten und die Degeneration der Menschheit und den Rückfall der Zivilisation in die Steinzeit. Das möge Gott verhüten."

# **Dokument 7:**

Ein Interview mit S. E., dem Großmufti von Palästina, Berlin auf Arabisch, 8. Februar 194344

Die Sendung bezieht sich auf eine der letzten Ausgaben der in Rom erscheinenden Zeitschrift "Al Alam El Arabi", die ein Interview mit Haj el-Husseini enthielt.

"Die Vertreter des Magazins fragten Seine Eminenz: 'Gibt es eine Verbindung zwischen der Emanzipationsbewegung, die Sie führen, und den Bewegungen Dschamel-al-Din-al Afghanis und Scheich Mohammed Abdu?<sup>45</sup> Er antwortete:



<sup>&</sup>lt;sup>44</sup> Alexander Kirk an Außenminister, Kairo, 20.2.1943, No. 869, Axis Broadcasts in Arabic for the Period February 5 to 11, 1943, 8-9, in: Ebenda.

<sup>&</sup>lt;sup>45</sup> Sajid Dschamel-al-Din-al Afghani (1838–1897) war ein islamischer Nationalist, im 19. Jahrhundert politisch aktiv im Iran, in Afghanistan, Ägypten und im Osmanischen Imperium; er

,Dschamel-al-Din-al Afghani gehörte zur Avantgarde des Ostens, der diesen mit allen Mitteln zum Kampf zu bewegen suchte. Diese weise Politik wurde von seinem Gefolgsmann Scheich Mohammed Abdu fortgesetzt. Es gibt keinen Zweifel, daß jeder arabische Nationalist von den Lehren dieser beiden Imame berührt worden ist und auch von ihrem tapferen Kampf für die Emanzipation. Alles, was die Araber begehren, ist, frei zu sein und den Islam von Zubehör zu reinigen, das seinen spezifischen Regeln fremd ist. Sie wollen den Islam so rein wie an seinem Beginn und daß die Muslime wieder Herren sind.'

[Husseini betonte, daß eine Nation, die so groß und geographisch so positioniert ist wie die arabische Nation, "mit Sicherheit auf das internationale Gleichgewicht der Nachkriegszeit einwirken wird", und er rief die Araber dazu auf, mehr für Europas Verständnis der arabischen Zivilisation zu tun.]

Frage: "Welche Rolle fällt dem Islam beim Widerstand gegen das internationale Judentum zu?"

Antwort: "Der Islam erkannte die Gefährlichkeit des Judaismus schon bei dessen Entstehung. In Zeiten, in denen der Islam schwach war, nutzten die Juden die Gelegenheit, ihn zu bekämpfen. Jedoch haben die Muslime den Juden erfolgreich widerstanden und deren Versuche zunichte gemacht. Ist die Gefährlichkeit der Juden irgendwo deutlicher gewesen als in Palästina, und hat irgend jemand den Juden stärkeren Widerstand geleistet als die palästinensischen Araber?"

Frage: "Was sind Ihre Empfehlungen für die Erarbeitung einer eigenständigen islamischen Politik?"

Antwort: "Die Lehren des Islam zielen auf die Sicherung materiellen und spirituellen Glücks für Menschen, die das Fundament eines eigenständigen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Systems legen. Das steht in scharfem Gegensatz zum Kommunismus. Jeder Muslim muß daher einer so zerstörerischen Bewegung Widerstand leisten. In dieser Hinsicht wird der Muslim in seiner Religion die besten Regeln für den Widerstand gegen die Lehren des Kommunismus finden."

Frage: "Erwarten Sie, daß die Angelsachsen aus Algerien und Marokko ein weiteres Palästina für die Juden machen?"

Antwort: "Der jüdische Führer Waxman [Chaim Weizmann] hat kürzlich erklärt, daß Marokko und Algerien der Brückenkopf zwischen New York und Jerusalem seien. In der Tat ist die geographische Lage von Marokko und Algerien sehr wichtig, und es gibt keinen Zweifel, daß die Juden diese beiden Länder zu ,zionisieren' beabsichtigen. Die Juden spielten bei der Besetzung Algeriens und Marokkos eine ganz üble Rolle. Sie machten den Weg frei für die Angelsachsen und halfen diesen mit allen Mitteln. Wir beobachten daher mit Sorge die Verwirklichung der





trat für pan-islamische Einheit gegen den westlichen Imperialismus ein. Muhammed Abdu (1849–1905) war ein ägyptischer Jurist, Religionswissenschaftler und liberaler Reformer, der den Islam mit moderner Wissenschaft und Technik zu vereinbaren suchte; zugleich wollte er die Wiedergeburt eines von westlichen Einflüssen nicht korrumpierten Islam.

jüdischen Ambitionen in Marokko und Algerien. Aber es bleibt die Tatsache, daß die Araber Palästinas gegen die Juden gekämpft haben; in gleicher Weise werden die Araber Marokkos und Algeriens, die Enkel Tarriks, Abdel No'mens und Ibn Cherines, kämpfen, um ihr Land gegen die schreckliche Bedrohung durch die Juden zu schützen."

#### Dokument 8:

Islam und Nationalsozialismus, Berlin auf Arabisch, 22. Mai 1943, 22.30 Uhr<sup>46</sup>

"Der Islam ist eine starke und generöse Religion, die den Vergleich mit anderen Religionen nicht scheut. Tatsächlich rückt der Vergleich den Islam in eine stärkere Position und zeigt seinen weiten Horizont wie die darin sichtbaren Gedankenbahnen.

Der Islam ist mit der persischen Literatur verbunden, mit der griechischen Mythologie, dem Römischen Recht und mit der gegenwärtigen europäischen Zivilisation; daß der Islam mit all dem vermählt ist, hat die gegenwärtige große islamische Wiedergeburt herbeigeführt, die viel Gutes bewirkt.

Der Islam ist eine elastische Philosophie, verliert aber nie seine Charakteristika und seine Unterscheidungsmerkmale. Der Islam macht Entwicklungen durch, ändert sich aber nie. Es besteht keine Furcht, daß wir uns dem Nationalsozialismus oder irgendeiner anderen neuen Denkrichtung angleichen.

Der Nationalsozialismus hat bestimmte Prinzipien, das hervorstechendste Prinzip ist Ordnung in allen Dingen. Dieses Merkmal ist von Freund und Feind anerkannt. Das Wunder des Nationalsozialismus ist in der Tat die Ordnung. Ordnung ist im ganzen deutschen Leben und Streben evident. Deutsche Fabrikanten sind für ihre Präzision und Akkuratesse berühmt. Ordnung ist also ein Ideal, und dieses Ideal muß einen Platz im Koran finden.

Zwar ist Ordnung im Koran nicht ausdrücklich genannt, doch beziehen sich viele Verse im Heiligen Buch offensichtlich auf sie. Selbst das islamische Recht zeigt die Bedeutung der Ordnung im Islam; die Art des Betens und Fastens, der Wohltätigkeit und sogar des Kämpfens - all dies ist in Ordnung gebracht.

Füge dazu die Liebe zur Stärke. Dies ist von einem der Propheten ausdrücklich festgestellt worden, als er sagte: 'Starke Gläubige werden besser und werden höher geschätzt als schwache.' Viele Verse im Koran implizieren eines Mannes Gefühl von Stolz und Stärke.

Ich habe einmal einen dieser Verse einem Nationalsozialisten vorgelesen. Er hörte achtungsvoll zu und kommentierte dann: "Wenn das der Gedanke eines Gläubigen war, dann bin ich einer von ihnen; und wenn das der Geist des Islam ist, dann kann ich mich selber einen Muslim nennen. Sowohl Muslime wie Nationalsozialisten glauben an Stärke.



 $<sup>^{46}</sup>$  Alexander Kirk an Außenminister, Kairo, 1.6. 1943, No. 1071, Axis Broadcasts in Arabic for the Period May 21 to 27, 1943, 6, in: NACP, RG 84, Egypt: Cairo Embassy General Records, 1936-1955, 820.00-822.00, 1943, entry 2410, box. 93.

Der Glaube des Islam an Stärke hat ihn dazu befähigt, sich über viele Länder auszubreiten, viele Königreiche zu erreichen und die Zivilisation zu verbreiten. Durch die gleiche Überzeugung ist die Nationalsozialistische Partei die große Macht in Europa geworden. Weil sie an Stärke glauben, waren ein paar tausend Araber in Palästina in der Lage, einer Nation von Millionen zu widerstehen.

An Stärke zu glauben, ist nicht barbarisch. Der Muslim glaubt, daß Stärke von Gott kommt."

# Dokument 9:

So sind die Juden, Berlin auf Arabisch, 19. Mai 1943<sup>47</sup>

"Wir haben schon früher über die Juden gesprochen, über ihre Ambition, die Welt zu beherrschen, und über ihre Methoden, dieses Ziel zu erreichen. Die Welt hat jedoch ihre Absichten herausgefunden und ihnen mit eiserner Hand Halt geboten. In unserem letzten Kommentar haben wir versprochen, Details darüber mitzuteilen, wie Deutschland den jüdischen Aktivitäten ein Ende gemacht hat. Deutschland hat hinsichtlich der Juden Sondergesetze erlassen. Es war eine Selbstverständlichkeit, daß die Juden als Juden und sonst nichts behandelt und daß ihre Aktivitäten auf ihre Kreise und ausschließlich auf ihre Rasse beschränkt wurden. Die Juden leben separiert. Sie haben ihre eigenen Restaurants und Kneipen, die andere nicht betreten dürfen. Man mag sagen, daß die Deutschen die Juden streng behandeln, doch muß zugegeben werden, daß Deutschland ihnen den gebührenden Platz zuweist."

[In der Sendung wird bestritten, daß Araber und Juden "die gleiche Herkunft" haben, und behauptet, daß es "in fernen Tagen" nicht "einen Ort" in Ägypten, Syrien und Palästina gegeben hat, "der von Juden bewohnt war".]

"Die Juden können nicht als eine Rasse wie die Araber oder die Arier angesehen werden. Die arischen Führer haben diese Tatsache erkannt und folglich die Juden bekämpft. Was Großbritannien, Nordafrika und Rußland angeht, so sind dort die Juden unterstützt worden; was Deutschland betrifft, so ist es auf Kampf gegen die jüdische Gefahr eingeschworen. Die übrigen europäischen Nationen sind Deutschland gefolgt. Die Araber sind auf dem Wege, die jüdische Bedrohung zu beseitigen. Wie groß auch die Hindernisse sein mögen, wie lange es auch dauern mag, die Araber werden ihr Ziel erreichen."

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VfZ 2/2010 Jahrgang 58 (2010), Heft 2 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2010\_2.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



 $<sup>^{47}</sup>$  Alexander Kirk an Außenminister, Kairo, 27.5.1943, No. 1065, Axis Broadcasts in Arabic for the Period May 15 to 20, 1943, 15, in: Ebenda.

#### Dokument 10:

Kein Kompromiß. Da sei Gott vor, Berlin auf Arabisch, 11. Januar 1944<sup>48</sup>

Zu Presseberichten, Araber seien bereit, mit Juden in Palästina zusammenzuarbeiten, nahm Berlin in arabischer Sprache folgendermaßen Stellung:]

"Es ist doch wohl unlogisch, daß die Araber in irgendeiner Weise mit den Juden zusammenarbeiten sollen; die Araber hassen die Juden." [Wer sich für eine Kooperation der Araber mit den Juden ausspricht] "vergißt eines, nämlich daß die Araber traditionelle Feinde der Juden seit der Heraufkunft des Islam sind. Es muß nicht gesagt werden, daß jede Zustimmung zur Zusammenarbeit zwischen den Juden und den Arabern in Palästina gleichbedeutend wäre mit der Anerkennung der Rechte der Juden in Palästina. Mit anderen Worten, es würde eine Reduzierung der arabischen Souveränität bedeuten, die kein Araber akzeptieren würde. Wie könnten die Araber einen solchen Status akzeptieren, wenn sie zugleich für ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen?

Die Politik der arabischen Nation hat immer darin bestanden, die Juden zu boykottieren, denn wenn sie mit ihnen kooperieren, hieße das, daß die Araber in Palästina ihre Sache verloren haben, was wiederum mit dem Abschied von arabischer Souveränität und arabischer Wohlfahrt identisch wäre. Sollte irgendein Araber anders denken, ist er entweder verrückt oder ein Verräter, und die Meinung solcher Leute hat keinerlei Bedeutung."

#### Dokument 11:

Araber und Muslime befinden sich im Krieg mit dem Judentum, Berlin auf Arabisch, 28. Januar 1944<sup>49</sup>

"Ethnologen neigen heute dazu, die Araber und die Juden als klar unterschiedene Rassen anzusehen. Um es einfach zu sagen: Sie sehen sie beide als eine alte Rasse, die sich in zwei unterschiedliche Zweige teilte. Was sie zu dieser Ansicht bringt, das sind die unterschiedlichen Charakteristika der beiden. Während die Araber verschwenderisch generös sind, sind die Juden jämmerlich geizig. Während die Araber mutig und kriegerisch sind, sind die Juden feige und furchtsam. Die Unterschiede zwischen den beiden Rassen waren der Grund für die beständige Feindschaft, die stets zwischen ihnen herrschte. Wir glauben daher, daß diese Feindschaft und dieser Kampf zwischen Arabern und Juden immer fortgesetzt werden wird, bis eine der beiden Seiten vernichtet ist. Der Kampf oder der Krieg zwischen Arabern und Juden beruht auf religiösen Überzeugungen, und



<sup>&</sup>lt;sup>48</sup> Alexander Kirk an Außenminister, Kairo, 24. 1. 1944, No. 1546, Axis Broadcasts in Arabic for the Period January 8 to 14, 1944, 10, in: Ebenda, box 112.

<sup>&</sup>lt;sup>49</sup> Alexander Kirk an Außenminister, Kairo, 28.1.1944, No. 1581, Axis Broadcasts in Arabic for the Period January 22 to 28, 1944, 8, in: NACP, RG 84, Egypt: Cairo Embassy General Records, 1936-1955, 820.02-822.00, 1943, entry 2410, box 112.

derartige Konflikte können nur mit der Vernichtung einer Seite enden. Wir müssen aber einsehen, daß die Verantwortung für diesen Rassekrieg zwischen Arabern und Juden auf den Schultern der Juden liegt. Die Eigenschaften der Araber: Großzügigkeit, Selbstlosigkeit und Opferbereitschaft, können nicht zum Krieg

Feindschaft zwischen Arabern und Juden hat immer geherrscht, seit alter Zeit. Doch hat sie sich seit dem Erscheinen des Islams verschärft. Im Islam entdeckten die Juden eine Gefahr für ihren Glauben. Sie bekämpften den Propheten und seine Anhänger, und als sie feststellen mußten, daß die Muslime an Stärke gewannen, begannen sie zu intrigieren. Sie unternahmen sogar Anschläge auf den Propheten selbst. Diese Feindschaft dauert seit damals bis zum heutigen Tage an, da nun die Muslime erkennen, daß sie ihr Land von den Übeln der Juden befreien müssen. Genug von der alten Feindschaft zwischen Muslimen und dem Judentum. Es ist eine Tatsache, daß die Juden dem Islam das Heidentum vorzogen. (Der Sprecher verlas dann einen Ausspruch des Propheten, demzufolge die Juden als die erbittertsten Feinde der Muslime zu gelten hätten.) Heute wollen die Juden im muslimischen Palästina einen jüdischen Staat errichten. Sie haben den letzten Krieg angezettelt [den Ersten Weltkrieg], in der Hoffnung, daß sie ihre Träume verwirklichen können. Es wird in der Tat gesagt, daß Chaim Waxman [Weizmann], als man ihn nach dem Preis für eine Intervention fragte, dem britischen Kriegsministerium sagte, er wolle eine Verpflichtung der britischen Regierung, daß Palästina nach dem Krieg den Juden gegeben werde. So kam die Balfour-Deklaration zustande. Die Briten suchten sie zu verwirklichen, aber die Lebenskraft der Araber hat das verhindert. Die Juden haben den gegenwärtigen Krieg begonnen, um das zu gewinnen, was sie im letzten nicht erreichen konnten. Es ist überraschend, daß die Briten ihre den Juden gegebenen Versprechen zu halten versuchten, jedoch nichts dergleichen für die Araber taten.

Mögen die Muslime im allgemeinen und die Araber im besonderen vor den Juden auf der Hut sein, und mögen sie jederzeit zum Kampf gegen die Juden bereit sein. Sie sollen wissen, daß der Sieg ihnen gehören wird und daß die Juden, ihre Helfer und ihre Propagandisten geschlagen werden."

#### **Dokument 12:**

Verbrecherische amerikanische Senatoren, von einem "arabischen Kämpfer", Berlin auf Arabisch, 1. März 1944<sup>50</sup>

[In Reaktion auf Nachrichten über die Ausrottung der europäischen Juden wuchs im amerikanischen Kongreß, sowohl im Senat wie im Repräsentantenhaus, die Unterstützung jüdischer Emigration nach Palästina und der Errichtung eines jü-





<sup>&</sup>lt;sup>50</sup> Alexander Kirk an Außenminister, Kairo, 7. März 1944, No. 1642, Axis Broadcasts in Arabic for the Period February 26 to March 3, 1944, 7-9, in: NACP, RG 84, Egypt: Cairo Embassy General Records, 1936–1955, 820.02–822.00, 1943, entry 2410, box 112.

dischen Staates dort. Die Senatoren Robert Wagner (Demokrat, New York) und Robert Taft (Republikaner, Ohio) waren die Wortführer im Senat. Auf Grund der Opposition des State Departments und des Kriegsministeriums, auch Präsident Roosevelts, wurde eine entsprechende Resolution nicht Richtlinie der offiziellen Politik. Der folgende Kommentar von "Berlin auf Arabisch" vermittelt sowohl den Inhalt wie den apokalyptischen Ton der NS-Propaganda, nachdem der Krieg sich gegen das NS-Regime und seine arabischen und islamistischen Kollaborateure gewandt hatte. Abermals wird das Bemühen, einen jüdischen Staat in Palästina zu schaffen, als eine Bedrohung sowohl der Araber wie des Islam hingestellt.]

"An die arabische Welt, an die islamische Welt, an die östliche Welt, an die ganze Menschheit, meine Damen und Herren! Eine große Tragödie bereitet sich vor, ein großes Massaker, ein weiterer wilder Krieg in den arabischen Ländern wird beginnen. Viel gutes Blut wird vergossen werden, und viele unschuldige und teure Seelen werden verloren sein.

Die amerikanischen Senatoren wollen das Gesicht der Erde verändern, den Lauf der Geschichte umlenken, in jeder Ecke der Welt Kriege und Revolutionen anzetteln und damit die Welt in ein Meer von Blut tauchen. Ihre niederträchtige Absicht hinsichtlich der Araber und des Islam geht dahin, die islamische Zivilisation vom Angesicht der Erde zu vertilgen, den Koran aus den Herzen der Menschen zu reißen und an seine Stelle Atheismus und Unmoral zu setzen.

Diese verbrecherischen amerikanischen Senatoren waren nicht zufrieden mit all den Schrecken des Krieges, den sie herbeigeführt haben. Ihre bösen und arglistigen Seelen waren nicht zufrieden mit dem bereits vergossenen Blut, im Fernen Osten, in Afrika, in Europa. Sie scheinen nicht zufrieden zu sein mit dem Opfer ihrer eigenen Söhne, die sie um des Satans willen in den Schlund dieses höllischen Krieges gezwungen haben; sie wollen die Übel und Schrecken des Krieges in jedes Land tragen, damit alle Menschen leiden müssen; sie wollen Blut über den ganzen Nahen Osten fließen sehen, über den heiligsten Ort unserer Erde. Sie entwarfen, beschlossen und verbreiteten eine Resolution, die eines ihrer abscheulichsten Verbrechen darstellt. Sie wollen den Anhängern Mohammeds ihren Willen aufzwingen; sie wollen die Religion Mohammeds besudeln. Ihr Vorhaben ist eminent barbarisch und ist ein schreckliches und widerwärtiges Verbrechen. Die Amerikaner haben vor den Arabern ihre inneren Absichten aufgedeckt.

Diese amerikanischen Meuchelmörder haben beschlossen, in Palästina einen jüdischen Staat zu schaffen. In der Tat: ein jüdisches Land in Palästina. Was für eine schreckliche Idee - was für ein schreckliches Verbrechen! Doch die Herzen dieser amerikanischen Senatoren trachteten schon immer nach nichts anderem als Verbrechen und Übeltaten.

Ihre Entscheidung bedeutet, daß die Araber und das Arabertum nicht länger existieren sollen. Ihre Entscheidung bedeutet die Beschmutzung dieser heiligen Stätte, geheiligt der Herzen aller Gläubigen, Christen wie Muslime.

Ihre Entscheidung bedeutet die Ausradierung der Moschee von Aqsa, wohin unser Prophet flüchtete. Sie werden sie durch den Tempel Salomons ersetzen. Das bedeutet die Vernichtung aller Araber und Muslime. Jetzt ist offenbar geworden, was sie so lange vor den Menschen verborgen haben. Viele von uns hatten eine



gute Meinung von den Schulen, Klubs und Krankenhäusern, die sie in unserem Land gebaut haben, die aber in Wahrheit zur Bekämpfung des Islam und des Koran bestimmt waren. Diese Anstrengungen konnten aber, obwohl seit hundert Jahren unternommen, ihr Ziel nicht erreichen und den Islam nicht überwinden.

Nun aber hat diese Bande amerikanischer Senatoren, die sich die Sorge der Welt um den Krieg zunutze machten, ihre Entscheidung für die Schaffung eines jüdischen Landes in Palästina bekannt gemacht. Dieses jüdische Land wird die anderen Länder beherrschen, wird jedes religiöse Empfinden, das unter den Menschen verbreitet ist, bekämpfen, wird die arabischen Länder zerreißen, wird die Muslime zerstreuen, wird tatsächlich diese Länder zu Kolonien machen und ausplündern, im Nahen Osten alle im Fernen Osten verübten Untaten wiederholend.

Sie wollen außerdem, mit der Durchsetzung ihrer Entschlüsse, ihre Leute glauben machen, daß sie die Verluste ausgleichen, die sie durch die Japaner erlitten haben.

Wir wissen, daß die USA in Wirklichkeit eine jüdische Kolonie sind und daß die dort lebenden 5.000.000 Juden die 140 Millionen anderen Amerikaner beherrschen. Wir wissen auch, daß Kapitalisten, die Besitzer großer Gesellschaften, die Filmindustrie, die Presse, die Finanzhäuser und die Mehrheit des Handels unter jüdischer Kontrolle stehen. Doch hätten wir es uns nicht träumen lassen. daß die Amerikaner Sklaven der Juden werden, von ihnen unterdrückt und von ihnen nach Belieben gelenkt werden könnten." (Der Sprecher erklärte, daß die Schaffung eines jüdischen Staates in Palästina angesichts des entgegengesetzten "Willens der Araber und Muslime" eine "Unmöglichkeit" sein würde. "Der Beschluß der amerikanischen Senatoren ist ein offener Akt der Herausforderung an die Araber und den Koran." Ein jüdischer Staat wäre ein Zentrum für amerikanische und britische "imperialistische Anschläge". Anscheinend verschwenden die Alliierten "keinen Gedanken an die 400 Millionen Araber und Muslime, die sie als Insekten ansehen, als Fliegen".)

"Araber und Muslime, Söhne des Ostens, diese Gefahr bedroht Euer Leben, gefährdet Euren Glauben und gilt Eurem Hab und Gut. Keine Spur wird bleiben von Euch. Euer Untergang ist besiegelt. Das Schicksal, das Euch erwartet, ist auch für den Geringsten nicht erfreulich. Es wäre besser, die Erde würde sich öffnen und jedermann verschlingen; es wäre besser, die Himmel stürzten über uns ein, Verheerung und Zerstörung bringend; all das wäre besser, als wenn die Sonne des Islam unterginge und der Koran verschwände.

Könige der Araber und Muslime, Fürsten der Araber und der Muslime, Regierungen der Araber und der Muslime, laßt uns Eure Stimmen hören, laßt Eure Taten sprechen, reagiert gegen diese schreckliche Zukunft, die uns erwartet! Entfesselt Kriege und Revolutionen, haltet stand gegen die Aggressoren, laßt Eure Herzen im Glauben entbrennen! Rückt vor mit Euren Armeen und Stämmen, um die Bedrohung zu verjagen.

Männer und Frauen sollen arbeiten und die Alliierten mit allen Mitteln bekämpfen. Tötet sie! Dann wird Euch die Geschichte ehren, kommende Genera-

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VfZ 2/2010 Jahrgang 58 (2010), Heft 2 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2010\_2.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



tionen werden Euch preisen, und Ihr werdet den Flecken getilgt haben, der Euch beschmutzen soll. Gott wird Euch den Sieg schenken."

#### Dokument 13:

Haj Amins Ruf zu den Waffen, Berlin auf Arabisch, 4. März 1944, 12.30 Uhr<sup>51</sup>

Angehörige des Militärischen Nachrichtendienstes der USA hörten ebenfalls arabischsprachige Propagandasendungen der Achse ab. Sie nahmen die folgende Reaktion Haj Amin el-Husseinis auf die Resolutionen von Senat und Repräsentantenhaus zu Juden und Palästina auf.

"Niemand hat je daran gedacht, daß 140 Millionen Amerikaner Werkzeuge in jüdischen Händen werden könnten. [...] Wie sollte es der Amerikaner wagen, Palästina zu judaisieren, solange die Araber noch am Leben sind? [...] Die bösen amerikanischen Absichten hinsichtlich der Araber sind nun klar, und es gibt keinen Zweifel, daß sie danach streben, ein jüdisches Imperium in der arabischen Welt zu errichten. Mehr als 400.000.000 Araber widersetzen sich dieser verbrecherischen Bewegung [...] Araber! Erhebt Euch wie ein Mann und kämpft für Eure heiligen Rechte. Tötet die Juden, wo immer Ihr sie findet. Das gefällt Gott, der Geschichte und der Religion. Es dient Eurer Ehre. Gott ist mit Euch." 52

#### Dokument 14:

Hassan Al-Banna und der Mufti von Palästina, 23. Juli 1946, Der Bericht des Office of Strategic Services über die von Al-Banna der Arabischen Liga gegebenen Erklärung<sup>53</sup>

[Während des ganzen Zweiten Weltkriegs versuchten amerikanische und britische Nachrichtendienste mit unterschiedlichem Erfolg die Wirkung und die Aufnahme der NS-Propaganda in Nordafrika, im Nahen Osten und im Iran abzuschätzen. Als nach Kriegsende die Zensur aufgehoben wurde, konnten Hassan Al-Banna und die Muslimische Bruderschaft, die führende islamistische Organisation in Ägypten, wieder Anschauungen offen äußern, die während des Krieges in die Kategorie einer propagandistischen "Fünften Kolonne" der Achse gefallen wären. Bei Husseinis Rückkehr nach Kairo, im Jahre 1946, äußerte sich Al-Banna begeistert über den für ihn prominentesten und wichtigsten NS-Kollaborateur aus der arabischen und muslimischen Welt. OSS-Agenten in Ägypten sandten den folgenden Text seiner Bemerkungen nach Washington.]



<sup>&</sup>lt;sup>51</sup> Weekly Review of Foreign Broadcasts, FCC (Federal Communications Commission), No. 118, 3/4/44, Near and Middle East, Palestine, in: NACP, RG 165 MID, "Regional File", 1922–1944 Palestine, Entry 77, Box 2719, Folder 2930.

<sup>&</sup>lt;sup>52</sup> Hervorhebung im Original.

<sup>&</sup>lt;sup>53</sup> Contents of Secret Bulletin of Al Ikhwan al-Muslimin dated 11 June 1946, Cairo (July 23, 1946), in: NACP, RG 226 (Office of Strategic Services), Washington Registry S1 Intelligence, Field Files, Entry 108A, Box 15, Folder 2.

"Al-Ikhwan Al-Muslimin [die Muslimische Bruderschaft] und alle Araber fordern von der Arabischen Liga, auf der die arabischen Hoffnungen ruhen, eine Erklärung, daß der Mufti in jedem arabischen Land willkommen ist, das er zu seinem Aufenthalt wählt, und daß ihm ein großes Willkommen zuteil wird, wo immer er gehen mag, als Zeichen der Wertschätzung seiner großen Verdienste um den Ruhm des Islam und der Araber.

Die Herzen der Araber schlugen hoch vor Freude, als sie hörten, daß es dem Mufti gelungen ist, arabischen Boden zu erreichen. Diese Nachricht war wie Donnerhall in den Ohren etlicher amerikanischer, britischer und jüdischer Tyrannen.

Der Löwe ist endlich frei, und er wird den arabischen Dschungel durchstreifen, um die Wölfe zu verjagen.

Der große Führer ist zurück nach vielen Leidensjahren im Exil. Einige zionistische Blätter in Ägypten, gedruckt von "La Société de Publicité", erheben ein Geschrei und heulen, weil der Mufti zurückgekehrt ist. Wir können ihnen das nicht verdenken, da sie die Wichtigkeit der Rolle erkennen, die der Mufti im Kampf gegen das Verbrechen gespielt hat, das die Amerikaner und die Engländer zu begehen im Begriff sind.

Die Amerikaner haben versucht, der Kalamität zu begegnen, indem sie erklärten, sie seien bereit, die Empfehlungen der anglo-amerikanischen Untersuchungskommission durchzusetzen<sup>54</sup>. Eine solche Drohung verdient nicht einmal die Verachtung der Araber, die entschlossen sind, ihre Rechte um jeden Preis zu verteidigen.

Der Mufti ist soviel Wert wie eine ganze Nation. Der Mufti ist Palästina, und Palästina ist der Mufti. O Amin! Was bist Du doch für ein großer, unbeugsamer, großartiger Mann! All die Jahre im Exil haben Deinen Kampfgeist nicht gemin-

Hitlers und Mussolinis Niederlage hat Dich nicht geschreckt. Dein Haar ist nicht vor Furcht grau geworden und Du bist noch immer voller Leben und Kampfgeist.

Was für ein Held, was für ein Wunder von Mann. Wir wollen wissen, was die arabische Jugend, Kabinettminister, reiche Leute und die Fürsten von Palästina, Syrien, Irak, Tunesien, Marokko und Tripolis tun werden, um dieses Helden würdig zu sein, ja dieses Helden, der mit der Hilfe Hitlers und Deutschlands ein Empire herausforderte und gegen den Zionismus kämpfte. Deutschland und Hitler sind nicht mehr, aber Amin Al-Husseini wird den Kampf fortsetzen.

Er ist nur ein einzelner Mann, aber Mohammed war auch nur ein einzelner Mann, ebenso Christus, und sie erreichten doch Großes. Amin hat einen göttlichen Funken in seinem Herzen, was ihn über andere Menschen erhebt. Gott

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

<sup>&</sup>lt;sup>54</sup> Die anglo-amerikanische Untersuchungskommission hatte 1946 nach Treffen mit jüdischen und arabischen Repräsentanten in Palästina empfohlen, die bestehenden Beschränkungen der jüdischen Emigration aufzuheben und 100.000 Juden in DP(displaced persons)-Lagern in Europa Visa auszustellen; ferner sollte das britische Mandat in Form einer UN-Treuhänderschaft verlängert werden. Die Juden nahmen die Empfehlungen mit eingeschränkter Zustimmung auf. Die Araber lehnten sie rundweg ab. Siehe Morris, Righteous Victims, S. 177-180.

hat ihn mit einer Mission betraut, und er muß Erfolg haben. Die Armeen der Kolonialisierung besetzten Deutschland und hofften, Amin zu fangen, aber er war zu schlau für sie. Es gelang ihm, nach Frankreich zu entkommen, und nun kehrt er zu seinem Volk zurück, um den Kampf gegen die verbrecherischen Briten und den Zionismus wieder aufzunehmen. Die Schlacht hat begonnen, und der Ausgang ist leicht abzusehen. Der Allmächtige Gott hat Amin nicht umsonst aufgespart. Es muß göttliche Absicht hinter der Bewahrung des Lebens dieses Mannes stecken, nämlich die Niederlage des Zionismus.

Amin! Vorwärts! Gott ist mit Dir! Wir stehen hinter Dir. Wir sind bereit, unseren Hals für die Sache zu riskieren. Bis zum Tod! Vorwärts marsch. [...]

Amerika hat die San Francisco und die Atlantik Charta ausgenützt, ist jetzt aber demaskiert worden, und wir kennen sein wahres Gesicht. Es redete von Freiheit, als es selber gegen ein wildes Tier kämpfte. Nun versucht es, die Araber zu erwürgen, und übernimmt die Nazi-Methoden."55

Übersetzt von Hermann Graml



<sup>&</sup>lt;sup>55</sup> Mit "San Francisco Charta" meinte Al-Banna die Gründungscharta der Vereinten Nationen. Die Atlantik-Charta, die Premierminister Winston Churchill und Präsident Franklin D. Roosevelt am 14. August 1941 unterzeichneten, verurteilte territoriale Vergrößerungen und sprach sich für Selbstbestimmung aus. Während des Krieges kontrastierte die NS-Propaganda diese Grundsätze mit dem Fortbestehen des britischen Empire.

# Schreib-Praxis

# Das Institut für Zeitgeschichte und der Oldenbourg-Verlag veranstalten zum vierten Mal ein anwendungsorientiertes Schreibseminar (6.–10. September 2010)

## 1. Zielsetzung

Die Universitäten vermitteln zwar die Grundlagen wissenschaftlichen Arbeitens, legen aber auf die sprachliche Präsentation der Forschungsergebnisse nicht zuletzt deshalb weniger Wert, weil diesbezügliche Schulungen sehr zeitaufwändig sind und deshalb von den Lehrstühlen nicht mehr geleistet werden können. Die Initiative des Instituts für Zeitgeschichte und des Oldenbourg-Verlags setzt bei diesen Defiziten an. Das Seminar soll die Sprach- und Darstellungskompetenz jüngerer Historikerinnen und Historiker stärken, ihr diesbezügliches Problembewusstsein wecken und ein Forum bieten für die praktische Einübung der entsprechenden Techniken. Ziel ist mit anderen Worten: Gutes wissenschaftliches Schreiben zu lehren.

Die Redakteure der Reihen des Instituts und insbesondere die Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte haben laufend mit Manuskripten zu tun, die zwar wissenschaftlich hochwertig sind, aber im Hinblick auf die sprachliche Gestaltung oft sehr zu wünschen übrig lassen. Sie verfügen deshalb auf diesem Feld über langjährige Erfahrungen und große Kompetenz bei der Arbeit mit Texten, die sie an ihre künftigen Autoren weitergeben wollen.

# 2. Ablauf

Schwerpunkt des Seminars sind praktische Übungen, die sich insbesondere auf neuralgische Punkte wissenschaftlicher Abhandlungen beziehen: Einstieg in das Thema einer Studie, Vernetzung verschiedener Argumente, richtiger Gebrauch von Stilmitteln wie Bilder und Vergleiche, prägnante Zusammenfassung und Präsentation von Thesen und Ergebnissen. Darüber hinaus soll das Bewusstsein dafür geschärft werden, dass verschiedene Textgattungen den Einsatz unterschiedlicher Darstellungsformen notwendig machen. Diese Differenzierung soll etwa durch die Erarbeitung von Rezensionen oder durch die Diskussion ausgewählter Aufsätze erlernt und eingeübt werden. Das Seminar umfasst Lehrveranstaltungen im Plenum ebenso wie Einzel- oder Gruppenarbeit, wobei die von den Seminarteilnehmern verfassten Werkstücke unter der Anleitung eines erfahrenen Redakteurs intensiv diskutiert werden.

#### 3. Anmeldung, Unkostenbeitrag, Ort und Zeitpunkt des Seminars

Das Seminar beginnt am späten Nachmittag des 6. September 2010 und dauert bis zum 10. September. Interessenten wenden sich mit Angaben zur Person und zu ihrem bisherigen Studiengang (inhaltliche Schwerpunkte und besondere Interes-

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VfZ 2/2010 © Oldenbourg 2010 DOI 10.1524/vfzg.2010.0014 Jahrgang 58 (2010), Heft 2

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2010\_2.pdf

VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



sen, Thema von Magister- oder Zulassungsarbeit bzw. der Dissertation, Name des Betreuers) bis zum 1. Juni 2010 an das Institut für Zeitgeschichte, Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Leonrodstraße 46b, 80636 München. Voraussetzung für die Teilnahme ist die Entrichtung einer Seminargebühr in Höhe von 75 Euro und die Übernahme der Reisekosten. Alle übrigen Leistungen werden vom Institut für Zeitgeschichte erbracht. Um die nötige Arbeitsatmosphäre zu gewährleisten, soll das Seminar in großer Abgeschiedenheit stattfinden. Bestens dafür geeignet ist die Bildungsstätte des ehemaligen Zisterzienserklosters Aldersbach bei Passau, das die nötigen Räumlichkeiten für Unterricht und Unterbringung bietet und verkehrstechnisch mühelos zu erreichen ist.

Thomas Schlemmer und Hans Woller

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Institut für
Zeitgeschichte
München-Berlin
viertenahesherte für
Zeitgelchichte